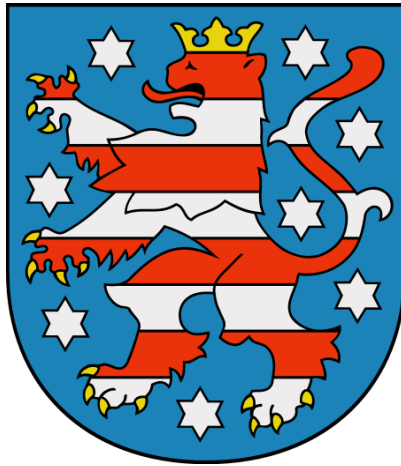


POLITISCHE KULTUR IM FREISTAAT THÜRINGEN



Heimat Thüringen

Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2018

Prof. Dr. Marion Reiser (wissenschaftliche Leitung)

Prof. Dr. Heinrich Best (wissenschaftliche Leitung)

Dr. Axel Salheiser

Dr. Lars Vogel

Friedrich-Schiller-Universität Jena

KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung,

Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration

Vorwort	9
I. Einleitung	10
II. Leben in Thüringen: sozioökonomische und demographische Entwicklung	13
III. Heimat Thüringen: Einstellungen, Wahrnehmungen und Bewertungen	38
1. Heimat, die ich meine: die Heimat(en) der Befragten	38
2. Bewertung der Struktur- und Lebensbedingungen	52
3. Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten in der Wohngegend	64
4. Ökologische und soziale Nachhaltigkeit	70
IV. Demokratie: Einstellungen und Engagement	78
1. Einstellungen zu Demokratie und Diktatur	78
2. Institutionenvertrauen	87
3. Politische Partizipation und Parteibindung	90
4. Rechtsextremismus und Rechtspopulismus	97
5. Aussagen zu ethnischen, kulturellen und sozialen Gruppen, zu Asyl, Migration und Integration	120
V. Fazit	136
Literatur	143
Bisherige Thüringen-Monitore	149
Methoden-Glossar	150
Anhang 1: Die Thüringer Landkreise, kreisfreien Städte und Planungsregionen	153
Anhang 2: Stichprobeninformationen	154
Anhang 3: Tabellarische Übersichten	155

Verzeichnis der Abbildungen

Abb. 1:	Wachstumsraten des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts für Thüringen und Deutschland 1992–2017.....	13
Abb. 2:	Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Thüringen und der individuellen finanziellen Lage, 2000–2018	14
Abb. 3:	Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts – in jeweiligen Preisen – in Thüringen, Sachsen, Ost- und Westdeutschland 1994–2017	15
Abb. 4:	Einschätzung Thüringens im Vergleich mit west- und ostdeutschen Bundesländern, 2000–2018	16
Abb. 5:	Bruttolöhne und -gehälter in Thüringen, Ostdeutschland und Westdeutschland 1991–2017	17
Abb. 6:	Verfügbares Einkommen in Thüringen, Ostdeutschland und Westdeutschland 1991–2016	18
Abb. 7:	Geschätzte monatliche Nettoäquivalenzeinkommen (Obergrenzen) der Befragten im THÜRINGEN-MONITOR 2010, 2013–2018	19
Abb. 8:	Bewertung der individuellen finanziellen Lage als „gut“, Einschätzung, „den gerechten Anteil oder mehr“ zu bekommen, und Statusverlustangst nach Nettoäquivalenzeinkommen (gruppiert) im THÜRINGEN-MONITOR 2018	20
Abb. 9:	Arbeitslosenquoten aller ziviler Erwerbspersonen in Thüringen, Ostdeutschland und Westdeutschland 1994–2017	21
Abb. 10:	Empfänger_innen von sozialen Mindestsicherungsleistungen in Thüringen am Jahresende 2006 bis 2016.....	22
Abb. 11:	Bevölkerungsentwicklung in Thüringen 1991–2017.....	23
Abb. 12:	Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung nach Vorausberechnungsjahren in Thüringen bis 2035	24
Abb. 13:	Bevölkerungsbewegungen (Zu- und Fortzüge) in Thüringen 1991–2017	25
Abb. 14:	Wanderungssaldo zwischen den Bundesländern 2015	26
Abb. 15:	Anteil ausländischer Staatsbürger_innen an der Gesamtbevölkerung nach Bundesland 2017	27
Abb. 16:	Aufnahme von Asylsuchenden in Europa 2017	28
Abb. 17:	Anzahl der Asylerstanträge nach Bundesländern 2015, 2016, 2017 und Januar–Mai 2018	29
Abb. 18:	Entwicklung der Asylentscheidungsquoten in Deutschland 2009–Mai 2018	30
Abb. 19:	Entwicklung ausgewählter Straftaten in Thüringen 2013–2017	32
Abb. 20:	Anteile nichtdeutscher Tatverdächtiger an den ermittelten Tatverdächtigen in Thüringen (Auswahl) 2013–2017.....	33
Abb. 21:	Anzahl registrierter Angriffe mit rassistischer/fremdenfeindlicher, gruppenbezogen menschenfeindlicher bzw. rechtsextremer Motivation in Thüringen 2007–2017.....	36
Abb. 22:	Was ist für Sie persönlich Ihre „Heimat“?	39

Abb. 23: Wie wichtig ist für Sie Ihre „Heimat“?	40
Abb. 24: Wordcloud: Woran denken Sie als Erstes, wenn Sie das Wort „Heimat“ hören?.....	41
Abb. 25: Antwortkategorien: Woran denken Sie als Erstes, wenn Sie das Wort „Heimat“ hören?.....	41
Abb. 26: Identifikation 2000–2018	42
Abb. 27: Herkunft und Migrationsgeschichte	43
Abb. 28: Verbundenheit mit Gemeinde, Region, Thüringen, Deutschland und Europa 2012, 2018	44
Abb. 29: Statistische Zusammenhänge der „Verbundenheit mit...“	45
Abb. 30: Offene Nennungen: „Ihre Region innerhalb Thüringens“	46
Abb. 31: Thüringer_in sein: Wichtigkeit verschiedener Kriterien 2018.....	48
Abb. 32: Thüringer_in sein: Wichtigkeit verschiedener Kriterien 2012.....	48
Abb. 33: Anzahl der als (sehr) wichtig beurteilten Kriterien dafür, Thüringer_in zu sein	49
Abb. 34: Zustimmung zu verschiedenen Aussagen nach Anzahl der als (sehr) wichtig beurteilten Kriterien dafür, Thüringer_in zu sein	49
Abb. 35: „Gefährliche Überfremdung Thüringens“ nach Verbundenheit mit Region innerhalb Thüringens, Thüringen und Deutschland sowie Wichtigkeit der „Heimat“	51
Abb. 36: Bewertung verschiedener Bedingungen in der Umgebung.....	52
Abb. 37: Bewertung aller fünf Bedingungen in der Umgebung nach Kreisen	53
Abb. 38: Bewertung verschiedener Bedingungen in der Umgebung nach Unterscheidung zwischen Landkreisen und kreisfreien Städten.....	55
Abb. 39: Bewertung der Berufsaussichten und der Bildungsangebote in der Umgebung nach Planungsregion.....	55
Abb. 40: Bewertung der Lebensbedingungen in der Umgebung nach Wohnlage.....	56
Abb. 41: Wenn Sie allgemein an die Zukunft Ihrer Region denken: Würden Sie sagen, dass diese Zukunft sehr schlecht, eher schlecht, eher gut oder sehr gut aussieht?	57
Abb. 42: Einschätzung der Zukunft der Region in Abhängigkeit von der Bewertung verschiedener Bedingungen in der Umgebung.....	58
Abb. 43: Einschätzung der Zukunft der Region nach Landkreis / kreisfreier Stadt	58
Abb. 44: „Ich bin mit meinem Leben insgesamt zufrieden.“	59
Abb. 45: „Ich bin mit meinem Leben insgesamt zufrieden.“ nach Wohnlage.....	61
Abb. 46: Werden Sie sicher in Thüringen bleiben, wahrscheinlich hier bleiben, oder werden Sie wahrscheinlich oder sicher aus Thüringen fortziehen?.....	61
Abb. 47: Einflüsse auf die Tendenz, aus Thüringen fortzuziehen	62
Abb. 48: Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten in der Wohngegend	64
Abb. 49: Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten in der Wohngegend nach Ortsgröße.....	66
Abb. 50: Zufriedenheit mit Infrastruktur-Aspekten in der Wohngegend nach Landkreis / kreisfreier Stadt	66

Abb. 51: Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit in der Wohngegend nach Kriminalitätsfurcht.....	67
Abb. 52: „In meinem Alltag fühle ich mich von Kriminalität bedroht.“ – Zustimmung nach Wohnlage der Befragten	68
Abb. 53: Wären Sie bereit, Behördenangelegenheiten auch per Internet zu erledigen?.....	69
Abb. 54: Aussagen zu ökologischer Nachhaltigkeit und Umweltbewusstsein.....	70
Abb. 55: Würden Sie zustimmen, dass im Zuge einer klimafreundlichen Energiepolitik in Ihrer näheren Umgebung	72
Abb. 56: Der Staat kann einen Teil der Steuermittel flexibel einsetzen. Wofür sollten diese Mittel eher verwendet werden?.....	74
Abb. 57: Anwerbung von Arbeitskräften im Ausland nach Erwerbstätigkeit und Berufsgruppe.....	76
Abb. 58: Demokratiezufriedenheit und Demokratieunterstützung 2001–2018.....	78
Abb. 59: Positive Bewertung der eigenen finanziellen Situation und Zufriedenheit mit der Demokratie „wie sie in der Praxis funktioniert“ 2001–2018	79
Abb. 60: Demokratietypen 2001–2018.....	80
Abb. 61: Demokratietypen nach Ostdeprivation	81
Abb. 62: Einflüsse auf die Demokratiezufriedenheit	82
Abb. 63: „Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“ 2001–2018.....	84
Abb. 64: Befürwortung einer nationalen Diktatur nach Links-Rechts-Selbsteinordnung	85
Abb. 65: Zustimmung zu Aussagen zur Diktatur, der Bewertung historischer Diktaturen und zum Sozialismus	86
Abb. 66: Selbsteinordnung aller Befragter auf einer politischen Links-Rechts-Skala 2000–2018	86
Abb. 67: Institutionenvertrauen 2000–2018	87
Abb. 68: Institutionenvertrauen 2018	88
Abb. 69: Einflüsse auf das Vertrauen in politiknahe Institutionen (Landesregierung und Bundesregierung).....	89
Abb. 70: Formen legaler politischer Partizipation 2001–2018.....	90
Abb. 71: Politische Partizipation 2018	92
Abb. 72: Parteibindung 2000–2018	93
Abb. 73: Gewaltbereitschaft 2001–2018: „...für meine Ziele kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist.“	93
Abb. 74: Einflüsse auf die Gewaltbereitschaft (2007–2018).....	94
Abb. 75: Gewaltbereitschaft: „... für meine Ziele kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist.“ nach Links-Rechts-Selbsteinordnung 2001–2018.....	95
Abb. 76: Links-Rechts-Selbsteinordnung nach Gewaltbereitschaft: „... für meine Ziele kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist.“ 2001–2018	96
Abb. 77: Zustimmung zu den Aussagen zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen	98

Abb. 78: Rechtsextreme, ethnozentrische und neo-nationalsozialistische Einstellungen 2001–2018.....	100
Abb. 79: (Rechts-)Populistische Einstellungen (in Prozent) und Faktorenanalyse unter Einbezug rechtsextremer Aussagen (2018/17, Ladungen auf Faktoren I-III).....	105
Abb. 80: Anteile ethnozentrisch eingestellter Befragter (THÜRINGEN-MONITORE 2012–2018) nach Kreisen	109
Abb. 81: Anteile ethnozentrisch, neo-nationalsozialistisch und rechtsextrem eingestellter Befragter nach Bedeutung von Heimat und Zugehörigkeitsgefühl	110
Abb. 82: Ethnozentrismus, Neo-Nationalsozialismus und Rechtsextremismus nach Einschätzung der eigenen Region und Wohngegend.....	112
Abb. 83: Einflussfaktoren rechtsextremer Einstellungen 2018.....	116
Abb. 84: Aussagen über ethnische, kulturelle und soziale Gruppen 2014–2018.....	121
Abb. 85: „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“ 2001–2018	122
Abb. 86: Wie schätzen Sie das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religionen und Kulturen in Thüringen ein?	122
Abb. 87: „Wir müssen uns in Zukunft den Wertvorstellungen und Maßstäben anderer Kulturen stärker öffnen.“	123
Abb. 88: „Gefährliche Überfremdung der Wohnumgebung“ nach Ortsgröße und Wohnlage	124
Abb. 89: „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“	126
Abb. 90: Gestört von Moscheebau in der Nachbarschaft und kopftuchtragenden Muslimas?	127
Abb. 91: Kontakt und Begegnungen mit Geflüchteten und Asylsuchenden 2016, 2018.....	128
Abb. 92: Kontakt und Einstellungen zu Geflüchteten und Asylsuchenden 2016, 2018.....	129
Abb. 93: Gewaltbereitschaft in Abhängigkeit von Migrant_innenfeindlichkeit, Muslim_innenfeindlichkeit, von der Ablehnung von Geflüchteten und Asylsuchenden und von Antisemitismus	132
Abb. 94: „Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden“ nach Wichtigkeit der Heimat sowie lokaler, regionaler und nationaler Verbundenheit.....	133
Abb. 95: Ausgrenzender Traditionalismus?.....	134

Vorwort

Mit der 18. Befragungswelle seit dem Jahr 2000 führt der THÜRINGEN-MONITOR 2018 die Langzeitbeobachtung politischer Einstellungen der Thüringer Bevölkerung fort. Neben der Demokratiezufriedenheit, der Demokratieunterstützung, dem Institutionenvertrauen und der politischen Partizipation der Befragten stehen auch wieder rechtsextreme Einstellungen sowie die Akzeptanz von ethnischen, kulturellen bzw. sozialen Gruppen (u.a. Asylsuchenden) im Fokus. Der THÜRINGEN-MONITOR bleibt dabei den Grundsätzen der wissenschaftlichen Werturteilsfreiheit und der Überparteilichkeit verpflichtet. Er unterbreitet allerdings Interpretationsangebote, die sich als Aufforderung zu einer faktenbasierten, sachlichen Diskussion verstehen.

Thüringen als Heimat ist das Rahmenthema des vorliegenden Gutachtens. Deshalb beschäftigen wir uns dieses Mal eingehend mit der Identifikation und der Verbundenheit der Befragten sowie mit ihren Bewertungen der Lebens- und Strukturbedingungen in ihrem Umfeld. Außerdem widmen wir uns ihrer Zufriedenheit mit wichtigen Aspekten vor Ort und ihren Einstellungen zur ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit. Dafür wurden in die diesjährige Befragung zahlreiche Fragen wiederaufgenommen, die bereits in früheren THÜRINGEN-MONITOREN Beachtung fanden.

Der THÜRINGEN-MONITOR wird von der **Thüringer Staatskanzlei** in Auftrag gegeben. Unserer Untersuchung liegt eine repräsentative telefonische Befragung mit den folgenden Eckdaten zugrunde:

- Befragungszeitraum: 1. Juni bis 7. Juli 2018
- Stichprobenziehung: Zufallsauswahl unter Thüringer_innen, die bei Bundestagswahlen wahlberechtigt sind (Auswahlgrundlage von Festnetzanschlüssen nach dem Gabler-Häder-Design)
- Stichprobengröße: 1.057 Befragte
- Datenerhebungsverfahren: Computerunterstützte Telefoninterviews (CATI)
- Gewichtung: nach Alter, Geschlecht, Bildung, Haushaltsgröße (IPF-Gewichtung)
- Fehlertoleranz: ca. anderthalb Prozentpunkte (bei einem Anteilswert von fünf Prozent), ca. drei Prozentpunkte (bei einem Anteilswert von 50 Prozent)

Über Grundlagen der Befragungsforschung und der statistischen Auswertungsverfahren informiert das Methoden-Glossar im Anhang. Die konkreten Frageformulierungen und die Häufigkeitsverteilungen nach ausgewählten sozialstrukturellen Merkmalen der Befragten sind im Tabellenteil dokumentiert. Bei den gerundeten Prozentangaben im Text handelt es sich, wenn nicht anders angegeben, um gültige Prozente.

Wir bedanken uns bei Herrn Thomas Ritter und seinem Team im CATI-Labor am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena, in deren Händen auch in diesem Jahr die Durchführung der telefonischen Befragung lag. Besonderer Dank gilt außerdem Herrn Dr. Ossip Fürnberg, Frau Laura Uhlig, Frau Katja Vollenberg, Herrn Ekkehard Lux, Frau Silvia Hammon, Frau Dr. Franziska Schmidtke und Herrn Philipp Dornheim.

Jena, im September 2018

Marion Reiser und Heinrich Best

I. Einleitung

Der Begriff „Heimat“ weckt vielfältige Assoziationen: Er vereint u.a. geographische, soziale, kulturelle, historische und biographische Aspekte, lässt sich individuell und kollektiv fassen (vgl. Seifert 2010, Rosa 2007). Im Gefühl, irgendwo und irgendwann *heimisch* zu sein, drücken sich Vertrautheit und Geborgenheit aus, die *Verbundenheit* mit einem *identitätsstiftenden Sozialraum*, mit seinen Menschen, mit bestimmten, geliebten oder gewohnten Eigenheiten (wie Sprache und Kultur, Traditionen und Bräuchen), mit Ortschaften sowie mit Kultur- und Naturlandschaften. Für Viele besteht „Heimat“ in der Erfahrung und Erinnerung, irgendwo und irgendwann geboren und aufgewachsen zu sein, zusammen mit Familie, Freund_innen, Nachbar_innen und anderen Bezugspersonen gelebt zu haben bzw. zu leben. „Heimat“ kann auch ein „Sehnsuchtsort“ (ZEIT 2016) sein – sei es als romantische Reminiszenz an die Kindheit oder in Gestalt der *verlorenen* Heimat für *Rastlose* und *Entwurzelte* in der Fremde, auf der Flucht oder noch lange Zeit nach der Vertreibung. Sie kann als *alte* Heimat ihre Bedeutung verlieren oder sich bis zur Unkenntlichkeit und *Entfremdung* verändern. Gleichsam kann sie *neue* (zugewiesene oder selbsterwählte) Heimat für Zugezogene werden. „Heimat“ kann aus ganz unterschiedlichen Perspektiven als selbstverständlich („natürlich“), als notwendig, als vergleichsweise irrelevant, als bewahrens- oder erstrebenswert, als prekär oder bedroht, als kritikwürdig oder verbesserungsfähig betrachtet werden. In seiner Gesamtheit ist „Heimat“ ein *hochkomplexes Sinngefüge*, das politischen und gesellschaftlichen Einflüssen ausgesetzt ist, somit dem historischen und sozialen Wandel unterliegt. Das bedeutet allerdings, dass „Heimat“ sich nicht nur passiv erleben lässt, sondern aktiv *angeeignet*, *gestaltet* werden kann.

Die Unmittelbarkeit individueller und kollektiver Erfahrungen, deren kognitive und emotionale Komponenten sowie der reiche Symbolgehalt machen den Heimatbegriff seit jeher so attraktiv, auch wenn sich seine Bedeutung über die Jahrhunderte verändert hat. Heutzutage begegnet er uns u.a. mit dem „Heimatland“, dem „Heimatmuseum“, der „Heimatpflege“, den „Heimatvereinen“ und „Heimatländern“ oder auch in der Erinnerung an das DDR-Grundschulfach „Heimatkunde“. Im ersten Halbjahr 2018 erlebte der Heimatbegriff in Deutschland eine regelrechte Renaissance, als die Erweiterung des Geschäftsbereichs des Bundesinnenministeriums um den Aspekt „Heimat“ den Anstoß zu einer kontroversen öffentlichen Diskussion über den Sinn und die Zweckmäßigkeit einer solchen Maßnahme gab. In deren Folge wurden auch alte politische Grabkämpfe zwischen „Traditionsbewussten“ und „Progressiven“ um den Heimatbegriff und dessen (de facto unleugbare) historische Belastung wiederbelebt und neu ausgefochten (vgl. Zudeick 2018). Indessen ließ man aus dem neubenannten Bundesministerium des Innern, für Bau und *Heimat* verlauten, sich zukünftig vorrangig mit der Strukturförderung und der Angleichung der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet zu beschäftigen. Einer Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach zufolge sagten 77 Prozent der deutschlandweit Befragten im April 2018, sie fühlten sich ihrer Heimat sehr stark oder stark verbunden (vgl. FAZ 2018a). Auch Empfindungen der Bedrohung der Heimat durch Strukturwandel bzw. entstandene Strukturdefizite, verstärkte Zuwanderung aus dem Ausland, den allgemeinen Verlust des Gewohnten und Vertrauten sowie den Verlust von Traditionen registrierte die Befragung. Bezüglich dessen, was die Aufgabe des Heimatministeriums sei, hatten die meisten Befragten allerdings keine klare Vorstellung. So dachten dabei jeweils mehr Befragte an den Erhalt und Schutz von Naturräumen (Bundesumweltministerium), den Erhalt von regionalen Traditionen und Brauchtum (im Aufgabenbereich von Ministerien auf Länderebene), die Sicherstellung einer flächendeckenden ärztlichen Versorgung (Bundesgesundheitsministerium) oder die Ver-

mittlung der deutschen Sprache und Kultur an Zuwandernde (derzeit überwiegend dezentral in unterschiedlicher Trägerschaft) als an die *Strukturförderung und die Angleichung der Lebensverhältnisse*, die jedoch immerhin 45 Prozent der Befragten als Aufgabe benannten. Auf jeden Fall wurde erkennbar, dass mit dem vielschichtigen Begriff „Heimat“ auch ganz konkrete *Wahrnehmungen und Beurteilungen gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen* verbunden sind. Die damaligen Debatten und das in den Medien berichtete Stimmungsbild war auch einer der Ausgangspunkte für den diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR.

In standardisierten telefonischen Befragungen mit einer durchschnittlichen Interview-Dauer von ca. 30 Minuten lässt sich nicht tiefgreifend erfassen, welche Sinnbezüge die Befragten zu ihrer „Heimat“ herstellen oder wie diese mit ihren ganz eigenen biographischen Erinnerungen, ihrer Alltagserfahrung, ihren Gefühlen, Wahrnehmungen und Deutungen verknüpft sind. Dafür wären ausführliche *narrative* Einzelinterviews notwendig, mit denen sich Essentielles und Typisches herausarbeiten lässt, wie sie beispielsweise in der soziologischen Biographieforschung oder in den Kulturwissenschaften (z.B. der Volkskunde bzw. Ethnologie) geführt werden können. Eine repräsentative Bevölkerungsbefragung ermöglicht hier – wie bei den meisten Untersuchungsgegenständen – in erster Linie ein *überblickhaftes* Stimmungs- bzw. Meinungsbild und lässt Rückschlüsse auf die unterschiedlichen Assoziationen, Einstellungen und Bewertungen der Bevölkerung zu. Der THÜRINGEN-MONITOR greift dafür auf Fragen bzw. Aussagen mit feststehenden Antwortmöglichkeiten zurück. Zu deren Ergänzung haben wir in diesem Jahr jedoch einem Teil der Befragten, nämlich zufällig ausgewählten 50 Prozent, die Gelegenheit geboten, stichpunktartig zu benennen, woran sie beim Begriff „Heimat“ zuerst denken und was für sie persönlich ihre „Heimat“ ist. Diese Assoziationen werden in Kapitel III.1 thematisiert. Außerdem wurde für alle Befragten erhoben, wie wichtig ihnen ihre „Heimat“ ist und inwieweit sie eine Verbundenheit mit dem Wohnort, mit der eigenen Region innerhalb Thüringens, mit Thüringen, mit Deutschland und mit Europa empfinden. Die Frage, ob sich die Befragten *in erster Linie* als Thüringer_innen, Ostdeutsche, Deutsche oder Europäer_innen fühlen, ist jedes Jahr im THÜRINGEN-MONITOR enthalten. Ergänzt wird sie diesmal durch die Einschätzung, wie wichtig verschiedene Aspekte dafür sind, Thüringer_in zu sein. Die Wichtigkeit dieser Aspekte wurde zuerst im THÜRINGEN-MONITOR 2012 untersucht.

Zweifellos ist „Heimat“ mehr als ein (bisweilen nostalgisch anmutendes) Gefühl oder ein Assoziationsfeld, das von den Menschen mit unterschiedlichen Deutungen und Erwartungen angefüllt wird. „Heimat“ wird konkret erfahren als ein *differenzierter* Sozialraum, in dem Menschen miteinander leben und arbeiten, in der sie in der Gegenwart und für die Zukunft *Gesellschaft* und *Politik* gestalten. Die Lebenswirklichkeit der Bevölkerung vor Ort, ihre Wahrnehmungen und Beurteilungen werden deshalb in den Kapiteln III.2 bis III.4 ausführlich dargestellt. Dabei geht es zunächst um die Bewertung der Struktur- und Lebensbedingungen in der Umgebung, um die Zukunftsprognose für die jeweilige Region, um die allgemeine Lebenszufriedenheit der Befragten und um ihre Tendenz, in Thüringen zu bleiben oder aus Thüringen fortzuziehen. Danach steht die Zufriedenheit der Befragten mit verschiedenen Aspekten in ihrer Wohngegend im Vordergrund, u.a. bezüglich der Ausstattung mit Infrastruktureinrichtungen und der öffentlichen Sicherheit. Dafür haben wir neben der Ortsgröße erstmals auch die Wohnlage der Befragten, also die Siedlungsstruktur, berücksichtigt und nehmen – soweit möglich – regionale Vergleiche vor. Anschließend beschäftigen wir uns mit dem Erhalt der „Heimat“ und rücken dabei Aspekte der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit in den Fokus. Dazu gehören die Einstellungen der Befragten zum umweltfreundlichen Konsum und zu bestimmten Maßnahmen im Kontext „klimafreund-

licher Energiepolitik“, aber auch ihre Meinung zur Verwendung von Steuergeldern und zur gezielten Anwerbung von Arbeitskräften im Ausland.

In Kapitel IV wird die aktuelle Befundlage zur Demokratiezufriedenheit, zur Elitenkritik, zum Institutionenvertrauen sowie zur politischen Partizipation diskutiert. Damit werden Messreihen fortgeschrieben, die teilweise bis in die erste Befragungswelle des THÜRINGEN-MONITORS im Jahr 2000 zurückreichen. Anspruch unserer Untersuchungen ist und bleibt es, mögliche Erklärungen für Konstanz und Wandel in den politischen Einstellungen der Thüringer Bevölkerung zu finden. Dies erfolgt am besten auf Grundlage der selbsterhobenen Befragungsdaten. Dennoch muss bei der Interpretation – ähnlich wie in den Vorjahren – auch die aktuelle politische Entwicklung im gesamtdeutschen Kontext eine angemessene Berücksichtigung finden. Ohne unseren Befunden an dieser Stelle vorweggreifen zu wollen, sei deshalb auf die als „Asylstreit“ bekanntgewordene Auseinandersetzung auf Bundesebene zwischen CDU und CSU verwiesen, die im Juni 2018 – also mitten in der Befragungszeit des THÜRINGEN-MONITORS – ihren Höhepunkt erreichte. Deutschlandweite Befragungen im Juli 2018 zeigten auf, dass ein markantes Missverhältnis zwischen der wahrgenommenen Prioritätensetzung in der Bundespolitik und den Erwartungen der Bürger_innen besteht. So befürwortete zwar eine Mehrheit einen „harten Kurs“ in der Asylpolitik und die Befragten waren wegen der „Flüchtlingssituation“ zunehmend beunruhigt (vgl. FAZ 2018b, SPIEGEL 2018). Gleichzeitig war in der Bevölkerung allerdings die Auffassung weit verbreitet, dass der Asylthematik im Vergleich zu anderen wichtigen Themen zu viel Aufmerksamkeit geschenkt würde, u.a. im Gegensatz zur Sozialpolitik, der Frage bezahlbarer Wohnungen, dem Pflegenotstand, der Bildungspolitik und der Infrastrukturförderung. So rangierte das Thema Zuwanderung für die Teilnehmenden einer EMNID-Befragung im Juli nur auf Platz 13 (vgl. WELT 2018). Eine weitere Studie (Allensbach 2018) kam im September 2018 zu der Einschätzung, „innerhalb von drei Jahren [sei] das Sicherheitsvertrauen in die politische Stabilität in Deutschland von 49 Prozent im Jahr 2015 auf nur noch 27 Prozent erodiert.“

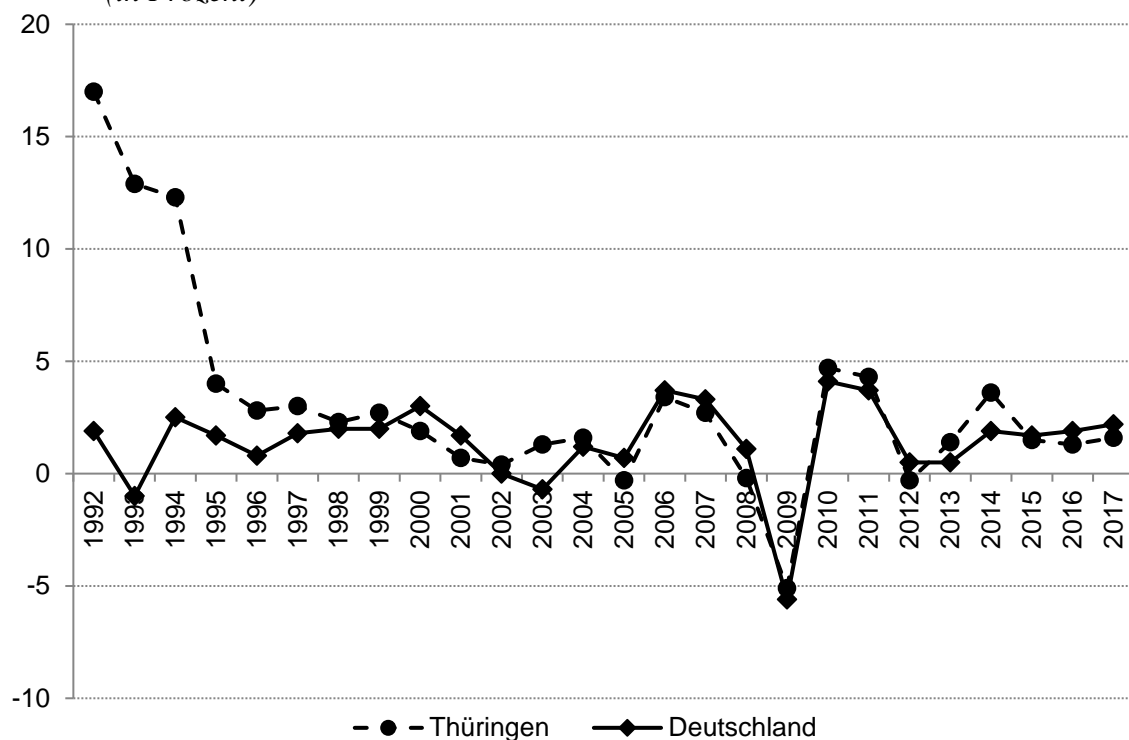
Die Wahrnehmung der Bürger_innen, dass bestimmte Problemlagen von der Politik vernachlässigt werden, korrespondiert mit Befunden des letztjährigen THÜRINGEN-MONITORS. Damals belegte die Sorge, dass die Zahl der Asylsuchenden zu groß werde, den *letzten* Platz unter sechs verschiedenen Sorgen, die angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung artikuliert bzw. beurteilt werden konnten, darunter Terrorgefahr, Kriminalitätsentwicklung und Altersvorsorge (vgl. TM 2017: 97). Auf andere Weise besorgniserregend ist die Beobachtung, dass die sehr kontrovers und polemisch geführten Debatten um Asyl, Migration und deren gesellschaftliche Folgen auch dazu genutzt werden, verstärkt menschenfeindliche und antidemokratische Meinungen und Politikstile in Thüringen und Deutschland zu (re-)aktivieren, zu popularisieren und zu etablieren. Wie in jedem Jahr befasst sich deshalb ein gesonderter Abschnitt des THÜRINGEN-MONITORS mit rechtsextremen (d.h. ethnozentrischen und neo-nationalsozialistischen) Einstellungen (Kapitel IV.4). Die aktuellen Einstellungen der Thüringer Bevölkerung zu den Themen Asyl und Migration werden in Kapitel IV.5 diskutiert.

Mit dem Themenfeld „Heimat“ wird im vorliegenden Gutachten also ein weiter Bogen gespannt: Von der konjunkturellen und soziodemografischen Entwicklung im Freistaat (Kapitel II) über die subjektiven Deutungen und Einschätzungen von Lebensbedingungen, Nachhaltigkeitsaspekten und politischen Fragen durch die Bevölkerung bis hin zu ihrem Verhältnis zu solchen Menschen, die als „fremd“ wahrgenommen werden und deren Integration (bzw. dessen Gelingen) auch in Thüringen nicht unumstritten ist. Eine Synopse unserer zentralen Befunde legen wir im Fazit vor (Kapitel V).

II. Leben in Thüringen: sozioökonomische und demographische Entwicklung

In diesem Kapitel werden die subjektiven Einschätzungen der Befragten mit relevanten Kennziffern der offiziellen Statistik gerahmt. Auch 2017 hat sich eine positive wirtschaftliche Entwicklung in Thüringen fortgesetzt, von der auch die Bevölkerung des Freistaats profitiert. Die Thüringer Industriebetriebe verzeichneten 2017 gegenüber 2016 rund 4,4 Prozent bzw. 1.324 Millionen Euro Wachstum (vgl. Lenk 2018: 1). Mit rund 31,2 Milliarden Euro wurde ein Rekordumsatz erzielt, die die Inlandsumsätze stiegen dabei um 3,4 Prozent, der Export sogar um 6,5 Prozent. Die Zahl der Beschäftigten in den Betrieben des produzierenden Gewerbes ist um 1,8 Prozent angestiegen (ebd.). Gegenüber 2016 stiegen 2017 auch die Steuern (netto) und steuerähnlichen Einnahmen der Thüringer Kommunen von 728 auf 782 Euro pro Einwohner_in, die Pro-Kopf-Verschuldung sank indessen von 814 auf 751 Euro (Angaben der Thüringer Landesamtes für Statistik). Die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts lag in Thüringen mit +1,6 Prozent zwar erneut unter dem Wert für Deutschland (+2,2 Prozent; vgl. Abb. 1), aber immerhin über dem Vorjahreswert von +1,3 Prozent. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten stieg von 805.603 auf 812.733 (zum Stichtag 30. September). Am 14. Februar 2018 bezeichneten die ARD Tagesthemen (ARD 2018a) insbesondere Südthüringen als *Boomregion*, in der die Auftragsbücher voll sind und deren größtes Problem der Fachkräftemangel ist.

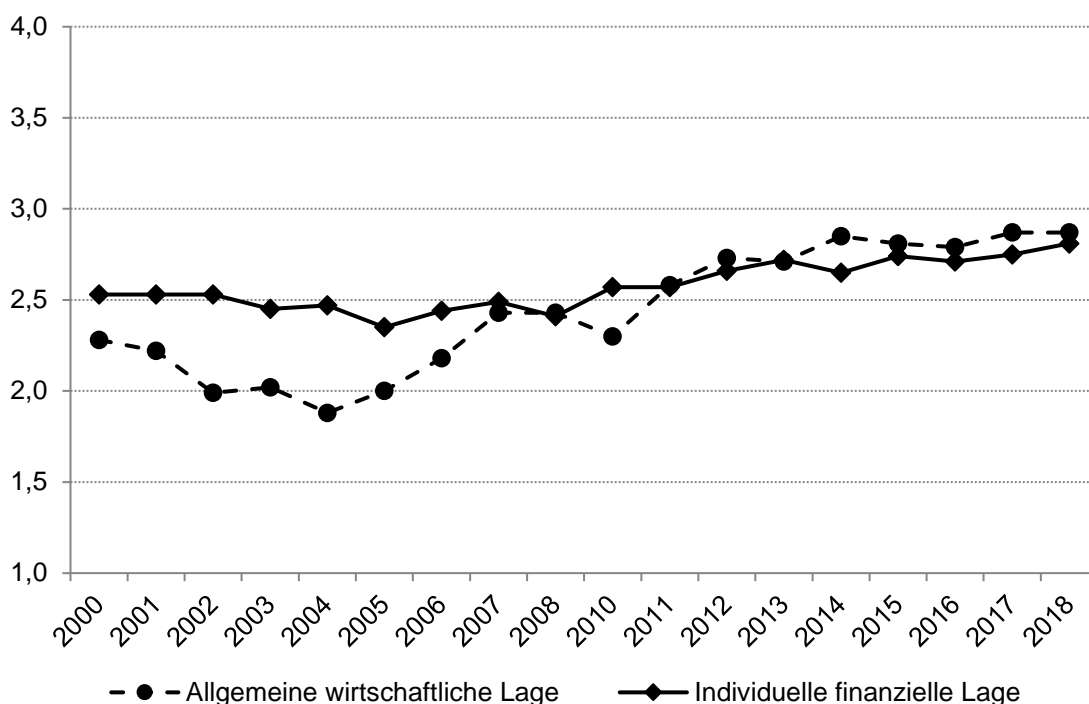
Abb. 1: Wachstumsraten des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts für Thüringen und Deutschland 1992–2017 (in Prozent)



Quelle: Statistisches Bundesamt; Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder

Abb. 2: Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Thüringen und der individuellen finanziellen Lage, 2000–2018

(Mittelwerte auf einer Skala von 1 = schlecht/ab 2012: sehr schlecht bis 4 = sehr gut)

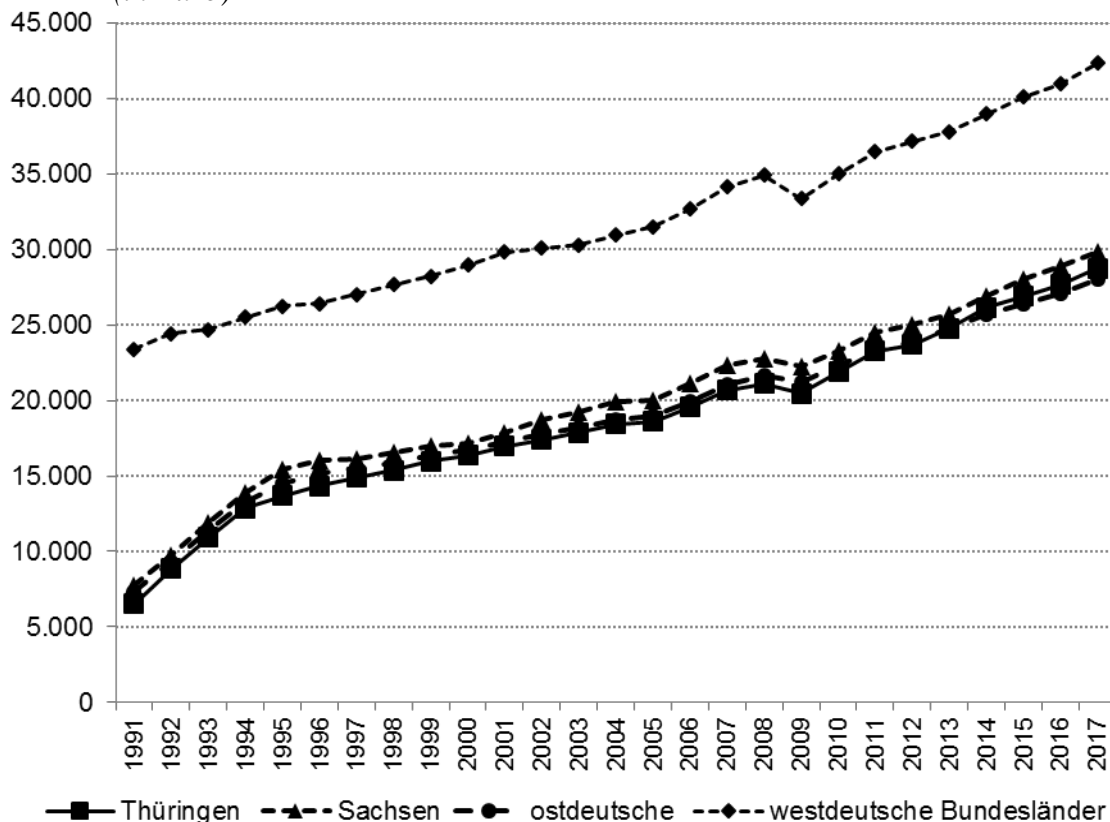


Auch in anderen Landesteilen Thüringens wächst die Wirtschaft, tätigen u.a. ausländische Unternehmen Milliarden-Investitionen. Ein Blick in den Thüringen-Atlas (TLS 2017) der Landeszentrale für Statistik verdeutlicht allerdings, dass es im Freistaat nicht unerhebliche regionale Disparitäten und auch diverse Strukturprobleme gibt.

Die skizzierte positive Gesamtentwicklung findet in den Beurteilungen der Befragten durchaus ihren Niederschlag (Abb. 2). Auf regionale Beurteilungsdifferenziale wird in Kapitel III einzugehen sein. Festgehalten werden kann, dass die Befragten 2018 insgesamt eine gute Bewertung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Thüringen vornehmen (Mittelwert: 2,87), mit der ein Höchstniveau in der Zeitreihe anhält, das erstmals 2014 (Mittelwert 2,85) erreicht und zwischenzeitlich nur 2016 (Mittelwert: 2,79) sehr knapp, aber statistisch signifikant unterschritten wurde. 2018 beurteilten 77 Prozent der Befragten die allgemeine wirtschaftliche Lage als „gut“ und sechs Prozent diese als „sehr gut“. Ihre individuelle finanzielle Lage bewerteten die Befragten in diesem Jahr mit einem Mittelwert von 2,81 (Mittelwert 2016: 2,75). Die letzte substanzielle und statistisch signifikante Erhöhung des Mittelwertes war jedoch bereits 2015 (2,74) gegenüber 2014 (2,65) eingetreten. 2014 bewerteten 58 Prozent der Befragten ihre individuelle finanzielle Lage als „gut“ und weitere sieben Prozent diese als „sehr gut“. 2018 meinten 77 Prozent, diese sei „gut“ und neun Prozent, sie sei „sehr gut“. Zusammenfassend lassen sich für beide erfassten Bewertungsdimensionen Aufwärtstrends seit Beginn des Jahrzehnts konstatieren. Sowohl was die objektiven Wirtschaftsindikatoren als auch was die subjektiven Wahrnehmungen der Bevölkerung anbetrifft, hat Thüringen also die Wirtschaftskrise am Ende des letzten Jahrzehnts inzwischen weit hinter sich gelassen.

Dem subjektiven Vergleich Thüringens mit anderen – ostdeutschen und westdeutschen – Bundesländern durch die Befragten ist voranzustellen, dass Thüringen nach entscheidenden Wirtschaftsparametern die Gruppe der ostdeutschen Länder gemeinsam mit Sachsen seit Jahren anführt. Seit 2013 liegt beispielsweise das Bruttoinlandsprodukt – in jeweiligen Preisen – je Einwohner_in in Thüringen jeweils über dem Mittelwert für Ostdeutschland. 2017 betrug das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner_in in Thüringen jeweils über dem Mittelwert für Ostdeutschland. 2017 betrug das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner_in in Thüringen 28.747 Euro und in Ostdeutschland 28.012 Euro (5-Länder-Mittelwert), hingegen im Nachbarland Sachsen 29.856 Euro und in Sachsen-Anhalt nur 27.221 Euro. Deutlich ist jedoch die Differenz zwischen der ostdeutschen und der westdeutschen Ländergruppe; in Westdeutschland lag das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner_in 2017 bei 42.340 Euro (11-Länder-Mittelwert); beispielsweise in Bayern bei 45.810 Euro, in Hessen bei 44.804 Euro und im westdeutschen „Schlusslicht“ Schleswig-Holstein immerhin bei 32.342 Euro. In den Zeitreihen ist der Ost-West-Abstand – nach Abschluss einer unmittelbaren Nachwende-Wachstumsphase in den Neuen Bundesländern 1994 – auffällig stabil geblieben (Abb. 3). Selbst in Sachsen und Thüringen waren kontinuierliche Zuwächse zu verzeichnen, die auf markant niedrigerem Niveau parallel zu den Zuwächsen in Westdeutschland stattfanden. Das heißt: höchstwahrscheinlich werden weder Thüringen noch eines der anderen ostdeutschen Bundesländer in absehbarer Zeit wirklich zum „Westen“ *aufschließen* können. Zumindest was das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner_in anbelangt, hat Thüringen jetzt erst das Niveau erreicht, auf dem sich die westdeutschen Bundesländern um die Jahrtausendwende (!) befanden.

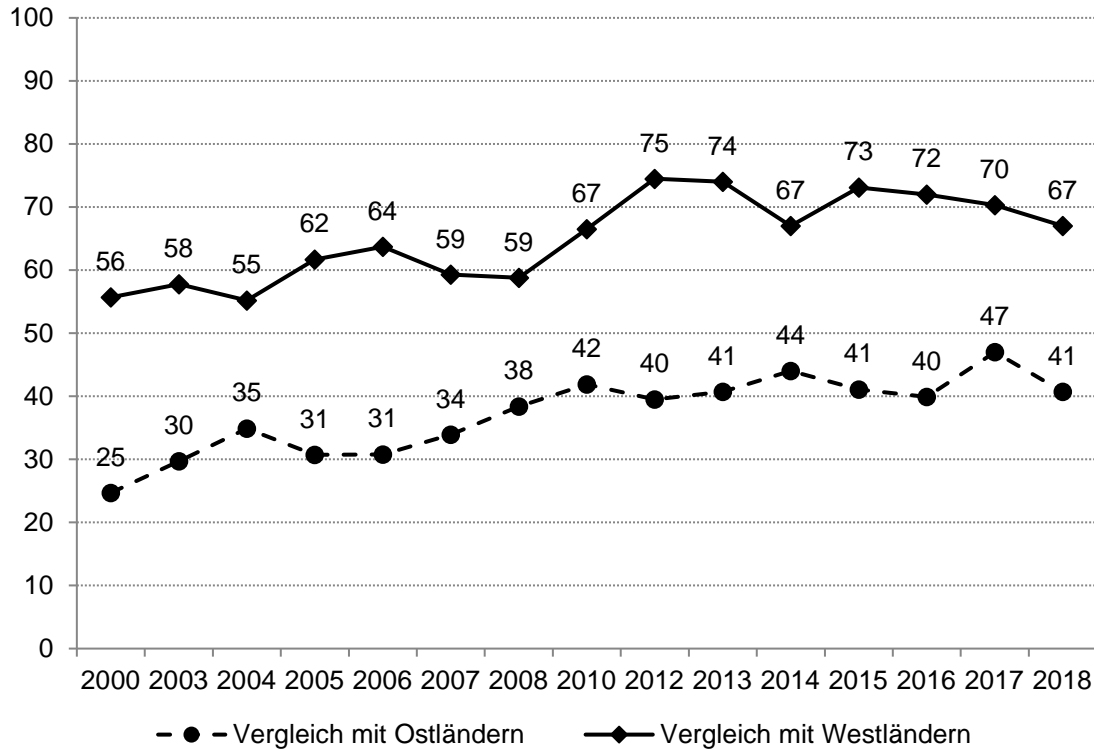
Abb. 3: Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts – in jeweiligen Preisen – in Thüringen, Sachsen, Ost- und Westdeutschland 1994–2017
(in Euro)



Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder

Abb. 4: Einschätzung Thüringens im Vergleich mit west- und ostdeutschen Bundesländern, 2000–2018

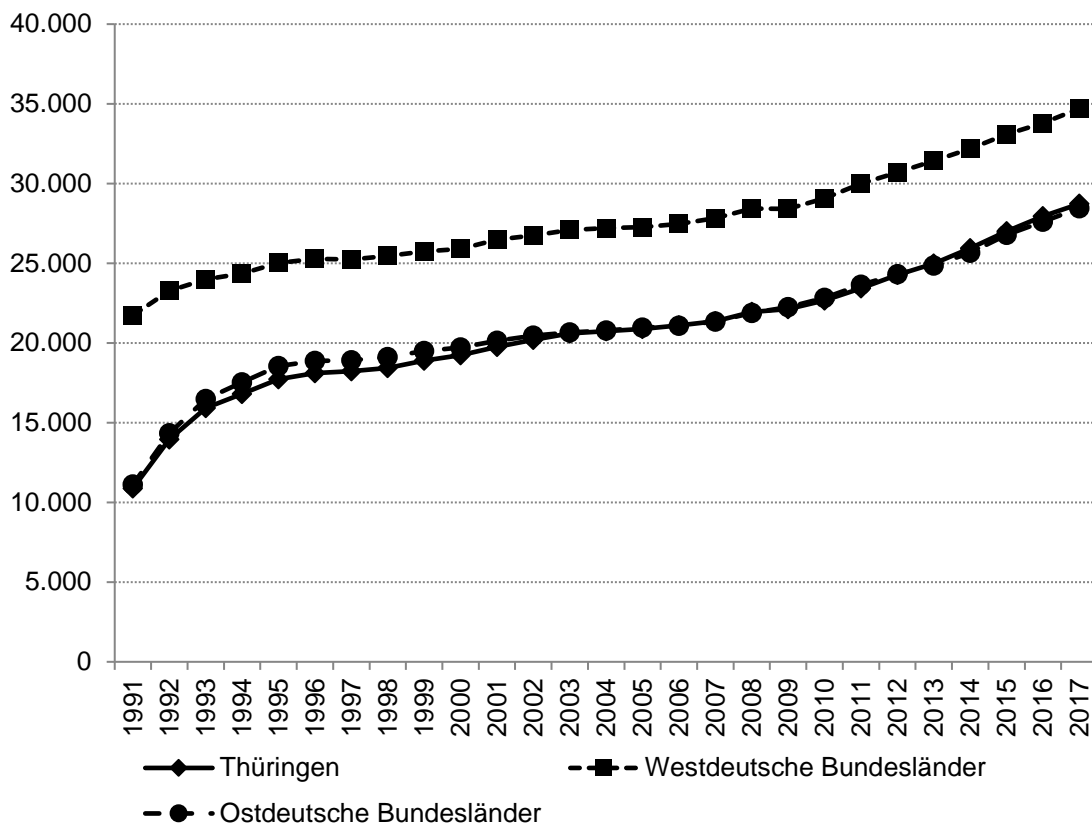
(Zustimmung in Prozent: „Die wirtschaftliche Lage in Thüringen ist besser als in anderen ostdeutschen Bundesländern.“ und „Thüringen braucht den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen.“)



Dennoch meinen 67 Prozent der Befragten des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS, „Thüringen braucht den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen.“ (Abb. 4). Zwar sind die individuellen Vergleichsmaßstäbe der Befragten unbekannt, es kann an dieser Stelle aber vermutet werden, dass nicht nur ihre die Wahrnehmung der *wirtschaftlichen* Situation in Thüringen und in Westdeutschland entscheidend war, sondern auch soziale und andere Aspekte bei der Beurteilung eine Rolle spielten. Der höchste Grad an Zustimmung in der Datenreihe (2012) wird allerdings nicht mehr erreicht; der zuletzt beobachtbare Rückgang ist erstmals in diesem Jahr statistisch signifikant gegenüber dem Anteilswert von 2015. Die Zustimmung ist damit nur noch so stark wie in den Jahren 2010 und 2014. Damit glaubt derzeit ungefähr ein Drittel der Befragten *nicht*, dass der Vergleich mit „vielen westdeutschen Bundesländern“ für Thüringen günstig ausfällt. 41 Prozent der Befragten meinten in diesem Jahr, „die wirtschaftliche Lage in Thüringen ist besser als in anderen ostdeutschen Bundesländern.“ Dieser Anteilswert liegt statistisch signifikant, wenn auch nur knapp, unter dem des Vorjahres. Von jenem Spitzenwert in der gesamten Zeitreihe (47 Prozent) abgesehen, sind seit 2008 (!) kaum nennenswerte Veränderungen der Bewertung eingetreten. Eine relativ stabile Mehrheit, nämlich ungefähr drei von fünf Befragten, glaubt, dass es Thüringen wirtschaftlich *nicht* sonderlich besser ginge als anderen ostdeutschen Bundesländern. Im Hinblick auf Sachsen mag das zweifellos zutreffen, doch es wurde bereits deutlich, dass Thüringen gegenüber Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern in mancherlei Hinsicht durchaus die Nase vorn hat und inzwischen über erkennbar bessere Strukturbedingungen verfügt. Eines der langfristigen

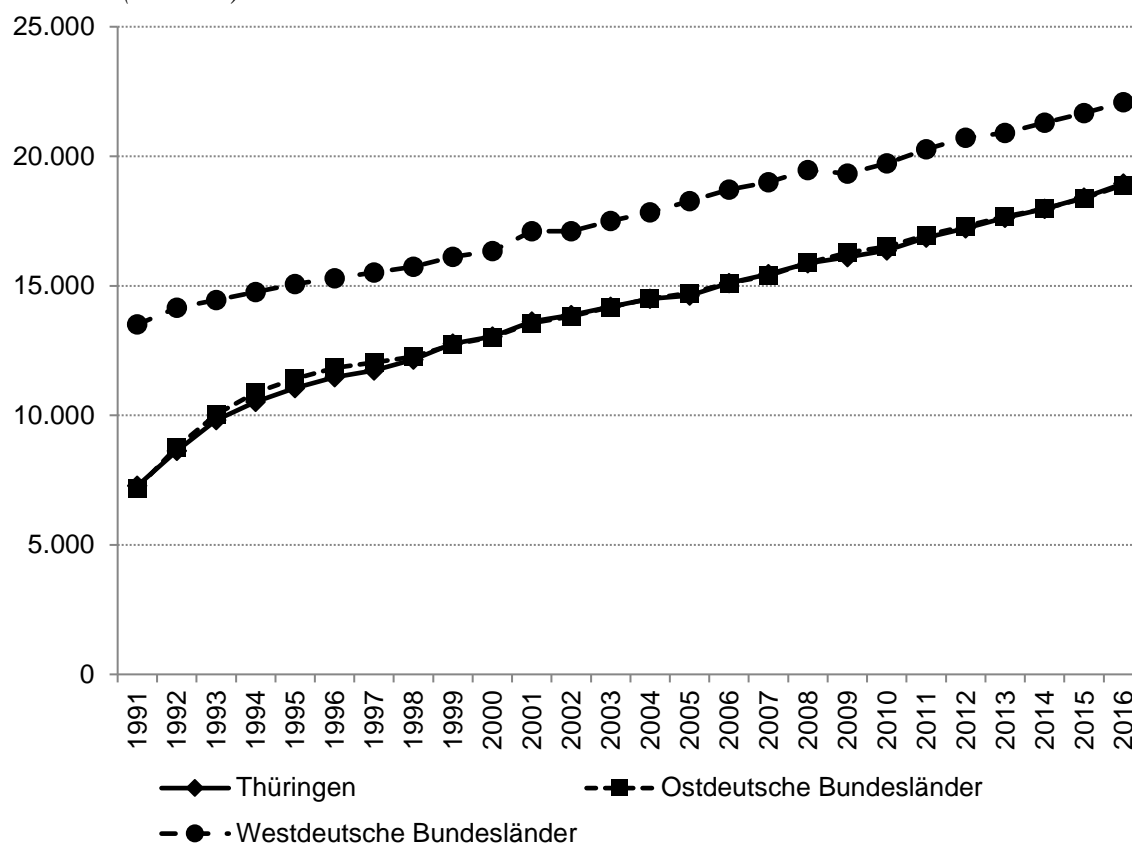
Probleme, die Thüringen allerdings mit allen anderen ostdeutschen Bundesländern teilt und an die vermutlich auch einige Befragten dachten, ist die Entwicklung der Löhne und Gehälter (Abb. 5.). Hier nämlich wirkt sich der oben diskutierte Produktivitätsrückstand gegenüber Westdeutschland unmittelbar auf den Alltag der Bevölkerung aus, nicht zuletzt auch durch die niedrigeren Sozialabgaben und Lohnsteueraufkommen, die den öffentlichen Haushalten in Thüringen und Ostdeutschland dadurch zufließen. 2017 wurde in Thüringen ein durchschnittlicher Bruttolohn in Höhe von 28.728 Euro erzielt; in Ostdeutschland waren es 28.456 Euro, in Westdeutschland 34.703 Euro. Dadurch relativiert sich der Abstand Thüringens zu den anderen Ostländern deutlich, während die Differenz zu Westdeutschland fast -6.000 Euro beträgt. Zwar vermeldete der Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder im August 2018 die positive Nachricht, dass der Bruttolohn in Thüringen zwischen 2010 und 2017 um 26,8 Prozent angestiegen ist – *stärker als in jedem anderen Bundesland* im gleichen Zeitraum (Deutschland: 20,5 Prozent). Der Thüringer Bruttolohn 2017 entsprach aber immer noch nur 83 Prozent des westdeutschen Bruttolohns, der ostdeutsche Bruttolohn 82 Prozent. Wie beim Bruttoinlandsprodukt hat sich die Ost-West-Differenz bei den Bruttolöhnen und -gehältern seit den neunziger Jahren also kaum *spürbar* verringert. Die von prominenten Politiker_innen nach der Wiedervereinigung genährte und populäre Erwartungshaltung, zumindest mittelfristig gleiche Lebensbedingungen in Ost und West herzustellen, hat sich im wichtigen Punkt der *Lohnangleichung* bis auf Weiteres als uneinlösbar herausgestellt.

Abb. 5: Bruttolöhne und -gehälter in Thüringen, Ostdeutschland und Westdeutschland 1991–2017
(in Euro)



Quelle: Statistisches Bundesamt; Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder

Abb. 6: Verfügbares Einkommen in Thüringen, Ostdeutschland und Westdeutschland 1991–2016¹
(in Euro)



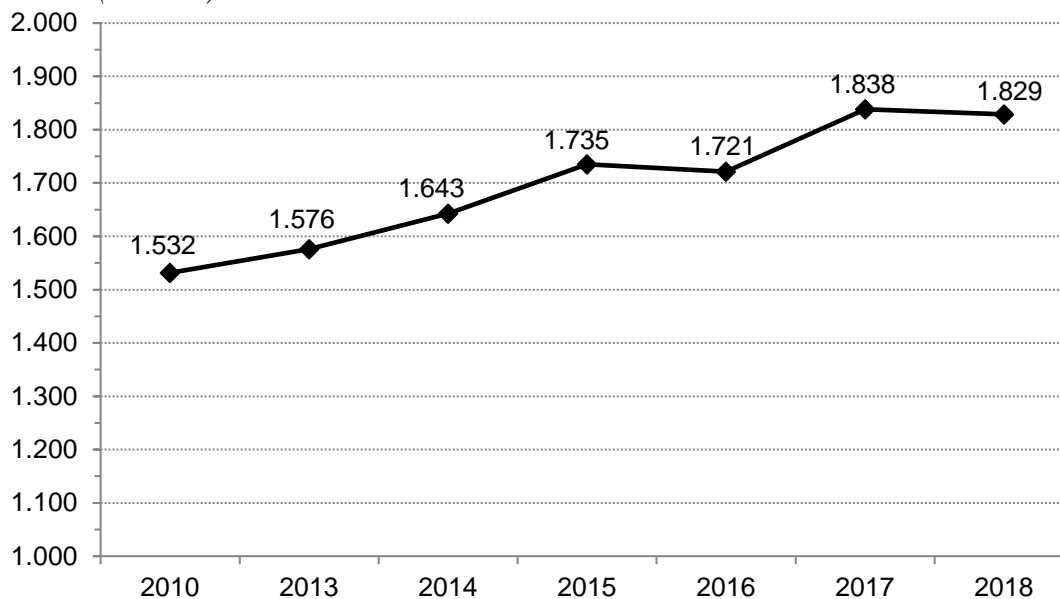
Quelle: Statistisches Bundesamt; Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder

Das verfügbare Jahreseinkommen der Thüringer_innen betrug 2016 im statistischen Mittel 18.951 Euro und lag damit sehr knapp über dem der Ostdeutschen (18.892 Euro), aber erneut deutlich unter dem der Westdeutschen (22.086 Euro; vgl. Abb. 6). Auch hier ist die im Zeitverlauf konstante Ost-West-Differenz gut erkennbar. Seit Beginn des Jahrzehnts sind außerdem die verfügbaren Einkommen in allen Vergleichsgruppen nicht mehr ganz so stark angestiegen wie die Bruttolöhne und -gehälter im gleichen Zeitraum.

Analog zur Entwicklung der verfügbaren Jahreseinkommen der Thüringer Bevölkerung nach Angaben des Statistischen Bundesamtes kann auch eine positive Entwicklung der *Nettoäquivalenzeinkommen der Befragten* des THÜRINGEN-MONITORS seit 2010 konstatiert werden (Abb. 7). Das Nettoäquivalenzeinkommen ist das auf Basis des Haushaltsnettoeinkommens berechnete, bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied. Aus befragungstechnischen Gründen kann im THÜRINGEN-MONITOR dazu nur eine *Schätzung* der Einkommen (bzw. ihrer Obergrenzen) vorgenommen werden, aus der allerdings eine verbesserte ökonomischen Ressourcenausstattung der Befragten seit Beginn des Jahrzehnts hervorgeht. Gegenüber dem Mittelwert des Vorjahres ist 2018 keine statistisch signifikante Veränderung des Nettoäquivalenzeinkommens eingetreten.

¹ Berechnungsstand: August 2017. Daten für 2017 waren bei der Abfassung des vorliegenden Gutachtens nicht verfügbar (nächste Aktualisierung: 2019).

Abb. 7: Geschätzte monatliche Nettoäquivalenzeinkommen² (Obergrenzen) der Befragten im THÜRINGEN-MONITOR 2010, 2013–2018
(in Euro)

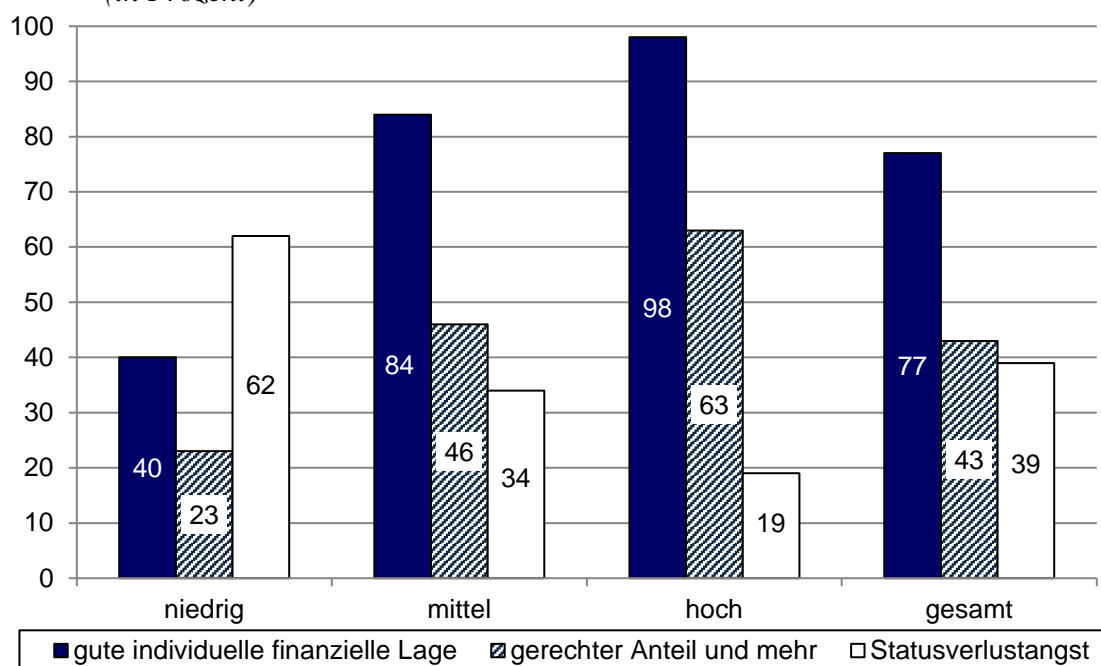


Wie bereits im letzten THÜRINGEN-MONITOR (TM 2017: 39 ff.) ausführlicher dargestellt wurde, erzielen Arbeitslose, gering qualifizierte Befragte, Auszubildende und Renter_innen signifikant unterdurchschnittliche Nettoäquivalenzeinkommen. Außerdem sind auch in diesem Jahr für (erwerbstätige) Frauen geringere Nettoäquivalenzeinkommen nachweisbar als für (erwerbstätige) Männer. Dieser Einkommensunterschied zwischen den Geschlechtern ist größtenteils auf den höheren Anteil von Teilzeitbeschäftigung bei Frauen sowie auf die geringeren Renten (verwitweter, d.h. oftmals alleinlebender) Seniorinnen zurückzuführen. Teilzeitbeschäftigte Befragte erzielen mit durchschnittlich 1.574 Euro deutlich geringere Nettoäquivalenzeinkommen als Vollbeschäftigte (2.243 Euro), *innerhalb* dieser beiden Beschäftigtengruppen gibt es allerdings keine signifikanten Geschlechtsunterschiede. Das höchste Armutsrisiko ist nach wie vor mit Arbeitslosigkeit verbunden: Arbeitslose Befragte verfügen im Mittel über Nettoäquivalenzeinkommen in Höhe von 1.043 Euro, das sind fast 800 Euro weniger als das Einkommensmittel aller Befragten im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR.

² Das (monatliche) Nettoäquivalenzeinkommen wird wie folgt berechnet (vgl. Geißler 2014: 72, Datenreport 2016: 170, ARB 2017; vgl. TM 2017: 39 ff. u. 219): Das Haushaltsnettoeinkommen wird durch die gewichtete Anzahl im Haushalt lebenden Personen geteilt, wobei für die befragte Person der Gewichtungsfaktor 1, für jede weitere erwachsene Person der Gewichtungsfaktor 0,5 und für jedes Kind (bis 14 Jahre) der Gewichtungsfaktor 0,3 gilt. Da (im Unterschied zu in der Sozialstatistik üblichen Einkommensstichproben, dem Mikrozensus bzw. dem Sozio-oekonomischen Panel) das Haushaltsnettoeinkommen im THÜRINGEN-MONITOR nur in Klassen abgefragt werden kann, handelt es sich hier um die *Obergrenzen der Nettoäquivalenzeinkommen*, also um die maximal erzielten monatlichen Nettoeinkommen pro Befragte_r. Die Höhe und Anteile unterer Einkommen werden dadurch tendenziell überschätzt, die Höhe der oberen Einkommen hingegen unterschätzt, da bei letzteren zur Berechnung eine Obergrenze von 6000 Euro festgelegt wurde. Des Weiteren wird im THÜRINGEN-MONITOR zwar die Zahl der Kinder unter 18 abgefragt, es ist aber nicht erkennbar, ob diese Kinder tatsächlich im eigenen Haushalt wohnen (z.B. im Falle von getrennt lebenden Eltern) und inwieweit es sich auch um Kinder unter 15 Jahren handelt. Um jedoch zu verhindern, dass Nettoäquivalenzeinkommen von Befragten mit Kindern stark unterschätzt werden, wurde der Gewichtungsfaktor für Kinder auf 0,3 festgelegt. Informationen darüber, ob die befragte Person Allein- oder Hauptverdiener_in ist bzw. wie viele Personen im Haushalt eigene Einkommen erzielen, liegen nicht vor. Die Nettoäquivalenzeinkommensangaben für Befragte des THÜRINGEN-MONITORS verstehen sich folglich immer als **Schätzungen**. Die Nettoäquivalenzeinkommen konnten nur für die angegebenen Jahre berechnet werden, da in anderen THÜRINGEN-MONITOREN die erforderlichen Angaben (Haushaltsnettoeinkommen, Anzahl der Personen im Haushalt, Anzahl der Kinder) nicht oder nur unvollständig abgefragt wurden. (Die Berechnung erfolgte an dieser Stelle nur auf Grundlage gültiger Angaben, d.h. *ohne* eine regressionsanalytische Imputation fehlender Werte).

Bei Unterteilung der Nettoäquivalenzeinkommen in *Einkommensgruppen* verfügen 23 Prozent der Befragten über niedrige Einkommen, 67 Prozent über mittlere Einkommen und zehn Prozent über hohe Einkommen. Damit ist keine signifikante Veränderung gegenüber dem THÜRINGEN-MONITOR 2017 eingetreten (vgl. TM 2017: 221). Mit einem Anteil von 23 Prozent armutsgefährdeter Befragter werden die auf Grundlage des Mikrozensus (2016) bzw. des SOEP (2015) ausgewiesenen und am Landesmedian für Thüringen bemessenen Armutsgefährdungsquoten von jeweils zwölf Prozent etwas überschätzt, der Anteil hoher Einkommen dagegen eher unterschätzt (vgl. TM 2017: 28, 44). Arbeitslose haben mit 68 Prozent die höchste Armutsgefährdungsquote unter den Befragten. Deutlich erhöht sind die Anteile niedriger Nettoäquivalenzeinkommen außerdem bei gering qualifizierten Befragten (36 Prozent), Auszubildenden (31 Prozent) und übrigen Nicht-Erwerbstätigen (inkl. Rentner_innen, 30 Prozent). Die Gruppe der höheren bzw. leitenden Angestellten/Beamten_innen weist mit 40 Prozent den höchsten Anteil von Befragten mit hohem Einkommen auf (Selbstständige und Freiberufler_innen: 26 Prozent). Zwischen Befragten der drei Einkommensgruppen bestehen markante Bewertungsunterschiede (Abb. 8).

Abb. 8: Bewertung der individuellen finanziellen Lage als „gut“, Einschätzung, „den gerechten Anteil oder mehr“ zu bekommen, und Statusverlustangst nach Nettoäquivalenzeinkommen (gruppiert)³ im THÜRINGEN-MONITOR 2018 (in Prozent)



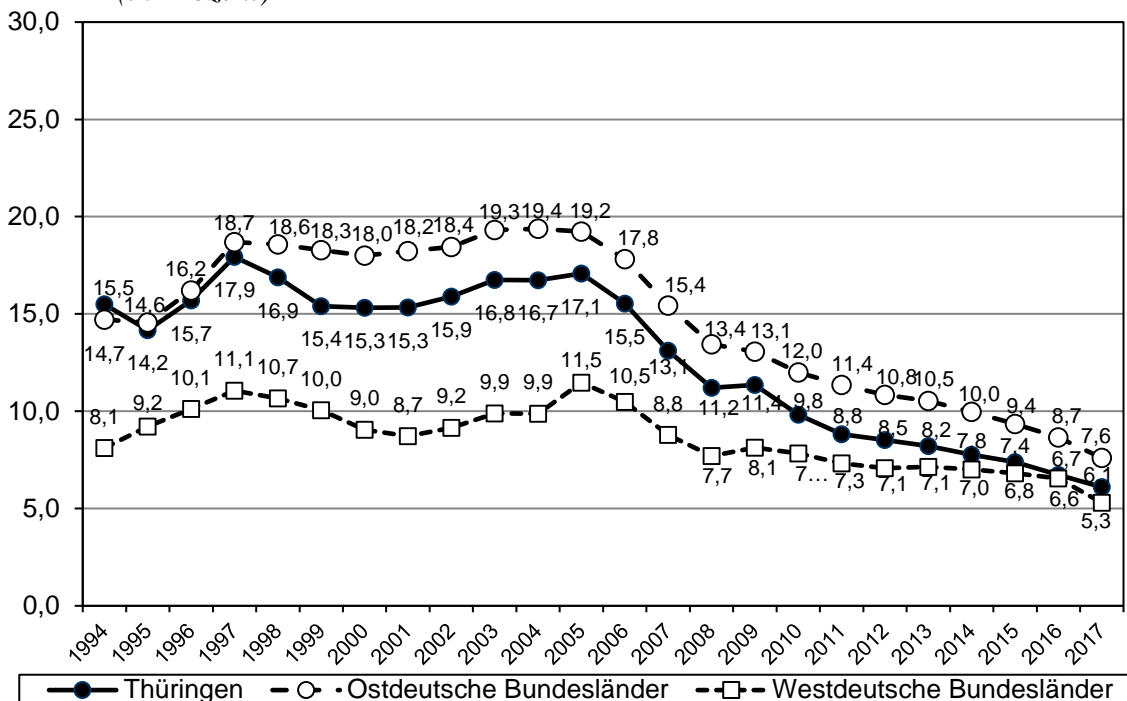
Die dabei zutagetretende subjektive individuelle Benachteiligung (*Deprivation*) und Entsicherung (*Statusverlustangst*) kann ausschlaggebend für die Beurteilung gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen sein (vgl. Kapitel III, IV). 20 Prozent der Befragten stimmen 2018 voll und ganz der Aussage zu: „Es macht mir Sorgen, durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten.“ Weitere 19 Prozent

³ Geschätzte Nettoäquivalenzeinkommens-Obergrenzen (s.o.), gruppiert. Diese *Einkommensgruppen* wurden wie folgt gebildet: Der Median (Wert am mittleren Rangplatz) des *geschätzten* monatlichen Nettoäquivalenzeinkommens der Befragten im THÜRINGEN-MONITOR beträgt 2000 Euro. 60 Prozent des Medians (hier: 1200 Euro) gelten üblicherweise als „Armutgefährdungsschwelle“; Einkommen darunter gelten als gering. Einkommen oberhalb 150 Prozent des Medians (hier: 3000 Euro) gelten als hoch. Die Einkommen zwischen 60 Prozent und 150 Prozent des Medians gelten als mittlere Einkommen (vgl. TM 2017: 41f. sowie dortige FN 19, 20 und 21).

stimmen überwiegend zu. In einer deutschlandweiten Befragung (Allensbach 2018) sahen elf Prozent der Befragten für sich persönlich eine große Gefahr, sozial abzustiegen. 52 Prozent sahen eine weniger große Gefahr, 31 Prozent gar keine Gefahr und sechs Prozent gaben keine Antwort. Auch wenn ein direkter Vergleich der Anteilswerte aus beiden Befragungen nicht möglich ist, deutet sich hier an, dass Statusverlustangst in Thüringen häufiger geäußert wird als in Deutschland insgesamt. Anders als es für Deutschland konstatiert wurde, ist der Anteil der Befragten mit Statusverlustangst im THÜRINGEN-MONITOR seit 2016 *nicht* signifikant gesunken (2016: 37 Prozent; 2017: 38 Prozent; 2013: 40 Prozent; 2012: 47 Prozent).

Je höher das Einkommen, desto häufiger nehmen Befragte eine günstige Bewertung der individuellen finanziellen Lage vor, desto häufiger geben Sie an, „im Vergleich zu anderen ... den gerechten Anteil oder mehr“ zu bekommen, und desto seltener äußern sie die Sorge, „durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten.“ Diese Bewertungsunterschiede spiegeln nicht nur die Einkommensdifferenziale wider, sondern in ihnen kommt die umfassende *soziale Lage* der Befragten zum Ausdruck. Bei Erwerbstätigen ist die Stellung im Beruf von Bedeutung, bei Auszubildenden vor allem das (bereits erworbene oder noch zu erwerbende) Bildungskapital, das soziale Sicherheit bietet oder eine positive Zukunftsprognose erlaubt. Der Anteil der Befragten mit *Statusverlustangst* beträgt bei Auszubildenden nur 13 Prozent, bei höheren und leitenden Angestellten/Beamt_innen 11 Prozent, unter Befragten mit niedriger Bildung hingegen 54 Prozent und unter Arbeitslosen 76 Prozent. Ähnliche Abstufungen existieren hinsichtlich der Einschätzung, den gerechten Anteil zu erhalten. Diese Einschätzung teilen 73 Prozent der Selbständigen und Freiberufler_innen sowie 62 Prozent der höheren und leitenden Angestellten/Beamt_innen, jedoch nur 38 Prozent der Arbeiter_innen sowie 39 Prozent der einfachen und mittleren Angestellten/Beamt_innen. In der Befragtengruppe der Arbeitslosen fühlen sich sogar 68 Prozent benachteiligt („weniger als den gerechten Anteil“). 14 Prozent der berufstätigen Befragten des THÜRINGEN-MONITORS gaben an, ihr Arbeitsplatz sei gefährdet. In der o.g. deutschlandweiten Befragung (Allensbach 2018) machten sich zwölf Prozent der Befragten Sorgen um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes.

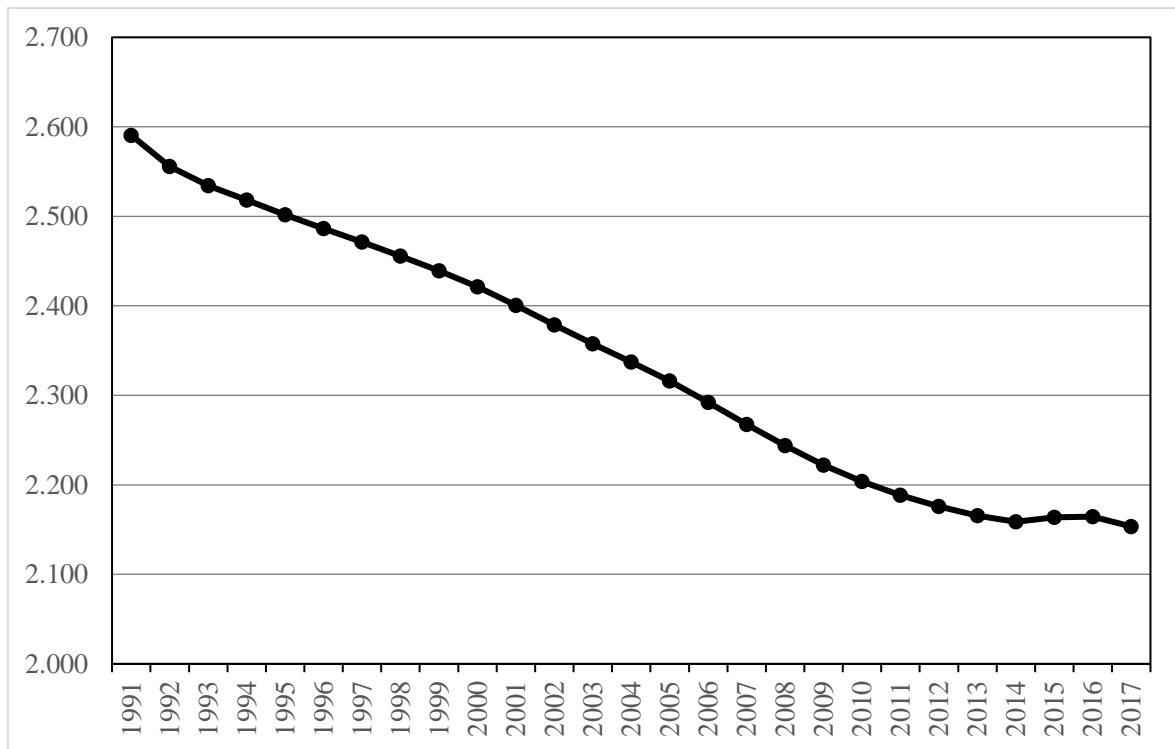
Abb. 9: Arbeitslosenquoten aller ziviler Erwerbspersonen in Thüringen, Ostdeutschland und Westdeutschland 1994–2017
(in Prozent)



Quelle: Statistisches Bundesamt; Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Thüringer Landesamt für Statistik

Bereits 2016 war die Zahl der Empfänger_innen von sozialen Mindestsicherungsleistungen im Freistaat wieder gesunken – und zwar auf einen Tiefstwert von 184.018 (vgl. Abb. 10). 2015 war der langfristige Trend des Rückgangs zwischenzeitlich gestoppt worden: Der damalige Wiederanstieg auf 203.542 Bedürftige staatlicher Unterstützung war auf die Ankunft tausender Asylbewerber_innen zurückzuführen, von denen aber mehr als die Hälfte im Folgejahr den Freistaat wieder verlassen hatten oder die aus anderen Gründen aus dem Regelleistungsbezug ausschieden (z.B. bei Aufnahme einer Arbeitstätigkeit oder Ausbildung nach Anerkennung des Asylstatus). Gegenüber 2014 gab es 2016 ungefähr 10.000 Personen weniger, die im Freistaat ALG II bezogen. Dass allerdings die Zahlen der Empfänger_innen von Sozialgeld, Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung seit Beginn des Jahrzehnts fast unverändert geblieben sind, deutet auf soziale Problemlagen hin, die von der konjunkturellen Entwicklung abgekoppelt sind und deren Beseitigung weiterhin eine große sozialpolitische Herausforderung darstellt.

Abb. 11: Bevölkerungsentwicklung in Thüringen 1991–2017
(in Tausend)

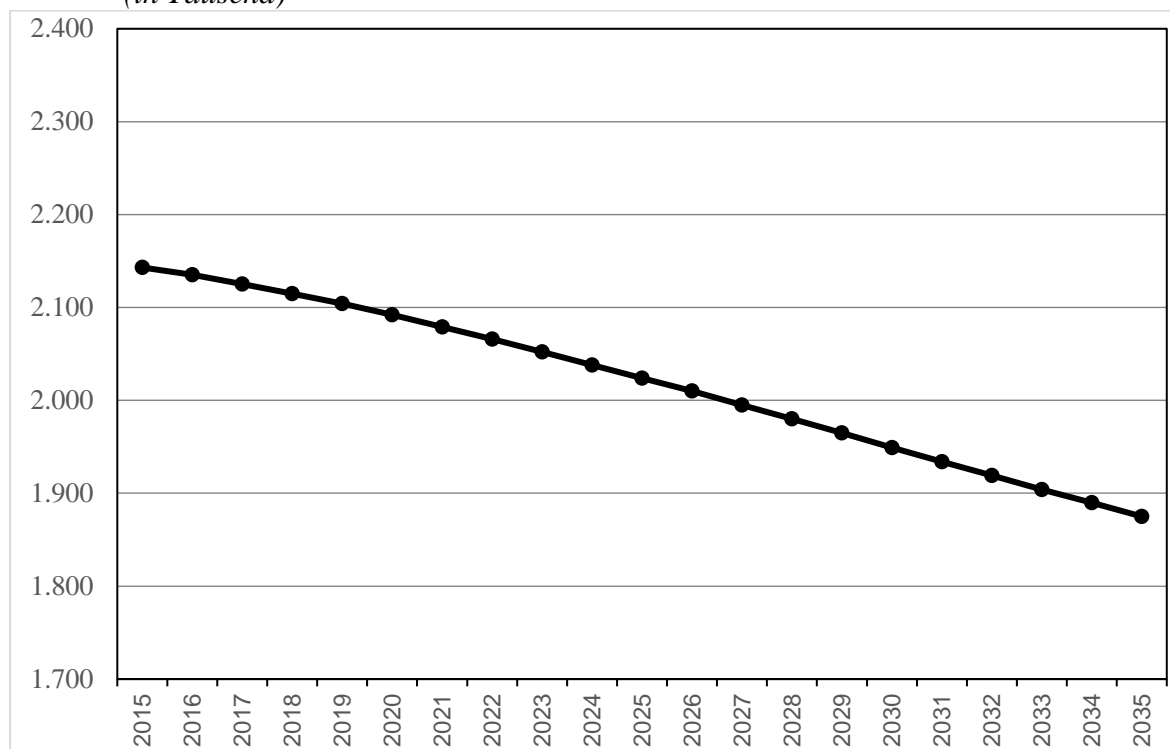


Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

Die größte Herausforderung für den Freistaat ist und bleibt allerdings seine mittel- und langfristige demographische Entwicklung. Dies wurde schon in den vorherigen THÜRINGEN-MONITOREN jeweils an gleicher Stelle umfassend diskutiert (vgl. TM 2016: 22, TM 2017: 32 ff.) und besitzt im Rahmen des diesjährigen Schwerpunktthemas eine zentrale Bedeutung. In Thüringen lebten zum Jahresende 2017 noch 2,154 Millionen Menschen, das sind ca. 4.000 Personen weniger als 2014 und erneut der niedrigste Bevölkerungsstand seit Gründung des Bundeslandes (vgl. Abb. 11). Mittlerweile beläuft sich der Gesamtschwund auf fast eine halbe Million Personen. Der Freistaat hat damit durch Fortzüge und Sterbefälle beinahe ein Fünftel seines Staatsvolks eingebüßt. Wie aus dem Thüringen-Atlas (TLS 2017) hervorgeht, ging die Bevölkerung (bis 2016) in sieben der 23 Landkreise und kreisfreien Städte mindestens um 22 Prozent zurück, in Suhl sogar um 36,2 Prozent. Einzig die kreisfreie Stadt Jena hatte eine Bevölkerungszunahme um 3,6 Prozent zu verzeichnen. Der Zuzug

tausender Geflüchteter und Asylsuchender in den Freistaat seit 2015 hat den Abwärtstrend *nicht* stoppen können – bis 2017 hatten zu viele von ihnen Thüringen wieder verlassen (s.u.).

Abb. 12: Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung nach Vorausberechnungsjahren in Thüringen bis 2035
(in Tausend)

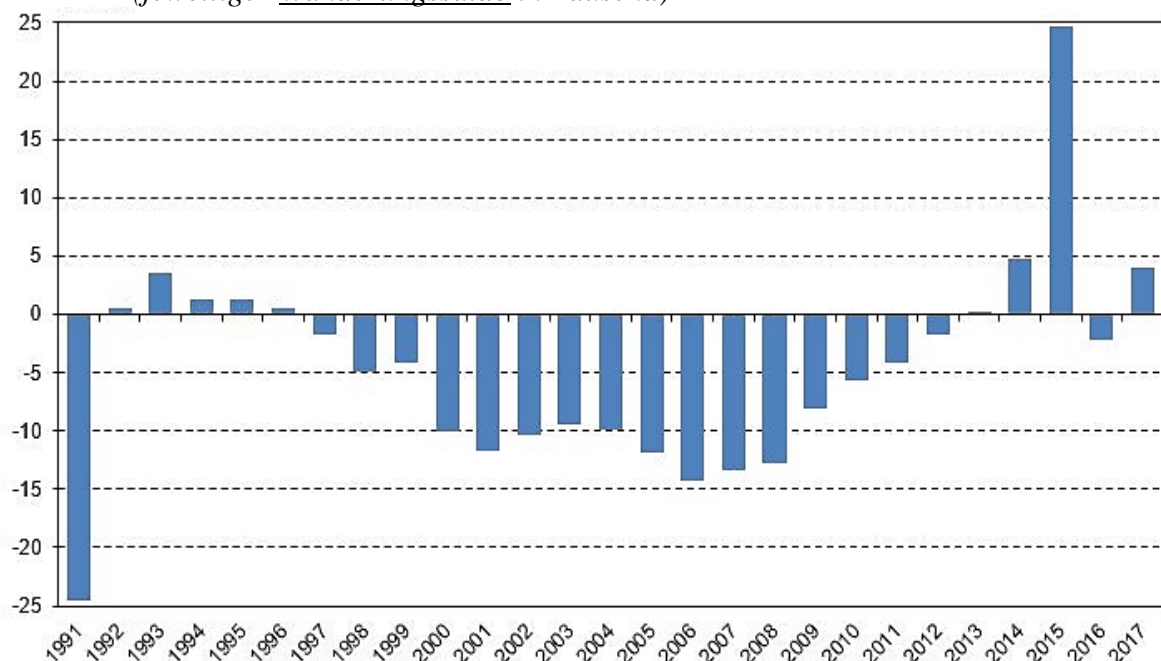


Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

Ein noch alarmierendes Signal geht von den offiziellen Bevölkerungsvorausberechnungen (Abb. 12) aus, bei denen die jüngere Flucht- und Migrationsbewegung nicht berücksichtigt werden konnte und die noch auf vergleichsweise konservativen Schätzungen (d.h. bei *gleichbleibenden* Bedingungen, beispielsweise unter Berücksichtigung der trendhaften Erholung der Geburtenrate) beruhen dürften. Würde der bisherige Bevölkerungsschwund nicht gestoppt werden und sich *linear* fortsetzen, würde sich die Gesamtzahl der Einwohner bis 2035 nochmals um ca. 200.000 reduzieren, auf jeden Fall *deutlich* unter die Zwei-millionengrenze sinken. Im Thüringen-Atlas (TLS 2017) wird ein Rückgang um -13,6 Prozent prognostiziert, besonders stark wären vermutlich Ostthüringer Landkreise betroffen (Maximum: -25,9 Prozent im Saale-Holzland-Kreis). Von einer Bevölkerungszunahme bis 2035 wird in ganz Thüringen nur für die kreisfreien Städte Jena und Erfurt (dort: +7,4 Prozent) ausgegangen. De facto würde diese Entwicklung in weiten Teilen des Landes ein erhebliches Schrumpfen der Gemeindegrößen, wenn nicht sogar ein erhöhtes Gemeindesterben, und die fortgesetzte Entvölkerung des ländlichen Raums bedeuten – und entsprechende sozioökonomische, sozialstrukturelle und kulturelle Negativfolgen zeitigen. In Thüringen starben 2016 nach Angaben des Statistischen Landesamtes 28.312 Personen. Andererseits gab es mit 18.475 Lebendgeborenen zwar soviel Nachwuchs wie in keinem Jahr nach 1990 (28.780), der Saldo aus Geburten (+) und Sterbefällen (-) je 1.000 Einwohner_innen betrug dennoch -4,5 und blieb damit gegenüber den Vorjahren fast unverändert. Es ist offensichtlich, dass sich die Geburtenrate drastisch erhöhen müsste, damit sich

wieder ein Bevölkerungswachstum einstellt. Die zusammengefasste Geburtenziffer⁵ lag 2015 nach Angaben des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung bzw. des Statistischen Bundesamtes in Thüringen⁶ bei 1,56 Kindern pro Frau, in Ostdeutschland bei 1,56 und in Deutschland bei 1,50. Selbst wenn sie in naher Zukunft *explosionsartig* anstiege, dürfte eine solche „demographische Wende“ erst in Jahrzehnten eine spürbare Erholung der Altersstruktur bewirken, beispielsweise die Probleme des sich verschärfenden Fachkräftemangels lösen (vgl. TM 2017: 31 ff.) und auch die Zahl der Steuerzahler_innen und Konsument_innen sichern. Derzeit wird allerdings davon ausgegangen, dass die Anteile der Kinder und Jugendlichen in Thüringen bis 2035 annähernd konstant bleiben werden, während die jungen und mittleren Erwachsenenkohorten abschmelzen und dementsprechend nur der Anteil der Personen im Alter von 65 Jahren und älter weiter anwächst (vgl. TLS 2017).

Abb. 13: Bevölkerungsbewegungen (Zu- und Fortzüge) in Thüringen 1991–2017
(jeweiliger Wanderungssaldo in Tausend)

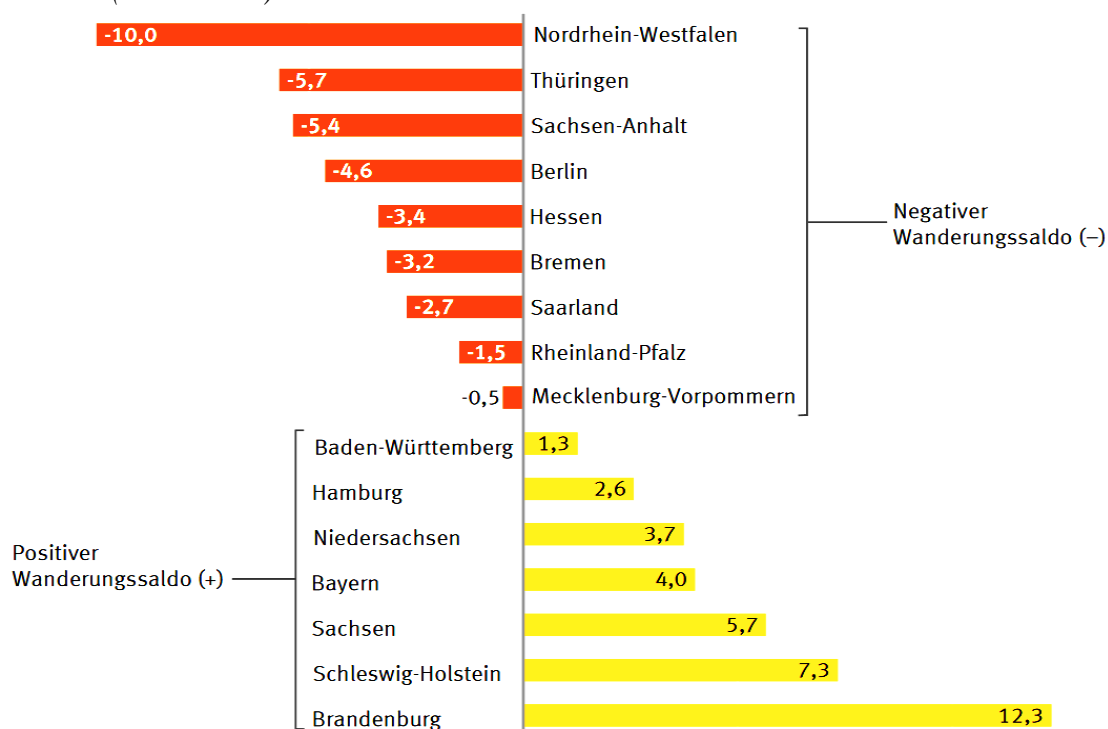


Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

Unter diesen Voraussetzungen ist *Zuwanderung* vermutlich die einzige realistische Option, *mittelfristig* eine positive Bevölkerungsentwicklung zu erreichen. Doch selbst 2015, im Jahr der großen Fluchtbewegungen nach Deutschland, die auch in der Thüringer Bilanz der Fort- und Zuzüge eine markante Spur hinterlassen haben (vgl. Abb. 13), wurde für den Freistaat der zweitniedrigste (also besonders negative) Wanderungssaldo im Bundesländervergleich registriert, was die *Abwanderung in andere Bundesländer* anbetraf (vgl. Abb. 14).

⁵ „Die zusammengefasste Geburtenziffer (*Total Fertility Rate*, TFR) beschreibt die relative Geburtenhäufigkeit der Frauen in einer Periode. Sie gibt die durchschnittliche Kinderzahl an, die eine Frau im Laufe ihres Lebens hätte, wenn die Verhältnisse des betrachteten Jahres von ihrem 15. bis zu ihrem 49. Lebensjahr gelten würden. Diese Kinderzahl je Frau hat einen hypothetischen Charakter, da sie die Geburtenhäufigkeit nicht einer konkreten, sondern einer modellierten Frauengeneration abbildet. Die zusammengefasste Geburtenziffer wird berechnet, indem die altersspezifischen Geburtenhäufigkeiten des beobachteten Jahres für die Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren addiert werden. Sie ist frei vom Einfluss der jeweiligen Altersstruktur der weiblichen Bevölkerung.“ Quelle: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Geburten/Tabellen/GeburtenZiffer.html>
⁶ https://www.bib.bund.de/DE/Fakten/Fakt/pdf/F33-Zusammengefasste-Geburtenziffer-Bundeslaender.pdf?__blob=publicationFile&v=4

Abb. 14: Wanderungssaldo zwischen den Bundesländern 2015
(in Tausend)



Quelle: Statistisches Bundesamt; Statistisches Jahrbuch 2017 (S.50)

Auch 2016 verließen den Freistaat *insgesamt* noch über 2.000 Personen mehr, als zugezogen waren. Von den insgesamt 59.023 Abgewanderten gingen ca. 23 Prozent in ein anderes ostdeutsches Bundesland (z.B. nach Sachsen: 6.744 Personen). Ca. 40 Prozent zogen in ein westdeutsches Bundesland (z.B. nach Bayern: 5.612 Personen) und ca. 37 Prozent verließen Thüringen in Richtung Ausland.⁷ Von den 56.768 Personen, die nach Thüringen kamen, zogen ca. 32 Prozent aus Westdeutschland zu, ca. 19 Prozent kamen aus einem anderen ostdeutschen Bundesland und ca. 49 Prozent aus dem Ausland (27.508 Personen).⁸ 2017 wurde allerdings wieder ein *positiver Wanderungssaldo* erzielt; es kamen 3.992 Personen mehr nach Thüringen, als gleichzeitig fortzogen. Gegenüber dem Ausland belief sich die Wanderungsbilanz auf +8.013 Personen (mehr Zuzüge; Syrien: +1.896 Personen, Polen: +1.532 Personen, Rumänien: +1.272 Personen), gegenüber den anderen Bundesländern auf -4.021 Personen (mehr Fortzüge). Die meisten Thüringer_innen zogen erneut nach Sachsen (-2.167 Personen). Im Vergleich zu 2016 gab es 2017 sowohl weniger Zuzüge (-5,0 Prozent) als auch weniger Fortzüge (-15,4 Prozent).⁹

Ein Großteil der internationalen Immigrant_innen seit 2015 waren zweifellos Geflüchtete und Asylsuchende, doch bereits seit Beginn des Jahrzehnts hatte sich der Zuzug von Personen aus dem Ausland nach Thüringen merklich gesteigert. Fest steht, dass sich der Anteil der Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft in Thüringen seit Beginn des Jahrzehnts zwar deutlich erhöht hat, aber 2017 lediglich 4,7 Prozent betrug (zu Personen „mit Migrationshintergrund“ vgl. TM 2017: 33 f.). Mit nunmehr 100.955 Einwohner_innen ohne deutschen Pass (Stichtag: 31.12.2017) ist das kleine Thüringen also immer noch eines der Bundesländer, die die höchste ethnische *Homogenität* besitzen. Im Vergleich der ostdeut-

⁷ <https://statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=ztw00312>

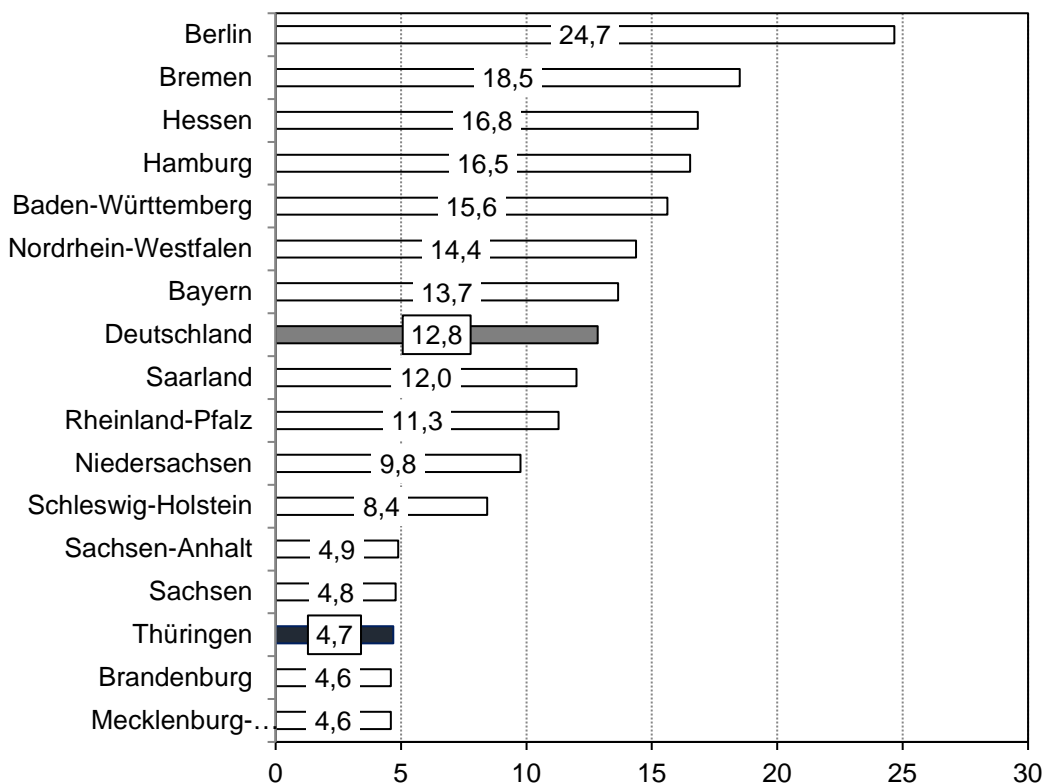
⁸ <https://statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=ztw00311>

⁹ https://statistik.thueringen.de/presse/2018/pr_242_18.pdf

schen Bundesländer belegt Thüringen den mittleren Rang (Abb. 15). Doch der Anteil der Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft in Thüringen ist ungefähr nur halb so groß wie der Anteil im „ausländerarmsten“ westdeutschen Flächenland Schleswig-Holstein – und er beträgt weniger als ein Drittel des Anteils in den „ausländerreichsten“ westdeutschen Flächenländern Hessen und Baden-Württemberg.

2016 betrug der Anteil der Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft an der Wohnbevölkerung in den Thüringer Landkreisen 3,2 Prozent und in den Thüringer kreisfreien Städten 6,6 Prozent. In Jena war er mit 8,2 Prozent am höchsten (Weimar: 7,6 Prozent; Eisenach: 6,7 Prozent; Suhl: 6,6 Prozent; Erfurt: 6,4 Prozent; Gera: 4,7 Prozent), im Landkreis Greiz war er mit 2,2 Prozent am niedrigsten (Landkreis Sömmerda: 2,3 Prozent). Laut Ausländerzentralregister besaßen 2017 ca. 51 Prozent der in Thüringen lebenden Ausländer_innen eine europäische Staatsbürgerschaft (51.840 Personen). Ca. 36 Prozent der Ausländer_innen waren Bürger_innen der 28 EU-Mitgliedsstaaten (36.555) und ca. 64 Prozent hatten eine Staatsbürgerschaft von Drittstaaten zur EU (64.400). Personen aus Vorderasien (22.635; d.h. ca. 22 Prozent aller Ausländer_innen) waren innerhalb der Personengruppe mit nichteuropäischer Staatsbürgerschaft am stärksten vertreten, gefolgt von Personen aus Ost- und Zentralasien (10.880; d.h. ca. elf Prozent aller Ausländer_innen) sowie von Personen aus Afrika (5.610; d.h. ca. sechs Prozent aller Ausländer_innen).

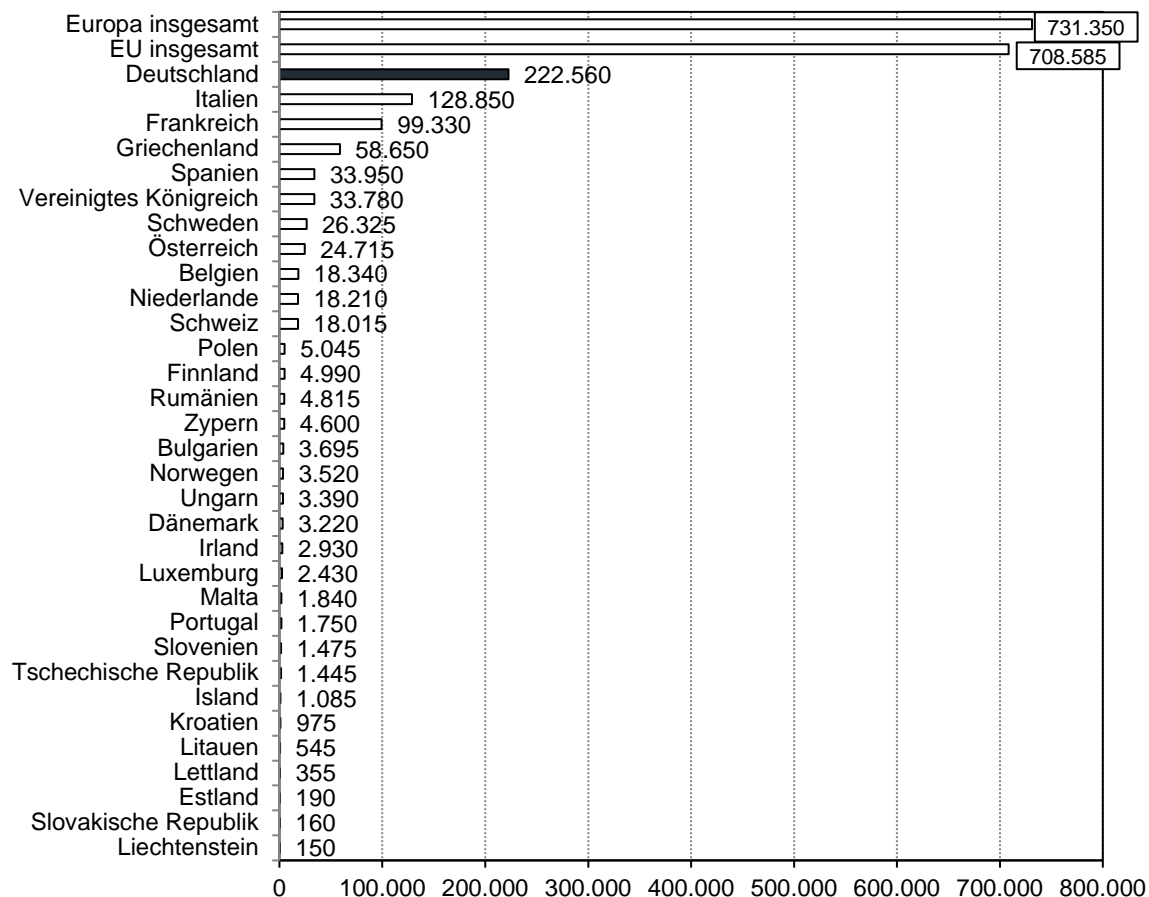
Abb. 15: Anteil ausländischer Staatsbürger_innen an der Gesamtbevölkerung nach Bundesland 2017
(in Prozent)



Quelle: Statistisches Bundesamt; Daten der Bevölkerungsfortschreibung mit Stand zum 30.09.2017 und Daten des Ausländerzentralregisters mit Stand zum 31.12.2017.

Anmerkung: Der Anteil der „ausländischen Bevölkerung je 100 Einwohner“ weicht von der offiziellen „Ausländerquote“ ab, da bei der offiziellen „Ausländerquote“ die Zahl der ausländischen Bevölkerung nicht aus dem Ausländerzentralregister, sondern aus der Bevölkerungsfortschreibung verwendet wird.

Abb. 16: Aufnahme von Asylsuchenden in Europa 2017
(Anzahl)



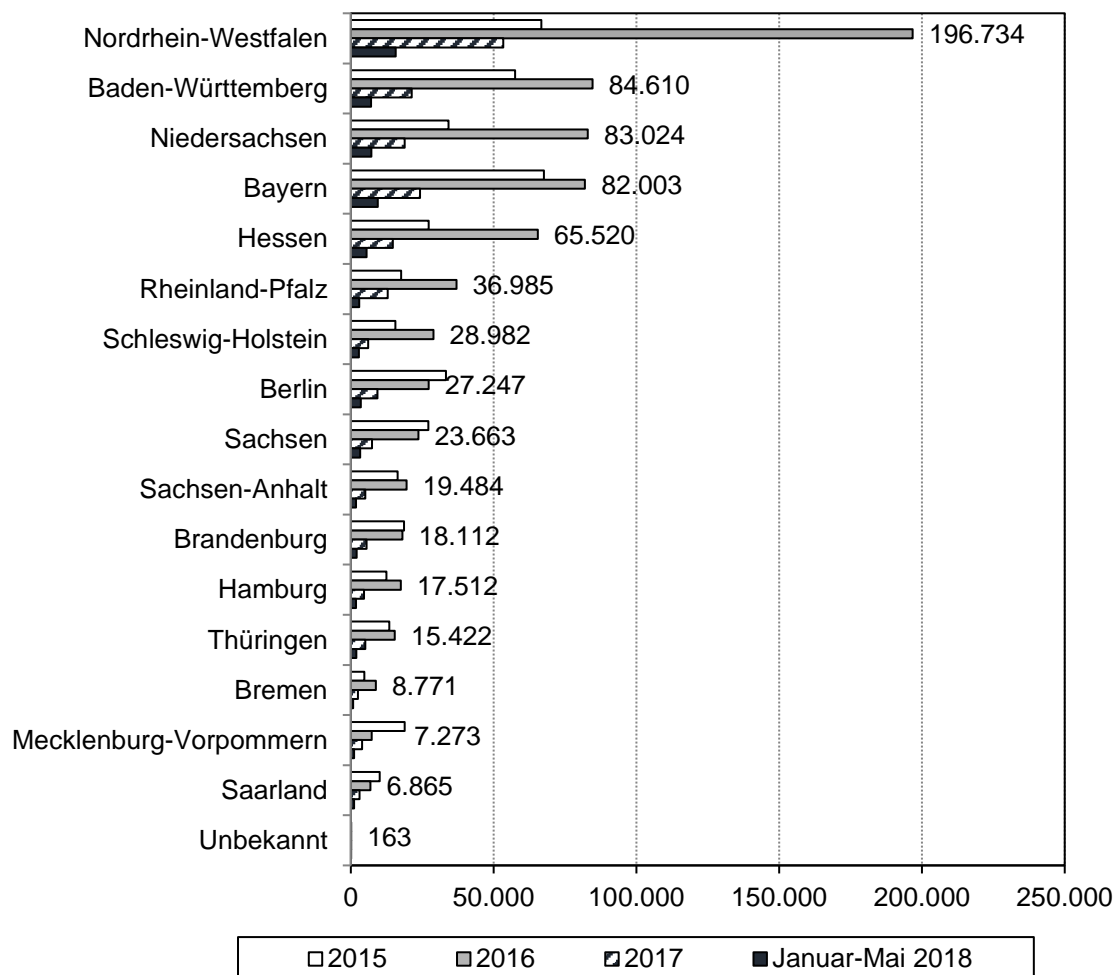
Quelle: EUROSTAT

Im THÜRINGEN-MONITOR 2016 stimmten 77 Prozent der Befragten der Aussage zu „Deutschland braucht ein Einwanderungsgesetz, das festlegt, welche und viele Ausländer ins Land kommen dürfen.“ (vgl. TM 2016: 60 f.). Dies geschah auch unter dem Eindruck der – damals bereits deutlich entspannteren – Asylsituation in Deutschland, die unsere Befragten differenziert beurteilten, aber mehrheitlich mit Befürchtungen, Sorgen und Skepsis verbanden (vgl. TM 2016: 33 ff.). Es ist nachvollziehbar, aber problematisch, dass die Themen **Migration, Integration sowie Flucht und Asyl** gegenwärtig in der öffentlichen Wahrnehmung und in den politischen Auseinandersetzungen oftmals nur wenig differenziert behandelt werden. Allerdings wurden die außergewöhnlich starken Wanderungsbewegungen nach Europa und Deutschland seit dem Sommer 2015 (für 2016 vgl. Abb. 16) in erster Linie durch *Kriegshandlungen* und eine damit einhergehende *Vertreibung* großer Bevölkerungsmassen im Nahen Osten und Nordafrika induziert. Dies hat das Postulat einer „geregelte Zuwanderung“ nach soziodemographischen, ökonomischen und identitätspolitischen Kalkülen der Aufnahmestaaten zwangsläufig außer Kraft gesetzt. In Deutschland hat die zeitweise unübersichtliche Entwicklung einer befriedeten, demokratisch regierten, wirtschaftlich enorm leistungsfähigen und durch ein hohes Wohlstandsniveau gekennzeichneten Gesellschaft ihre „Grenzen der Belastbarkeit“ aufgezeigt. Der Streit um die Aufnahme, Integration und Zurückweisung von Geflüchteten, um die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber_innen, um „europäische Lösungen“ oder „nationale Alleingänge“ und um die gesell-

schaftlichen Folgen von (Massen-)Zuwanderung führten zu einer massiven politischen Krise. In dieser Krise ist die Konsens- und Handlungsfähigkeit der politischen Eliten erheblich eingeschränkt, werden die Erwartungen großer Bevölkerungsteile an die Politik frustriert und haben die Polemik und moralische Schuldzuweisungen in den Debattenbeiträgen von allen Seiten zugenommen. Währenddessen ertranken auch im Sommer 2018 fast täglich Flüchtlinge im Mittelmeer – ähnlich wie bereits vor zehn Jahren, als die italienische Mittelmeer-Insel Lampedusa durch große Zahlen ankommender bzw. verunglückender *boat people* und durch umstrittene Einsätze der Europäischen Agentur für Grenzschutz und Küstenwache FRONTEX erstmals ins Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit trat.

Mit insgesamt über 222.000 Personen wurden 2017 ca. 30 Prozent aller Geflüchteten und Asylsuchenden in Europa von Deutschland aufgenommen, dem mit Abstand bevölkerungsreichsten und wirtschaftlich leistungsfähigsten EU-Mitgliedstaat.

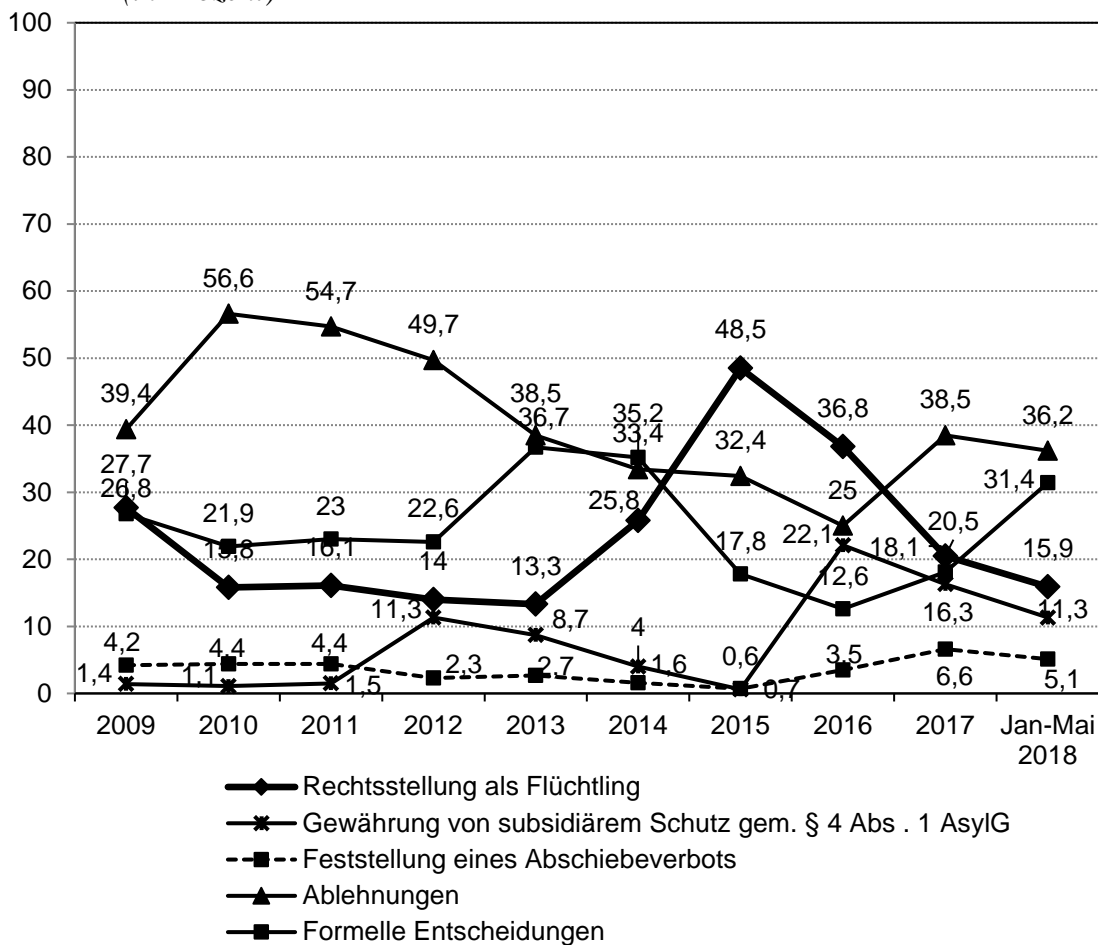
Abb. 17: Anzahl der Asylerstanträge nach Bundesländern 2015, 2016, 2017 und Januar–Mai 2018
(Sortierung nach angegebenen Erstantragszahlen 2016)



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)

Insgesamt stellten 2017 in Deutschland 198.317 Personen einen Asylerstantrag. In Thüringen wurden nur 5.040 Asylerstanträge gestellt, das waren 2,54 Prozent (vgl. BAMF 2018b: 14). Thüringen erreichte damit *nicht* seine Quote von 2,69 Prozent nach dem sogenannten „Königsteiner Schlüssel“, der die Verteilung der Asylsuchenden auf die Bundesländer regeln soll. Ähnliches gilt jedoch für die anderen ostdeutschen Bundesländer (Sachsen: 3,73 statt der geplanten 5,06 Prozent) und beispielsweise auch für Baden-Württemberg und Bayern, während einige andere westdeutsche Bundesländer, allen voran Nordrhein-Westfalen mit ca. 26,9 Prozent (vorgesehen: 21,1 Prozent), mehr Asylsuchende aufnahmen, als es der „Königsteiner Schlüssel“ für sie vorsah. Zwischen Januar und Mai 2018 sind in Deutschland 78.026 Erstanträge hinzugekommen, 1.934 davon in Thüringen (2,48 Prozent; vgl. BAMF 2018a: 7).

Abb. 18: Entwicklung der Asylentscheidungsquoten in Deutschland 2009–Mai 2018 (in Prozent)



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)

Angesichts der humanitären Katastrophen im Nahen Osten, in Nordafrika, im Mittelmeer und anderswo wirken Spekulationen über angeblich exorbitante Anteile sogenannter „Armutsmigranten“ bzw. „Asylbetrüger“ unter den zu uns kommenden Menschen, vor allem aber die hysterischen „Umvolkungs“-Schreie der Rechtsextremen und ihrer Mitläufer_innen, besonders zynisch. Zweifellos jedoch muss die Aufnahme, Unterbringung und Integration bzw. der Verbleib der angekommenen Menschen systematisch, effizient und unter bedingungsloser Einhaltung rechtsstaatlicher und menschenrechtlicher Prinzipien vorstatten gehen. Konsequenterweise gehört dazu auch die ordnungsgemäße Prüfung auf

Anerkennung von Asylgründen – und die Frage, wie mit solchen Menschen verfahren werden sollte, die (nachweislich?) nicht vor Krieg und Verfolgung nach Deutschland fliehen, sondern aus anderen Gründen kommen, z.B. weil sie sich hier eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen erhoffen. Wie Abb. 18 zeigt, sind die Anteile der Rechtsstellung als Flüchtling und der Gewährung von subsidiärem Schutz seit 2016 erheblich gesunken, die der Feststellung eines Abschiebeverbotes gestiegen. Jeweils ungefähr ein Drittel der Asylgesuche in Deutschland wurden 2017 sowie im ersten Halbjahr 2018 aber *zurückgewiesen*, 2016 betraf dies nur ein Viertel der Anträge. Die *Gesamtschutzquote*¹⁰ ist von 62,4 Prozent im Jahr 2016 auf 43,4 Prozent im Jahr 2017 gesunken. Dabei traten große Unterschiede nach Herkunftsländern der Betroffenen auf und auch die Asylpraxis in den Bundesländern variierte deutlich. In Thüringen lag die Gesamtschutzquote für Geflüchtete aus Afghanistan (55,3 Prozent) deutlich über dem entsprechenden Bundesdurchschnitt (44,3 Prozent), ebenso jene für Geflüchtete aus Äthiopien (35,1 gegenüber 25,0 Prozent). Unterdurchschnittlich war sie für Geflüchtete aus dem Irak (55,3 gegenüber 64,5 Prozent) und aus dem Iran (38,6 Prozent gegenüber 57,1 Prozent).¹¹ Die Gesamtentwicklung zeigt einerseits, dass die überwiegende Mehrheit der 2016 angekommenen Personen und ein Großteil der seitdem Aufgenommenen sehr wohl *schutzbedürftig* war und ist. Es ist plausibel anzunehmen, dass viele dieser Menschen wieder in ihre Heimat zurückkehren werden, wenn die Gründe für ihre Flucht eines Tages beseitigt sind. Andererseits könnten die *markant gestiegenen Ablehnungsquoten* eine Debatte darüber anregen, inwieweit und unter welchen Voraussetzungen sich andere Menschen, auf die Deutschland offenbar große Attraktivität ausübt, sinnvoll in eine Gesellschaft integrieren lassen, die von demographischen Schiefen gezeichnet und damit mittelfristig von sozioökonomischem Negativwachstum bedroht ist. Im August 2018 meldete die Bundesagentur für Arbeit, dass mittlerweile mehr als 300.000 Geflüchtete einen Arbeitsplatz gefunden hätten. 238.000 von ihnen seien sozialversicherungspflichtig beschäftigt, das waren 88.000 mehr als im Vergleich zum Vorjahr (vgl. BA 2018: 12). Im ersten Halbjahr 2018 waren in Thüringen ca. 3.600 Personen aus nichteuropäischen Asylherkunftsstaaten sozialversicherungspflichtig beschäftigt, ca. 9.500 Personen galten als unterbeschäftigt, weitere ca. 4.000 Personen wurden als arbeitslos geführt und ca. 400 bewarben sich auf Berufsausbildungsstellen.¹²

Die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik (PKS; TMIK 2017) weist für 2017 einen Rückgang der im Freistaat registrierten Straftaten von 146.884 auf 141.505 aus, dies entspricht -3,7 Prozent gegenüber 2016. Gegenüber 2015 war die **Kriminalität** allerdings 2016 um 6,6 Prozent angestiegen; 2017 erreichte sie dann wieder ähnliche (d.h. niedrigere Niveaus) wie in den Vorjahren. (Die PKS erfasst auch Verstöße gegen das Aufenthalts-, das Asyl- und das Freizügigkeitsgesetz, diese Fälle sind bei den hier diskutierten statistischen Kennziffern aber *nicht* inbegriffen.¹³) Seit 2015 waren vor allem in einigen Deliktbereichen, die im besonderen Fokus der Öffentlichkeit stehen und somit die allgemeine Sicherheitswahr-

¹⁰ Inklusiv Feststellung eines Abschiebeverbotes, Gewährung von subsidiärem Schutz, Rechtsstellung als Flüchtling, Asylgewährung nach Artikel 16 a. Exklusive Ablehnungen und formelle Entscheidungen.

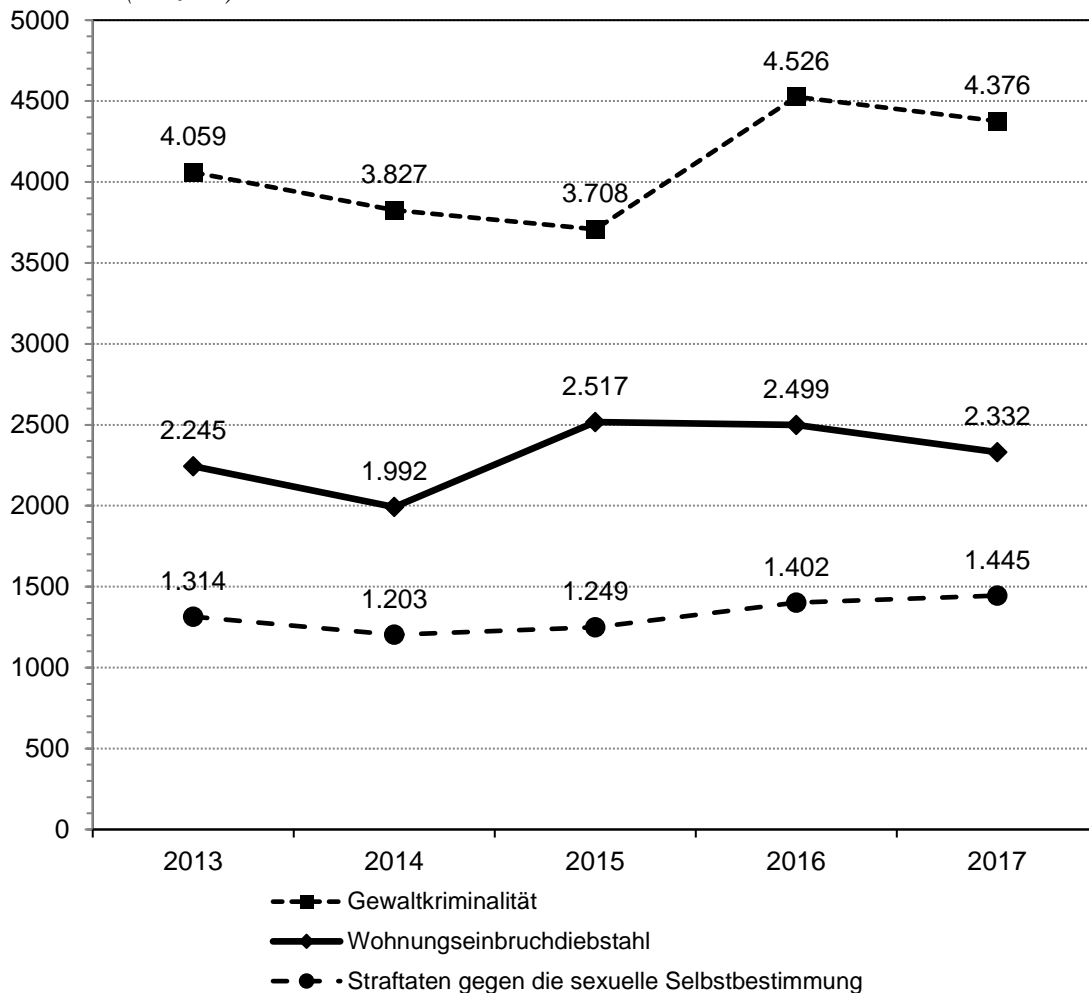
¹¹ Diese Regionaldaten können nicht der Asylgeschäftsstatistik 2017 des BAMF entnommen werden. Sie stammen aus Grafiken zu einem Artikel, der am 16./17. Juni 2018 auf S. 13 in der Süddeutschen Zeitung erschien und in dem das BAMF sowie das Bundesinnenministerium als Quelle genannt wurden.

¹² vgl. <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Statistische-Analysen/Statistische-Sonderberichte/Generische-Publikationen/Migrations-Monitor-Arbeitsmarkt-Eckwerte-Laenderebene.xlsx>

¹³ Personen ohne EU-Staatsangehörigkeit, ohne gültiges Visum bzw. mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus verstoßen mit der Einreise nach Deutschland, d.h. beim Übertreten der offenen EU-Binnengrenzen, gegen das Aufenthaltsgesetz. Dies betrifft beispielsweise alle Geflüchteten bis zu ihrer Registrierung bzw. bis zur Stellung eines formalen Asylantrages.

nehmung beeinflussen können, deutliche Anstiege zu verzeichnen (Abb. 19). Beispielsweise war die Gewaltkriminalität 2016 um 22 (!) Prozent gegenüber 2015 angestiegen. Dieser Befund ist besorgniserregend. Es ergibt sich allerdings kein Gesamtbild, aus dem sich ein katastrophaler Zustand der öffentlichen Sicherheit oder sogar ein „Versagen des Rechtsstaats“ ableiten ließen. Die Aufklärungsquote der Straftaten insgesamt liegt seit 2013 relativ stabil zwischen 63 und 64 Prozent, in keinem Deliktbereich ist sie dramatisch abgesunken, in einigen hingegen sogar angestiegen. Auch Spekulationen über eine gesunkene Anzeigebereitschaft der Bürger_innen, die angesichts ‚grassierender Rechtsbrüche‘ oder eines ‚Versinkens des Landes in Kriminalität‘ resigniert hätten und z.B. Diebstähle immer seltener melden würden, entbehren jeder statistischen und kriminologischen Befundlage (zur Kriminalitätsfurcht unserer Befragten vgl. Kapitel III.3, zum Institutionenvertrauen vgl. Kapitel IV.2).

Abb. 19: Entwicklung ausgewählter Straftaten in Thüringen 2013–2017
(Anzahl)



Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik, Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales (TMIK)

Anmerkungen:

Gewaltkriminalität umfasst: Mord, Totschlag, Tötung auf Verlangen, Vergewaltigung und sexuelle Nötigung, Raub, räuberische Erpressung, Körperverletzung mit Todesfolge, gefährliche/schwere Körperverletzung.

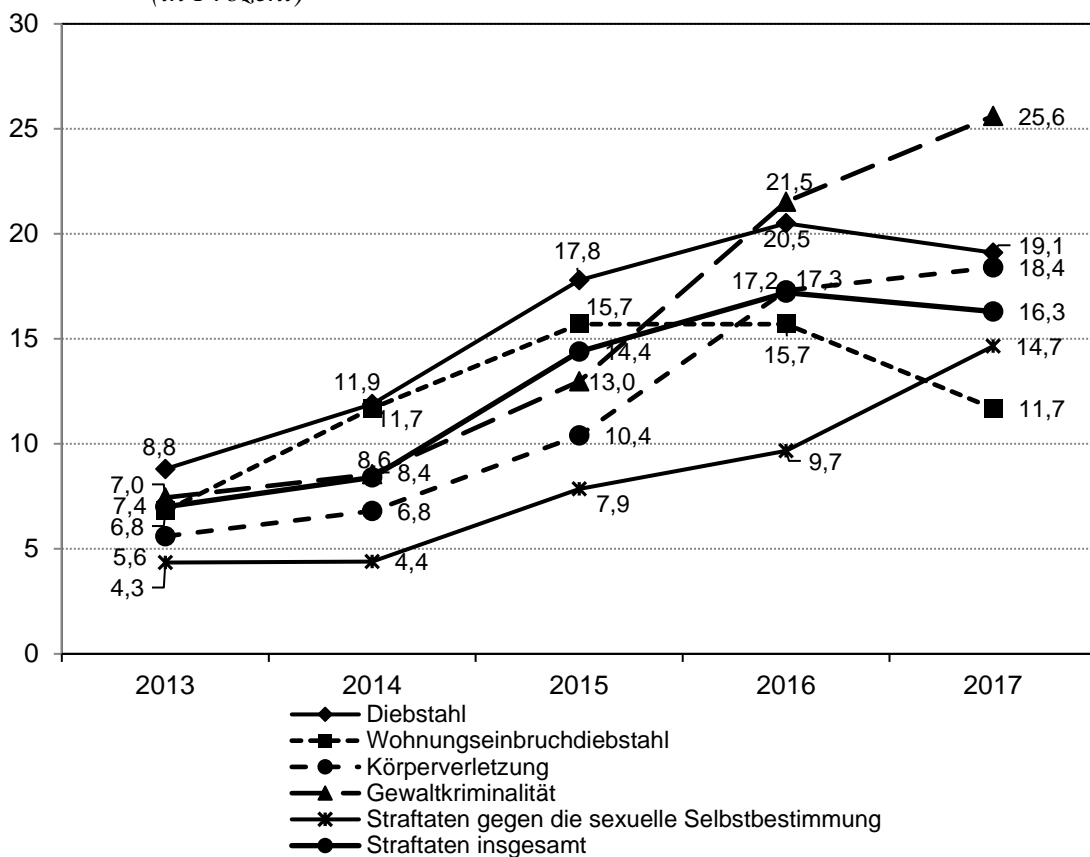
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung umfassen: Vergewaltigung/sexuelle Nötigung/Übergriffe, sonstige sexuelle Nötigung, sexueller Missbrauch, exhibitionistische Handlungen und Erregung öffentlichen Ärgernisses.

Allerdings weist die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik bei verschiedenen Deliktarten sowie insgesamt **erhöhte Anteile nichtdeutscher Tatverdächtiger** (NDTV) an allen Tatverdächtigen aus, die markant über dem Anteil ausländischer Staatsbürger_innen (4,7 Prozent) an der Thüringer Bevölkerung liegen (vgl. Abb. 20). Seit 2015 sind sie z.T. stark angestiegen. Dies betrifft u.a. die Gewaltkriminalität und Delikte gegen die sexuelle Selbstbestimmung. Auch bei Ladendiebstahl war der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger mit 23,3 Prozent auffällig erhöht. Diese statistischen Kennziffern sind alarmierend, sie müssen allerdings sachgemäß interpretiert werden. In diesem Sinne werden nachfolgend – in der gebotenen Kürze – verschiedene Überlegungen angeführt, weshalb die genannten jeweiligen Anteile der nichtdeutschen Tatverdächtigen erhöht bzw. angestiegen sind (zur Kriminalitätsentwicklung in Deutschland und Erklärungsmustern vgl. Klingst / Venohr 2017, Fiedler/Scheffer 2018):

Zunächst ist zu beachten, dass die Kategorie der Tatverdächtigen im Allgemeinen nicht automatisch gleichbedeutend mit der Kategorie der Angeklagten bzw. der als Täter_innen rechtskräftig Verurteilten ist. Die Feststellung einer solchen Unterscheidung in jedem Einzelfall liegt nicht im Aufgabenbereich der Polizei, sondern in dem der Staatsanwaltschaften und der Gerichte.

Des Weiteren muss betont werden, dass in einigen dieser Deliktgruppen insgesamt vergleichsweise kleine Fallzahlen vorliegen und somit durch relativ wenige hinzugekommene Fälle starke prozentuale Anstiege zu verzeichnen waren. Somit waren auch starke prozentuale Anstiege der Anteile nichtdeutscher Tatverdächtiger möglich.

Abb. 20: Anteile nichtdeutscher Tatverdächtiger an den ermittelten Tatverdächtigen in Thüringen (Auswahl) 2013–2017 (in Prozent)



Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik, Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales (TMIK)

In einigen Deliktbereichen lassen sich erhöhte Anteile von Täter_innen vermuten, die z.B. aus dem südosteuropäischen Ausland nach Deutschland eingereist sind, um hier intensiviert bzw. bandenmäßig kriminellen Aktivitäten – darunter schwerste Straftaten – nachzugehen.

Aus der Statistik geht nicht hervor, wie groß der jeweilige Anteil von Geflüchteten und Asylsuchenden unter den ermittelten nichtdeutschen Tatverdächtigen war. Der deutliche Anstieg des Anteils der nichtdeutschen Tatverdächtigen 2015 macht aber einen direkten Zusammenhang mit der verstärkten Ankunft von Geflüchteten und Asylsuchenden im Freistaat hochplausibel.

Vermutlich wurde ein durch die Statistik nicht belegter Teil der Körperverletzungsdelikte in Asylgemeinschaftsunterkünften begangen, wo auf engstem Raum Spannungen unter sehr heterogenen Personengruppen mit traumatisierenden Kriegs- und Fluchterfahrungen entstehen und rasch eskalieren können. Da diese Vorfälle in staatlichen Einrichtungen auftreten, müssen sie (anders als beispielsweise eine „Kneipenschlägerei“ oder Phänomene „häuslicher Gewalt“) unbedingt vom Personal gemeldet werden, die Polizei ist relativ schnell vor Ort und es werden oftmals mehrere Tatverdächtige gleichzeitig ermittelt. Zudem sind auch die von den Straftaten Betroffenen oftmals selbst Asylbewerber_innen. Dies wird durch den in der Polizeilichen Kriminalstatistik ausgewiesenen, gestiegenen Anteil von nichtdeutschen Betroffenen nahegelegt (vgl. PKS 2017: 39). Obwohl ein Großteil der Gewaltkriminalität also exklusiv unter Geflüchteten auftritt, sind jene Straftaten von hohem öffentlichen Interesse und können infolge der medialen Berichterstattung das Sicherheitsgefühl der (nicht involvierten) Bevölkerung empfindlich beeinträchtigen.

Bei Tatverdächtigen *allgemein* sind männliche, junge, sozioökonomisch deprivierte und sozial marginalisierte Personen überrepräsentiert. Auch in der Teilpopulation der Geflüchteten und Asylsuchenden ist diese spezifische Personengruppe äußerst stark vertreten, wobei allerdings große Unterschiede nach Herkunftsländern auftreten. Die Gewalterfahrung, Entwurzelung und Desorientierung gerade junger, unbegleiteter Geflüchteter sowie die im Aufnahmeland erlebte kulturelle Differenz, soziale Exklusion und Perspektivlosigkeit (z.B. bei geringen Chancen der Anerkennung des Asylstatus) können als Teilursachen für eine erhöhte Delinquenzneigung bei einem Teil dieser Personengruppe angenommen werden. Dies gilt insbesondere für Gewalt- und Sexualdelikte. Eine Studie unter Beteiligung von Prof. Christian Pfeiffer vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) kam Anfang 2018 zu dem Schluss, dass der Anstieg der Gewaltstraftaten (in Niedersachsen) hauptsächlich auf junge, männliche Asylbewerber zurückzuführen sei und z.T. mit einer patriarchalistisch-autoritären Herkunftskultur dieser Personen zusammenhänge (vgl. Pfeiffer et al. 2018).

Allerdings kann nicht ausgeschlossen werden, dass Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit aus verschiedenen Gründen – u.a. fremdenfeindlichen bzw. rassistischen Vorurteilen – häufiger angezeigt werden bzw. unter *Tatverdacht* geraten als Nichtdeutsche und dass ihr Anteil in einigen Deliktbereichen (z.B. Diebstahl) auch deshalb erhöht sein könnte (vgl. Behr 2017). Dafür lassen sich in den hier diskutierten Statistiken jedoch keine Anhaltspunkte finden.

Die erhöhten Anteile der nichtdeutschen Tatverdächtigen sind zweifelsohne erklärungsbedürftig und dürfen nicht bagatellisiert werden. Besonders vor dem Hintergrund der anhaltenden Migrationsdebatte ist es wichtig, *Gewalt- und Kriminalitätsprävention* bzw. *-intervention* nicht nur als Aufgabe des Rechtsstaates und seiner Behörden aufzufassen, sondern als integrativen, partizipativen Prozess zur Stärkung der demokratischen Gesellschaft effektiv und nachhaltig zu gestalten. Anstatt Menschen mit Migrationsgeschichte zu stigmatisieren

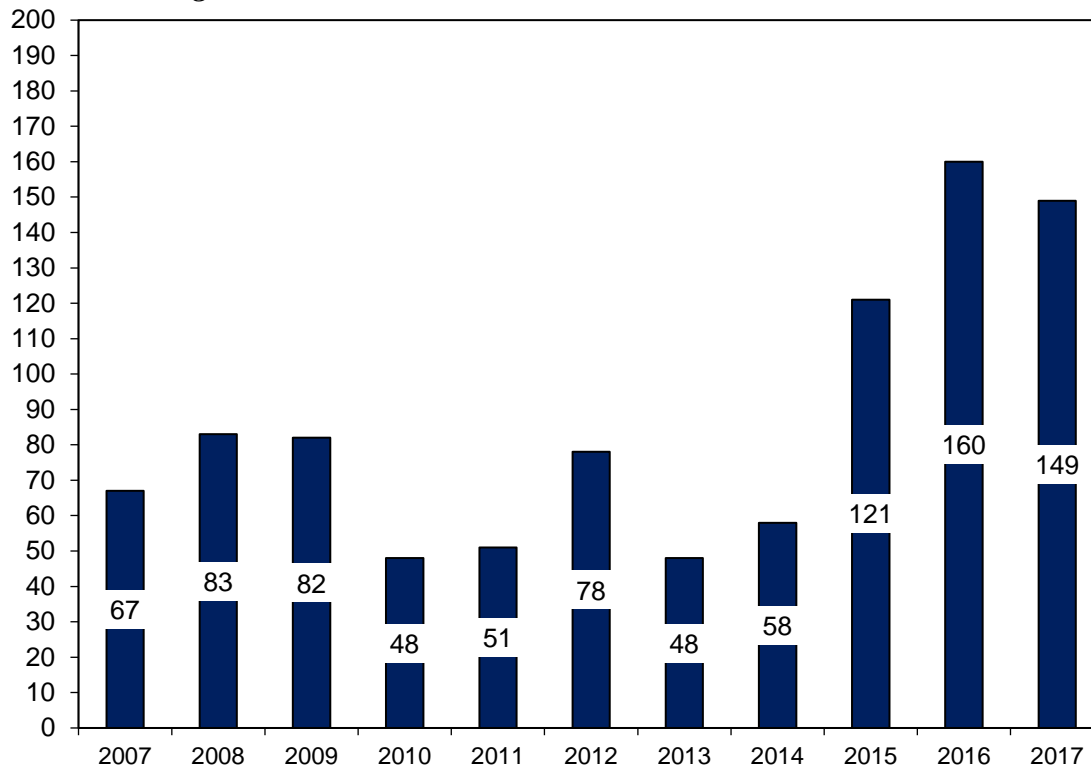
sieren und zu marginalisieren, müssen dabei Personen aller Staatsbürgerschaften und nationaler bzw. ethnischer Identitäten erreicht werden.

Wiederholt wurde im THÜRINGEN-MONITOR darauf hingewiesen, dass mit der Verbreitung und Normalisierung fremdenfeindlicher Vorurteile ein gesellschaftlicher Nährboden für Radikalisierung und **Aggression gegenüber ethnischen Minderheiten** bereitet wird (vgl. auch Quent/Salheiser/Schmidtke 2016). Obwohl Gewalt nach wie vor eine breite öffentliche Ächtung erfährt, können sich Täter_innen durch bestimmte, vermeintlich mehrheitsfähige Meinungen oder zunehmend populäre Diskursinhalte in ihrer Motivation bestärkt und zum Handeln angeleitet fühlen. Ezra, die Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen, berichtet von einer starken Zunahme schwerwiegender Angriffe seit 2015 (vgl. Abb. 21). Betroffene fremdenfeindlicher bzw. rassistisch motivierter Angriffe waren oftmals Geflüchtete und Asylsuchende (vgl. ezra 2018). Bemessen an den o.g. Gesamtzahlen von Gewaltdelikten im gleichen Erfassungszeitraum erscheint das Ausmaß der von ezra erfassten Angriffe zunächst relativ klein. Vertreter_innen von ezra betonen jedoch, dass von einer sehr hohen Dunkelziffer ausgegangen werden muss. Da ezra in erster Linie eine Institution zur Beratung und Begleitung Betroffener ist, können nur bekannt gewordene – d.h. in der Regel von Betroffenen selbst oder Personen aus deren Umfeld gemeldete – Fälle registriert werden. 2017 nahmen 203 Personen das Beratungsangebot von ezra in Anspruch. Eine flächendeckende Erfassung solcher Angriffe für Thüringen ist nicht möglich; „blinde Flecken“ bestehen vor allem im ländlichen Raum, wo schwächere zivilgesellschaftliche Unterstützungsstrukturen existieren.

Auch die hohe gesellschaftliche Brisanz dieser Vorfälle muss bedacht werden. Im Gegensatz zu „unpolitischer“ Gewaltkriminalität handelt es sich bei den hier diskutierten Angriffen um Formen der Hasskriminalität (Quent 2017), die auf Ungleichwertigkeitsvorstellungen der Täter_innen beruhen und bei denen die Betroffenen stellvertretend für eine gesellschaftliche Gruppe bzw. aufgrund der ihnen zugeschriebenen (vermeintlichen) Gruppeneigenschaften angegriffen werden. Die erfassten Angriffe können nicht ausschließlich auf Täter_innen zurückgeführt werden, die der – in Thüringen sehr aktiven und gewalttätigen – rechtsextremen Szene zuzuordnen sind. Besonders in den Medien sind solche Angriffe zwar nach wie vor eng mit klischeehaften Darstellungen ‚springerstiefeltragender Glatzköpfe‘ assoziiert. Ezra berichtet jedoch von einer Zunahme von Vorfällen in den letzten Jahren, bei denen die fremdenfeindliche bzw. rassistisch motivierte Gewalt von Personen ausging, die bis dahin nicht als „rechtsextrem“ in Erscheinung getreten waren, sondern aus der sogenannten „Mitte der Gesellschaft“ zu stammen schienen (zur Gewaltbereitschaft vgl. auch Kapitel IV.3 und IV.5).

Trotz der benannten Erfassungsproblematik können gewisse Aussagen über die regionale Verteilung der Angriffe getroffen werden. So sind es vor allem die kreisfreien Städte Thüringens, deren vergleichsweise hohen Anteile von Personen mit Migrationsgeschichte an der Bevölkerung den fremdenfeindlichen Täter_innen entsprechende Gelegenheitsstrukturen eröffnen. Es wurden also dort mehr Angriffe registriert, wo nicht nur die ethnische Diversität am größten ist, sondern wo gleichzeitig Akteur_innen der demokratischen Zivilgesellschaft stärker auf Angriffe aufmerksam werden können bzw. von Betroffenen leichter kontaktiert werden können.

Abb. 21: Anzahl registrierter Angriffe mit rassistischer/fremdenfeindlicher, gruppenbezogen menschenfeindlicher bzw. rechtsextremer Motivation in Thüringen 2007–2017



Quelle: ezra – Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen

Anmerkungen: 2010: Erfassung Januar bis Oktober; 2011: Erfassung April bis Dezember. Zahlen 2006–2010 vom Thüringer Hilfsdienst für Opfer rechter Gewalt (THO). Zahlen ab 2011 von ezra.

Tatmotive (jeweilige Anzahl 2017): Rassismus (103); gegen politische Gegner*innen (32); gegen politische Verantwortungsträger*innen (5); gegen Nichtrechte oder Alternative (4); Antisemitismus (2); gegen Journalist*innen (1); Sozialdarwinismus (gegen Wohnungslose) (1); wegen sexueller Orientierung/Identität (gegen LSBTTIQ*)(1).

Tatbestände (jeweilige Anzahl 2017): einfache Körperverletzung (51); gefährliche Körperverletzung (48); Nötigung/Bedrohung (32); versuchte Körperverletzung (11); massive Sachbeschädigung (3); schwere Körperverletzung/versuchte Tötung (3); Brandstiftung (1).

In statistischen Analysen im Forschungsprojekt „Topografie des Rechtsextremismus in Thüringen“ am KomRex der FSU Jena¹⁴ deutete sich an, dass die Verteilung von Angriffen (in den Jahren 2014–2016) über die 23 Thüringer Landkreise und kreisfreien Städte in spezifischer Weise mit der Verbreitung ethnozentrischer (d.h. fremdenfeindlicher und nationalistischer) Einstellungen in der dort ansässigen Bevölkerung sowie mit weiteren regionalen Kontextfaktoren zusammenhängen könnte (vgl. Best et al. 2017; zur regionalisierten Einstellungsmessung auf Basis der THÜRINGEN-MONITORE 2012–2018 vgl. Kapitel IV.4). Paradox erscheint zunächst der statistische Befund, dass die Anzahl der *registrierten* Angriffe mit steigendem Anteil ethnozentrischer Eingestellter im Kreis tendenziell leicht *sinkt*. Dies ist allerdings plausibel, weil sich an manchen Orten eine sprichwörtliche „Ausländerfeindlichkeit (fast) ohne Ausländer“ selbstreproduziert: Potenzielle Täter_innen treffen seltener auf potenzielle Betroffene, wo diese generell weniger willkommen sind und –

¹⁴ Das Forschungsprojekt „Topografie des Rechtsextremismus in Thüringen“ wird im Rahmen des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit vom Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport gefördert.

u.a. aus strukturellen bzw. sozioökonomischen Gründen¹⁵ – seltener zuziehen. Ein Mangel an positiv erlebten Kontakt- und Interaktionserfahrungen der Bevölkerung mit „Fremden“ im Alltag verhindert jedoch den Abbau von Vorurteilen (vgl. Kapitel IV.5). In einem solchen Umfeld wird vermutlich auch fremdenfeindliche Gewalt tendenziell öfter *beschwiegen*, geduldet oder sogar unterstützt. Ziel von rechtsextremen Gewalttäter_innen ist es, lokale *Angsträume* zu etablieren, in denen sich als „fremd“ definierte Mitbürger_innen bedroht fühlen und die von ihnen deshalb gemieden werden. In der rechtsextremen Propaganda-Terminologie werden solche No-Go-Areas zynisch als „national befreite Zonen“ betitelt. Derartige besorgniserregende Entwicklungen können aus den hier diskutierten Daten nicht abgeleitet werden. Dennoch sind Politik und Zivilgesellschaft in allen Regionen Thüringens gefordert, angesichts der gestiegenen ethnischen und kulturellen Diversität ein allgemeines Klima der demokratischen Integration, Akzeptanz und Weltoffenheit zu stärken, dass keinesfalls nur aus einem instrumentellen Kalkül als „Standortfaktor“ für die Prosperität des Freistaates begriffen werden darf.

Ähnlich wie in den Vorjahren können für die Entwicklung im Freistaat Thüringen zusammengefasst werden:

- eine fortgesetzt positive Beurteilung der eigenen finanziellen Situation und der wirtschaftlichen Lage Thüringens durch die Befragten,
- die anhaltend positive Wirtschaftsentwicklung Thüringens, die sich u.a. in einem moderaten Wirtschaftswachstum und einem markanten Abbau der Arbeitslosigkeit ausdrückt,
- das weiterhin deutlich niedrigere Niveau der Löhne und Gehälter in Thüringen im Vergleich zu Westdeutschland, wobei der Niveauunterschied *trotz überdurchschnittlich gestiegener Löhne in Thüringen* langfristig relativ stabil geblieben ist,
- eine weiterhin ungünstige demographische Entwicklung bzw. Prognose infolge des natürlichen Bevölkerungsrückgangs und trotz des in den letzten Jahren wieder positiven Wanderungssaldos,
- der geringe Anteil von Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft an der Thüringer Bevölkerung in Höhe von 4,7 Prozent,
- eine gegenüber den Vorjahren 2015, 2016 und 2017 weiterhin rückläufige Zahl von Asylbeantragungen,
- eine Kriminalitätsentwicklung im Freistaat, die seit 2015 auffällige Zunahmen u.a. bei Gewaltdelikten und z.T. stark gestiegene Anteile nichtdeutscher Tatverdächtiger aufweist, sowie
- eine seit 2015 gestiegene Zahl registrierter Angriffe, die aus fremdenfeindlicher bzw. rassistischer Motivation begangen wurden.

¹⁵ So besteht z.B. ein positiver statistischer Zusammenhang zwischen dem Bruttolohn pro Arbeitnehmer_in und dem Ausländer_innenanteil im Kreis.

III. Heimat Thüringen: Einstellungen, Wahrnehmungen und Bewertungen

1. Heimat, die ich meine: die Heimat(en) der Befragten

Heimat ist ein Wort, mit dem in der öffentlichen Debatte viele, auch widersprüchliche, Bedeutungen und Assoziationen verbunden werden. Es signalisiert – mit positiver Gefühlsbesetzung – Zugehörigkeit, Vertrautheit und Selbstgewissheit. Im polaren Begriffspaar von „Vergesellschaftung“ und „Vergemeinschaftung“ ist „Heimat“ eindeutig der „Vergemeinschaftung“ zugeordnet, also einem auf Affekten beruhenden gesellschaftlichen Zusammenhalt, und nicht der „kalten“, aus rationalen Interessenskalkülen resultierenden „Vergesellschaftung“.¹⁶ Menschen, die ein Heimatgefühl teilen, sollten eine Gemeinschaft bilden. Auf der anderen Seite wird aber – mit negativer Konnotation – Heimat mit Enge, Ausgrenzung, und Rückzug verbunden und eine lange Geschichte missbräuchlicher ideologischer Verwendung des Worts aufgerufen. Hinter der sanften „Heimatliebe“ erscheint dann ein martialischer „Heimatschutz“ (vgl. Kapitel IV.5), dem Bestehen auf „Heimatrecht“ der „Heimatvertriebenen“ wird ein geschichtsrevisionistisches Potential zugeschrieben. „Heimatlosigkeit“ – gewollt oder erlitten – wird als Mangel und Makel stigmatisiert.

Es gibt im öffentlichen Diskurs einen politischen Konflikt um die „Heimat“, der wiederum in engem und offenkundigem Zusammenhang mit der Kontroverse steht, auf welchen Grundsätzen und mit welchen Mechanismen in einer vor globalen Herausforderungen und unter hohem Migrationsdruck stehenden Gesellschaft gesellschaftlicher Zusammenhang herzustellen sei. Die Beantwortung gilt inzwischen manchen als staatliche Aufgabe, die von Heimatministerien in Angriff zu nehmen sei.

Vor diesem Hintergrund hat der diesjährige THÜRINGEN-MONITOR die „Heimat“ zu seinem Schwerpunktthema gemacht. Dabei geht es ihm nicht um eine Rekonstruktion des öffentlichen Diskurses, sondern darum festzustellen, was die Thüringer_innen selbst als „Heimat“ verstehen und wo sie ihre Heimat finden – dies auch, indem wir sie selbst zu Wort kommen lassen. Wir wollten auch wissen, wie wichtig ihnen die Heimat ist, welche Gefahren sie für sie sehen und welche Verbindungen zwischen ihrem Heimatgefühl und anderen Einstellungsfacetten bestehen, die wir im THÜRINGEN-MONITOR abgefragt haben.

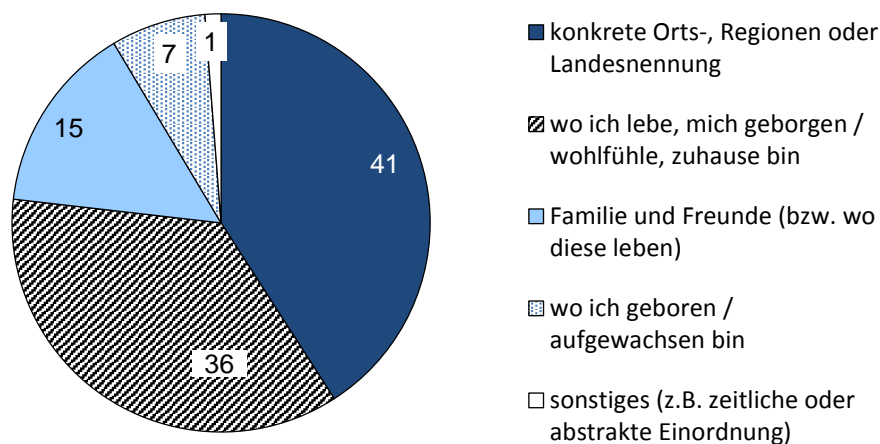
In unseren Analysen der politischen Einstellungen haben wir deshalb auch danach gefragt, ob und welchen Einfluss die Art und Stärke der Bindung an die Heimat auf rechtsextreme, ethnozentrische und neo-nationalsozialistische Einstellungen der Befragten haben (vgl. Kapitel IV.4).

Heimat ist für unsere Befragten ein selbstverständlich gebrauchter Begriff, mit dem jede(r) etwas verbinden und den jede(r) auf sich beziehen kann: Auf die offenen Fragen, was für die

¹⁶ Das Begriffspaar „Vergesellschaftung“ und „Vergemeinschaftung“ wurde von Max Weber („Wirtschaft und Gesellschaft“, 1922) eingeführt. Ursprünglicher Stichwortgeber ist Ferdinand Tönnies mit seinem Buch „Gemeinschaft und Gesellschaft“ (Erstausgabe 1887). Tönnies' Vergleich zwischen den beiden Formen sozialen Lebens basierte auf kritischen Analysen der Gesellschaftsentwicklung im 19. Jahrhundert und mündete in einer romantischen Überzeichnung des Gemeinschaftsbegriffs. Grundsätzlich war die Verklärung der „Gemeinschaft“ eine *sehr populäre* Reaktion auf den rasanten gesellschaftlichen Wandel im späten 19. Jahrhundert und frühen 20. Jahrhundert. Sie wurde von vielen politischen Strömungen aufgegriffen und war Bestandteil sowohl „sozialistischen“ als auch „völkischen“ Denkens. Tönnies galt jedoch als Gegner des Nationalsozialismus und wurde deshalb zwischen 1933 und 1945 nur noch wenig rezipiert.

Befragten „persönlich ihre Heimat“ sei und woran sie „als Erstes [denken], wenn sie das Wort ‚Heimat‘ hören“, gab es jeweils nur drei und vier Nichtantworten (bei jeweils rund 520 Befragten).¹⁷ Das sind ungewöhnlich wenige, denn offene Fragen dieser Art verlangen den Befragten einiges ab. Die Antworten waren fast durchweg positiv konnotiert, zumindest neutral. Es ist offenkundig in der Bevölkerung Thüringens kein Anliegen, den Heimatbegriff zu problematisieren. Doch sind die Antworten, die wir auf unsere Fragen erhalten haben, durchaus differenziert. Sie zeigen, dass Heimat ein biographischer Ankerpunkt, eine Chiffre für Zugehörigkeit und Vertrautheit ist. Wenn wir danach fragen, was für die Befragten „persönlich Ihre Heimat ist“, wird in zwei Fünftel der Fälle ein konkreter geografischer Bezug gegeben (Abb. 22). Etwas mehr als ein Drittel lässt die Heimat geographisch unbenannt und bestimmt sie durch soziale Bezüge. Für 15 Prozent sind diese sozialen Bezüge selbst die Heimat und für sieben Prozent ist der biographische Rückbezug, der Wohnort der Kindheit, die Heimat.

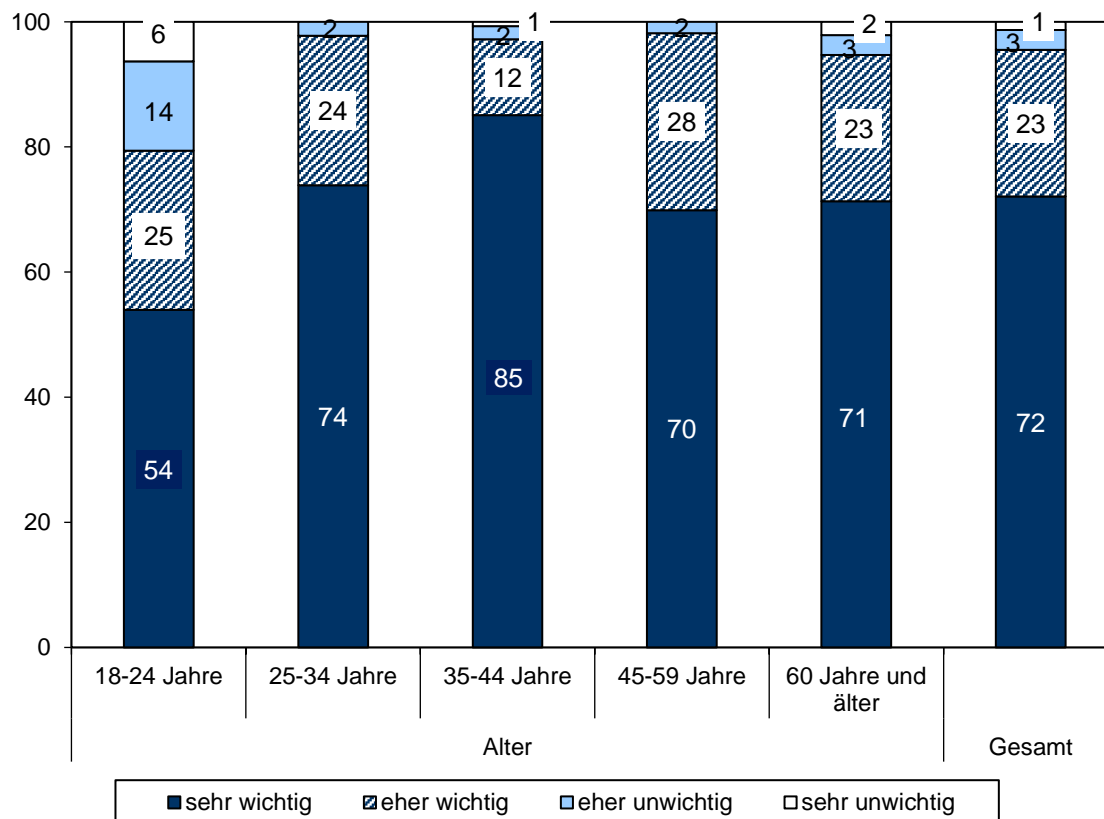
Abb. 22: Was ist für Sie persönlich Ihre „Heimat“?
(in Prozent, Kategorisierung der offenen Nennungen)



Man gewinnt den Eindruck, dass für die Befragten eine Heimat zu haben und dadurch Selbstvergewisserung zu erfahren, eine anthropologische Notwendigkeit ist. Diese Einschätzung wird durch den Befund bestätigt, dass 72 Prozent der Befragten ihre Heimat als sehr wichtig und weitere 23 Prozent ihre Heimat als eher wichtig einschätzen. Sehr oder eher unwichtig ist Heimat nur für eine verschwindend kleine Minderheit von vier Prozent der Befragten. Nur in der Jugendkohorte der 18- bis 24-Jährigen steigt dieser Anteil auf rund 20 Prozent. Aber auch vier von fünf jungen Erwachsenen messen ihrer Heimat Wichtigkeit, eine knappe Mehrheit sogar „sehr hohe Wichtigkeit“ zu (Abb. 23).

¹⁷ Die offenen Fragen zur „Heimat“ wurden nur zufällig ausgewählten 50 Prozent der Befragten gestellt.

Abb. 23: Wie wichtig ist für Sie Ihre „Heimat“?
(in Prozent)



Die Differenziertheit der mit dem Wort „Heimat“ verbundenen Bedeutungsinhalte und Assoziationen zeigt sich, wenn wir die Befragten mit der offenen Frage konfrontieren: „Woran denken Sie als Erstes, wenn Sie das Wort ‚Heimat‘ hören?“ In der resultierenden „Wordcloud“ (Abb. 24) prägen sich besonders markant die Vertrautheit und Zugehörigkeit signalisierenden Worte „Zuhause“ und „Familie“ aus. Mit Heimat wird danach ein zumeist realer Ort assoziiert, der mit zumeist positiven Gefühlen besetzt und mit belangvollen biographischen Bezügen verbunden ist.

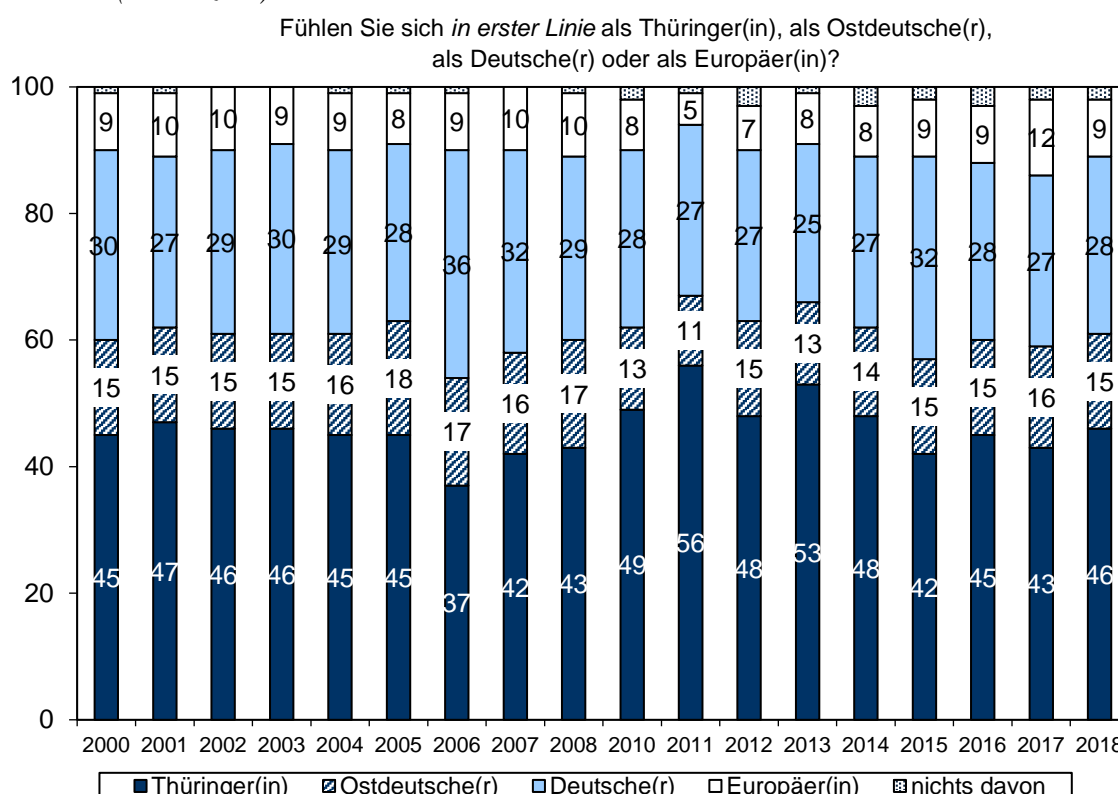
Wir haben auch bei dieser offenen Frage die Antworten klassifiziert, wobei Mehrfachattributionen vorgenommen werden, das heißt, eine Antwort mehr als einer Antwortkategorie zugerechnet werden konnte. Die Auszählung ergibt, dass – wie erwartet – der geographische Bezug mit 71 Prozent der Antworten dominiert (Abb. 25).

Etwas mehr als ein Drittel der Befragten assoziiert die Teilhabe an familialen und Freundschaftsnetzwerken, etwas weniger als ein Drittel abstrakte oder unspezifische Sachverhalte wie „Wohlfühlen“ oder Gemeinschaftsempfinden mit Heimat. Rund ein Fünftel verbindet mit „Heimat“ biographisch zurückliegende Kindheits- und Jugenderinnerungen.

Etwas weniger als die Hälfte der Befragten assoziiert spontan mit Heimat mehr als einen Sachverhalt, was noch einmal die Komplexität der mit diesem Begriff verbundenen Konnotationen und Bedeutungsinhalte unterstreicht. Dabei zeigt sich, dass Befragte, die abstrakte oder unspezifische Wortbedeutungen verwenden, mit Heimat signifikant seltener soziale, biographische oder territoriale Assoziationen verbinden. In dieser Kategorie finden sich auf der einen Seite weit überproportional häufig Arbeitslose und Personen mit einer niedrigen Schulbildung, auf der anderen Seite Angehörige der Alterskohorte der 25- bis 34-Jährigen sowie Selbständige, Freiberufler_innen und Landwirt_innen. Mit einiger Vorsicht interpretieren wir diesen widersprüchlichen Befund als Ausdruck eines Integrationsgefälles, wobei Personen, die „Heimat“ mit abstrakten und unspezifischen Wortbedeutungen verbinden, tendenziell in geringerem Maß lebensweltlich eingebettet sind.

Allgemein lässt sich festhalten, dass die Selbstzuschreibung einer „Heimat“ eine identitätsstiftende Wirkung hat: Sie mündet in der Identifikation – zunächst der Selbstidentifikation, dann auch der Fremdentifikation – mit einer zumeist territorial umschriebenen Großgruppe, einem „Wir“, dem man sich zugehörig und verbundenen fühlt, dem Solidarität geschuldet und von dem Solidarität erwartet wird.

Abb. 26: Identifikation 2000–2018
(in Prozent)

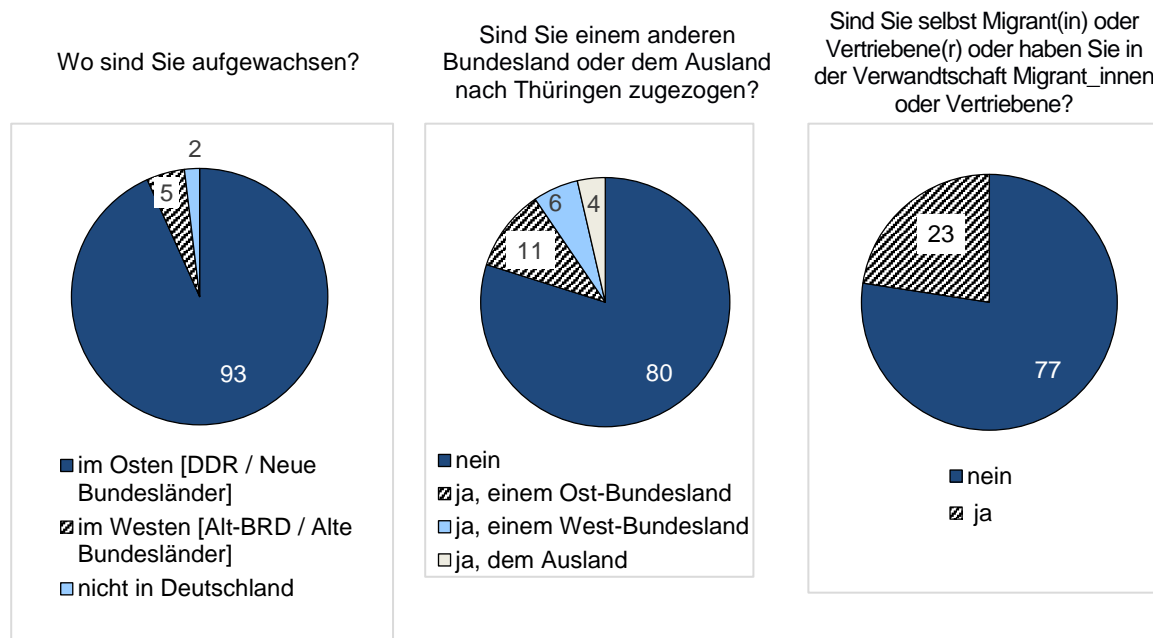


Im THÜRINGEN-MONITOR wird seit Beginn der Erhebungen im Jahr 2000 dieses „Wir“ mit der Frage „Fühlen Sie sich in erster Linie als Thüringer_in, als Ostdeutsche_r, als Deutsche_r oder als Europäer_in?“ erfasst (Abb. 26).

Die Verteilung der Antworten auf die seit 2000 unverändert feststehenden Antwortkategorien zeigt eine mäßige, aber ungerichtete Fluktuation über die Zeit, wobei das Grundmuster unverändert bleibt: Über nunmehr 18 Jahre hinweg identifiziert sich eine

(relative und teilweise absolute) Mehrheit der Befragten in erster Linie als Thüringer_innen, gefolgt von einer Selbstidentifikation als Deutsche, dann – mit Abstand – als Ostdeutsche und schließlich – wiederum mit großem Abstand – als Europäer_innen. Der Anteil der Befragten, die sich mit keiner dieser Großgruppen identifizieren können oder wollen, ist verschwindend gering. Dies zeigt, dass die hier vorgegebenen Antwortkategorien das Tableau der Selbstzuschreibungen kollektiver Identitäten in angemessener Weise erfassen. Es entspricht ja auch den Antwortmustern der offenen Fragen. Die über die Jahrzehnte gleichbleibend hohe Identifikation als Thüringer_in zeugt von einer starken Bindung an den Sozialraum, der die Lebenswelt der Menschen in Thüringen bildet. Sie wird durch den Umstand gestützt, dass wir es bei den Thüringer_innen mit einer sehr ortstreuen Bevölkerung zu tun haben: Nur ein Fünftel der Befragten ist zugezogen, von diesen wiederum die Hälfte aus den ostdeutschen Bundesländern, knapp ein Drittel aus Westdeutschland und ein Sechstel aus dem „Ausland“ (Abb. 27).¹⁸

Abb. 27: Herkunft und Migrationsgeschichte
(in Prozent)

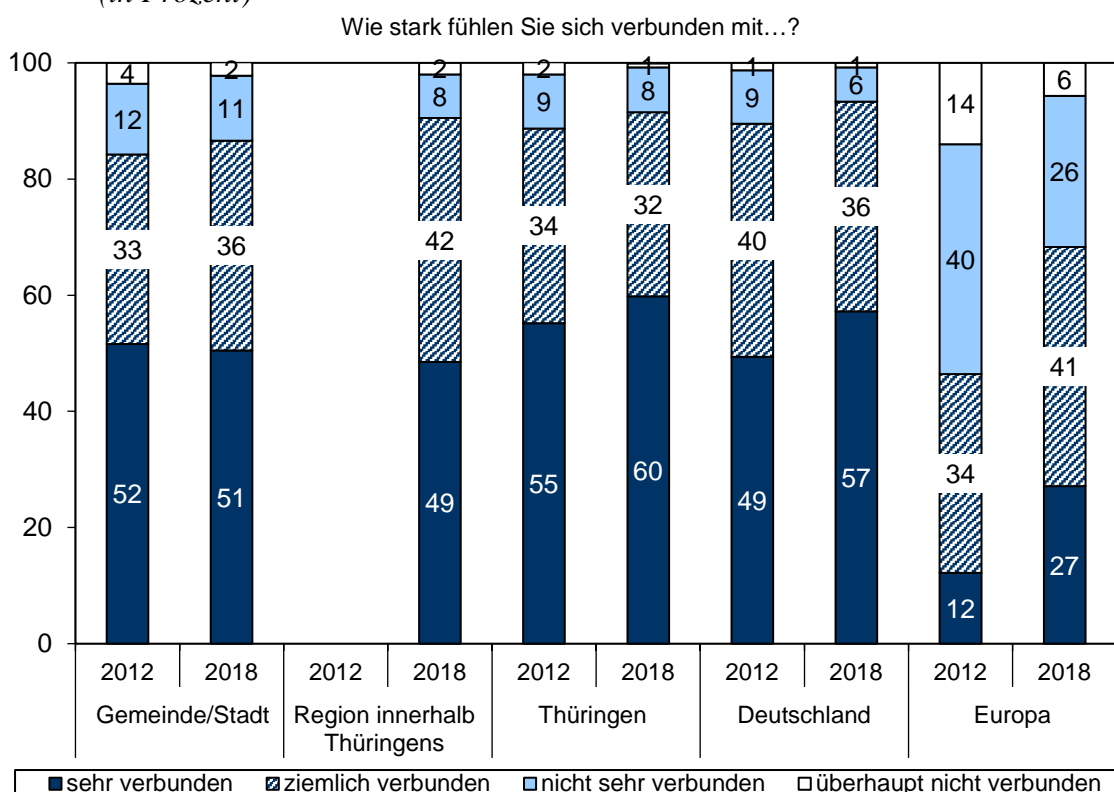


Die Herkunft und Migrationsgeschichte hat einen offenkundigen Bezug zu der Entscheidung der Befragten, mit welchem Kollektiv sie sich identifizieren: Zugezogene Westdeutsche zunächst als Deutsche, dann als Europäer_innen und nur jede_r Zehnte als Thüringer_in, Zugezogene aus anderen ostdeutschen Bundesländern zu jeweils nahezu einem Drittel als Deutsche, Ostdeutsche und Thüringer_innen. Auffällig ist der hohe Anteil der Selbstidentifikationen als Thüringer_innen bei den aus dem „Ausland“ Zugezogenen. Dies lässt sich dem Umstand zuschreiben, dass sich hier auch solche Befragten eingeordnet haben, die seit Kriegsende als „Heimatvertriebene“ (so die westdeutsche Terminologie) oder „Umsiedler“ (so die DDR-Terminologie) aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und dem Sudetenland nach Thüringen gekommen waren. Sie wuchsen vielfach in Thüringen auf und wurden zu Thüringer_innen. Die (kleinere) Gruppe der „im Ausland Aufgewachsenen“ sieht sich dagegen jeweils etwa zur Hälfte als Europäer_innen und Thüringer_innen, kein einziger

¹⁸ Im THÜRINGEN-MONITOR werden nur Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft befragt.

dieser Befragten aber als Deutsche(r). Dies sind zwar nur Randgruppen unserer Befragtenpopulation, an ihnen wird aber exemplarisch deutlich, welche biographischen Umstände bei der Wahl der Identifikationsebene und dem Kollektiv, dem man sich zugehörig fühlt, wirksam werden. Wichtig ist hier, dass die (Wahl-)Bevölkerung Thüringens eine hohe demographische Stabilität aufweist und in den letzten sieben Jahrzehnten wenig durch Migrationsprozesse durchmischt wurde. Das allmähliche Abschmelzen der Thüringer Bevölkerung durch einen seit Jahrzehnten bestehenden Sterbeüberschuss und eine negative Wanderungsbilanz (vgl. Kapitel II) konserviert die Binnenorientierung auf die Herkunftsregion in einem „autochthonen“ Bevölkerungskern.

Abb. 28: Verbundenheit mit Gemeinde, Region, Thüringen, Deutschland und Europa 2012, 2018
(in Prozent)



Anmerkung: Die Verbundenheit mit der Region innerhalb Thüringens wurde 2012 nicht abgefragt.

Wie geschlossen und selbstbezüglich ist aber das Kollektiv der „Thüringer_innen“, wie verbinden sie die verschiedenen Bezugs- und Identifikationsebenen „Gemeinde/Stadt“, „Region“, „Thüringen“, „Deutschland“ und „Europa“? Wir haben 2018 wie zuvor bereits im THÜRINGEN-MONITOR 2012 die Frage nach der Stärke der Bindung an diese territorialen Einheiten gestellt (vgl. TM 2012: 29 ff.). Es bestand also nicht wie zuvor die Aufgabe, eine exklusive Wahl aus verschiedenen Identifikationsebenen zu treffen („Ranking“), sondern wir fragten hier parallel nach dem Grad der Verbundenheit mit mehreren territorialen Einheiten („Rating“).

Im Ergebnis (Abb. 28) zeigt sich anders als im Fall des Rankings keine klare Rangordnung in der Verbundenheit mit einer Bezugsebene, von der lokalen bis zur nationalen Ebene: In allen Fällen bildet der Anteil der nicht sehr oder überhaupt nicht Verbundenen eine Randkategorie. Die Werteverteilungen zeigen auch zwingend, dass mehrere territoriale

Identifikationen miteinander koexistieren, dass die Befragten also in der Regel mehrere „Heimaten“ haben. Tatsächlich verstärken sich die Bindungsempfindungen wechselseitig, das heißt: je stärker man sich mit Thüringen verbunden fühlt, desto stärker fühlt man sich auch Deutschland verbunden. Es gibt also kumulative und sich wechselseitig verstärkende Effekte von Identifikationen mit regionalen Bezugsebenen und den ihnen zuzuordnenden sozialen Gemeinschaften (Abb. 29).

Abb. 29: Statistische Zusammenhänge der „Verbundenheit mit...“
(Korrelationsmatrix der z-transformierten Variablen)

	Gemeinde/ Stadt/Ort	Region innerhalb Thüringens	Thüringen	Deutschland	Europa
Gemeinde/Stadt/Ort		0,632	0,410	0,222	0,105
Region innerhalb Thüringens	0,632		0,552	0,237	0,100
Thüringen	0,410	0,552		0,442	0,178
Deutschland	0,222	0,237	0,442		0,343
Europa	0,105	0,100	0,178	0,343	

Anmerkung: Alle Korrelationen (Pearson's r) sind höchst signifikant (Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.001$).

Bindungen schaffen Bindungen! Das ist ein wirkungsmächtiger, den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkender Sachverhalt. Doch stellt sich zugleich die Frage, ob es eine Grenze gibt, an der die Bindungsneigung endet und ob starke Identifikationen eine ausschließende Wirkung haben, also jene ausgrenzen, die nicht zu den Gemeinschaften gezählt werden, denen man sich verbunden fühlt.

Auf die erste Frage geben unsere Daten die Antwort, dass es zwischen Nation („Deutschland“) und „Europa“ eine deutliche Schwelle abnehmender Verbundenheit gibt: 2018 fühlen sich 32 Prozent der Befragten Europa nicht sehr oder überhaupt nicht verbunden. Dies liegt um eine Größenordnung über den entsprechenden Werten für die anderen Bezugsebenen. Doch gilt aber auch für die Verbundenheit mit Europa, dass sie kumulativ verstärkend mit den anderen Ebenen verknüpft ist, mit der nationalen Ebene sogar eng. Europa ist also keine *alternative*, sondern eine *komplementäre* Bezugsebene für Identifikationen. Es ist für viele eine weitere „Heimat“ geworden, der sie sich verbunden fühlen. Der Anteil derjenigen, die Europa „ziemlich“ oder „sehr“ verbunden sind, hat gegenüber 2012, als schon einmal nach der Verbundenheit mit Europa gefragt worden war, von 46 Prozent auf 68 Prozent der Befragten zugenommen (Abb. 28). Bei den anderen Bezugsebenen zeigen sich demgegenüber nur geringe Veränderungen.¹⁹

Die markante Zunahme der Verbundenheit mit Europa ist ein wichtiger Befund des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS, der zeigt, dass Heimatverbundenheit und (Lokal-) Patriotismus nicht zu einer Binnenorientierung führen müssen, sondern mit Bindungen an Europa einher gehen können. Jedoch bleibt die Frage offen, ob die Zunahme der Europa-verbundenheit eine wachsende Weltoffenheit der Thüringer_innen signalisiert, oder ob sich

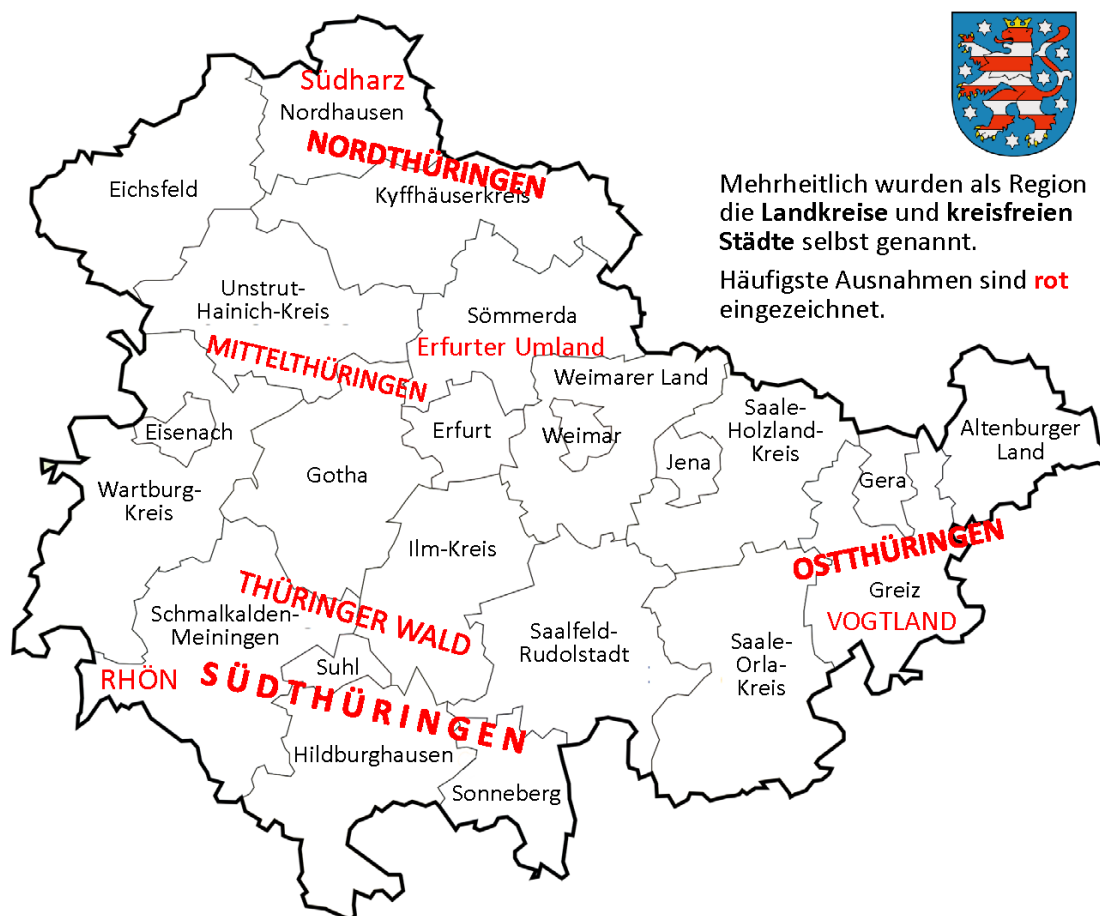
¹⁹ Die Verbundenheit mit der „Region innerhalb Thüringens“ war 2012 nicht abgefragt worden.

hier nicht eine neue Abgrenzung, nämlich eine solche entlang der „notorischen Außen-
grenzen“ der Europäischen Union andeutet – das wird noch zu klären sein.

Im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR haben wir erstmals nach der Verbundenheit mit einer Region innerhalb Thüringens gefragt. Sie ist ähnlich stark ausgeprägt wie die mit den anderen territorialen Bezugsebenen unterhalb der europäischen. Besonders eng ist die Bindung an die Region mit der an die Gemeinde verknüpft, was zeigt, dass es eine hierarchische Abstufung zwischen den Bezugsebenen gibt. Doch setzt diese Abstufung nicht die Regel außer Kraft, dass Bindungen über alle Bezugsebenen hinweg Bindungen stärken, dass also der „Heimatverbundenheit“ eine selbstverstärkende sozialintegrative Kraft innewohnt, die – wie wir zeigen konnten – bis auf die europäische Ebene ausstrahlt.

Im Zusammenhang mit der Verbundenheit der Befragten mit ihrer „Region innerhalb Thüringens“ haben wir offen danach gefragt, welche Region dies sei. In den Antwortmustern (Abb. 30) zeigt sich, dass es vor allem in den Peripherien Thüringens, das heißt in Südthüringen (mit der Rhön und dem Thüringer Wald), in Nordthüringen (mit dem Südharz, das „Eichsfeld“ bildet einen eigenen Landkreis) und in Ostthüringen (mit dem Vogtland, das „Altenburger Land“ bildet einen eigenen Landkreis) ein ausgeprägtes, über die Landkreise und kreisfreien Städte hinausgreifendes Regionalbewusstsein gibt.

Abb. 30: Offene Nennungen: „Ihre Region innerhalb Thüringens“



Anmerkung: Regionen, die von Befragten, die sich „sehr verbunden“ fühlen, am häufigsten genannt wurden, sind Ostthüringen, Südthüringen und der Thüringer Wald.

Heimat ist, das lässt sich nicht nur hier erkennen, ein Kreuzungspunkt zweier Zeitachsen: einer historischen, in der über lange Zeit hinweg gewachsene territoriale Sonderlagen in der Gegenwart sich als kollektive Identitäten ausprägen, und einer biographischen, in der sich in einem lebenszeitlichen Rahmen Zugehörigkeit und Vertrautheit ausbilden (vgl. Best 2009, 11). Wir haben bereits zeigen können, wie groß die Bedeutung der Biographie und hier insbesondere die eigene Migrationsgeschichte ist, wenn Befragte angeben sollen, was ihre Heimat ist.

Wie erwirbt man aber Zugehörigkeit, was qualifiziert eine Person als Mitglied einer sozialen Gemeinschaft, die sich durch eine gemeinsame Heimat konstituiert? Dies ist eine besonders wichtige Frage, wenn es um die Integration von „Fremden“ geht, denn Kriterien, die Zugehörigkeit bewirken, schließen jene aus, die diese Kriterien nicht erfüllen. Wir haben deshalb im THÜRINGEN-MONITOR 2018 (wie bereits 2012) danach gefragt, wie wichtig verschiedene Aspekte dafür sind, ein_e Thüringer_in zu sein (vgl. TM 2012: 28 f.). Wir können dabei solche Eigenschaften unterscheiden, die man nicht erwerben kann, weil sie einem in die Wiege gelegt wurden, von solchen, die man durch eigenes Zutun erlangen kann oder die einem über die Zeit hinweg zuwachsen (vgl. Best et al. 2012). Es ist offenkundig, dass erstere ein unübersteigbares Integrationshindernis bilden und die Thüringer_innen zu einer „geschlossenen Gesellschaft“ machen, während die zweitgenannten prinzipiell Offenheit der Gemeinschaft der Thüringer_innen gegenüber Neubürger_innen impliziert. „Sich als Thüringer zu fühlen“, „Thüringer Traditionen zu pflegen“, „lange in Thüringen gelebt zu haben“ und „am politischen Leben in Thüringen teilzunehmen“ gehört in die zweite Kategorie. „In Thüringen geboren zu sein“, „in Thüringen aufgewachsen zu sein“ (beides unwiederholbare und unveränderliche Sachverhalte) sowie „mindestens ein Thüringer Elternteil zu haben“ sind Zuschreibungen, die solche Menschen zwingend ausschließen, auf die sie nicht zutreffen. „Einen der Thüringer Dialekte zu sprechen“ ist zwar auch für Erwachsene prinzipiell erlernbar, was aber kaum zu einer Färbung der Alltagssprache führen dürfte, und deshalb eher der Kategorie der zugeschriebenen Merkmale zuzurechnen.

Die Werteverteilung für **2018** (Abb. 31) zeigt, dass die Zustimmung zu den „offenen“ Merkmalen „sich als Thüringer zu fühlen“ und „Thüringer Traditionen zu pflegen“ mit 83 Prozent und 82 Prozent die Spitzenwerte bilden. Dennoch werden die „Thüringer_innen“ von einer Mehrheit als eine geschlossene Gesellschaft wahrgenommen: 67 Prozent schätzen „in Thüringen aufgewachsen zu sein“ als wichtig oder sehr wichtig ein, 52 Prozent „in Thüringen geboren zu sein“, das „genetische“ Kriterium, „mindestens ein Thüringer Elternteil zu haben“, findet immerhin noch bei 40 Prozent Zustimmung, „einen der Thüringer Dialekte zu sprechen“ bei 38 Prozent. Bei den Befragten, die sich in erster Linie als Thüringer_innen fühlen, liegen die Zustimmungswerte zu den zuschreibenden Kriterien noch einmal sechs bis acht Prozentpunkte über denen in der Gesamtpopulation.

Das Kriterium „Thüringer Traditionen zu pflegen“ wurde 2012 noch nicht abgefragt (Abb. 32). Die Kriterien „lange in Thüringen gelebt zu haben“ und „in Thüringen aufgewachsen zu sein“ haben 2018 in der Rangfolge ihre Plätze getauscht. Diese Veränderungen sind allerdings statistisch nicht signifikant. Davon abgesehen ist die Rangfolge der Kriterien gleichgeblieben.

Abb. 31: Thüringer_in sein: Wichtigkeit verschiedener Kriterien 2018
(in Prozent)

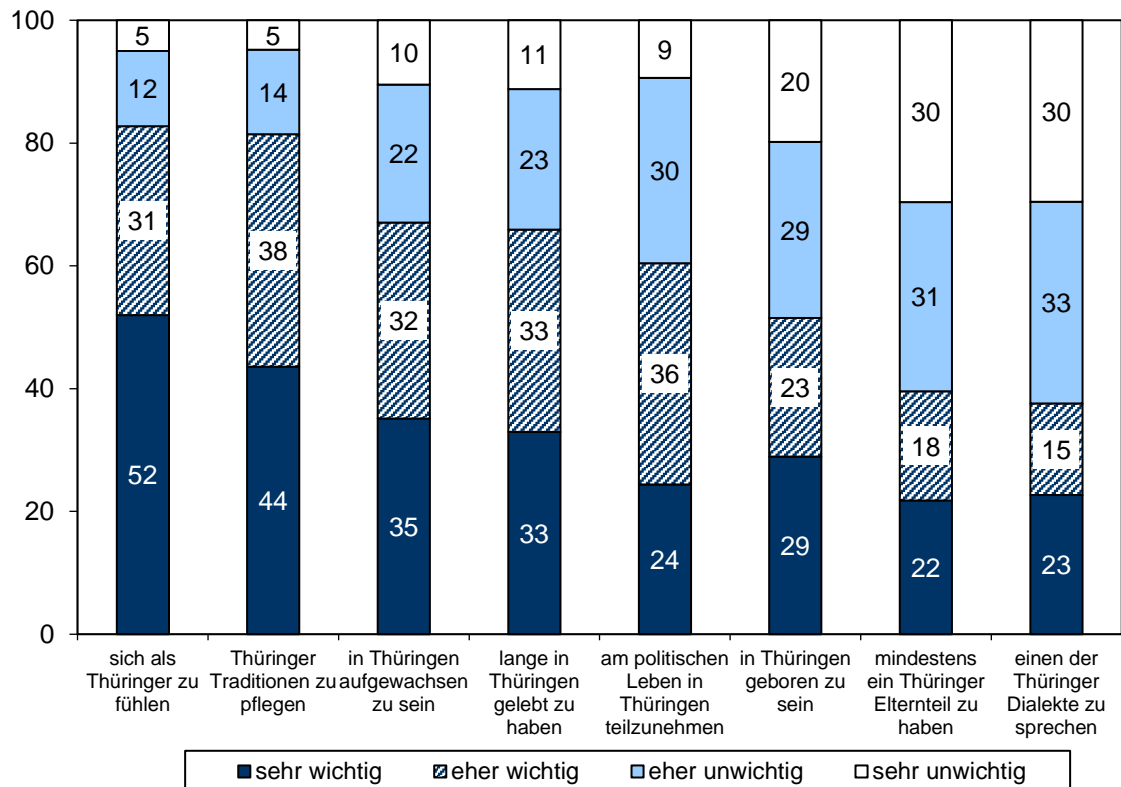
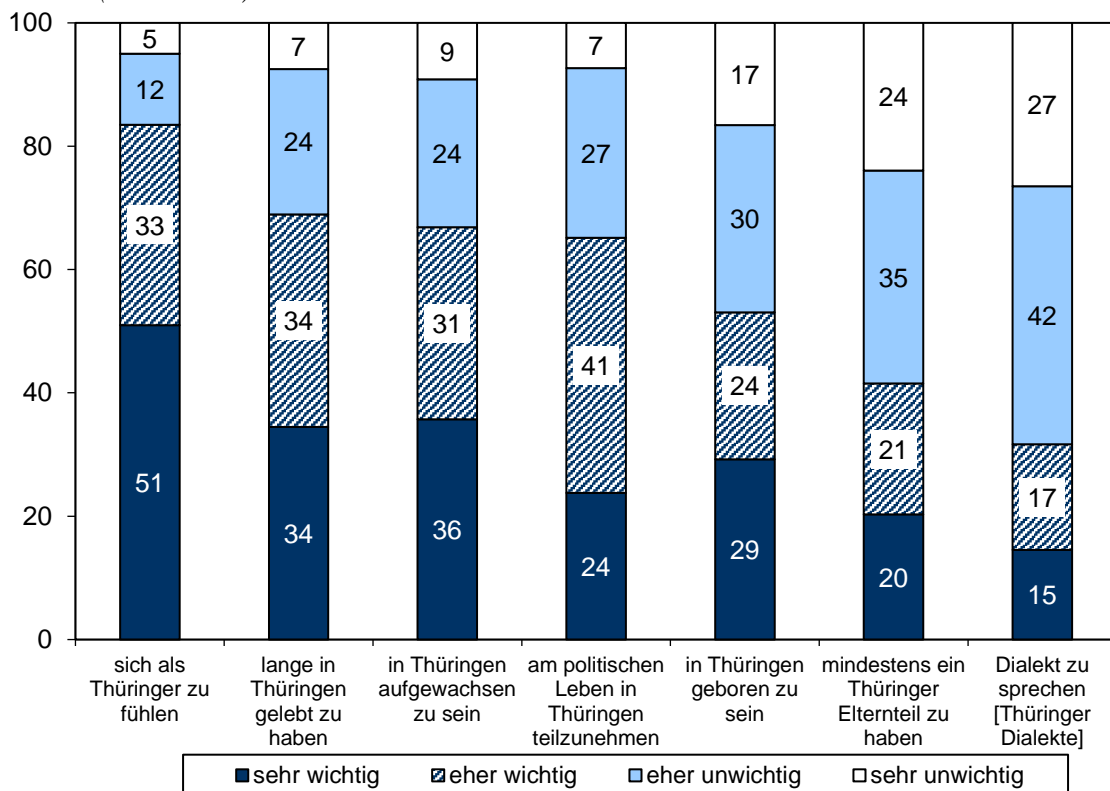
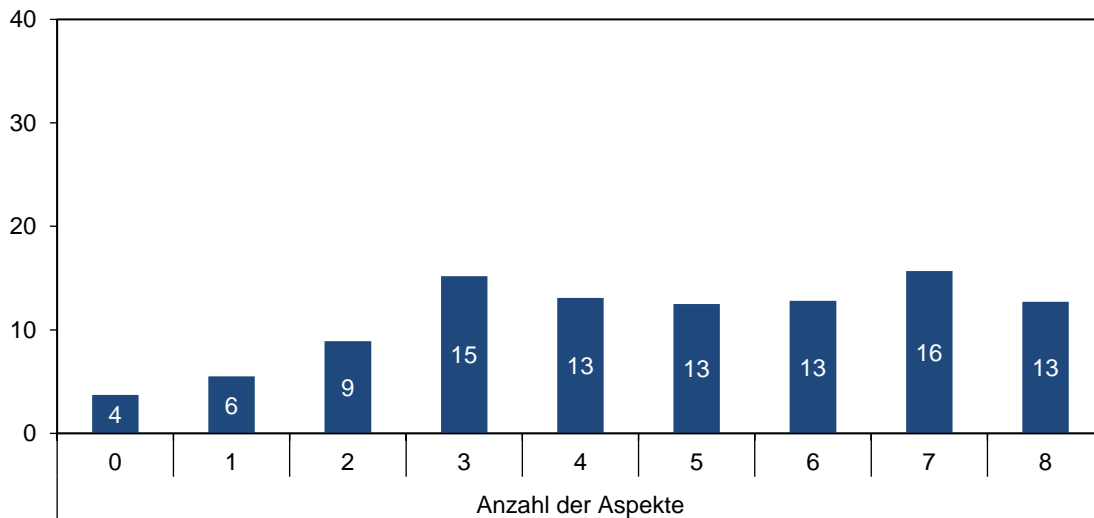


Abb. 32: Thüringer_in sein: Wichtigkeit verschiedener Kriterien 2012
(in Prozent)



Anmerkung: Die Wichtigkeit des Kriteriums „Thüringer Traditionen zu pflegen“ wurde 2012 nicht abgefragt.

Abb. 33: Anzahl der als (sehr) wichtig beurteilten Kriterien dafür, Thüringer_in zu sein (in Prozent)



Zwei Drittel der Befragten stimmen mehr als drei Kriterien der Zugehörigkeit, zwei Fünftel mehr als sechs Kriterien der Zugehörigkeit zu (Abb. 33). Die Tendenz zur Ausschließung „Fremder“ wächst mit zunehmender Bindung an Thüringen. Personen, die aus einem westdeutschen Bundesland oder dem „Ausland“ zugezogen oder dort aufgewachsen sind, weisen deutlich weniger Nennungen auf. Auch gilt, dass, je wichtiger den Befragten die Heimat ist und je stärker sie sich Thüringen verbunden fühlen, desto höher legen sie die Hürden vor der Aufnahme in die Gemeinschaft der „Thüringer_innen“.

Abb. 34: Zustimmung zu verschiedenen Aussagen nach Anzahl der als (sehr) wichtig beurteilten Kriterien dafür, Thüringer_in zu sein (in Prozent, „stimme voll und ganz zu“ / „stimme eher zu“ zusammengefasst)

Anzahl der (sehr) wichtigen Kriterien	„Sobald Krieg und Verfolgung beendet sind, sollten alle Flüchtlinge und Asylsuchenden wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren.“	„Thüringen ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“	„Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.“	„Wir müssen uns in Zukunft den Wertvorstellungen und Maßstäben anderer Kulturen stärker öffnen.“
0 bis 2	67	21	7	57
3 bis 6	72	30	22	56
7 bis 8	82	55	41	55
gesamt	74	36	25	56
Kendall's tau c ²⁰	0,115***	0,255***	0,247***	-0,009 n.s.

Auf der anderen Seite gilt, dass die Ausschließung Zugezogener von Rechten, die die Ansässigen genießen, die Forderung nach Rückkehr von Flüchtlingen und Asylsuchenden in ihre Heimatländer nach Ende von Krieg und Verfolgung, die Forderung, dass Auslän-

²⁰ Signifikanzen der bivariaten Zusammenhänge: *** höchst signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.001$; ** hoch signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.01$; * signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.05$; n.s. nicht signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p > 0.05$.

der_innen unter ihresgleichen heiraten sollten und die Zustimmung zur Aussage, dass Thüringen „durch die vielen Ausländer in gefährlichem Ausmaß überfremdet“ sei, in dem Ausmaß zunimmt, in dem Befragte den Zugangskriterien zur Gemeinschaft in Thüringen zustimmen. Heimatverbundenheit, Vorstellungen von einer exklusiven Gemeinschaft der Ansässigen und Ausgrenzung von „Fremden“ bilden also einen Zusammenhang (Abb. 34). Dieser ist allerdings keineswegs deterministisch, es gibt also Ausnahmen und Ambivalenzen. So besteht beispielsweise kein Zusammenhang zwischen der Schwellenhöhe des Zugangs zur Gemeinschaft der Thüringer_innen und der Forderung, sich in „Zukunft den Wertvorstellungen und Maßstäben anderer Kulturen zu öffnen“. Auch können wir auf der Basis der hier berichteten Befunde noch nicht unterstellen, dass Heimatverbundenheit, exklusiven Konstrukten kollektiver Identität und der Ausgrenzung von „Fremden“ *kausal* vorgelagert ist (vgl. Kapitel IV.4, IV.5). Doch gilt, dass hier ein Syndrom vorliegt, das diese sozialen Sachverhalte – auf welche Weise auch immer – verbindet.

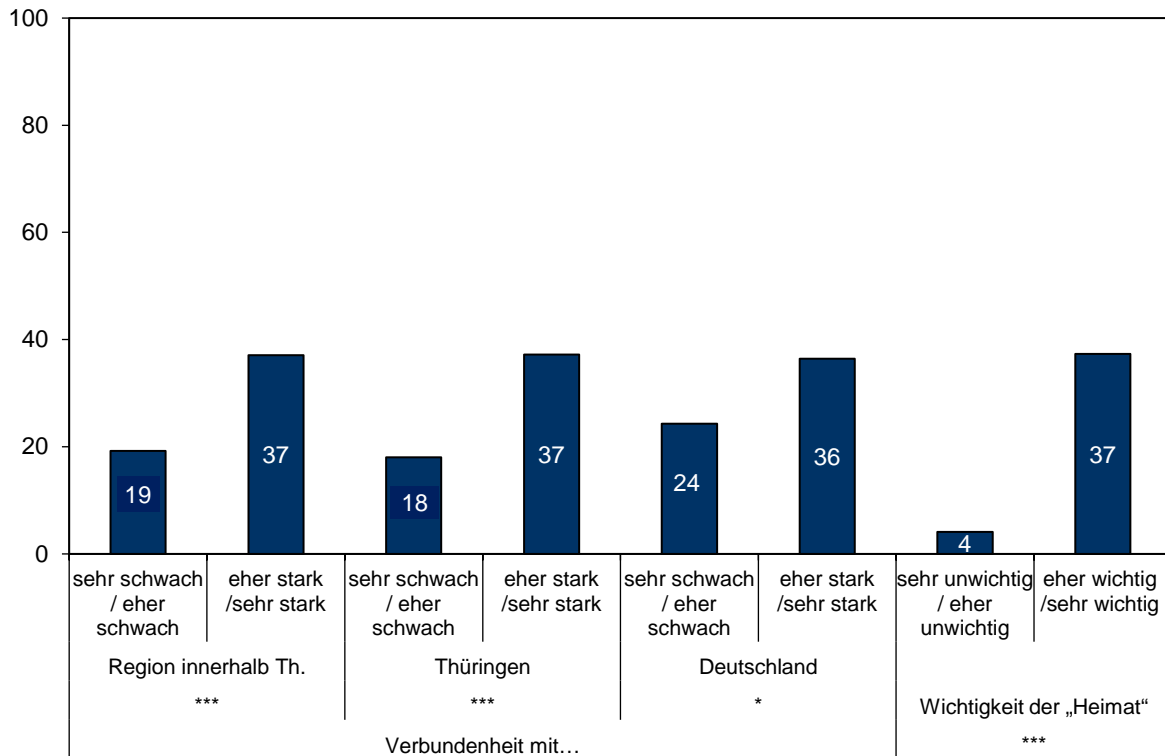
Einer der Mechanismen, die bei der Formierung dieses Syndroms wirksam werden könnten, lässt sich mit dem Begriff der „gefährdeten Heimat“ beschreiben. Solche Gefährdungen können in technischen Großbauten bestehen, die das Landschaftsbild beeinträchtigen (können), sie können aber auch in sozialen Veränderungen bestehen, die als Gefährdung der Lebenswelt wahrgenommen werden, etwa in der Zuwanderung von „Fremden“, die die Kriterien zur Aufnahme in die Gemeinschaft der Altansässigen nicht erfüllen (können). Das erstgenannte Gefährdungspotential haben wir mit der Frage nach der Zustimmung zum Bau von Windrädern, großflächigen Solaranlagen und Hochspannungsleitungen „in Ihrer näheren Umgebung“ erfasst. Zum Bau von Solaranlagen und Windrädern gab es bei 71 Prozent und 51 Prozent der Befragten Zustimmung, bei den Hochspannungsleitungen gab es dagegen bei 68 Prozent Ablehnung (vgl. Kapitel III.4). Ein systematischer Zusammenhang mit Indikatoren der Verbundenheit mit Gemeinde, Region, Thüringen, Deutschland und Europa sowie mit der Wichtigkeit von Heimat lässt sich nicht erkennen. Einzig jene Befragten, deren Bindung an eine Region in Thüringen eher oder sehr stark ist, befürworten signifikant häufiger als jene mit schwächerer Bindung den Bau großflächiger Solaranlagen, nehmen also klimapolitischen Gründen häufiger eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes in Kauf – ein paradoxes und so von uns nicht erwartetes Ergebnis, ebenso wie der Nichtzusammenhang bei den übrigen klimapolitisch inspirierten Großbauten. Grundsätzlich gilt, dass Haltungen gegenüber solchen Projekten *nicht* vom Motiv eines Schutzes der Heimat vor Entstellung des Landschaftsbildes geprägt sind.

Ein deutlich anderes Bild zeigt sich bei der „Gefährdung durch Überfremdung“: Befragte, die mit ihrer Region innerhalb Thüringens, mit Thüringen und mit Deutschland eher oder sehr stark verbunden sind oder für die Heimat eher oder sehr wichtig ist, erkennen auch eher eine „gefährliche Überfremdung“ Thüringens (Abb. 35). Die statistischen Zusammenhänge sind vergleichsweise schwach, aber signifikant. Ein etwas stärkerer signifikanter Zusammenhang zeigt sich allerdings zwischen der Selbstidentifikation als Thüringer_in etc. und der Wahrnehmung einer „gefährlichen Überfremdung“ Thüringens.²¹ Hier stehen Personen, die sich „in erster Linie“ als Europäer_innen empfinden, mit einem Zustimmungswert von drei Prozent jenen gegenüber, die sich in erster Linie als Ostdeutsche wahrnehmen und zu

²¹ Cramer's $v=0,242***$.

52 Prozent eine „gefährliche Überfremdung“ Thüringens erkennen. Das heißt, dass nicht nur die Zahl der Kriterien, die angelegt werden, um als Thüringer_in zu gelten, sondern auch die Wahl der Großgruppe, mit der man sich identifiziert, systematisch mit Ressentiments und Ängsten gegenüber „Fremden“ zusammenhängen.

Abb. 35: „Gefährliche Überfremdung Thüringens“ nach Verbundenheit mit Region innerhalb Thüringens, Thüringen und Deutschland sowie Wichtigkeit der „Heimat“²²
(Zustimmung in Prozent)



Das ist insofern plausibel, als „Heimat“, wie unsere Auswertung der offenen Fragen gezeigt hat, ein Konstrukt ist, in dem sich räumliche und soziale Bezüge miteinander verbinden. Je stärker dieser Sozialraum integriert ist, je größer also der „Zusammenhalt“ ist, desto schärfer wird die Ab- und Ausgrenzung gegenüber „Fremden“, die die Kriterien der Zugehörigkeit (vermeintlich) nicht oder nur unzureichend erfüllen. Die hohe *Sozialintegration* der Altansässigen, die wir in unseren Daten beobachten konnten, kann also die *Systemintegration*, das heißt die Integration der Gesamtgesellschaft, einschließlich der neu Dazugekommenen, beeinträchtigen. Wir erkennen hier einen Verstärker des „Nativismus“, auch des „Wohlfahrtsstaats-Nativismus“, den wir in früheren THÜRINGEN-MONITOREN als einen wichtigen Aspekt ethnozentrischer Orientierungen identifiziert haben (vgl. Best 2018a).

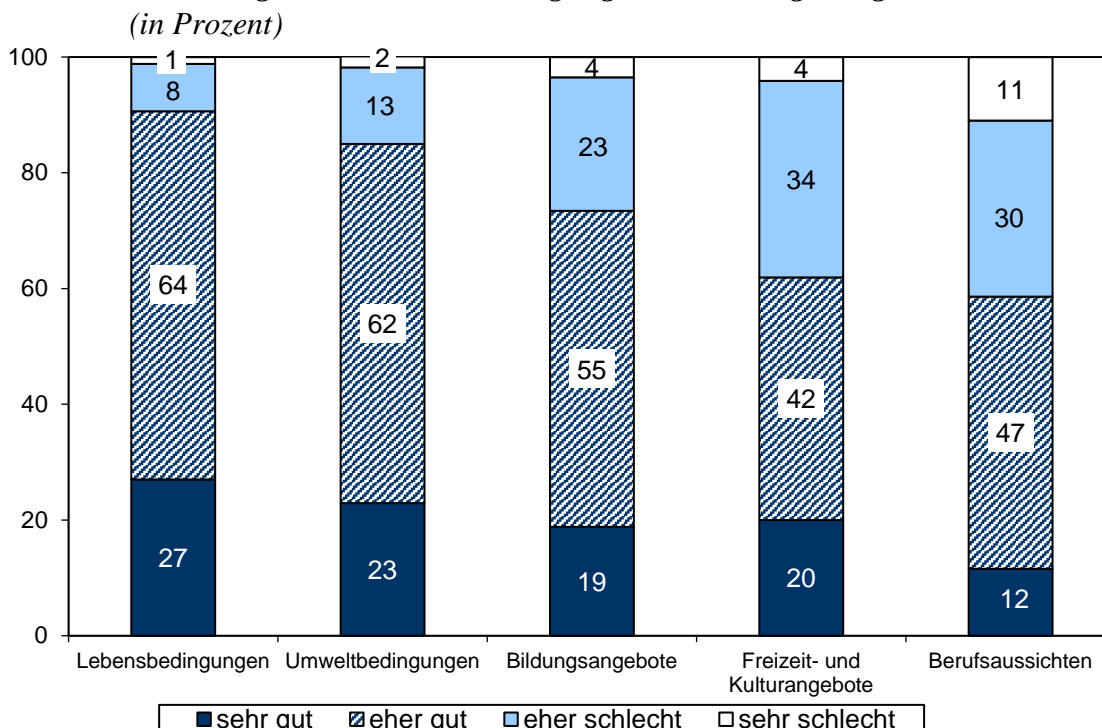
²² Signifikanzen der bivariaten Zusammenhänge: *** höchst signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.001$; ** hoch signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.01$; * signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.05$; n.s. nicht signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p > 0.05$.

2. Bewertung der Struktur- und Lebensbedingungen

Die Bewertung der Lebensbedingungen, Berufsaussichten, Bildungsangebote, Freizeit- und Kulturangebote sowie der Umweltbedingungen in der Umgebung wurde zuerst im THÜRINGEN-MONITOR 2013 abgefragt (vgl. TM 2013: 43 ff.). Damals konnten die Befragten die einzelnen Bedingungen jeweils auch für *Thüringen insgesamt* bewerten. Dabei fiel auf, dass die Lebensbedingungen in der Umgebung geringfügig *besser* als die Lebensbedingungen in Thüringen eingeschätzt wurden, die anderen Bedingungen jedoch jeweils in der Umgebung etwas *schlechter* als im Freistaat. Aus Zeitgründen wurde die Bewertung der verschiedenen Bedingungen in der diesjährigen Befragung *nur für die Umgebung* abgefragt.

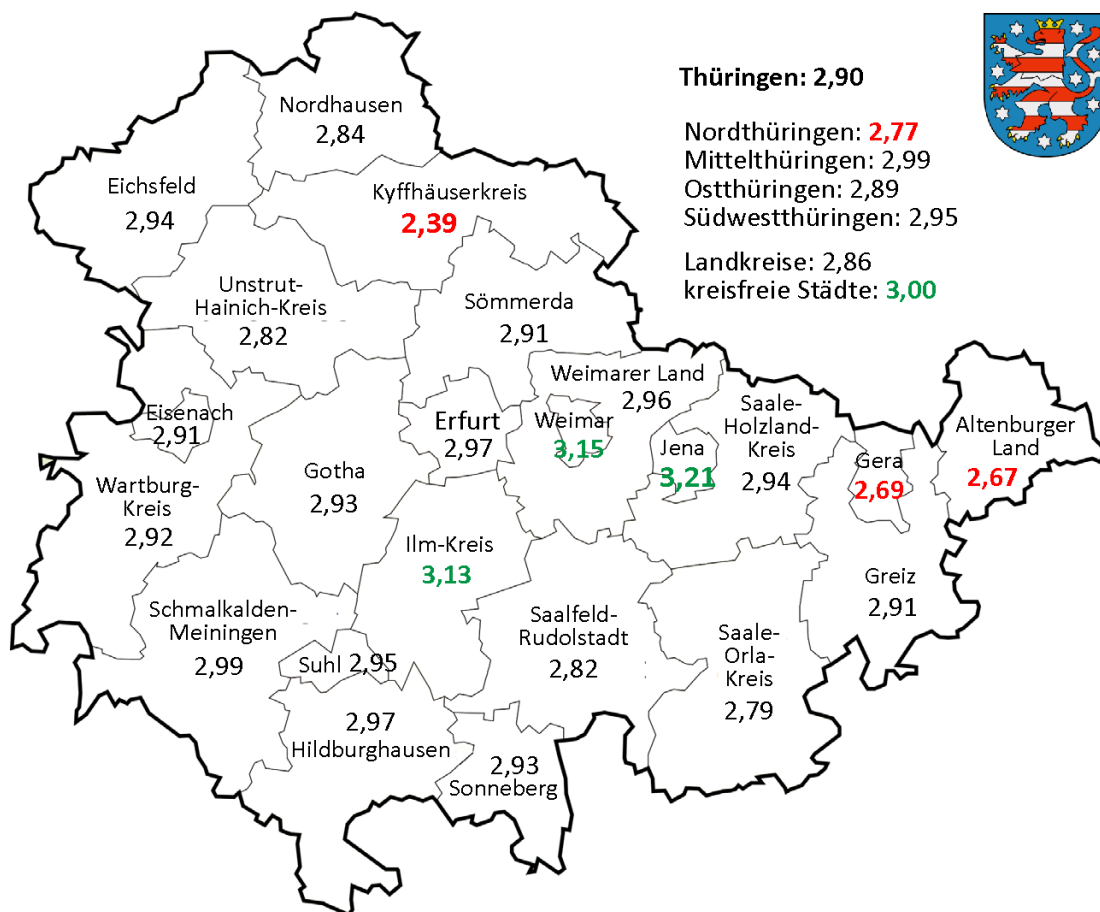
Alle fünf Bedingungen in der Umgebung wurden 2018 von jeweils einer deutlichen Mehrheit der Befragten mit „gut“ oder „sehr gut“ bewertet (Abb. 36). Gegenüber 2013 hat sich das Ranking der bestbewerteten Aspekte nicht verändert, allerdings hat sich die Bewertung der **Lebensbedingungen** sowie der **Berufsaussichten** signifikant verbessert. 2013 schätzten nur 16 Prozent der Befragten die Lebensbedingungen als „sehr gut“ ein, 12 Prozent meinten, sie seien „eher schlecht“ oder „sehr schlecht“. Die Berufsaussichten wurden 2013 sogar noch mehrheitlich als „eher schlecht“ (40 Prozent) oder „sehr schlecht“ (13 Prozent) bewertet; hier hat sich aus Sicht der Befragten des THÜRINGEN-MONITORS die deutlichste Verbesserung regionaler Strukturbedingungen vollzogen. Die Bewertungen der **Umweltbedingungen**, der **Bildungsangebote** sowie der **Freizeit- und Kulturangebote** in der Umgebung sind 2018 gegenüber 2013 fast stabil geblieben, d.h. die Veränderungen der Anteilswerte sind statistisch nicht signifikant oder nur sehr schwach, weshalb auf eine Darstellung der jeweiligen Einzelbewertungen 2013 an dieser Stelle verzichtet werden kann. Da das Bewertungsverhalten bezüglich der fünf Aspekte hinreichend konsistent ist, lässt sich zusammenfassend eine im statistischen Mittel „gute“ Bewertung von Bedingungen in der Umgebung feststellen (Mittelwert 2,90 auf einer Skala von 1 „sehr schlecht“ bis 4 „sehr gut“).

Abb. 36: Bewertung verschiedener Bedingungen in der Umgebung



Mit Ausnahme der Bewertung der Lebensbedingungen unterscheiden sich die Bewertungen der einzelnen Bedingungen in der Umgebung danach statistisch signifikant, ob die Befragten in Landkreisen oder in Stadtkreisen ansässig sind sowie nach der Planungsregion. Auch zwischen den einzelnen 23 Thüringer Kreisen und kreisfreien Städten gibt es nachweisbare, d.h. statistisch signifikante Bewertungsunterschiede durch die Befragten, die allerdings *gering* sind und aufgrund des Datenumfangs nicht detailliert dargestellt werden können. Werden die fünf Einzelbewertungen zusammengefasst, ist für die Befragten aus den kreisfreien Städten Jena und Weimar sowie aus dem Ilmkreis eine **Gesamtbewertung der Struktur- und Lebensbedingungen** in ihrer Umgebung feststellbar, die statistisch signifikant *über* dem Landesmittelwert liegt (Abb. 37). Die Befragten aus dem Kyffhäuserkreis, dem Altenburger Land und der kreisfreien Stadt Gera nehmen eine Gesamtbewertung der Bedingungen in ihrer Umgebung vor, die signifikant *unter* dem Landesmittelwert liegt. Trotz der kleinen Fallzahlen der Befragten pro Landkreis bzw. kreisfreier Stadt war in diesen Ausnahmefällen das Bewertungsverhalten so markant, dass eine inhaltlich bedeutsame Abweichung angenommen werden kann. Für die anderen Landkreise und kreisfreien Städte ist keine unter- oder überdurchschnittliche Bewertungstendenz nachweisbar, die entsprechend ausgewiesenen Mittelwertunterschiede lassen sich also nicht sinnvoll interpretieren.

Abb. 37: Bewertung aller fünf Bedingungen in der Umgebung nach Kreisen
(Mittelwerte auf einer Skala von 1 „sehr schlecht“ bis 4 „sehr gut“)



Anmerkung: Eine **grüne** Markierung bedeutet, der Mittelwert liegt statistisch signifikant (also „nachweisbar“) *über* dem Landesmittelwert; eine **rote** Markierung bedeutet, der Mittelwert liegt statistisch signifikant (also „nachweisbar“) *unter* dem Landesmittelwert (Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0,05$).

Die meisten regionalen Bewertungsunterschiede sind 2018 nicht wesentlich schwächer oder stärker ausgeprägt als 2013. Erkennbar abgeschwächt gegenüber 2013 ist die regionale Differenzierung allerdings hinsichtlich der Bewertung der *Lebensbedingungen*; mit der insgesamt verbesserten Bewertung hat sich also auch eine *Angleichung* vollzogen. Die Berufsaussichten, Bildungsangebote sowie Freizeit- und Kulturangebote in der Umgebung werden von Befragten aus kreisfreien Städten im Mittel besser bewertet als von Befragten aus den Landkreisen (Abb. 38). Die Befragten aus den Landkreisen bewerten nur die *Umweltbedingungen* in ihrer Umgebung signifikant besser als Befragte aus kreisfreien Städten, allerdings ist hier der Stadt-Land-Unterschied geringer als bei der Bewertung der anderen Strukturbedingungen. Die Berufsaussichten werden von Befragten aus Nord- und Ostthüringen im Mittel signifikant schlechter bewertet als von Befragten aus Mittel- und Südwestthüringen (Abb. 39). Die Bildungsangebote werden nur von Befragten in Nordthüringen leicht unterdurchschnittlich bewertet, von Befragten aus Mittelthüringen indessen leicht positiver als im Landesmittel (ebd.). Die Umweltbedingungen in der Umgebung werden von Befragten aus Südwestthüringen am positivsten und besser als im Landesmittel eingeschätzt (ohne Abbildung), zwischen den Befragtengruppen aus den anderen drei Thüringer Planungsregionen bestehen allerdings keine statistisch signifikanten Bewertungsunterschiede.

In einer multivariaten Analyse²³ lässt sich das Bewertungsverhalten der Befragten dahingehend untersuchen, welche Bedingungen in der Umgebung sie ähnlich einschätzen. Daraus kann geschlussfolgert werden, inwieweit die Bewertungsdimensionen miteinander zusammenhängen. Hier zeigte sich einerseits, dass alle Einzelbewertungen tatsächlich zu einer Gesamtbewertung zusammengefasst werden können (s.o.). Andererseits bilden die Bewertung der Lebensbedingungen und der Umweltbedingungen zusätzlich eine eigene Dimension, die sich von der Bewertung der anderen drei Strukturbedingungen etwas unterscheidet. Die Bewertung jener drei Strukturbedingungen (Bildungsangebote, Berufsaussichten sowie Freizeit- und Kulturangebote) fällt beispielsweise durch Befragte aus Städten mit mehr als 50.000 Einwohner_innen signifikant besser aus als durch Dorf- oder Kleinstadtbewohner_innen (aus Gemeinden bis 5.000 Einwohner_innen), die übrigens ca. 47 Prozent (!) der Befragten des THÜRINGEN-MONITORS darstellen. Auch bezüglich der Siedlungsstruktur gibt es eine Auffälligkeit: Bewohner_innen von Plattenbaugebieten am Rand oder im Vorort einer Stadt bewerten die Bedingungen in ihrer Umgebung signifikant *schlechter* als Befragte, die in einem Dorf, in einer Innenstadt oder in einer Einfamilienhaussiedlung am Rand einer Stadt wohnen. Auch bei der Kontrolle des Bewertungsverhaltens bezüglich des Einflusses verschiedener Befragtenmerkmale bleiben diese Effekte *sozialräumlicher Differenzierung* (vor allem der der Ortsgröße!) bestehen. Es ist jedoch erkennbar, dass individuelle Befragtenmerkmale, z.B. Gefühle der individuellen sozioökonomischen Benachteiligung (Deprivation) sowie das Gefühl einer typisch ostdeutschen Benachteiligung (Ostdeprivation), die Bewertung der Bedingungen in der Umgebung deutlich *negativ* beeinflussen.

²³ Hauptachsen-Faktorenanalyse.

Abb. 38: Bewertung verschiedener Bedingungen in der Umgebung nach Unterscheidung zwischen Landkreisen und kreisfreien Städten
(Mittelwerte²⁴ auf einer Skala von 1 „sehr schlecht“ bis 4 „sehr gut“)

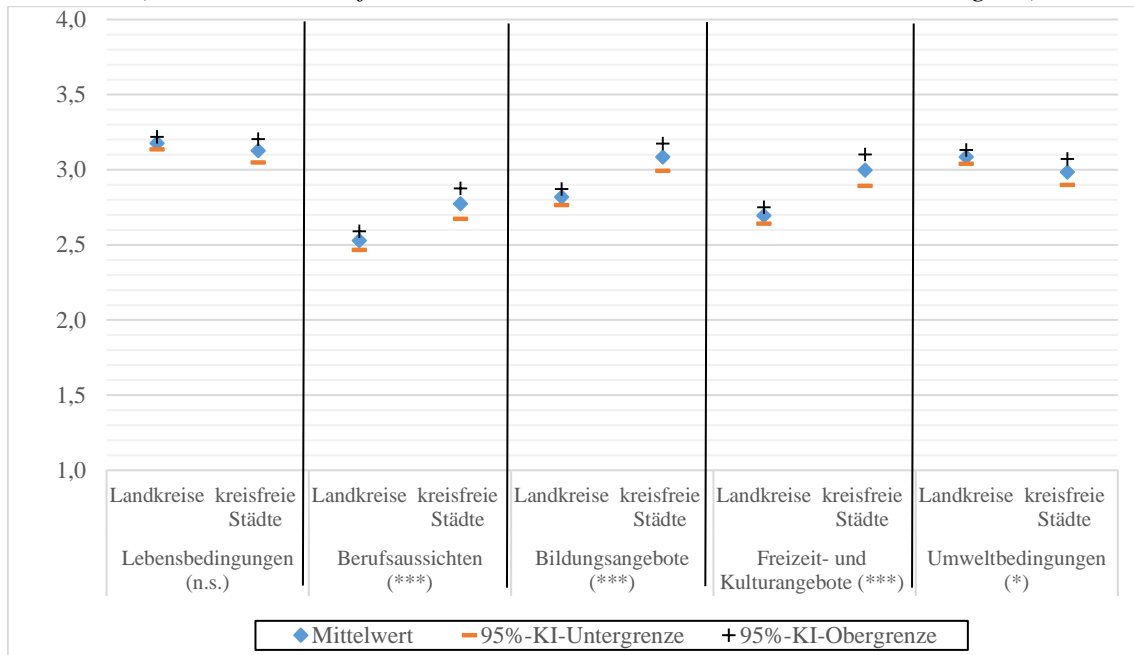
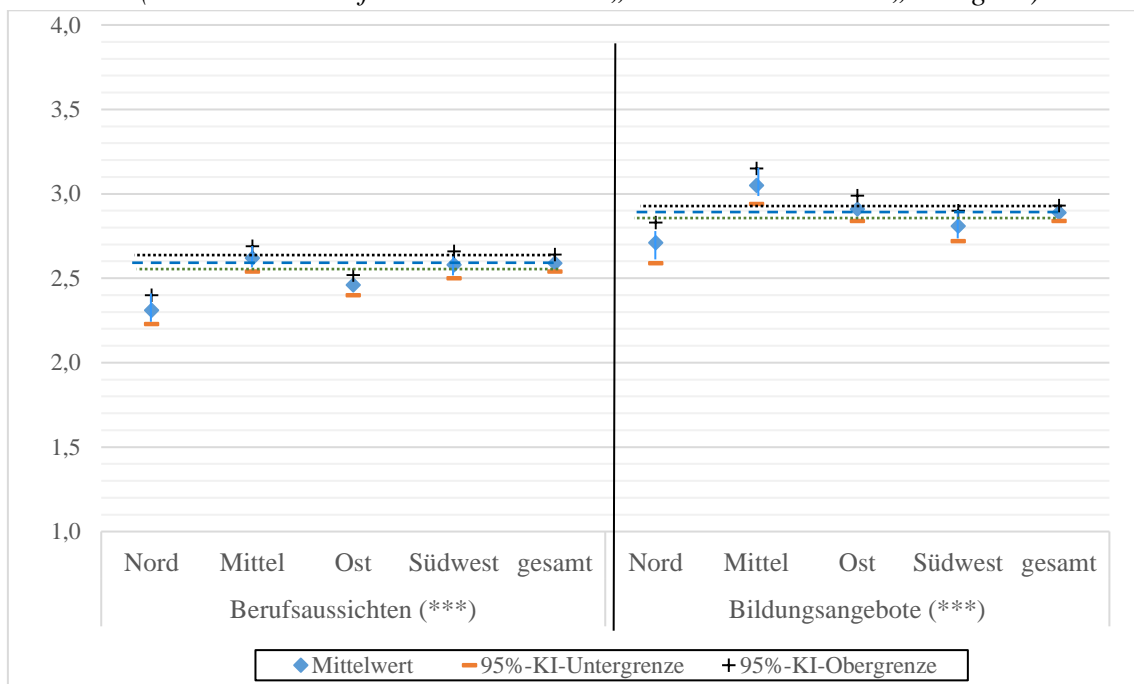


Abb. 39: Bewertung der Berufsaussichten und der Bildungsangebote in der Umgebung nach Planungsregion
(Mittelwerte²⁵ auf einer Skala von 1 „sehr schlecht“ bis 4 „sehr gut“)



²⁴ Signifikanzen der Mittelwert-Unterschiede: *** höchst signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.001$; ** hoch signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.01$; * signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.05$; n.s. nicht signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p > 0.05$.

²⁵ Signifikanzen der Mittelwert-Unterschiede: *** höchst signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.001$; ** hoch signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.01$; * signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.05$; n.s. nicht signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p > 0.05$.

Die regionalen und sozialräumlichen Bewertungsunterschiede können also *teilweise* auf die *Zusammensetzung* der jeweiligen Befragtengruppen zurückgeführt werden (sogen. Gruppenkompositionseffekte). Das heißt allerdings nicht, dass die nachweisbaren Unterschiede nicht inhaltlich bedeutsam wären, allzumal die Befragten ja zufällig ausgewählt wurden und gerade die sozialstrukturelle Zusammensetzung bestimmter Befragtengruppen in den Sozialräumen aufschlussreich sein kann. Es gibt nämlich Anzeichen für Prozesse sozialer Segregation, d.h. einer Entmischung der Wohnbevölkerung bzw. einer *Konzentration von Einwohner_innen mit bestimmten sozialen Lagen* in bestimmten Quartieren. So fällt nicht nur die Bewertung der Lebensbedingungen in der Umgebung durch Befragte, die in *Plattenbausiedlungen* wohnen, signifikant negativer aus als bei Bewohner_innen von Innenstädten oder Einfamilienhaussiedlungen (Abb. 40). Die Bewertung der Lebensbedingungen durch Befragte aus Dörfern unterscheidet sich allerdings nicht signifikant von der Bewertung durch andere Befragtengruppen. Die Befragtengruppe der Plattenbausiedlungsbewohner_innen ist in gewisser Hinsicht auch besonders zusammengesetzt: Der Anteil derer, die als depriviert gelten müssen, ist mit 41 Prozent markant erhöht (Befragte insgesamt: 18 Prozent), außerdem sind 13 Prozent arbeitslos (Befragte insgesamt: vier Prozent). Damit ist nicht gesagt, dass Befragte bei der Bewertung der Struktur- und Lebensbedingungen in der Umgebung nur von ihrer eigenen Situation ausgehen bzw. womöglich „unzulässig“ von sich auf die ganze Umgebung schließen würden. *Subjektive* Bewertungen sind als solche in jedem Fall valide, wobei die individuellen *Bewertungskriterien* sowieso unbekannt sind. Die auf Aggregatebene beobachtbaren Unterschiede bilden ein bedeutsames Differenzial in den *Wahrnehmungen* der Befragten ab, das sich nicht auf individuelle Faktoren reduzieren lässt. Beispielsweise sind die Befragten von Einzelgehöften bzw. alleinstehenden Häusern auf dem Land meist ältere Frauen (verrentete Arbeiterinnen bzw. Bäuerinnen) und jede_r vierte_r dieser Befragten ist depriviert – dennoch bewerten sie die Bedingungen in der Umgebung signifikant *besser* als Bewohner_innen von Plattenbausiedlungen und *mindestens genauso gut* wie Innenstadt-Bewohner_innen, die am seltensten subjektiv depriviert sind.

Abb. 40: Bewertung der Lebensbedingungen in der Umgebung nach Wohnlage (in Prozent)

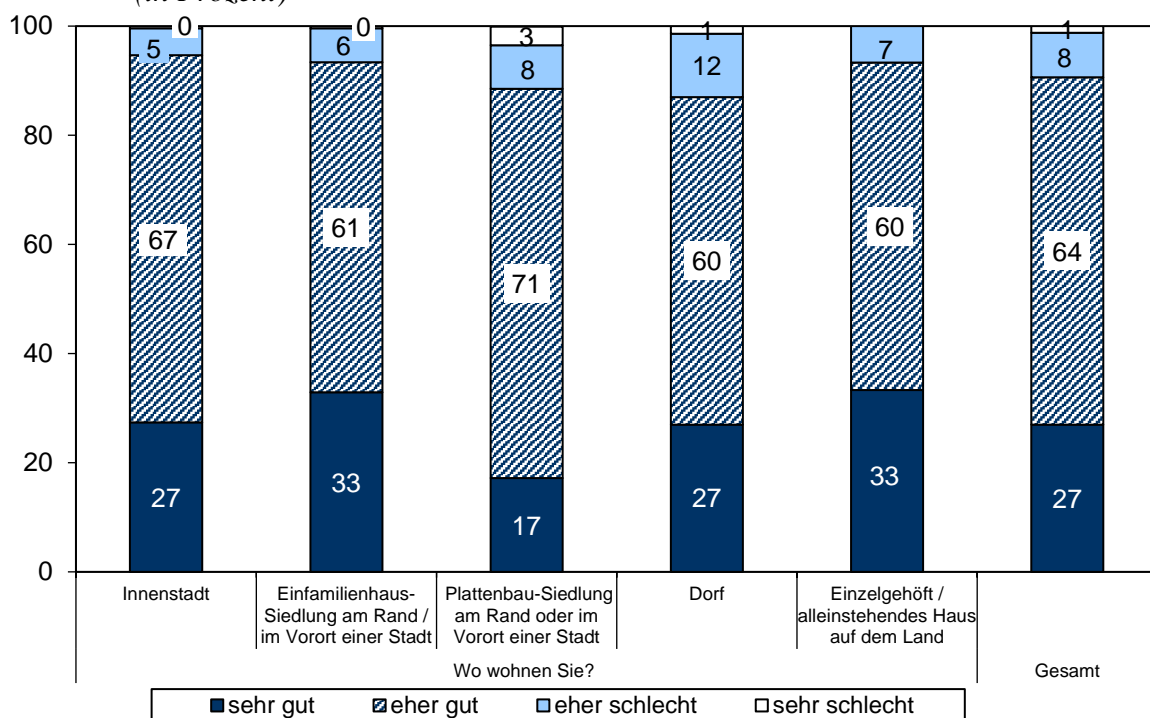
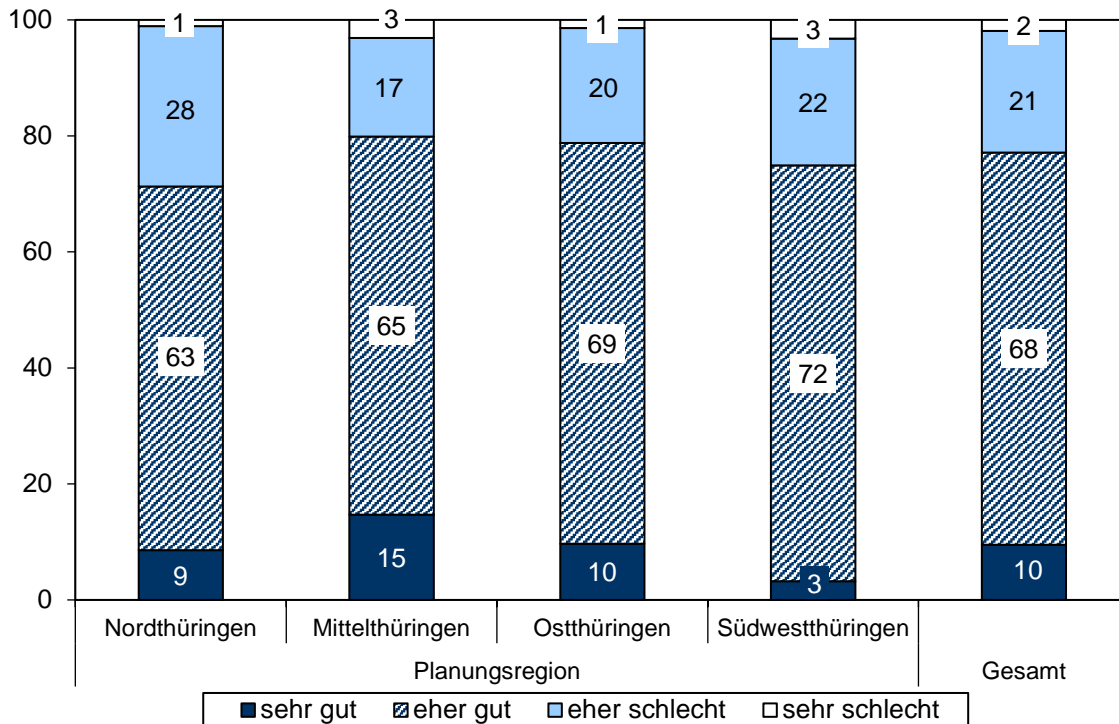


Abb. 41: Wenn Sie allgemein an die Zukunft Ihrer Region denken: Würden Sie sagen, dass diese Zukunft sehr schlecht, eher schlecht, eher gut oder sehr gut aussieht? (in Prozent)



Im Anschluss an die bisherigen Untersuchungen ist relevant, wie sich die Wahrnehmungs- und Bewertungsdifferenziale der Befragten über die Struktur- und Lebensbedingungen in ihrer Umgebung zu einem Gesamturteil fügen, das Aufschluss über die **Erwartungen der Befragten bezüglich der zukünftigen Entwicklung in ihrer Region** gibt. In Kapitel III.1 wurde gezeigt, dass die überwiegende Mehrheit der Befragten unter ihrer „Region innerhalb Thüringens“ ihren Landkreis oder ihre kreisfreie Stadt versteht. Mehr als drei Viertel der Befragten schätzen die Zukunft ihrer Region als positiv ein, darunter 68 Prozent als „eher gut“ und zehn Prozent als „sehr gut“, und nur 23 Prozent schätzen sie negativ ein, darunter 21 Prozent als „eher schlecht“ und zwei Prozent als „sehr schlecht“ (Abb. 41). Die günstigste Zukunftsprognose stellen mittelthüringer Befragte, die ungünstigste nord-thüringer Befragte. Die Mittelwertunterschiede der Bewertung zwischen den Befragten-gruppen aus den jeweiligen Planungsregionen sind zwar statistisch signifikant, aber nur schwach ausgeprägt. Befragte aus kreisfreien Städten stellen ihrer Region eine leicht günstigere Zukunftsprognose als Befragte aus den Landkreisen; ebenso Befragte aus Orten mit mehr als 50.000 Einwohner_innen im Gegensatz zu Befragten aus Dörfern und Kleinstädten bis 5.000 Einwohner_innen. Weibliche Befragte, solche in mittleren Alterskohorten (35 bis 44 Jahre), Rentner_innen (!) sowie Befragte, die eine positive Bewertung der eigenen sozialen Lage vornehmen, stellen ebenfalls eine leicht günstigere Zukunftsprognose. Objektive Kriterien der sozialen Lage der Befragten wie Bildung, Einkommen oder Berufsgruppe sind hingegen ohne statistisch signifikanten Einfluss auf ihre Zukunftsprognose für die Region. Hinsichtlich der Bewertung der regionalen Strukturbedingungen ist auffällig, dass eine positivere Zukunftsprognose vor allem mit einer positiveren Bewertung der **Bildungsangebote** und der **Berufsaussichten** sowie, in schwächerem Maße, mit einer positiveren Bewertung der Lebensbedingungen und der Freizeitbedingungen assoziiert ist (Abb. 42). Die Bewertung der Umweltbedingungen besitzt keinen relevanten Einfluss.

Abb. 42: Einschätzung der Zukunft der Region in Abhängigkeit von der Bewertung verschiedener Bedingungen in der Umgebung
(Standardisierte Regressionskoeffizienten einer multiplen linearen Regression²⁶)

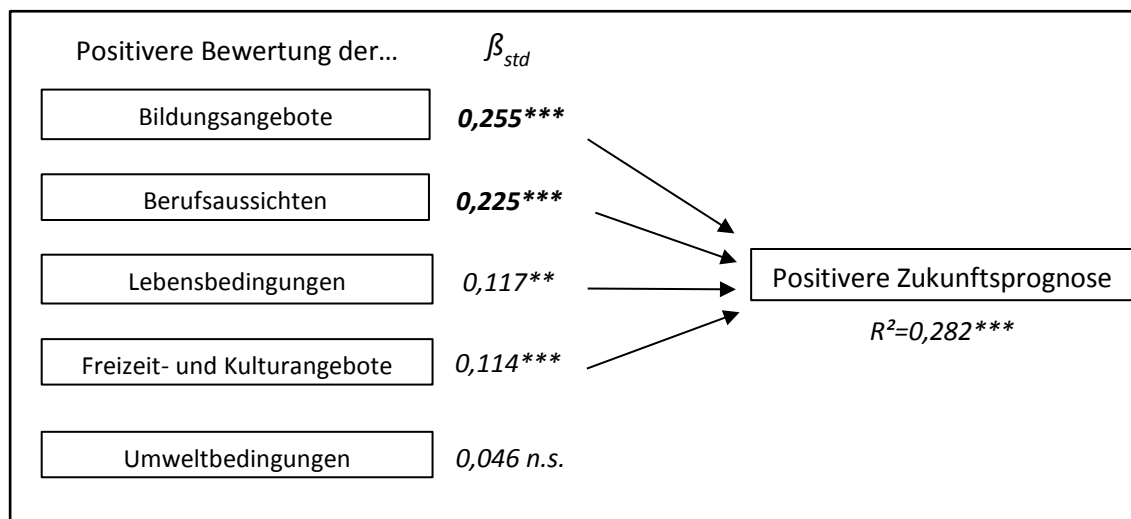


Abb. 43: Einschätzung der Zukunft der Region nach Landkreis / kreisfreier Stadt
(Mittelwerte auf einer Skala von 1 „sehr schlecht“ bis 4 „sehr gut“; absteigende Sortierung)

Befragte aus...	Mittelwert	95%-Konfidenzintervall für den Mittelwert		Minimum	Maximum
		Untergrenze	Obergrenze		
Jena	3,28	3,19	3,38	2	4
Weimar	3,10	2,95	3,25	2	4
Eichsfeld	3,07	2,93	3,21	2	4
Ilm-Kreis	2,98	2,73	3,23	2	4
Gotha	2,97	2,78	3,16	2	4
Erfurt	2,91	2,74	3,09	1	4
Greiz	2,91	2,78	3,04	2	4
Schmalkalden-Meiningen	2,91	2,77	3,05	1	4
Saale-Holzland-Kreis	2,89	2,77	3,02	1	4
Nordhausen	2,87	2,68	3,05	2	4
Wartburgkreis	2,87	2,72	3,02	2	4
THÜRINGEN insgesamt	2,85	2,81	2,88	1	4
Suhl	2,82	2,63	3,02	2	3
Saale-Orla-Kreis	2,81	2,67	2,95	1	4
Sömmerda	2,79	2,52	3,07	2	4
Weimarer Land	2,72	2,50	2,94	1	4
Saalfeld-Rudolstadt	2,68	2,48	2,88	1	4
Sonneberg	2,67	2,51	2,82	2	4
Unstrut-Hainich-Kreis	2,67	2,53	2,80	2	4
Altenburger Land	2,64	2,50	2,77	1	4
Gera	2,60	2,44	2,75	1	4
Hildburghausen	2,60	2,36	2,85	2	4
Kyffhäuserkreis	2,54	2,32	2,76	1	4
Eisenach	2,31	1,77	2,84	1	4

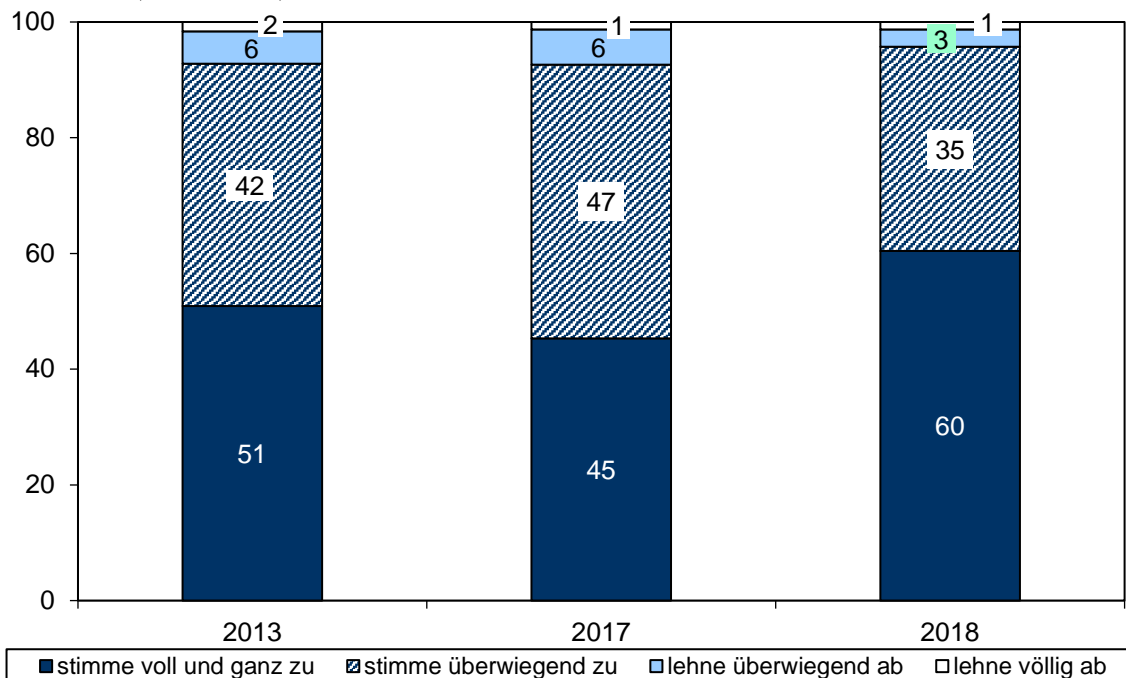
Anmerkung: Eine **grüne** Markierung bedeutet, der Mittelwert liegt statistisch signifikant (also „nachweisbar“) über dem Landesmittelwert; eine **rote** Markierung bedeutet, der Mittelwert liegt statistisch signifikant (also „nachweisbar“) unter dem Landesmittelwert (Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0,05$).

²⁶ Methode: Einschluss. Fallzahl $n=864$. Signifikanzen: *** höchst signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0,001$; ** hoch signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0,01$; * signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0,05$; n.s. nicht signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p > 0,05$.

Im Kreisvergleich (Abb. 43), der erneut aufgrund kleiner Fallzahlen nur eingeschränkt sinnvoll ist, stellten Befragte aus den kreisfreien Städten Jena und Weimar sowie aus dem Landkreis Eichsfeld ihren jeweiligen Regionen besonders positive Zukunftsprognosen, die statistisch signifikant *über* dem Landesmittelwert liegen. Befragte aus dem Kyffhäuserkreis, der kreisfreien Stadt Gera, dem Altenburger Land und dem Unstrut-Hainich-Kreis stellten ihren jeweiligen Regionen eine Zukunftsprognose, die statistisch signifikant *schlechter* ist als im Landesmittel. Befragte aus der kreisfreien Stadt Eisenach und dem Landkreis Hildburghausen schätzten die Zukunft ihrer Regionen auch schlechter ein als Befragte aus den o.g. drei erstplatzierten Kreisen, wie in den *übrigen* Landkreisen können die jeweiligen *tendenziellen* Unterschiede zum Landesmittelwert wegen der zu beachtenden Fehlertoleranzen jedoch *nicht* als „überzufällig“ angenommen werden.

Die **Lebenszufriedenheit** der Befragten im THÜRINGEN-MONITOR 2018 hat sich gegenüber dem Vorjahr noch einmal signifikant erhöht (Abb. 44). Mittlerweile stimmen drei von fünf (!) Befragten der Aussage „Ich bin mit meinem Leben insgesamt zufrieden“ voll und ganz zu, ein weiteres Drittel der Befragten stimmt überwiegend zu und lediglich vier Prozent scheinen unzufrieden zu sein.²⁷ Trotz dieses hohen allgemeinen Zufriedenheitsniveaus gibt es allerdings einige relevante Unterschiede zwischen bestimmten Befragtengruppen. So ist beispielsweise der Anteil derer, die die Aussage zur Lebenszufriedenheit überwiegend oder völlig ablehnen, unter Befragten im Alter zwischen 18 und 24 Jahren mit 14 Prozent erhöht, ebenso mit 14 Prozent unter Arbeitslosen. Selbständige und Freiberufler_innen stimmen signifikant häufiger voll und ganz zu (68 Prozent) als Arbeiter_innen (54 Prozent).

Abb. 44: „Ich bin mit meinem Leben insgesamt zufrieden.“
(in Prozent)



²⁷ Auch im Sachsen-Anhalt-Monitor 2018 wurden die Lebenszufriedenheit der Befragten, die Bewertung ihrer eigenen wirtschaftlichen Situation sowie die Beurteilung bestimmter regionaler und landesweiter Strukturbedingungen untersucht (vgl. Holtmann / Jaeck / Völkl 2018: 34 ff.). Aufgrund der unterschiedlichen Antwortskalierungen ist ein Vergleich mit den Daten des THÜRINGEN-MONITORS jedoch nicht möglich.

In einer multiplen linearen Regressionsanalyse, mit der Drittvariableneffekte kontrolliert werden können, zeigte sich, dass (in der Reihenfolge abnehmender Einflussstärken:) ein höheres Einkommen, eine geringere empfundene sozioökonomische Benachteiligung (Deprivation), ein *niedrigeres* Bildungsniveau (bei gleichem Einkommen!), ein Auszubildendenstatus (Studierende_r sein!) sowie ein *höheres* Alter eine höhere Lebenszufriedenheit der Befragten mit sich bringen. Die Bedeutung der **sozialen Lage** der Befragten für ihre Lebenszufriedenheit wurde bereits im letzten THÜRINGEN-MONITOR ausführlich diskutiert (vgl. TM 2017: 73 ff.). An dieser Stelle deutet sich an, dass z.B. jüngere Personen, die ungünstige materielle Vergleiche anstellen, vermutlich „noch mehr vom Leben erwarten“ und deshalb leicht unzufriedener sind als ältere – gerade dann, wenn eine Statusinkongruenz, d.h. eine Kombination aus höherem Bildungsniveau und geringem Einkommen, vorliegt. Dies betrifft in erster Linie jüngere Berufstätige, jedoch nicht die Studierenden, die ihre relativ bescheidene Ausstattung mit ökonomischen Ressourcen oft als vorübergehend betrachten und daher anders bewerten dürften. Mit steigendem Alter steigt statistisch gesehen auch das Einkommen, so dass dahingehend ein „Lebenszykluseffekt“ der Zufriedenheit erkennbar wird. Die Deprivationserfahrung von (meist weiblichen) Senior_innen mit niedrigen Renten schlägt sich in der Gesamtheit jedenfalls nicht in einer erhöhten Unzufriedenheit von Befragten der ältesten Kohorten nieder. Andere als die o.g. Variableneinflüsse sind statistisch nicht signifikant bzw. so gering, dass sie sich inhaltlich kaum sinnvoll interpretieren lassen. *Insgesamt* bestehen allerdings wieder einige erkennbare Unterschiede zwischen Befragtengruppen hinsichtlich ihrer territorialen Verortung. So variiert zwar die Lebenszufriedenheit der Befragten nicht nach den vier Thüringer Planungsregionen, doch beispielsweise sind Befragte aus Landkreisen im Mittel statistisch signifikant zufriedener als Befragte aus kreisfreien Städten. Erneut sind die Kreisunterschiede sehr gering, doch kann bei Beachtung der statistischen Fehlertoleranzen für Befragte aus den Landkreisen Weimarer Land und dem Wartburgkreis eine signifikant gegenüber den Landesmittelwert erhöhte Lebenszufriedenheit konstatiert werden. Markant drückt sich die unterschiedliche Zusammensetzung der jeweiligen Befragtengruppen (also der Gruppenkompositionseffekt) bezüglich der Wohnlage aus (Abb. 45). Die bereits diskutierte, erkennbare Konzentration von Personen mit ähnlicher sozialer Lage in bestimmten Sozialräumen führt in diesem Fall dazu, dass Bewohner_innen von Plattenbausiedlungen und Befragte, die vereinzelt auf dem Land leben, eine signifikant niedrigere Lebenszufriedenheit aufweisen als Befragte in anderen (städtischen) Wohnlagen.

In unregelmäßigen Abständen wurde in zurückliegenden THÜRINGEN-MONITOREN immer wieder die **Fortzugsneigung** der Befragten erhoben (Abb. 46). Obwohl sich schon seit Beginn dieser Zeitreihe immer eine weit überwiegende Mehrheit der Befragten sicher war, in Thüringen zu bleiben, war dieser Befund nie so deutlich wie in diesem Jahr. Fast vier Fünftel der Befragten gaben an, dem Freistaat auf jeden Fall die Treue zu halten, und gerade einmal drei Prozent aller Befragten waren davon überzeugt, dass sie Thüringen verlassen werden. Eine Tendenz zum Fortzug benennen weitere vier Prozent. Eine tiefere Analyse wird hier einerseits durch das fast einstimmige Antwortverhalten erschwert, andererseits durch den Umstand, dass hinter der (beabsichtigten) Veränderung des geographischen Lebensmittelpunktes (im Sinne *räumlicher Mobilität*) immer eine komplexe individuelle Entscheidung steht, bei der eine Vielzahl persönlicher bzw. biographischer Beweggründe und struktureller Faktoren eine Rolle spielen. Dennoch lassen sich einige Anhaltspunkte dafür finden, was Personen kennzeichnet, die aus Thüringen (wahrscheinlich) fortziehen, und welche Wahrnehmungen und Beurteilungen für diese Entscheidung relevant sein könnten.

Abb. 45: „Ich bin mit meinem Leben insgesamt zufrieden.“ nach Wohnlage (in Prozent)

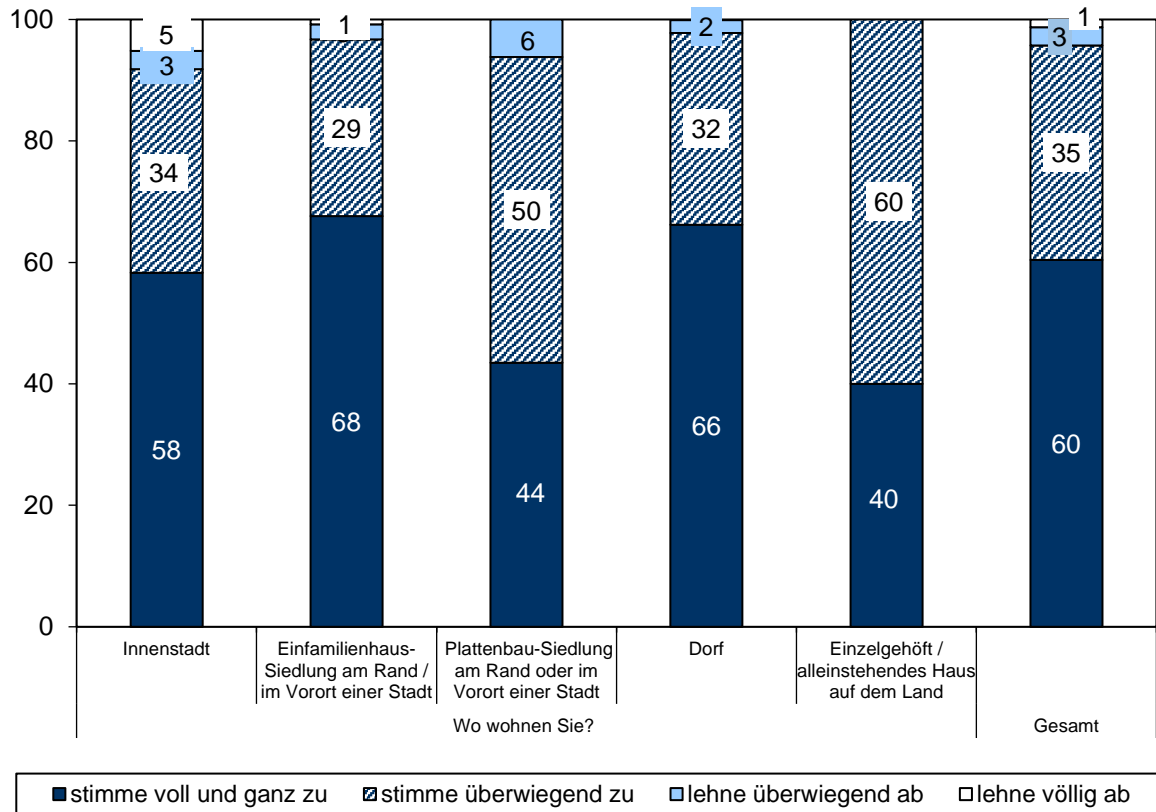


Abb. 46: Werden Sie sicher in Thüringen bleiben, wahrscheinlich hier bleiben, oder werden Sie wahrscheinlich oder sicher aus Thüringen fortziehen? (in Prozent)

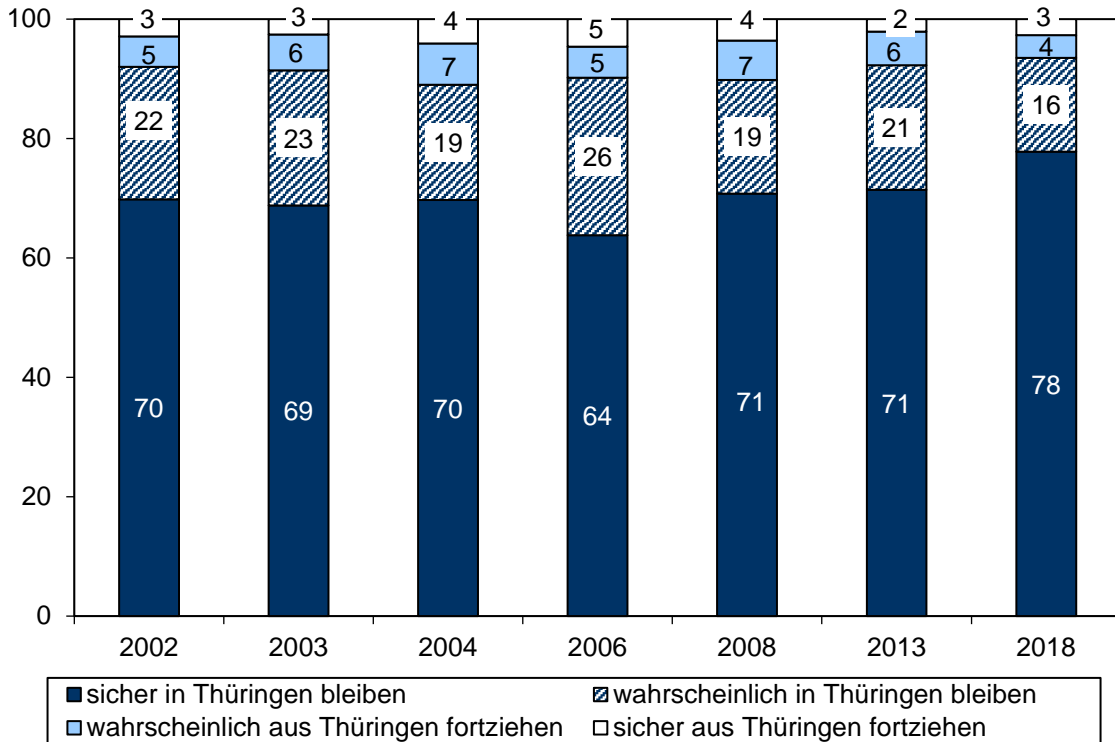
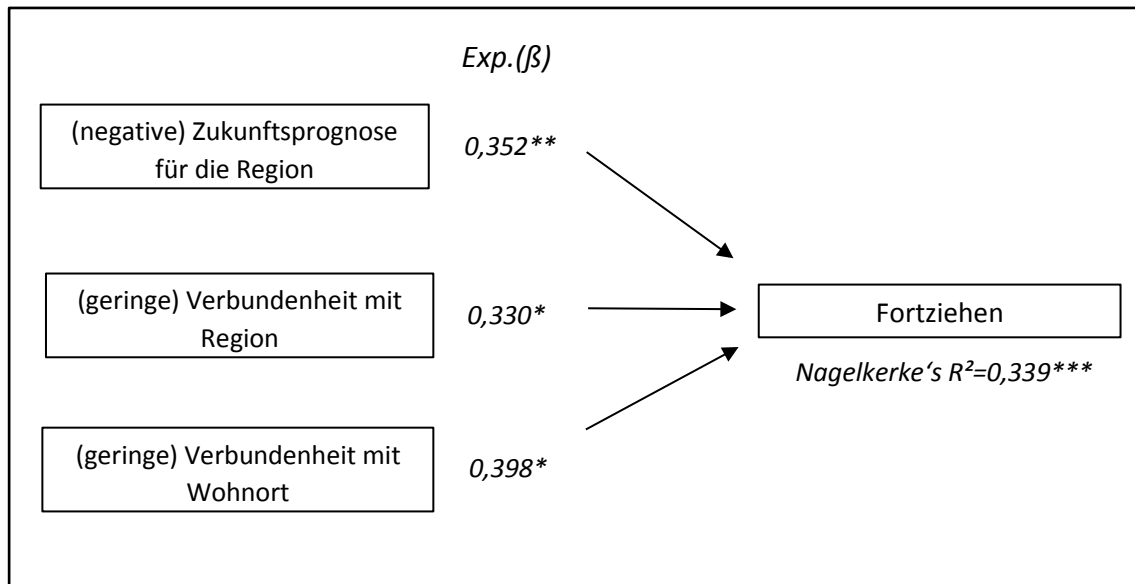


Abb. 47: Einflüsse auf die Tendenz, aus Thüringen fortzuziehen
 (Odd Ratios für schrittweise ausgewählte erklärende Variablen einer binomialen logistischen Regression²⁸)



Zunächst fällt auf, dass ein Viertel aller Befragten, die einen Fortzug beabsichtigen, Auszubildende sind. Auszubildende stellen nur fünf Prozent aller Befragten des THÜRINGEN-MONITORS und eine sehr spezifische Befragtengruppe dar. Mehrheitlich handelt es sich um Studierende, ein Viertel von ihnen ist zudem aus Westdeutschland nach Thüringen zugezogen, 42 Prozent (!) der befragten Auszubildenden sind Personen mit (internationaler) Migrationsgeschichte. Auch für solche Studierende, die aus Thüringen stammen, stellen die Studien-, Berufs- und Lebensperspektiven in anderen Bundesländern oder im Ausland vermutlich einen wichtigen *Pull-Faktor* dar. Auszubildende als junge, relativ mobile Spezialgruppe wurden deshalb aus der nachfolgenden Analyse ausgeschlossen, weil sonst die Einflussgrößen der Bildung und des Alters überschätzt, die der sozioökonomischen Lage, der Bewertung von strukturellen Kontexten sowie der regionalen Bindung unterschätzt werden könnten. Dies verkleinert zwar die Datenbasis der (potenziell) Fortziehenden noch einmal erheblich. Die multivariate Analyse (Abb. 47) zeigt trotzdem einen überraschenden und paradox anmutenden Befund: Weder Befragtenmerkmale wie Alter, Geschlecht, Bildung und Familienstatus oder solche, die auf die objektive soziale Lage zurückschließen lassen (Einkommen, beruflicher Status und Erwerbstätigkeit), noch die Bewertung der wirtschaftlichen Lage in Thüringen, der Vergleich mit anderen Bundesländern oder die Bewer-

²⁸ Ohne Auszubildende. Abhängige Variable: 0 „sicher / wahrscheinlich in Thüringen bleiben“ 1 „sicher / wahrscheinlich aus Thüringen fortziehen“. Methode: Schrittweiser Einschluss der unabhängigen Variablen. Auswahl aus den folgenden 28 Variablen: Alter, Geschlecht, Bildung, verheiratet, Kinder, Arbeiter_in, einfache_r/mittlere_r Angestellte_r/Beamte_in, höhere_r/leitende_r Angestellte_r/Beamte_in, selbständig, Arbeitsplatz gefährdet, arbeitslos, Nettoäquivalenzeinkommen, Deprivation, Ostdeprivation, Statusverlustangst, Bewertung der wirtschaftlichen Lage in Thüringen, Vergleich Thüringens mit ostdeutschen / westdeutschen Bundesländern, Zukunftsprognose für die Region, Bewertung der Berufsangebote, der Lebensbedingungen, der Kultur- und Freizeitangebote sowie der Umweltbedingungen in der Umgebung, Verbundenheit mit Thüringen, mit Gemeinde/Stadt und mit Region innerhalb Thüringens, Wichtigkeit der Heimat, Ortsgröße. Fallzahl n=425. Signifikanzen: *** höchst signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.001$; ** hoch signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.01$; * signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.05$; n.s. nicht signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p > 0.05$.

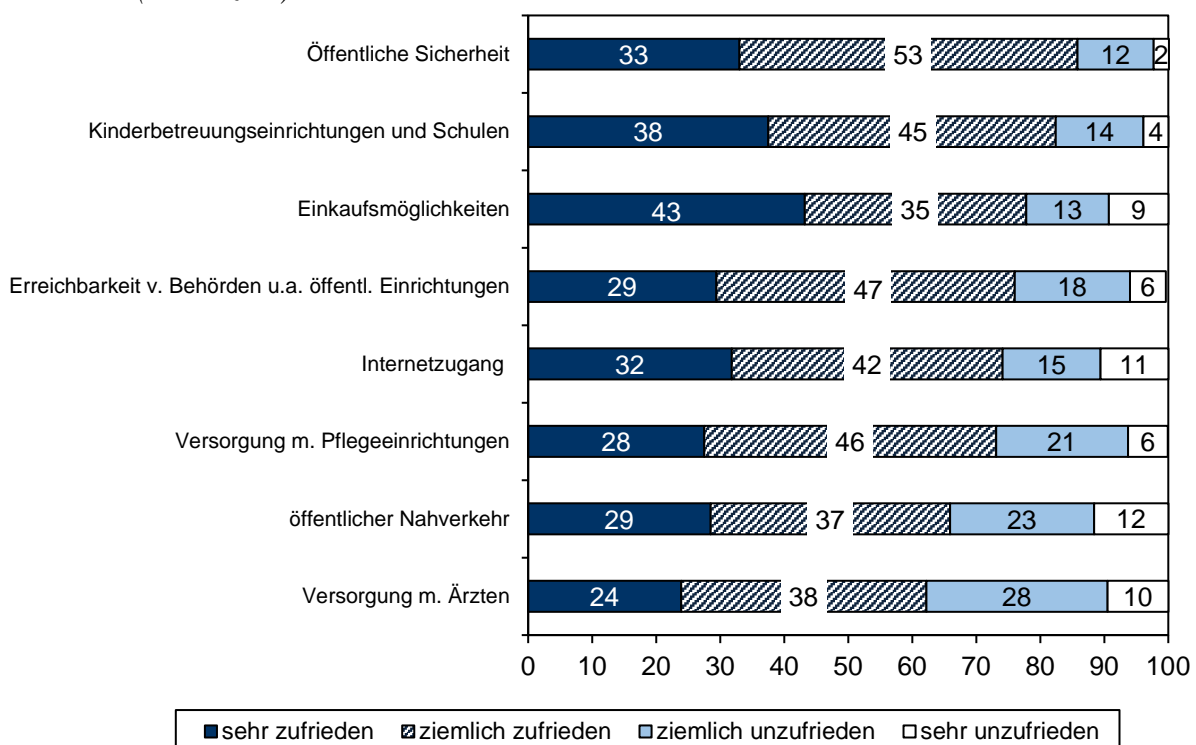
tung von Strukturbedingungen in der Umgebung besitzen einen messbaren *direkten* Einfluss auf die Fortzugsneigung. Es lassen sich also auf den ersten Blick keine solchen *Push-Faktoren* identifizieren, die beispielsweise Berufstätige aufgrund ihrer individuellen ökonomischen Situation, einer Deprivationserfahrung oder der Wahrnehmung ungünstiger Strukturbedingungen zu einem Fortzug aus dem Land bewegen würden, weil sie sich die Verbesserung ihrer Lebensumstände versprechen. Das ist jedoch ziemlich plausibel, wenn die stärkste der relevanten Einflussgrößen betrachtet wird: Die Einschätzung der Befragten zur Zukunft ihrer Region. Wie bereits ausgeführt wurde, stellen solche Befragte ihrer Region eine günstigere Prognose aus, die die Bildungsangebote und Berufsaussichten in der Umgebung positiver bewerten. Das bedeutet, dass die Abwägung individueller sozioökonomischer Chancen bzw. Entwicklungsperspektiven sehr wohl ausschlaggebend sein kann, wenn es um einen Fortzug aus Thüringen geht.

Noch zwei weitere Einflussgrößen sind relevant: die Verbundenheit mit der Region und mit der Gemeinde bzw. Stadt, in der die Befragten leben. Hier zeigen sich biographische, soziale, kognitive und emotionale Aspekte, die die Meisten an ihre (alte oder neue) Heimat Thüringen stärker *binden*, einige (Neu-)Thüringer_innen jedoch zu einem Fortzug über die Landesgrenze bewegen. Der Anteil derer, die eine Tendenz zum Fortzug erkennen lassen, beträgt 13 Prozent bei solchen Befragten, die einst aus einem anderen ostdeutschen Bundesland nach Thüringen zugezogen sind. Bei Personen, die ursprünglich aus Westdeutschland stammen, beträgt er sogar 19 Prozent. (Die Fallzahlen der aus dem Ausland Zugezogenen sind zu klein, um zu ihnen sinnvolle Aussagen treffen zu können.) Auch wenn nicht im eigentlichen Sinne die „Verbundenheit mit Thüringen“ oder „die Heimat“ ausschlaggebend ist, sind es doch die *näheren* sozialräumlichen Zusammenhänge (Wohnort und „Region innerhalb Thüringens“, also die Umgebung). Eine starke regionale Identifikation und das, was einen Menschen an einen Ort bindet – soziales Umfeld, vor allem Freunde, Familie, aber auch biographische Prägung und die gewohnte Lebenspraxis – scheinen letzten Endes auch *Resilienzfaktoren* zu sein, die Menschen ungeachtet mancher Widrigkeiten (wie z.B. sozialer Benachteiligung) zum *Bleiben* motivieren, die u.U. sogar bestimmte Härten erträglich machen. Diese Interpretation der Ergebnisse mutet vielleicht etwas romantisierend an. Denn z.B. für viele Senior_innen und solche Personen, die aufgrund einer sehr schlechten ökonomischen Situation stark sozial marginalisiert sind, stellt ein Fortzug aus Thüringen vermutlich ohnehin keine realistische Option dar. Allerdings ist der Anteil derer, die einen Fortzug für sicher oder wahrscheinlich halten, unter arbeitslosen Befragten mit 16 Prozent signifikant erhöht. Da in unserer Analyse eine umfängliche Drittvariablenkontrolle erfolgte, hätten der Erwartung nach außerdem Einflüsse der Statusverunsicherung von *Berufstätigen* (z.B. eine Gefährdung des Arbeitsplatzes) oder eines niedrigen Einkommens auf die Fortzugsneigung sichtbar werden können; das Einkommensgefälle zwischen westdeutschen Bundesländern und Thüringen bzw. den anderen ostdeutschen Bundesländern wurde im Kapitel II diskutiert. Solche Einflüsse waren jedoch nicht festzustellen. Deshalb deuten wir unsere Befunde als einen weiteren Hinweis auf eine verbesserte sozioökonomische Lage der Mehrheit der Thüringer Bevölkerung, die das *Leben in Thüringen* als *lebenswert* wahrnimmt, optimistisch ist und deswegen weniger Gründe hat, dem Freistaat den Rücken zuzukehren.

3. Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten in der Wohngegend

Ähnlich wie bei der Bewertung der Lebens- und Strukturbedingungen in der Umgebung handelt es sich bei der Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten in der Wohngegend um eine Wiederholungsmessung. Sie geht auf den THÜRINGEN-MONITOR 2010 zurück (vgl. TM 2010: 60 ff.). Erstmals abgefragt wurden in diesem Jahr die Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit und dem Internetzugang in der Wohngegend. Zunächst kann konstatiert werden, dass mit sämtlichen erfassten Aspekten jeweils eine überwiegende Mehrheit der Befragten „sehr zufrieden“ oder „ziemlich zufrieden“ ist, aber trotzdem markante Zufriedenheitsunterschiede erkennbar sind (Abb. 48). Am zufriedensten zeigen sich die Befragten mit der öffentlichen Sicherheit in der Wohngegend, den Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen sowie mit den Einkaufsmöglichkeiten. An unzufriedensten sind sie mit der Versorgung mit Ärzten und dem öffentlichen Nahverkehr; jene Aspekte markieren damit aus Sicht der Bevölkerung bedeutsame Herausforderungen einer lokalen Infrastrukturentwicklung. Gegenüber 2010 gestiegen ist die Zufriedenheit mit der Erreichbarkeit von Behörden und anderen öffentlichen Einrichtungen (2010: 19 Prozent sehr zufrieden, 2018: 29 Prozent sehr zufrieden); hier liegt auch eine signifikante Mittelwertveränderung der Zufriedenheit aller Befragter vor. Gesunken ist allerdings die Zufriedenheit mit der Versorgung mit Ärzten (2010: 69 Prozent sehr zufrieden/ziemlich zufrieden, 2018: nur noch 62 Prozent sehr zufrieden/ziemlich zufrieden). Diese Veränderung der Anteilswerte ist signifikant, wenngleich sich der Mittelwert der Zufriedenheit aller Befragter nicht signifikant verändert hat. Unverändert ist außerdem die Zufriedenheit mit den Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen, der Versorgung mit Pflegeeinrichtungen, den Einkaufsmöglichkeiten und dem öffentlichen Nahverkehr. Allerdings waren die Befragten 2010 mit dem öffentlichen Nahverkehr am seltensten zufrieden – mittlerweile ist die Zufriedenheit mit der Versorgung mit Ärzten auf den letzten Rang abgesunken.

Abb. 48: Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten in der Wohngegend
(in Prozent)



Mit Ausnahme der Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen sind für alle Aspekte signifikante Unterschiede der Zufriedenheit der Befragten erkennbar, je nachdem wie viele Einwohner_innen ihr Wohnort hat (Abb. 49). *Summarisch* lässt sich festhalten, dass Befragte aus Dörfern und Kleinstädten (bis 5.000 Einwohner_innen) am unzufriedensten sind, Befragte aus Mittel- und Großstädten ab 20.000 Einwohner_innen am zufriedensten. Am deutlichsten ist dieser Größeneffekt bezüglich des öffentlichen Nahverkehrs, der Einkaufsmöglichkeiten sowie der Erreichbarkeit von Behörden und anderen öffentlichen Einrichtungen. Hierbei handelt es sich um *öffentliche Infrastruktur*, die z.B. auch in städtischen Plattenbausiedlungen der Großstädte gut ausgebaut ist, weswegen Befragte aus einer solchen Wohnlage auch höhere Zufriedenheitswerte aufweisen als Dorf- bzw. Kleinstadtbewohner_innen. Erkennbar unzufriedener als Stadtbewohner_innen sind Dorf- bzw. Kleinstadtbewohner_innen auch mit der Versorgung mit Ärzten und Pflegeeinrichtungen und ihrem Internetzugang. Sogar mit der *öffentlichen Sicherheit* in der Wohngegend sind Befragte aus kleineren Ortschaften im Mittel unzufriedener als Befragte aus Städten mit 20.000 bis 50.000 Einwohner_innen, zu den anderen Ortsgruppengrößen bestehen allerdings *keine* signifikanten Unterschiede. Auch zwischen Befragten aus verschiedenen städtischen Wohnlagen (Innenstadt, Einfamilienhaus-Siedlung, Plattenbausiedlung) bestehen keine signifikanten Unterschiede der Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit in ihrer Wohngegend. Auffällig ist allerdings, dass Befragte aus Städten mit 20.000 bis 50.000 Einwohner_innen ähnlich verhaltene Zufriedenheitswerte bezüglich der *Versorgung mit Ärzten* in der Wohngegend aufweisen wie Befragte aus Orten mit bis zu 5.000 Einwohner_innen.

Zwischen allen acht Zufriedenheits-Items bestehen hinreichend hohe bzw. mittlere positive Korrelationen, das heißt also, das Antwortverhalten ist relativ konsistent. Mittels einer multivariaten Analyse²⁹ ist nachweisbar, dass die Zufriedenheit mit dem öffentlichen Nahverkehr, den Einkaufsmöglichkeiten, der Erreichbarkeit von Behörden und anderen öffentlichen Einrichtungen sowie dem Internetzugang eine Zufriedenheitsdimension „Infrastruktur“ aufspannen. Eine zweite Zufriedenheitsdimension „Soziales“ umfasst die Zufriedenheit mit den Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen, der Versorgung mit Pflegeeinrichtungen und Ärzten und der öffentlichen Sicherheit. Ganz trennscharf sind beide Dimensionen nicht, so wäre die Erreichbarkeit „anderer öffentlicher Einrichtungen“ nachvollziehbarerweise auch der Dimension „Soziales“ zuzuordnen. Es lässt sich aber auf jeden Fall zeigen, dass die Zufriedenheit mit Infrastruktur-Aspekten viel stärker nach Ortsgrößen, Wohnlagen, Regionen und Kreisen variiert als die Zufriedenheit mit den sozialen Aspekten. So ist beispielsweise nur bezüglich der Zufriedenheit mit Infrastruktur-Aspekten ein Unterschied zwischen Befragten aus Landkreisen und den Befragten aus kreisfreien Städten statistisch signifikant. Aus alledem lässt sich schlussfolgern, dass eine Infrastrukturentwicklung (im Sinne der „Angleichung der Lebensverhältnisse“) in Thüringen vor allem in der Überwindung der Disparität zwischen ländlichem Raum und den Städten bestehen sollte. Die Zufriedenheit mit den Infrastruktur-Aspekten im Kreisvergleich (Abb. 50) zeigt noch einmal, dass die Einschätzungen der Befragten relativ nah beieinander liegen, und dass die unterschiedliche Siedlungsstruktur bzw. die unterschiedlichen Ortsgrößen in den Kreisen einen Großteil der Variation erklären; Thüringen ist ein hauptsächlich dörflich bis kleinstädtisch geprägtes Bundesland. Eine Zufriedenheit mit der Infrastruktur in der eigenen Wohngegend, die statistisch signifikant über dem Landesmittelwert liegt, ist für Befragte aus kreisfreien Städten (hier: Erfurt, Gera, noch knapp: Weimar) erkennbar. Eine unterdurchschnittliche Zufriedenheit ist nachweisbar bei Befragten aus Landkreisen (hier: Kyffhäuserkreis, Saale-Orla-Kreis, Sonneberg), die relativ hohe Bevölkerungsanteile in kleinen Gemeinden aufweisen.

²⁹ Hauptachsen-Faktorenanalyse.

Abb. 49: Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten in der Wohngegend nach Ortsgröße
(Mittelwerte³⁰ auf einer Skala von 1 „sehr unzufrieden“ bis 4 „sehr zufrieden“)

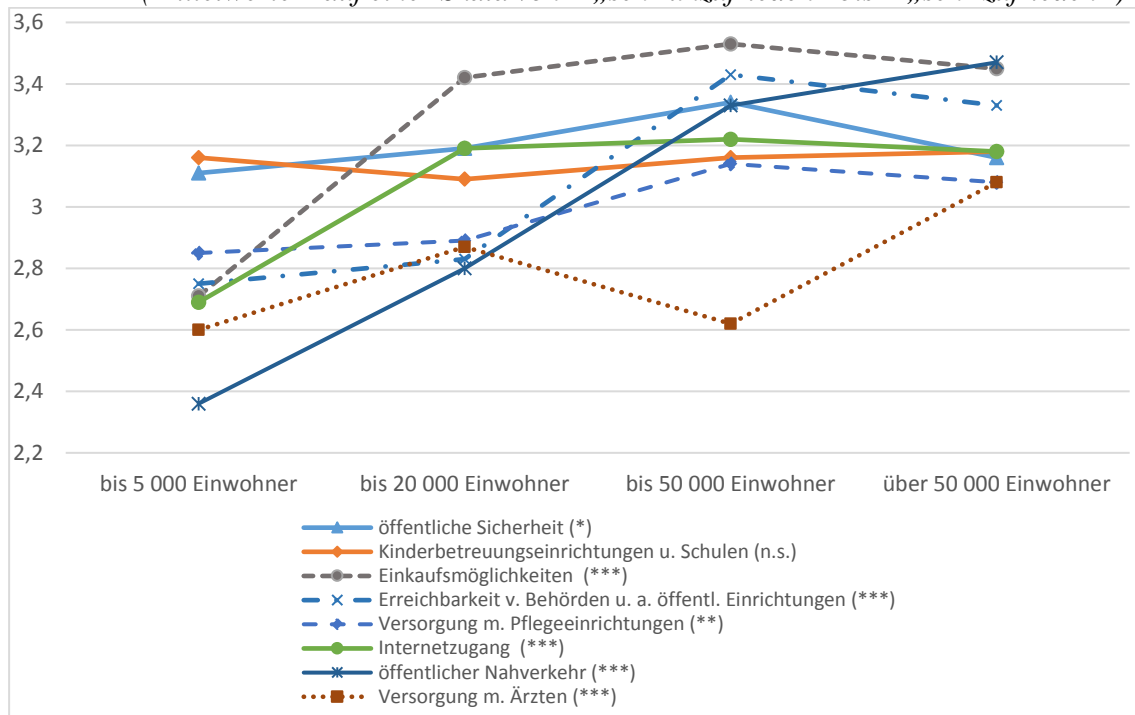
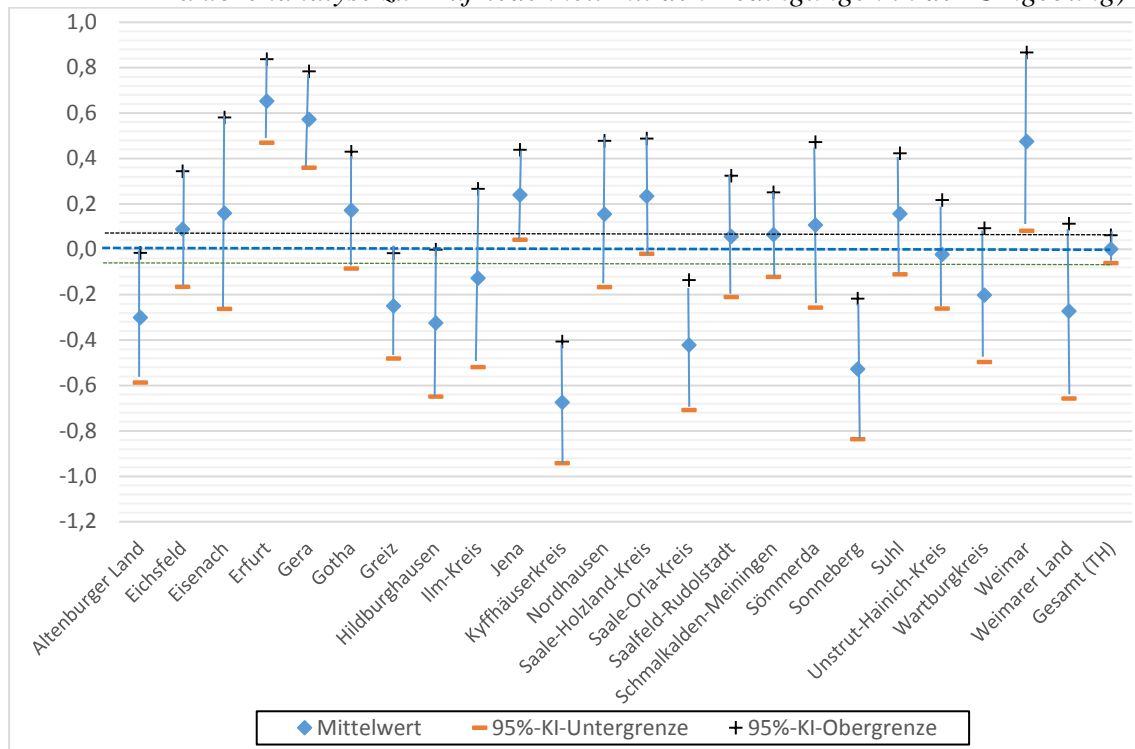


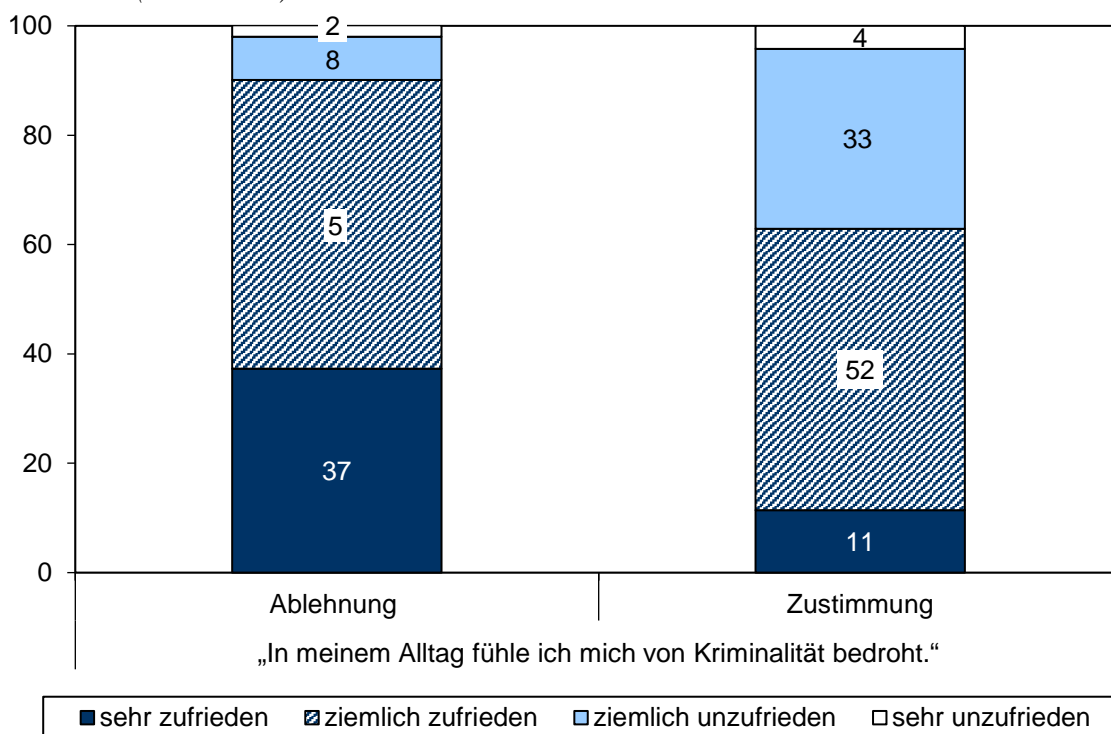
Abb. 50: Zufriedenheit mit Infrastruktur-Aspekten in der Wohngegend nach Landkreis / kreisfreier Stadt
(Mittelwerte des Regression Factor Scores 1 aus einer Hauptachsen-Faktorenanalyse zur Zufriedenheit mit den Bedingungen in der Umgebung)



³⁰ Signifikanzen der Mittelwert-Unterschiede: *** höchst signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.001$; ** hoch signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.01$; * signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.05$; n.s. nicht signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p > 0.05$.

16 Prozent der Befragten im THÜRINGEN-MONITOR 2018 stimmen der Aussage zu: „In meinem Alltag fühle ich mich von Kriminalität bedroht.“ Dieser Anteil ist wieder etwas geringer als der von 2017 (22 Prozent) und der von 2016 (21 Prozent), liegt aber immer noch leicht über dem von 2013 (zwölf Prozent). Je unzufriedener Befragte mit der öffentlichen Sicherheit in ihrer Wohngegend sind, desto stärker empfinden sie **Kriminalitätsfurcht**. Auch Befragte, die stärkere Statusverlustängste als andere haben, tendieren gleichzeitig zu höherer Kriminalitätsfurcht. Andere individuelle Befragtenmerkmale wie Alter, Geschlecht oder Einkommen sind ohne nennenswerten Einfluss. Die Einschätzung der öffentlichen Sicherheit in der Wohngegend ließe sich auch in Abhängigkeit von der individuellen Kriminalitätsfurcht interpretieren: Demnach wären Befragte desto unzufriedener mit der öffentlichen Sicherheit in ihrer Wohngegend, je größer ihre Kriminalitätsfurcht ist (Abb. 51). Inwieweit die (Un-)Unzufriedenheit die Kriminalitätsfurcht bedingt oder umgekehrt, kann nicht überprüft werden. Auffällig ist allerdings, dass die Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit nur relativ *geringfügig* mit der Ortsgröße variiert – und *gar nicht* mit der (städtischen) Wohnlage der Befragten.

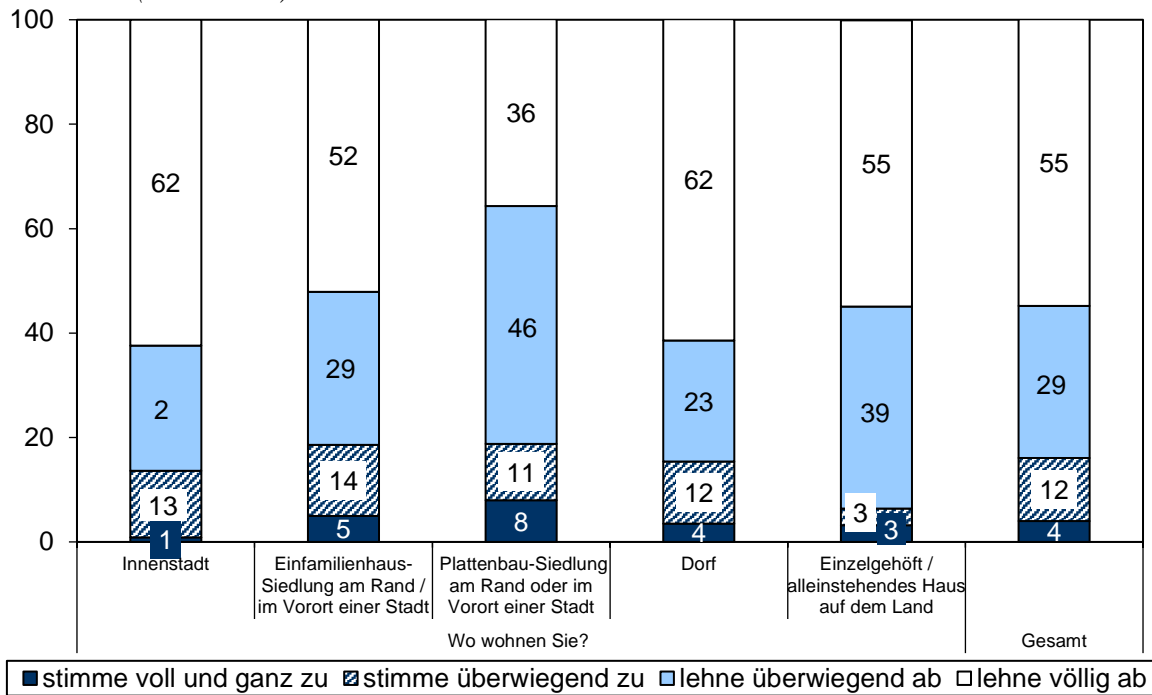
Abb. 51: Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit in der Wohngegend nach Kriminalitätsfurcht (in Prozent)



Auch die *Kriminalitätsfurcht* der Befragten variiert kaum (bzw. statistisch nicht signifikant) mit der Ortsgröße, ebenso unerheblich sind die Unterschiede zwischen Landkreisen / kreisfreien Städten oder Thüringer Planungsregionen. Allerdings gibt es doch eine Auffälligkeit: Befragte aus *Plattenbausiedlungen* fühlen sich etwas stärker von Kriminalität bedroht als Befragte in anderen Siedlungslagen (Abb. 52). Erneut begegnet uns der Gruppenkompositionseffekt (s.o.): Befragte aus Plattenbausiedlungen sind häufiger depriviert und verspüren häufiger Statusverlustangst als andere Befragte. Insgesamt ergibt sich ein ambivalenter Befund. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass Bewohner_innen von Plattenbausiedlungen die öffentliche Sicherheit in ihrer Wohngegend außergewöhnlich

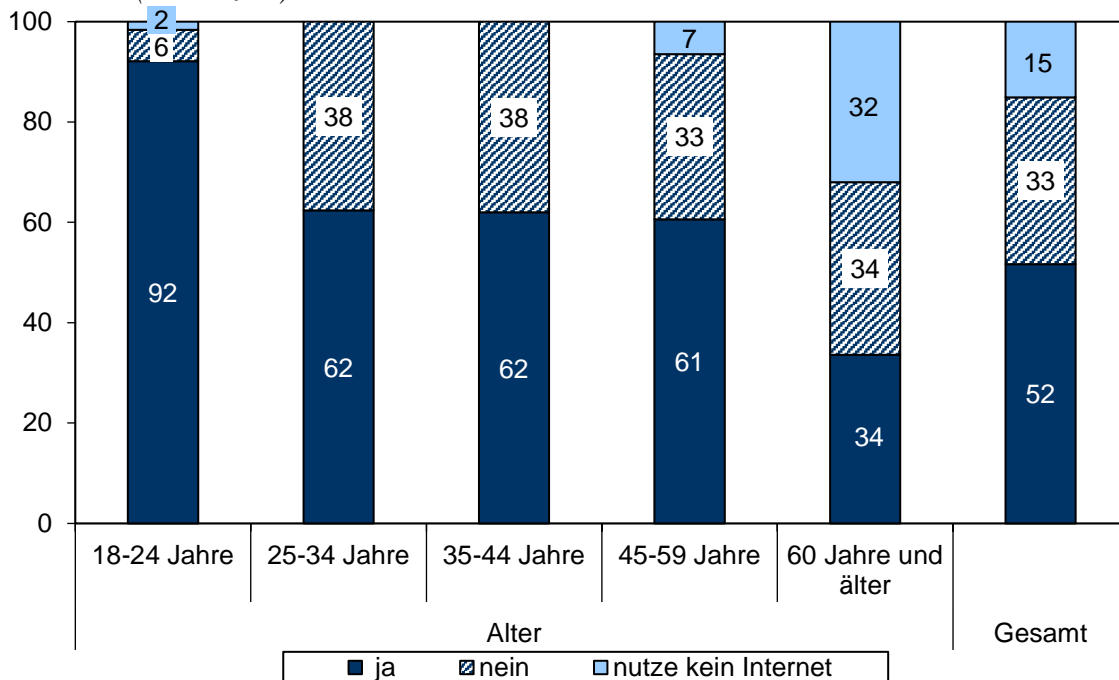
negativ einschätzen, aber sie fühlen sich eben doch etwas häufiger in ihrem Alltag von Kriminalität bedroht als Personen, die in anderen Sozialräumen leben. Hier offenbart sich eine bedenkliche Folge sozialer Ungleichheit und damit einhergehender (auch räumlicher) Marginalisierung, die von der Politik, den Sicherheitsbehörden und den kommunalen Verwaltungen ernstgenommen werden muss.

Abb. 52: „In meinem Alltag fühle ich mich von Kriminalität bedroht.“ – Zustimmung nach Wohnlage der Befragten (in Prozent)



Wie oben gezeigt werden konnte, ist sowohl die Zufriedenheit der Befragten mit der Erreichbarkeit von Behörden und anderen öffentlichen Einrichtungen als auch die Zufriedenheit mit dem Internet gerade im ländlichen Raum Thüringens niedriger als in den größeren Städten. Bei fortschreitendem Netzausbau können digitale Service-Angebote und benutzerfreundliche Web-Auftritte aber eine gewisse Abhilfe schaffen, wo weite Anfahrtswege und eingeschränkte Öffnungszeiten gerade berufstätigen Personen die Wahrnehmung von Behördenterminen erschweren. So überrascht zum Beispiel auch nicht, dass Rentner_innen mit der Erreichbarkeit von Behörden in ihrer Wohngegend zufriedener sind als erwerbstätige Befragte – sie können ihre Termine ja in der Regel freier gestalten. Andererseits sind ältere Thüringer_innen bei Weitem nicht so internetaffin wie jüngere – auch dies konnte in früheren THÜRINGEN-MONITOREN bereits nachgewiesen werden (vgl. TM 2012: 26). In diesem Jahr haben wir die Befragten gefragt, ob sie bereit wären, **Behördenangelegenheiten auch per Internet** zu erledigen (Abb. 53). Mit 52 Prozent gab die absolute Mehrheit der Befragten an, sie wäre dem „digitalen Amt“ gegenüber aufgeschlossen, allerdings sagte auch ein Drittel der Befragten, sie wären zur Erledigung von Behördenangelegenheiten im Internet nicht bereit. Weitere 15 Prozent nutzen nach eigener Auskunft kein Internet. Markant sind die dabei auftretenden Altersunterschiede. Während 92 Prozent der Befragten der jüngsten Alterskohorten zustimmten, lehnten zwei von fünf der Befragten aus mittleren Alterskohorten ab – und das, obwohl bei ihnen die Internetnutzungsquote ähnlich hoch wie bei den jungen „digital natives“ ist.

Abb. 53: Wären Sie bereit, Behördenangelegenheiten auch per Internet zu erledigen?
(in Prozent)

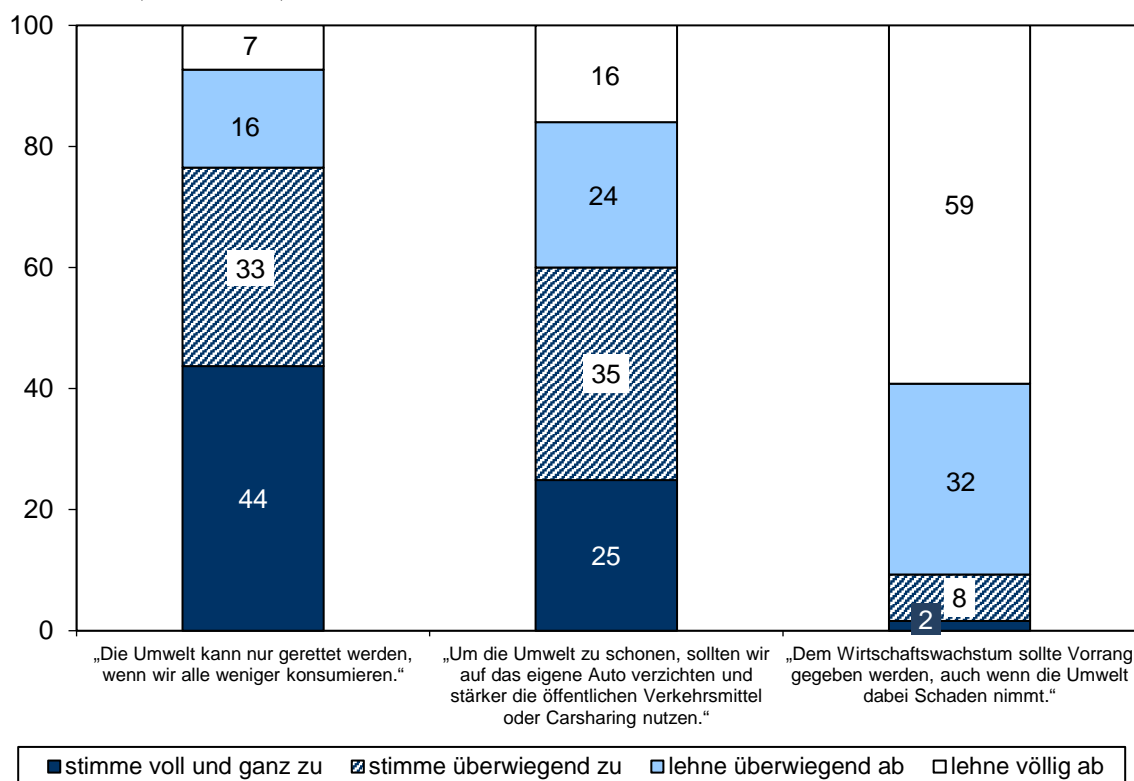


Befragte, die 60 Jahre oder älter sind, hegen offenbar die größten Bedenken gegen Behördengänge im Internet bzw. wahren am häufigsten Distanz. Ein Drittel von ihnen nutzt das Internet gar nicht. Ungefähr die Hälfte der Senior_innen, die das Internet nutzen, würden dies auch für die Kontaktaufnahme bzw. Kommunikation mit Ämtern tun. Die Frage nach der Erledigung von Behördenangelegenheiten im Internet wurde zum ersten Mal im THÜRINGEN-MONITOR 2011 gestellt (vgl. TM 2011: 62 f.). Damals waren 56 Prozent der Idee gegenüber aufgeschlossen, 24 Prozent sagten „nein“ und 20 Prozent gaben an, keinen Internetzugang zu haben. Wird die seitdem gestiegene Internetnutzungsquote bei den Befragten berücksichtigt, zeigt sich ein überraschender Befund. 2018 kann sich ein signifikant geringerer (!) Teil der Personen, die das Internet nutzen, mit der Idee digitaler Behördengänge anfreunden als noch 2011. Die Erklärung dafür erscheint einfach: Vor allem Senior_innen sind heutzutage stärker als vor acht Jahren im Web aktiv; damals war noch die Hälfte von ihnen ohne Internetanschluss. Erstaunlich ist allerdings, dass auch in den mittleren Alterskohorten die Bereitschaft zur Erledigung von Behördenangelegenheiten im Internet nicht gestiegen, sondern abgesunken (!) ist. Nur die jüngsten Befragten sind 2018 häufiger bereit zum digitalen Behördengang als 2011. Unter den internetaffinen Senior_innen war schon 2011 die Hälfte dazu bereit, die andere Hälfte nicht. Die folgende Prognose unserer Kollegen Karl Schmitt und Jürgen H. Wolff hat sich also *bisher* noch nicht erfüllt: „Die ausgeprägten Altersgruppeneffekte lassen vermuten, dass die Zahl derjenigen, die den Computer für die Erledigung von Behördenangelegenheiten entweder nicht nutzen können oder nicht nutzen wollen, sukzessive zurückgehen wird.“ (ebd.) – Jedenfalls, was das „Wollen“ anbetrifft. Den Ursachen dafür kann an dieser Stelle nicht auf den Grund gegangen werden. Es wurde jedoch bereits erwähnt, dass die Zufriedenheit der Befragten mit der Erreichbarkeit von Behörden und anderen öffentlichen Einrichtungen in ihrer Wohngegend seit 2010 signifikant angestiegen ist. Deshalb ist zu vermuten, dass viele Thüringer_innen eine solch positiv empfundene Infrastrukturausstattung nur äußerst ungern wieder preisgeben – und in Sachen Abgaben und Gebühren, Kindergeldanträge oder Steuern nicht auf Kolleg_in Computa angewiesen sein wollen; egal ob in der Stadt oder auf dem Land. Auch wenn eine Mehrheit der Befragten „ja“ zum digitalen Amt zu sagen scheint – es wäre wohl für viele Thüringer_innen nur ein Behelf, aber kein *gleichwertiger* Ersatz.

4. Ökologische und soziale Nachhaltigkeit

Das Bewusstsein für eine ökologisch sinnvolle Ressourcennutzung und die Wahrnehmung, dass unserer natürlichen Lebensgrundlagen langfristig gefährdet sind, sind in der deutschen Bevölkerung stark ausgeprägt. Dies zeigte eine Studie, die 2016 im Auftrag des Umwelt-Bundesamtes erstellt wurde (BMUB 2016). Im Rahmen des Schwerpunktthemas des dies-jährigen THÜRINGEN-MONITORS sind die Einstellungen zur ökologischen Nachhaltigkeit ein wichtiger Aspekt. Zu dem, was Thüringen als Heimat ausmacht, gehören auch seine Natur-räume und seine Landschaften, die vom Menschen in unterschiedlicher Weise gestaltet und genutzt werden. Die Nutzung natürlicher Ressourcen (z.B. für die Land- und Forstwirtschaft oder zur Energiegewinnung) und die Raumnutzung (z.B. durch den Bau von Siedlungen, Industrieanlagen, Gewerbegebieten und Verkehrswegen) können in unterschiedlichem Maße *invasiv* sein und sich damit nicht zuletzt auch auf das gesundheitliche und emotionale Wohlempfinden der Bewohner_innen sowie auf ihre ästhetische Wahrnehmung auswirken. Von invasiver Landschaftsnutzung, die auf die Spitze getrieben wird, können in Thüringen wohl am besten die Bewohner_innen der ehemaligen Wismut-Region östlich von Gera zeugen, wo der Raubbau an der Natur durch den Uranbergbau in der DDR bis heute seine Spuren hinterlassen hat und die „Renaturierung“ immer noch nicht abgeschlossen ist. 2018 bewerten Thüringer Befragte die Umweltbedingungen in ihrer Umgebung durchschnittlich als *gut* (vgl. Kapitel III.2), dabei treten kaum nennenswerte regionale Unterschiede zutage. Doch es ist relevant, welche Einstellungen die Bevölkerung zur ökologischen Nachhaltigkeit hat und was sie über (unterschiedlich invasive) Formen der Raumnutzung denkt, die mit der sogenannten „Energiewende“ verbunden sind.

Abb. 54: Aussagen zu ökologischer Nachhaltigkeit und Umweltbewusstsein (in Prozent)

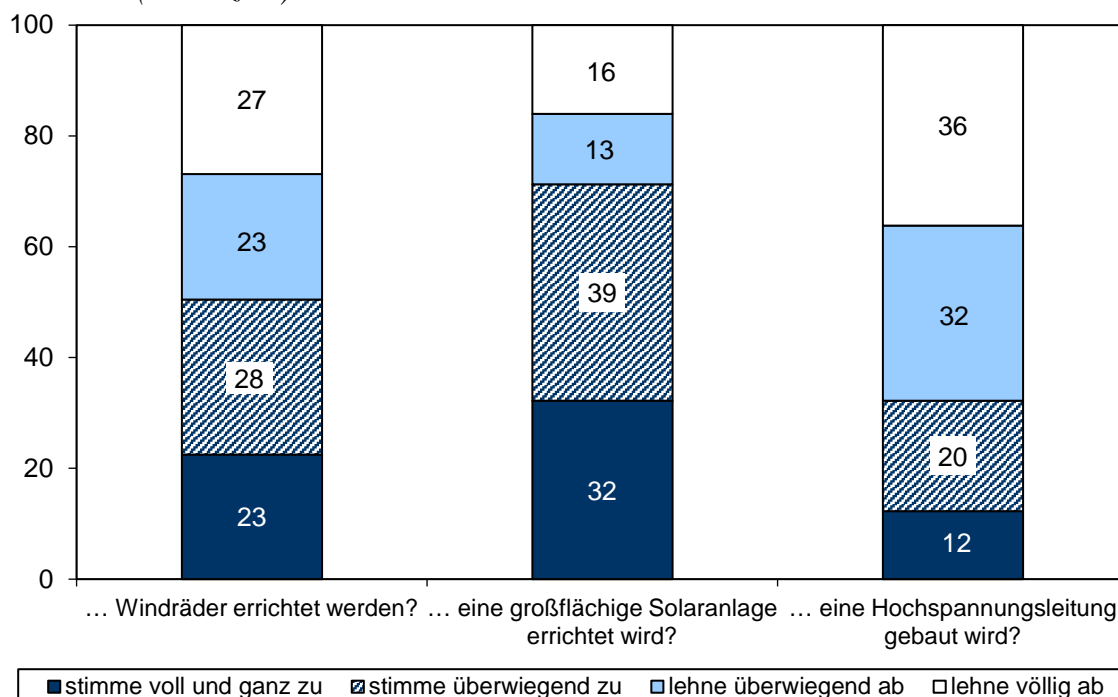


Drei Viertel der Befragten stimmen der Aussage zu: „Die Umwelt kann nur gerettet werden, wenn wir alle weniger konsumieren.“ (Abb. 54). In einer deutschlandweiten Studie im Auftrag des Bundesamtes für Naturschutz von 2014 stimmten 64 Prozent der Befragten der gleichen Aussage zu (vgl. Umweltbundesamt 2016: 40). Nach Kontrolle relevanter Drittvariablen weisen Arbeitslose, Rentner_innen und Frauen eine leicht, aber signifikant erhöhte Zustimmungstendenz zur Einschränkung des Konsums „für alle“ auf, das Einkommen der Befragten hat indessen keinen direkten Einfluss.

Deutlich seltener als bei der (abstrakten) Befürwortung der Einschränkung des Konsums ist die Zustimmung bei der Aussage: „Um die Umwelt zu schonen, sollten wir auf das eigene Auto verzichten und stärker die öffentlichen Verkehrsmittel oder Carsharing nutzen.“ Doch auch hier stimmt mit knapp 60 Prozent eine Mehrheit unserer Befragten zu; Männer allerdings seltener (54 Prozent) als Frauen (64 Prozent). Je höher die *Zufriedenheit mit dem öffentlichen Nahverkehr* (ÖNV) in der Wohngegend, desto höher ist im Allgemeinen auch die Bereitschaft, auf das eigene Auto (öfter bzw. evtl. ganz) zu verzichten. Es wurde nicht abgefragt, inwieweit die Thüringer_innen überhaupt ein eigenes Auto besitzen oder nutzen. Das Signal, dass der öffentliche Nahverkehr im ländlichen Raum spürbar verbessert werden sollte, ist allerdings nicht zu übersehen. Dorfbewohner_innen, Erwerbstätige sowie Selbständige und Freiberufler_innen wären am seltensten bereit, das Auto stehen zu lassen oder mit anderen Personen zu teilen. Sie sind auf die Flexibilität und freie Verfügbarkeit des eigenen Autos am stärksten angewiesen. Bei anderen, wenig ÖNV- und Carsharing-affinen Befragten (v.a. Männern!) dürften ihre Nutzungsgewohnheiten und eine generelle kulturelle Affinität zum Auto eine stärkere Rolle spielen – im Gegensatz zu jungen, höhergebildeten Stadtbewohner_innen (mit Studierendenticket im gut ausgebauten Nahverkehrsnetz). (Zu Einstellungen zur nachhaltigen Mobilität in Deutschland vgl. BMUB 2016; Kap. 7, S. 60 ff.)

Nur eine kleine Minderheit, nämlich zehn Prozent der Befragten, stimmt der Aussage zu: „Dem Wirtschaftswachstum sollte Vorrang gegeben werden, auch wenn die Umwelt dabei Schaden nimmt.“ Im THÜRINGEN-MONITOR 2008, wo die Frage zuerst gestellt wurde, hatten noch 14 Prozent zugestimmt (vgl. TM 2008: 35), die Veränderung ist aber unerheblich. In vorherigen THÜRINGEN-MONITOREN wurden noch zwei weitere Fragen zum umweltbewussten bzw. nachhaltigen Konsum gestellt, die nicht in die diesjährige Befragung aufgenommen werden konnten. Bereits 2008 stimmten 60 Prozent der Befragten der Aussage zu: „Ich bin bereit, höhere Preise für *Produkte* zu bezahlen, wenn sie *weniger umweltbelastend* sind“ (vgl. TM 2008: 48). 2013 stimmten der gleichen Aussage 76 Prozent der Befragten zu (vgl. TM 2013: 73f). Auch damals hatten wir festgestellt, dass das ökologische Bewusstsein der Befragten nicht von ihrem Geldbeutel abhing und dass es bei Frauen stärker als bei Männern ausgeprägt war. In der letztjährigen Befragung wurde die Frage inhaltlich verändert und hinsichtlich der Problematik der Massentierhaltung zu konkretisiert: „Ich bin bereit, höhere Preise für *Lebensmittel* zu bezahlen, wenn bei der Produktion *besser auf den Tierschutz* geachtet wird.“ Hier stimmten sogar 86 Prozent der Befragten zu (vgl. TM 2017: 94 ff.). Es gab Hinweise, dass die Bereitschaft der Befragten, aus (tier-)ethischen Gründen mehr zu zahlen, durch eine günstigere Einschätzung ihrer sozioökonomischen Situation erhöht und durch ein sehr niedriges Einkommen verringert wurde. Wir vermuteten allerdings, dass Wertorientierungen bzw. deren Wandel stärker ausschlaggebend sein könnten, denn die Zustimmung war – nach Drittvariablenkontrolle – bei jüngeren Befragten höher als bei älteren. Erneut war auch der oben benannte Geschlechtsunterschied feststellbar. Dass bei der Haltung von Nutztieren auf das Wohl der Tiere geachtet werden sollte, dürfte auch der überwiegenden Mehrheit der Thüringer_innen wichtig sein. In einer deutschlandweiten Befragung zum Naturbewusstsein (BMUB 2015: 34) sagten 65 Prozent der Befragten, es sei ihnen „sehr wichtig“ und weitere 28 Prozent, es sei ihnen „eher wichtig“.

Abb. 55: Würden Sie zustimmen, dass im Zuge einer klimafreundlichen Energiepolitik in Ihrer näheren Umgebung ...
(in Prozent)



Die „Energiewende“ ist mit landschaftsverändernden Maßnahmen verbunden, die nicht unumstritten sind. Zwar prägen zahlreiche Talsperren – die u.a. auch zur Energiegewinnung genutzt werden – seit fast 100 Jahren das Landschaftsbild der Thüringer „Heimat“ und gehören heutzutage fast selbstverständlich dazu (obwohl ihnen so manche angestammte Siedlung weichen musste). Bei der Errichtung von Windrädern stellen sich allerdings so manchen Ortsansässigen und Durchreisenden die Nackenhaare auf: Von „Verschandelung der Heimat“ ist dann die Rede, oftmals auch von befürchteten gesundheitlichen Risiken für Mensch und Tier. Aus ähnlichen Gründen kontrovers diskutiert wird auch der Bau von Hochspannungsleitungen. Dem THÜRINGEN-MONITOR liegt es fern, sich in diese Debatten einzumischen, er liefert aber ein Stimmungsbild zu unterschiedlichen Baumaßnahmen, die einen Bezug zur Gewinnung erneuerbarer Energie haben (Abb. 55). So zeigt sich, dass großflächige Solaranlagen (bzw. Solarparks) im Allgemeinen die höchste Akzeptanz besäßen. Windräder werden von ungefähr der Hälfte der Befragten akzeptiert, die andere Hälfte lehnt sie ab. Der Bau einer Hochspannungsleitung ist am unpopulärsten: Zwei Drittel der Befragten wären dagegen.

Die Verbundenheit mit der Region bzw. mit Thüringen und die Wichtigkeit der „Heimat“ haben bei Drittvariablenkontrolle keinen signifikanten Einfluss auf die Akzeptanz (vgl. Kapitel III.1). Grundsätzlich bestehen außerdem nur sehr geringe Unterschiede zwischen den einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten. Allerdings sind *Hochspannungsleitungen in Südwestthüringen insgesamt erkennbar unpopulärer* als in Mittel- und Ostthüringen, *Windräder in Nordthüringen geringfügiger akzeptierter* als in den anderen drei Thüringer Planungsregionen, bezüglich der Errichtung von Solaranlagen gibt es hingegen keine Unterschiede zwischen den Planungsregionen. Was die Akzeptanz von Hochspannungsleitungen und Windrädern anbelangt, gibt es insgesamt (!) keine signifikanten Zusammenhänge mit der Ortsgröße oder mit der Wohnlage der Befragten, doch Solaranlagen werden von Befragten aus Innenstädten und städtischen Plattenbausiedlungen eher unterstützt als von Befragten, die in städtischen Einfamilienhaus-Siedlungen oder auf dem Dorf wohnen. Hier drängt sich die Vermutung auf, dass die Vorstellungen der Befragten, was „in

der näheren Umgebung“ bedeutet, sehr weit auseinandergingen. Wenn Stadtbewohner_innen einer der drei Baumaßnahmen eher zustimmten als Dorfbewohner_innen, gingen sie eventuell davon aus, dass Solarpark, Windräder oder Hochspannungsleitungen höchstwahrscheinlich eh auf die „grüne Wiese“ vor die Stadt und nicht inmitten des eigenen Wohnquartiers oder im Stadtpark errichtet würden und damit weder die ästhetische Alltagswahrnehmung des selbst prioritär genutzten Sozialraums noch die eigene Lebensqualität oder Gesundheit beeinträchtigen wäre. Hier schlägt das bekannte „Sankt-Florians-Prinzip“ zu Buche: Als besonders unliebsam wird eine Baumaßnahme i.d.R. dann empfunden, wenn sie direkt vor der eigenen Haustür stattfinden soll. Die Unterstützung steigt mit wachsender Entfernung zum eigenen Lebensmittelpunkt.³¹

Dass die Akzeptanz von Solaranlagen in größeren Städten höher ist als in kleinen Ortschaften, ist vermutlich auch auf die lokal unterschiedliche Flächennutzung und den jeweils antizipierten „Störfaktor“ zurückzuführen. Damit ist nicht nur gemeint, dass Stadtbewohner_innen an eine gewerbeparkähnliche Nutzung von Freiflächen in ihrer näheren Umgebung stärker gewöhnt wären als Dorfbewohner_innen, sondern dass beispielsweise Solarpanels auf elfgeschossigen Plattenbauten kaum als „Verschandelung“ wahrgenommen werden dürften.

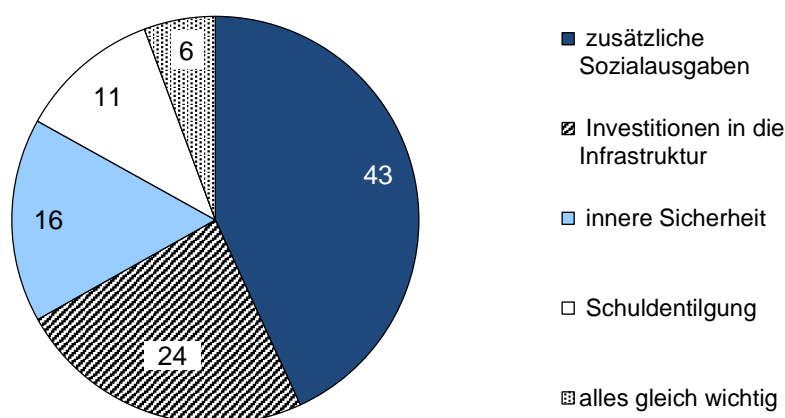
Die Zustimmungen bzw. Ablehnungen aller drei Baumaßnahmen korrelieren miteinander relativ stark positiv, die Antwortmuster weisen also hinreichende Konsistenz und Eindimensionalität³² auf. Vereinfacht gesagt heißt das, dass es wahrscheinlicher ist, den Bau sämtlicher Formen von Anlagen zur Energiegewinnung abzulehnen oder zu befürworten, als dass die eine kategorisch abgelehnt und gleichzeitig die andere stark befürwortet würde. Zusammenfassend lässt sich beobachten, dass ältere Befragte mit einem Schulabschluss bis 10. Klasse (Senior_innen) in Dörfern und Kleinstädten solchen potenziellen Baumaßnahmen gegenüber reservierter eingestellt sind als beispielsweise jüngere, höher gebildete Befragte (Studierende oder Erwerbstätige) aus Mittelstädten ab 50.000 Einwohner_innen. Geschlecht, Einkommen und Berufsgruppe sind bei entsprechender Drittvariablenkontrolle ohne nennenswerten Einfluss.

In Zeiten einer florierenden Wirtschaft und gestiegener Steuereinnahmen stellt sich die Frage, was mit jenen Teil der Staatsfinanzen geschehen sollte, die flexibel eingesetzt werden können. Der Staat könnte beispielsweise im Sinne einer **nachhaltigen Sozialpolitik** zusätzliche Sozialausgaben tätigen, er könnte in den Ausbau der Infrastruktur oder in die Stärkung der inneren Sicherheit investieren, er könnte die Steuern aber auch – im Sinne fiskalischer Nachhaltigkeit – zur Schuldentilgung verwenden. Eine deutliche relative Mehrheit der Befragten des THÜRINGEN-MONITORS 2018, nämlich 43 Prozent, ist dafür, dass am ehesten **zusätzliche Sozialausgaben** stattfinden (Abb. 56). Ungefähr ein Viertel der Befragten priorisiert Investitionen in die Infrastruktur, ungefähr ein Sechstel der Befragten die Stärkung der inneren Sicherheit und ungefähr jede_r neunte Befragte die Schuldentilgung. Nur sechs Prozent der Befragten haben keine klare Präferenz.

³¹ Das „Sankt-Florians-Prinzip“ – im Englischen *NIMBY* für *Not In My BackYard*, vgl. McAvoy (1999) – wird klassischerweise im Zusammenhang mit Protesten von Anwohner_innen gegen den Bau von *Mülldeponien*, *Atomkraftwerken*, *Starkstromleitungstrassen* usw. in ihrer Nachbarschaft diskutiert. Ein frappierend ähnliches Muster fand in den letzten Jahren auch in Deutschland verstärkt Beachtung – und zwar seltener bezüglich Hochspannungsleitungen als bezüglich der Einrichtung von Gemeinschaftsunterkünften zur Unterbringung von Geflüchteten und Asylsuchenden („Wieso ausgerechnet bei uns?!“). Gerade im Zynismus der Analogie zu o.g. *Gefahrenquellen* und im vehementen Widerstand der Anwohner_innen liegt die Brisanz des Themas. Zur Tendenz, sich durch den (möglichen) Bau von „Moscheen in der Nachbarschaft“ „gestört“ zu fühlen, vgl. Kapitel IV.5.

³² Darstellbar mittels einer Hauptachsen-Faktorenanalyse.

Abb. 56: Der Staat kann einen Teil der Steuermittel flexibel einsetzen. Wofür sollten diese Mittel eher verwendet werden?
(in Prozent)



Befragte mit geringeren Einkommen und solche, die subjektiv depriviert sind, plädieren häufiger (50 Prozent bzw. 51 Prozent) für zusätzliche Sozialausgaben als Befragte in den entsprechenden Vergleichsgruppen. Auch die höheren bzw. leitenden Angestellten und Beamt_innen befürworteten besonders häufig zusätzliche Sozialausgaben (48 Prozent) – im Gegensatz zu Arbeiter_innen (36 Prozent), welche wiederum die Schuldentilgung häufiger (17 Prozent) befürworteten als Befragte in anderen Berufsgruppen. Allerdings sind die Unterschiede zwischen den Berufsgruppen nur sehr gering und beschränken sich auf die genannten Auffälligkeiten. Lediglich drei Prozent der Befragten im Alter von 18 bis 24 Jahren sind dafür, die Steuermittel eher für die innere Sicherheit zu verwenden, unter den Befragten im Alter von 60 Jahren und älter sind jedoch 20 Prozent dafür. Hingegen ist zwischen dem Alter der Befragten und einer Priorisierung *zusätzlicher Sozialausgaben* kein klarer Zusammenhang erkennbar. Allerdings ist die Tendenz, zusätzliche Sozialausgaben zu befürworten, bei 25- bis 34-jährigen Befragten signifikant erhöht (54 Prozent). Dass auch die Mehrheit der *kinderlosen* 25- bis 34-jährigen Befragten zusätzliche Sozialausgaben befürwortet, könnte als Signal für eine familienfreundliche Sozialpolitik verstanden werden, die stärkere finanzielle Anreize zur Erhöhung der Geburtenrate bietet und noch bessere strukturelle Rahmenbedingungen schafft.

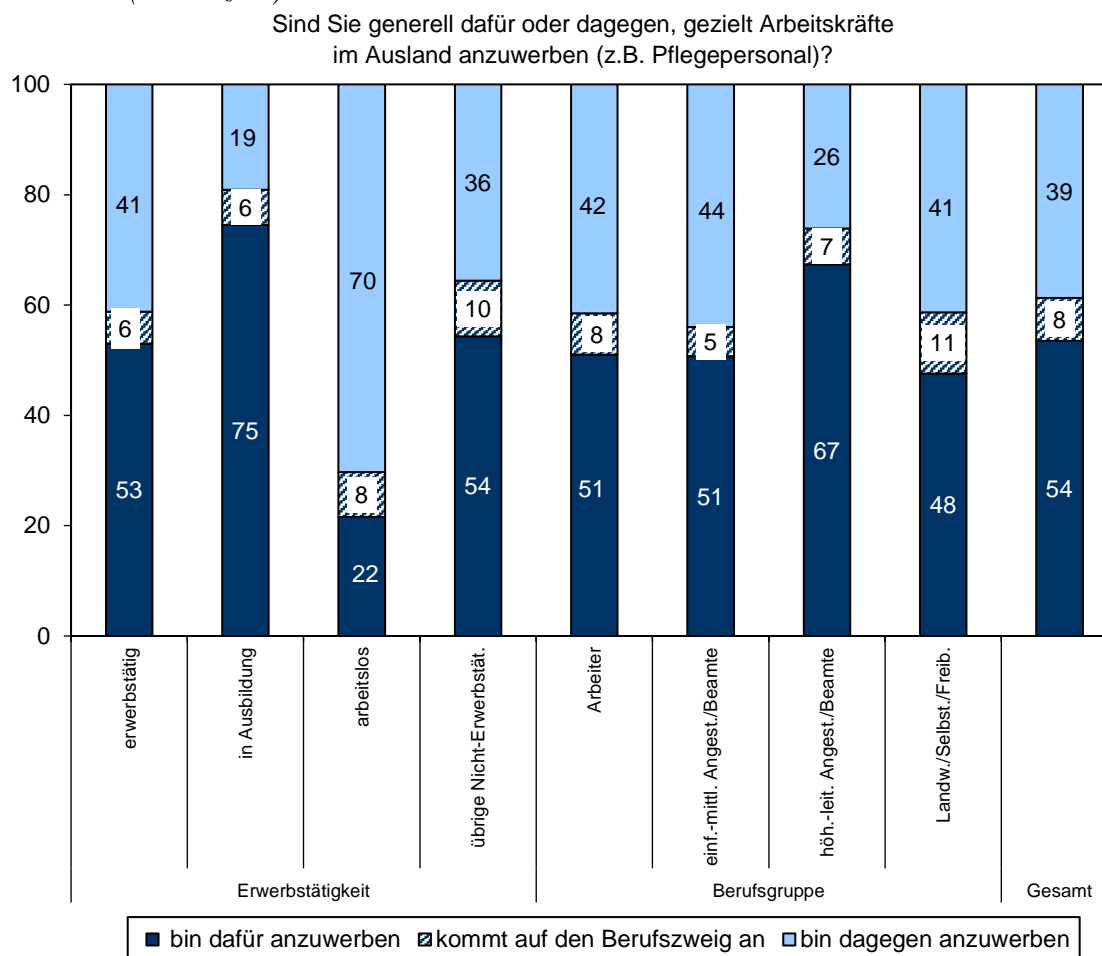
Wenig überraschend ist, dass Befragte, die unzufriedener mit der Infrastruktur in ihrer Wohngegend sind, signifikant häufiger für Investitionen in die Infrastruktur plädieren. Befragte, die sich für die Schuldentilgung entscheiden, weisen indessen eine höhere Zufriedenheit mit der Infrastruktur in ihrer Wohngegend auf. Die Befürwortung zusätzlicher Sozialausgaben kann nicht in ähnlichem Maße auf die Zufriedenheit der Befragten mit sozialen Aspekten in der Wohngegend zurückgeführt werden. Ebenso wenig korreliert die Entscheidung, dass mehr Steuermittel für die innere Sicherheit ausgegeben werden sollten, mit der Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit in der Wohngegend. Allerdings befürworteten solche Befragte häufiger die Stärkung der inneren Sicherheit, die sich durch Kriminalität in ihrem Alltag bedroht fühlen; 30 Prozent jener Befragten wählen den entsprechenden Steuermiteleinsatz. Die Stärkung der inneren Sicherheit wird von Bewohner_innen der größeren Städte (ab 50.000 Einwohner_innen) am seltensten präferiert (9 Prozent), allerdings gibt es keinen monotonen bzw. linearen Zusammenhang zwischen dieser Präferenz und der Ortsgröße; jeweils 17 bis 18 Prozent der Befragten aus Gemeinden und Städten der kleineren Ortsgrößeklassen befürworteten es, zusätzliche Steuermittel für die

innere Sicherheit auszugeben. Dass Befragte aus kleineren Gemeinden insgesamt den Steuermiteileinsatz zum Ausbau der Infrastruktur *markant* häufiger befürworteten würden als Befragte in den größeren Städten, lässt sich statistisch nicht nachweisen; eine leichte Tendenz ist erkennbar, die Anteilswertunterschiede sind jedoch zu gering. Allerdings wird die Schuldentilgung desto häufiger präferiert, je größer der Wohnort der Befragten ist. In Dörfern und Kleinstädten entschieden sich neun Prozent der Befragten dafür, in Mittelstädten ab 50.000 Einwohner_innen befürworteten 19 Prozent der Befragten den Schuldenabbau. In den größeren Städten ist auch der Anteil jener Befragten erhöht, die meinten, es sei „alles gleich wichtig“ (13 Prozent). Dementsprechend ergeben sich insgesamt auch unterschiedliche Präferenzen von Befragten aus Landkreisen und Befragten aus kreisfreien Städten. Signifikante Unterschiede zwischen den Thüringer Planungsregionen hinsichtlich des Steuermiteileinsatzes liegen jedoch nicht vor. Abschließend bleibt festzuhalten, dass in allen Befragtengruppen jeweils relative Mehrheiten dafür plädieren, flexibel einsetzbare Steuermittel eher für zusätzliche Sozialausgaben zu verwenden. Dies sollte bei politischen Entscheidungen Berücksichtigung finden, allerdings ohne dabei die Entwicklung der Infrastruktur, gerade im ländlichen Raum, und andere Aspekte (wie die innere Sicherheit) außer Acht zu lassen.

Als letztes Thema in diesem Kapitel wird ein Aspekt behandelt, der insofern etwas mit sozialer (und wirtschaftlicher) Nachhaltigkeit zu tun hat, als der demographische Wandel in Thüringen zu einem Engpass bei der Deckung des Fachkräftebedarfs geführt hat (vgl. Kapitel II). Die bisher ansässige Bevölkerung kann sich – den derzeitigen Prognosen nach – auch in absehbarer Zeit nicht in ausreichendem Umfang *selbstreproduzieren*. Deshalb werden zukünftig nicht nur Arbeitnehmer_innen fehlen, sondern mit ihnen auch Steuer- bzw. Beitragszahler_innen und Konsument_innen. Eine weiterhin *wachstumsorientierte* Gesellschaft muss darin ein schwerwiegendes Nachhaltigkeitsdefizit erkennen.

Die Einstellung der Befragten zur **Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte** wurde im THÜRINGEN-MONITOR 2012 sehr ausführlich untersucht und interpretiert (vgl. TM 2012: 55 ff.). Damals wurde detailliert nach Berufsgruppen unterschieden. So wurde gefragt, inwieweit die Befragten die Anwerbung von Facharbeiter_innen und Handwerker_innen, von Pflegepersonal, von Ärzt_innen sowie von Ingenieur_innen befürworteten. Auffällig war einerseits, dass nur 20 Prozent der Befragten die Anwerbung jeglicher Arbeitskräfte ablehnten, andererseits, dass die Befragten bei ihren Einschätzungen offenbar einem *Kalkül des kollektiven und individuellen (Eigen-)Nutzens* folgten. Zum Beispiel lehnten befragte Arbeiter_innen die Anwerbung ausländischer Arbeiter_innen häufiger ab, als dies höhere bzw. leitende Angestellte und Beamt_innen taten. Rentner_innen befürworteten hingegen häufiger die Anwerbung von Pflegekräften und Ärzt_innen als viele jüngere Befragte, die vermutlich in der Regel nicht selbst Pflegearbeit zu leisten hatten oder benötigten. Allgemein wurde die Anwerbung von Ingenieur_innen am häufigsten befürwortet (von 63 Prozent aller Befragten), war doch der Fachkräftemangel in technisch-naturwissenschaftlichen Berufen schon 2012 ein wichtiges Thema. In diesem Jahr konnte die Differenzierung nach den Berufsgruppen anzuwerbender Arbeitskräfte nicht wiederholt werden, stattdessen wurde eine allgemeinere Frage zur Anwerbung von Arbeitskräften im Ausland gestellt (Abb. 57).

Abb. 57: Anwerbung von Arbeitskräften im Ausland nach Erwerbstätigkeit und Berufsgruppe
(in Prozent)



Durch die veränderte, verknappte Fragestellung ist ein direkter Vergleich mit 2012 unmöglich; festzuhalten bleibt allein, dass erneut eine deutliche Mehrheit der Befragten eine Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte unterstützt. Zwar erscheint der Anteil derer, die kategorisch ablehnen, gegenüber den 20 Prozent der Befragten in 2012 markant erhöht. Allerdings muss bedacht werden, dass den Befragten damals die Idee der Anwerbung mit vier (!) zuvor gestellten Fragen zu den einzelnen Berufsgruppen „schmackhaft“ gemacht wurde; dies mag Einigen ein krasses „Nein“ erschwert haben. Bei der Interpretation von Befragungsdaten sind solche Effekte des Fragebogendesigns stets mit zu bedenken; es wäre jedenfalls rein spekulativ, 2018 von einer gesunkenen Akzeptanz von Arbeitsmigrant_innen in Thüringen zu sprechen.

Ähnlich wie 2012 zeigen sich in diesem Jahr Unterschiede zwischen Erwerbstätigkeitsgruppen und Berufsgruppen der Befragten. Während Auszubildende (Studierende) sowie höhere bzw. leitende Angestellte und Beamt_innen die Anwerbung am häufigsten unterstützen, sind Erwerbstätige der unteren bzw. mittleren Arbeiter_innen- und Angestellten-Kategorien erkennbar reservierter, wenngleich auch hier noch knappe Mehrheiten eine Anwerbung generell befürworten. Es darf angenommen werden, dass solche Befragten-Gruppen am ehesten Konkurrenz durch ausländische Arbeitskräfte antizipieren und gegebenenfalls auch konkrete Teilarbeitsmärkte im Blick haben. Zu dieser Interpretation würde passen, dass Arbeitslose die Anwerbung am häufigsten ablehnen. Übrige Nichterwerbstätige

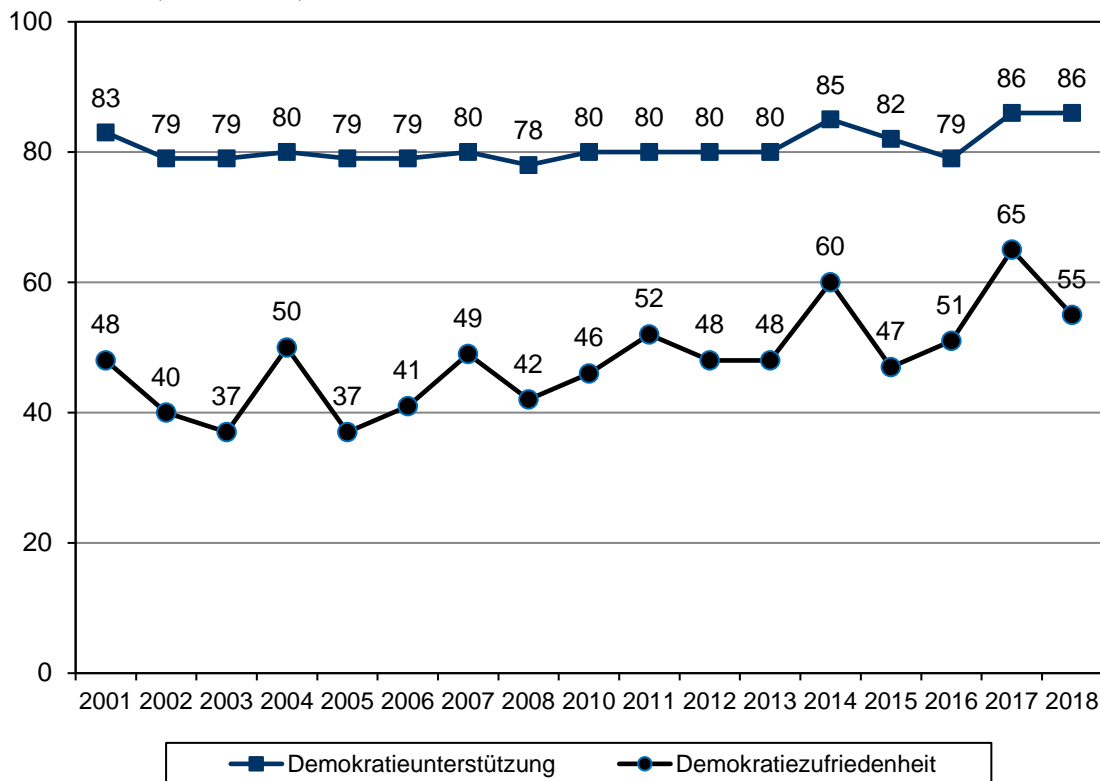
(darunter mehrheitlich Senior_innen) urteilen ungefähr so wie Erwerbstätige. Im Anschluss an unsere Überlegungen im THÜRINGEN-MONITOR 2012 lässt sich vermuten, dass Rentner_innen, die die Anwerbung ablehnen, nicht nur eine abstrakte, „protektionistische“ Solidarität mit bereits in Deutschland Berufstätigen oder Arbeitssuchenden bewegt, sondern dass sie z. T. auch ganz konkret an ihre eigenen Kinder, Enkelkinder, andere Verwandte, Bekannte oder Nachbarn „zuerst“ denken. Wie dem auch sei – im Allgemeinen ist die gezielte Anwerbung von Arbeitsmigrant_innen in Thüringen nach wie vor keine unpopuläre Forderung bzw. Maßnahme. Sie wird selbst von *fremdenfeindlich* eingestellten Befragten nicht einstimmig abgelehnt, erwartungsgemäß aber signifikant häufiger („dagegen anzuwerben“: 55 Prozent; „kommt auf den Berufszweig an“: 8 Prozent). Es ist Aufgabe der Politik und der Wirtschaft, die für Arbeitsmigration notwendigen rechtlichen und strukturellen Rahmenbedingungen zu optimieren. Und es bleibt eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft, die kulturellen und ideellen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Integration von Arbeitsmigrant_innen ein erfolgreiches Element sozialer und demographischer Nachhaltigkeit sein kann. Dazu gehört vor allem, jene Menschen als gleichwertig und gleichberechtigt zu akzeptieren, die Thüringen zu ihrer neuen Heimat erwählen (vgl. Kapitel IV.5).

IV. Demokratie: Einstellungen und Engagement

1. Einstellungen zu Demokratie und Diktatur

Zentrale Aufgabe des THÜRINGEN-MONITORS ist es, jährlich die Entwicklung der politischen Einstellungen der Thüringer Bevölkerung zur Demokratie empirisch zu untersuchen und sich dabei auch mit Krisensymptomen und Ursachen für die (Un-)Zufriedenheit mit der politischen Praxis zu beschäftigen. Daher wird seit Beginn der Analysen des THÜRINGEN-MONITORS die Demokratiezufriedenheit und Demokratieunterstützung der Thüringer_innen untersucht. Im Jahr 2018 liegt die Demokratieunterstützung – wie bereits im Vorjahr – auf dem Höchststand seit Erhebungsbeginn im Jahre 2001. So stimmen 86 Prozent der Befragten der Aussage „Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen“ zu (Abb. 58). Dabei haben Personen mit einem höheren Bildungsgrad (94 Prozent) und einem höheren Berufsstatus (89 Prozent) eine leicht überdurchschnittliche Systemunterstützung. Personen, die soziales und politisches Engagement für sich ausschließen und insofern politisch apathisch sind, weisen im Gegensatz hierzu mit einem Anteil von knapp 70 Prozent einen deutlich unterdurchschnittlichen Grad an Demokratieunterstützung auf. Insgesamt hat die Demokratie als Regierungsform damit nach wie vor eine sehr breite Unterstützung in der Thüringer Bevölkerung. Der im THÜRINGEN-MONITOR gemessene Wert der Demokratieunterstützung entspricht exakt jenem, der zeitgleich im Rahmen einer repräsentativen Befragung für Gesamtdeutschland ermittelt wurde (vgl. Bertelsmann-Stiftung 2018a).

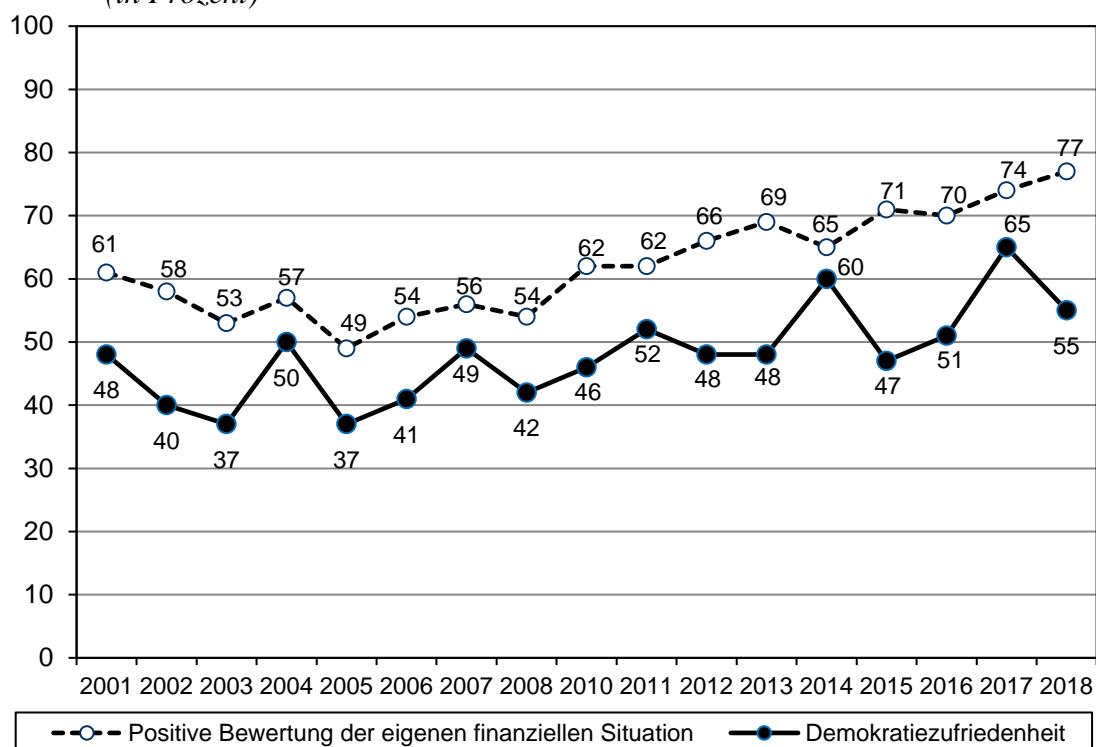
Abb. 58: Demokratiezufriedenheit und Demokratieunterstützung 2001–2018
(in Prozent)



Während die Zustimmung zu der abstrakten Aussage nach der generellen Unterstützung der Demokratie insofern auf einem nach wie vor sehr hohen – und im Zeitverlauf weitgehend konstanten – Niveau liegt, zeigt die Demokratiezufriedenheit einen hiervon deutlich abweichenden Verlauf. Die Zufriedenheit mit der „Demokratie, so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert“ erhält einerseits durchgehend deutlich niedrigere Zustimmungswerte als die abstrakte Demokratieunterstützung, andererseits weist sie eine ausgeprägte Volatilität auf, da die Werte zwischen den Jahren zum Teil deutlich schwanken. So hatte diese Wertereihe im Jahr 2017 mit einem Anteil zufriedener Befragter von 65 Prozent einen bemerkenswerten Spitzenwert erreicht. Demgegenüber ist im Jahr 2018 ein markanter Einbruch um zehn Prozentpunkte erfolgt, da lediglich noch 55 Prozent der Befragten mit der demokratischen Praxis zufrieden sind. Trotz dieses signifikanten Rückgangs erreicht die Demokratiezufriedenheit der Befragten in Thüringen 2018 dennoch den dritthöchsten Wert seit Beginn der Messungen im Jahr 2001 (vgl. Abb. 58) und entspricht damit exakt dem Durchschnittswert einer repräsentativen Befragung für Gesamtdeutschland (ARD 2018b: 5).

Dieser starke Rückgang kann – wie bereits der Rückgang der Demokratiezufriedenheit im Jahr 2015 (vgl. TM 2017: 104) – nicht mit der wirtschaftlichen Entwicklung (u.a. auf dem Arbeitsmarkt) erklärt werden, da die wirtschaftliche Lage sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene gleichbleibend günstig ist (vgl. Kapitel II). Auf der Individualebene sehen wir 2018 ebenso wie in den Vorjahren einen deutlichen, aber im Vergleich zum Vorjahr signifikant schwächeren Zusammenhang zwischen einer positiven Bewertung der eigenen finanziellen Situation und der Demokratiezufriedenheit. So ist die Demokratiezufriedenheit gesunken, obwohl der Anteil der Befragten, die die eigene finanzielle Situation positiv bewerten, auf einen Höchstwert von 77 Prozent gestiegen ist (vgl. Abb. 59).

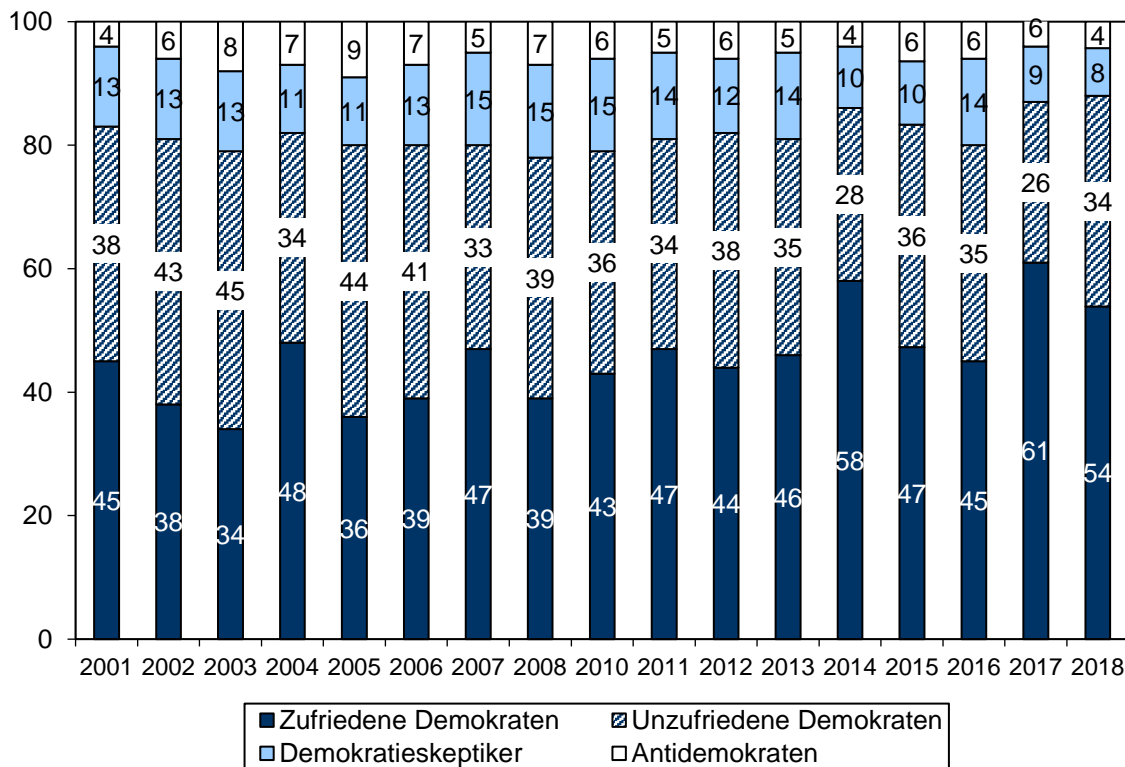
Abb. 59: Positive Bewertung der eigenen finanziellen Situation und Zufriedenheit mit der Demokratie „wie sie in der Praxis funktioniert“ 2001–2018
(in Prozent)



Daher müssen die Veränderungen einer kritischeren Bewertung der politischen Performanz der Demokratie und der Regierungstätigkeit durch einen Teil der Befragten zugeschrieben werden. Dafür könnten die politischen Entwicklungen auf der Bundesebene eine plausible Erklärung liefern, da im Befragungszeitraum des THÜRINGEN-MONITORS der sogenannte „Asylstreit“ der Bundesregierung über die Flüchtlingspolitik in Deutschland einen Höhepunkt erreichte. Zudem könnte die langwierige Regierungsbildung im Bund nach der Bundestagswahl 2017 bereits davor zu einer gesunkenen Zufriedenheit mit der demokratischen Praxis beigetragen haben. Dies bildet sich auch im gesunkenen Vertrauen in die politischen Institutionen ab (vgl. Kap. IV.2).

Der Rückgang der Demokratiezufriedenheit im Vergleich zum Vorjahr spiegelt sich in der Demokratietypologie des THÜRINGEN-MONITORS wider (Abb. 60), bei der es eine Verschiebung von den zufriedenen (-7 Prozentpunkte) zu den unzufriedenen Demokraten (+8 Prozentpunkte) gab.³³ So ist der Anteil der „zufriedenen Demokraten“, das heißt derjenigen Befragten, die Demokratieunterstützung mit Demokratiezufriedenheit verbinden, vom Spitzenwert von 61 Prozent auf 54 Prozent gesunken, während der Anteil der „unzufriedenen Demokraten“ von 26 auf 34 Prozent angestiegen ist.

Abb. 60: Demokratietypen 2001–2018
(in Prozent)

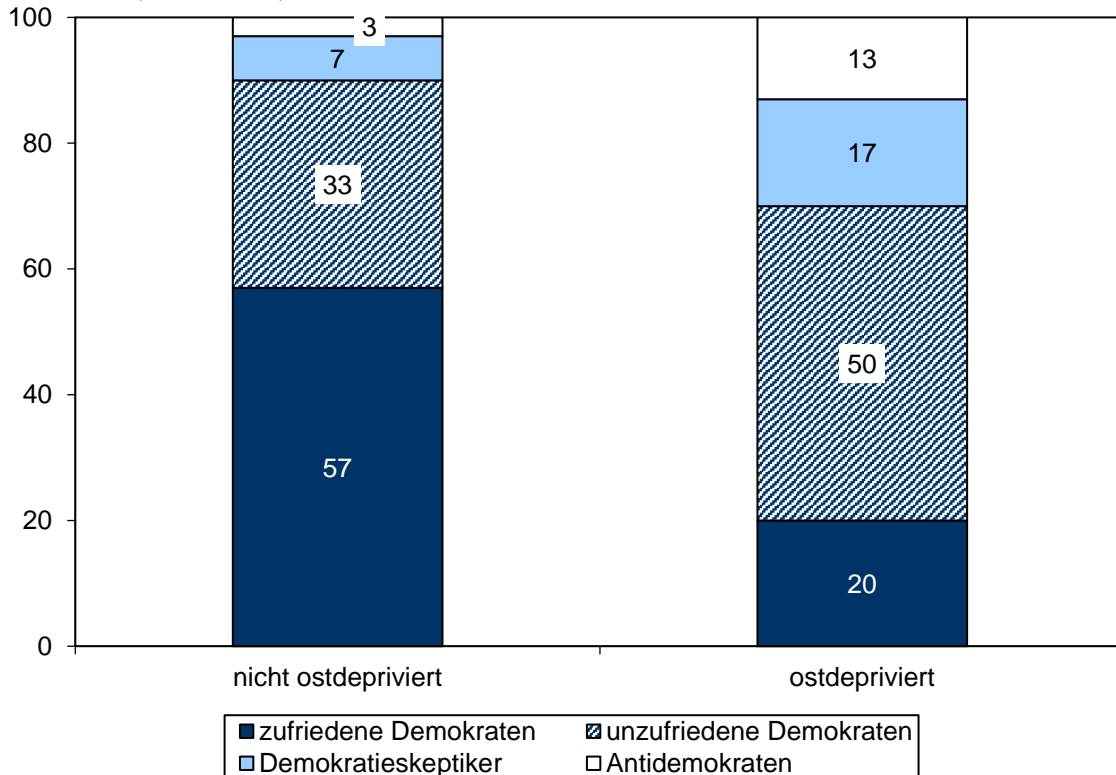


³³ Diese Typologie wird wie folgt gebildet: Wer die Demokratie als beste Staatsidee bejaht und gleichzeitig zufrieden mit ihrem Funktionieren ist, fällt unter die Kategorie „zufriedene Demokraten“. Auch „unzufriedene Demokraten“ bejahen die Demokratie als beste Staatsidee, bewerten jedoch ihr Funktionieren negativ. Wer die Demokratie als beste Staatsidee ablehnt, aber eine nationale Diktatur nicht als bessere Staatsform ansieht, kann als „Demokratieskeptiker“ gelten. „Antidemokraten“ lehnen die Demokratie als beste Staatsidee ab und bejahen eine nationale Diktatur als bessere Staatsform.

Gleichzeitig zeigt die Verteilung der Demokratietypen in der Tendenz seit zehn Jahren einen leichten Rückgang der Demokratieskeptiker_innen und Antidemokrat_innen. In diesem Jahr nimmt der Anteil jener Befragten mit zwölf Prozent den niedrigsten Wert im Beobachtungszeitraum des THÜRINGEN-MONITORS ein.

Auffällig ist der nach wie vor enge Zusammenhang der Platzierung in der Demokratietypologie mit der Wahrnehmung der Befragten, dass Ostdeutsche von Westdeutschen als „Menschen zweiter Klasse“ behandelt werden und man persönlich mit der deutschen Wiedervereinigung mehr Nachteile als Vorteile verbinde: In diesem Sinne sind Ostdeprivierte deutlich seltener als die übrigen Befragten zufriedene Demokrat_innen (Abb. 61). 30 Prozent der Ostdeprivierten zählen sogar zu den Nicht- und Antidemokrat_innen gegenüber einem Anteil von zehn Prozent bei jenen Befragten, die nicht ostdepriviert sind. Der Anteil der Antidemokrat_innen ist bei den Ostdeprivierten sogar viermal so groß wie beim Rest der Befragten. Dieser Befund deutet darauf hin, dass sowohl die tatsächliche soziale Situation als auch deren subjektive Wahrnehmung für die Demokratiezufriedenheit eine zentrale Rolle spielt, obwohl die Demokratie normativ eher die Garantin bürgerlicher Beteiligungs- und Freiheitsrechte als von Prosperität ist. Immerhin führen subjektiv empfundener sozialer Abstieg und kollektive Benachteiligung nicht zwangsläufig zur Unterstützung nationaler Diktaturen, denn mit 70 Prozent ist auch eine deutliche Mehrheit der „ostdeprivierten“ Befragten Anhänger_innen der Demokratie.

Abb. 61: Demokratietypen nach Ostdeprivation³⁴
(in Prozent)



³⁴ Unter Ostdeprivation wird eine negative Bewertung der deutschen Einheit sowie die Einschätzung, Westdeutsche behandelten Ostdeutsche als „Menschen zweiter Klasse“, verstanden.

Während sich zufriedene und unzufriedene Demokrat_innen durch ihre Einstellungen zur politischen Praxis und deren Ergebnissen unterscheiden, ist zu vermuten, dass sich bei Antidemokrat_innen und Demokratieskeptiker_innen neben der Kritik an der politischen Praxis auch verstärkt Einstellungen finden, die der freiheitlich-demokratischen Grundordnung widersprechen (vgl. Kapitel IV.4) und sogar Hinweise auf die Unterstützung konkurrierender Staatsideen erkennbar sind. Im Folgenden soll daher ein Modell zur Erklärung der Demokratiezufriedenheit vorgestellt werden (Abb. 62).

Abb. 62: Einflüsse auf die Demokratiezufriedenheit
(Multiple lineare Regressionsanalyse³⁵)

Methode: Einschluss	Standardisierte Koeffizienten Beta _{std}
Alter: höher	0,034 n.s.
Geschlecht: weiblich	0,079*
Bildung: Abitur und höher	0,007 n.s.
Autoritarismus: höher	-0,007 n.s.
Nettoäquivalenzeinkommen³⁶: höher	-0,078*
Deprivation: schlechte individuelle wirtschaftliche Lage + weniger als gerechter Anteil: ja	-0,084*
Ostdeprivation: negative Einheitsbewertung + Ostdeutsche = Menschen 2. Klasse: ja	-0,017 n.s.
Statusverlustangst: höher	-0,060 n.s.
Anomie: „Heute ändert sich alles so schnell, dass ich oft nicht weiß, woran ich mich halten soll.“ (Zustimmung)	0,088*
Kriminalitätsfurcht: höher	-0,072*
Demokratieunterstützung: („...beste Staatsidee“): ja	0,140***
Demokratiekritik: „In unserer Demokratie werden die Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten.“ (Zustimmung)	-0,147***
(Geringe) Politische Selbstwirksamkeitsüberzeugung: „Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.“ (Zustimmung)	-0,082*
Parteienverdrossenheit: „Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.“ (Zustimmung)	-0,217***
Legale politische Partizipation: höher	-0,103**
Parteibindung: ja	0,026 n.s.
Meinungstabus: „Heutzutage kann man seine Meinung nicht frei äußern, weil man sonst Nachteile haben könnte.“ (Zustimmung)	-0,185***
„Der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland ist gefährdet.“ (Zustimmung)	0,059 n.s.
„Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten.“: Zustimmung	-0,056 n.s.
<i>R² (Anteil erklärter Varianz)</i>	0,330***
<i>Fallzahl n</i>	652

Positives Vorzeichen: erhöht Demokratiezufriedenheit	Negatives Vorzeichen: senkt Demokratiezufriedenheit	Weißer Felder: nicht signifikant (n.s.)
--	---	---

³⁵ Abhängige Variable: „Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie alles in allem mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert?“ (Skala: 1=sehr unzufrieden bis 4=sehr zufrieden); Signifikanzen: *** höchst signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.001$; ** hoch signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.01$; * signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.05$; n.s. nicht signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p > 0.05$.

³⁶ vgl. Kapitel II.

Die Analyse zeigt dabei, dass Frauen geringfügig zufriedener mit der Demokratie sind als Männer, während weitere soziodemographische Merkmale wie Alter und Bildung keinen statistisch signifikanten Einfluss auf die Demokratiezufriedenheit haben. Zudem sind Personen, die die Demokratie als Staatsidee unterstützen – wenig überraschend – auch signifikant zufriedener mit der Praxis der Demokratie als Antidemokraten.

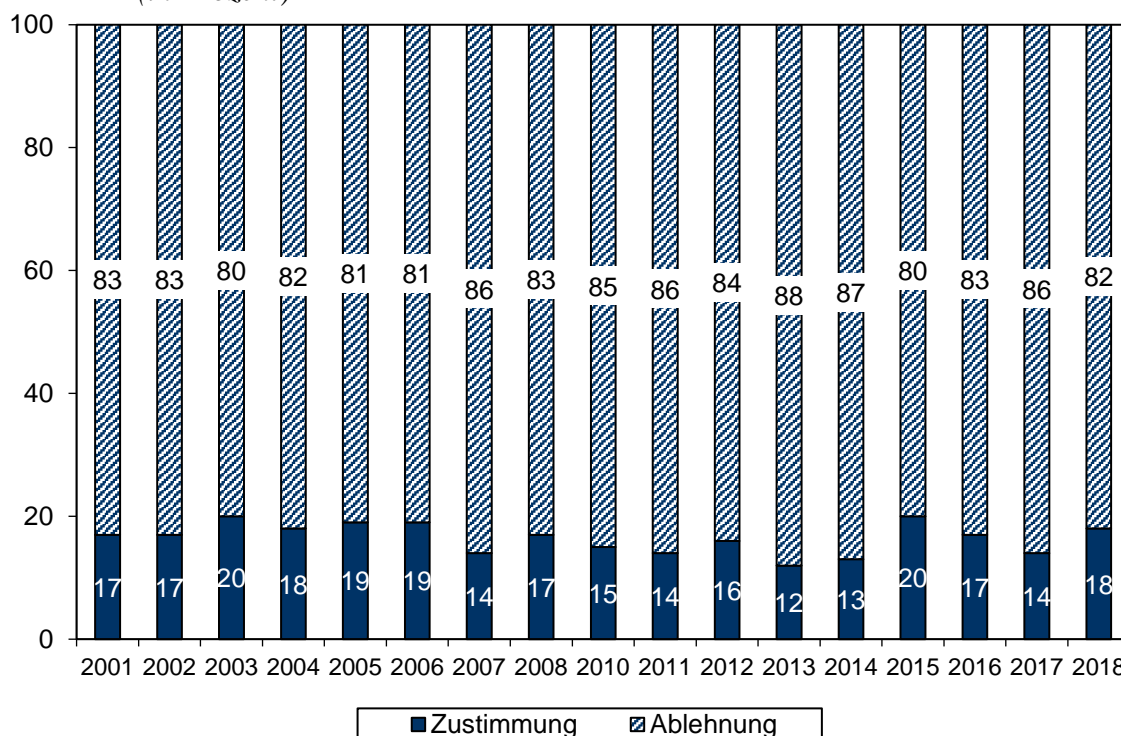
Personen, die sich bereits über verschiedene Formen legaler politischer Partizipation eingebracht haben, sind hingegen unzufriedener mit dem Funktionieren der Demokratie als politisch inaktive Befragte. Dieser zunächst paradoxe Befund, dass Partizipation mit einer kritischen Grundeinstellung gegenüber dem Funktionieren der Demokratie einhergeht, deckt sich mit dem internationalen Forschungsstand zu den „kritischen Bürgern“ (Norris 1999; Geißel 2011). Diese „kritischen Bürger“ sind überdurchschnittlich gut informiert, beteiligen sich überdurchschnittlich häufig und vielseitig, identifizieren sich stärker mit Politik und stützen damit aktiv das demokratische System, während sie gleichzeitig jedoch die demokratische Praxis kritisch bewerten. Dieses Erklärungsmuster sollte auch für die geringfügig höhere Zufriedenheit bei stärkerer Entfremdung von der Gesellschaft gelten. Darüber hinaus spielt die Wahrnehmung der individuellen sozialen Situation eine wichtige Rolle bei der Bewertung der politischen Praxis: Die subjektiv empfundene sozioökonomische Benachteiligung (Deprivation) führt zu einer geringeren Zufriedenheit mit der Praxis der Demokratie, wobei sich dieser Einfluss im aktuellen Jahr abgeschwächt hat. Auch die Furcht vor Kriminalität reduziert die Demokratiezufriedenheit. Ohne eigenständige Einflüsse in diesem Modell sind allerdings Ostdeprivation (vgl. oben!) und Statusverlustangst, was sich mit der Drittvariablenkontrolle durch die anderen Variablen ins Modell erklären lässt, die ihrerseits stark mit Gefühlen der kollektiven Benachteiligung und individuellen Entsicherung zusammenhängen (u.a. Demokratieunterstützung, Demokratiekritik und Parteienverdrossenheit).

Am stärksten wird die Demokratiezufriedenheit durch die individuelle Wahrnehmung und Bewertung des demokratischen Prozesses und der Politiker_innen und Parteien beeinflusst. So stimmen im aktuellen THÜRINGEN-MONITOR fast drei Viertel der Befragten der Aussage zu, dass „in unserer Demokratie ... die Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten“ werden, was einem Zuwachs von drei Prozentpunkten im Vergleich zu 2017 entspricht. Mit einem Anteil von 80 Prozent zeigt die weit überwiegende Mehrheit der Befragten zudem eine Parteienverdrossenheit (2017: 74 Prozent). Sie stimmen der Aussage zu, dass die Parteien „nur die Stimmen der Wähler“ wollten und sich nicht für deren Ansichten interessierten. Drei Viertel der Befragten sind darüber hinaus überzeugt, dass „Leute wie ich ... so oder so keinen Einfluss darauf haben, was die Regierung tut.“ Dieses Fehlen von (individuellen) politischen Kompetenz- und Einflussüberzeugungen ist im Vergleich zu den Vorjahren deutlich um sieben Prozentpunkte angestiegen. Des Weiteren nimmt nahezu die Hälfte der Befragten – ähnlich wie bereits in den Vorjahren – „Meinungstabus“ wahr. So teilen sie die Auffassung, dass man „heutzutage ... seine Meinung nicht frei äußern“ könne, ohne Nachteile zu haben. Befragte, die einer oder mehrerer dieser Aussagen zustimmen, sind signifikant unzufriedener mit der Demokratie. Insgesamt ist die Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit mit der demokratischen Praxis somit am stärksten von der Kritik an Politiker_innen und Parteien motiviert. Die vier genannten Aspekte offenbaren insgesamt eine wahrgenommene Responsivitätslücke, dass also die wesentlichen politischen Akteur_innen – die Elite – ihr Handeln nicht an den Anliegen und Interessen der Bürger_innen orientieren würden. Diese Elitenkritik spiegelt sich aktuell auch in der Populismus-Debatte wider (u.a. Kaltwasser et al. 2017).

Insgesamt zeigen die Analysen somit ambivalente und zum Teil inkonsistente Einstellungen im Hinblick auf Demokratiezufriedenheit und Demokratiekritik. Einerseits ist trotz des Rückgangs der Demokratiezufriedenheit im Vergleich zum Vorjahr nach wie vor die Mehrheit der befragten Thüringer_innen (55 Prozent) zufrieden mit der Praxis der Demokratie und bewerten die Ergebnisse des politischen Prozesses, beispielsweise die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage, positiv. Andererseits äußert die übergroße Mehrheit Kritik am politischen Prozess, der vor allem an einer Abgehobenheit und Selbstbezüglichkeit der Eliten festgemacht wird (vgl. auch TM 2017: 199).

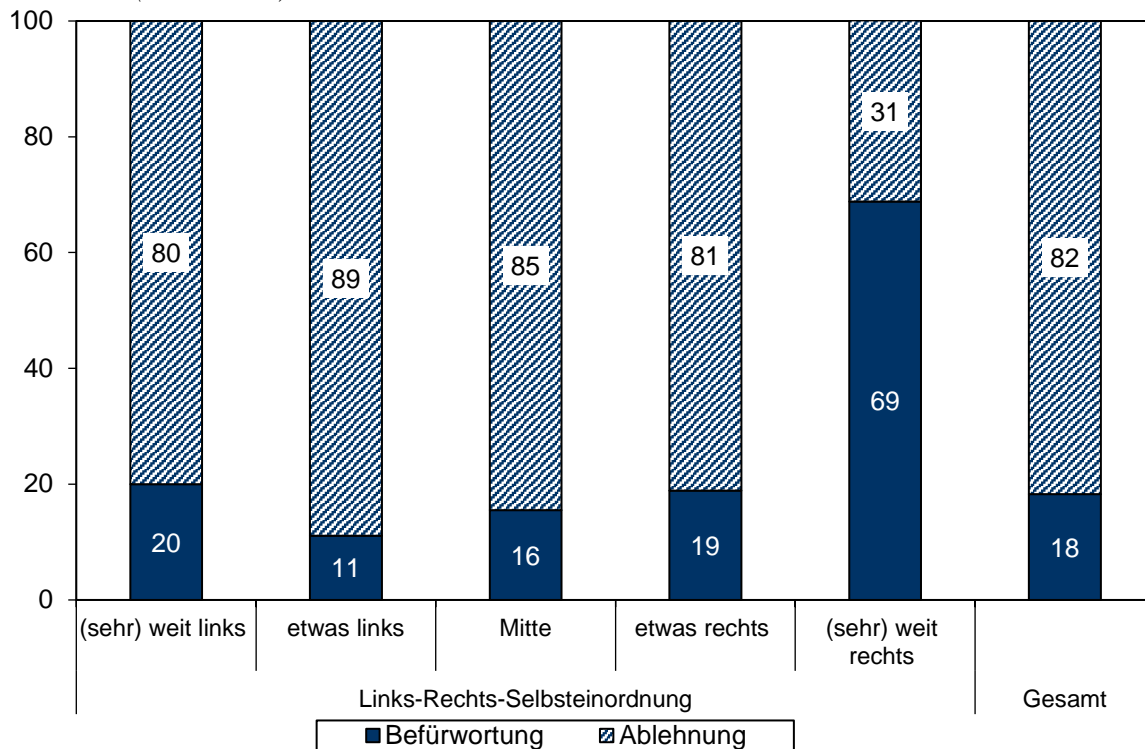
Mit der mehrheitlichen Unterstützung der Idee der Demokratie durch die Bürger_innen Thüringens koexistiert über den gesamten Erhebungszeitraum des THÜRINGEN-MONITORS hinweg eine beachtliche Minderheit von zwölf bis 20 Prozent der Befragten, die eine Diktatur „unter bestimmten Umständen [für] die bessere Staatsform“ hält.

Abb. 63: „Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“ 2001–2018
(in Prozent)



Gegenüber dem Vorjahr (14 Prozent) hat sich ihr Anteil im Jahr 2018 (18 Prozent) leicht erhöht (Abb. 63). Dies bedeutet, dass wieder mehr als jede_r sechste Befragte eine diktatorische Ordnung unter bestimmten Bedingungen unterstützt. Landwirt_innen, Selbständige und Freiberufler_innen liegen mit einem Anteilswert von 42 Prozent signifikant über diesem Wert, während Befragte mit (Fach-)Hochschulabschluss (zehn Prozent) signifikant seltener mit der Diktatur als alternativer Staatsform sympathisieren. Eine besonders starke Befürwortung einer nationalen Diktatur zeigt sich jedoch bei jenen Befragten, die sich selbst als „(sehr) weit rechts“ im politischen Spektrum einordnen: Von diesen Befragten stimmen 69 Prozent – mehr als zwei Drittel – der Aussage zu, dass eine Diktatur „unter bestimmten Umständen ... die bessere Staatsform“ sei (Abb. 64).

Abb. 64: Befürwortung einer nationalen Diktatur nach Links-Rechts-Selbsteinordnung (in Prozent)



Darüber hinaus kann sich Diktaturaffinität allerdings auch in einer positiven Bewertung der deutschen Diktaturvergangenheit ausdrücken (Abb. 65). So sieht wie in den Vorjahren auch im Jahr 2018 etwa jede(r) sechste Befragte am historischen Nationalsozialismus „auch ... gute Seiten“. 17 Prozent der Befragten befürworten eine „Rückkehr zur sozialistischen Ordnung“ und 38 Prozent stimmen der Aussage zu: „Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten.“ Dabei ist zu beachten, dass eine überwiegend positive Bewertung der DDR nicht gleichzusetzen ist mit einer antidemokratischen Einstellung der Befragten. Im Antwortverhalten spiegelt sich jedoch wider, dass eine Diktatur positiv bewertet werden kann, da andere Kriterien für die Bewertung der Lebensverhältnisse in der DDR als zentral angesehen werden (vgl. auch TM 2015: 29 ff.). Dabei haben die positiven Bewertungen der DDR seit Anfang des Jahrtausends deutlich (von knapp 60 Prozent der Befragten auf nun knapp 40 Prozent) abgenommen, was insbesondere mit Generationeneffekten zu erklären ist: So haben in der Alterskohorte der 18- bis 24-Jährigen nur vier Prozent und in der Alterskohorte der 25- bis 34-Jährigen 31 Prozent positive Einstellungen zur DDR, während der Anteil bei den älteren Alterskohorten überdurchschnittlich hoch ist. Dabei wird die „Rückkehr zur sozialistischen Ordnung“ nicht nur von Befragten befürwortet, die sich selbst im linken politischen Spektrum verorten. Unter Thüringer_innen, die sich „(sehr) weit rechts“ verorten, ist der Sozialismus ebenfalls weit überdurchschnittlich populär.

Insgesamt bleiben – mit Ausnahme der Bewertung der DDR – die allgemeine und regime-spezifische Diktaturaffinität in der zeitlichen Entwicklung weitgehend konstant (Abb. 65). Unter dem Gesichtspunkt der Verankerung der Demokratie in Thüringen ist es weiterhin bedenklich, dass 18 Prozent der befragten Thüringer_innen unter bestimmten Umständen eine Diktatur für die bessere Staatsform hält, dass 13 Prozent sogar mindestens zwei Regime der deutschen Diktaturvergangenheit positiv bewerten und dass mehr als zwei Drittel derjenigen, die sich selbst „(sehr) weit rechts“ im politischen Spektrum verorten, eine nationale

Diktatur befürworten. Allgemein sind die rechten Flügelpositionen 2018 wieder etwas stärker besetzt als in den beiden Vorjahren. Der Anteil der Befragten, die sich „etwas rechts“ bzw. „(sehr) weit rechts“ verorten, ist mit 20 Prozent so groß wie zuletzt 2015 (Abb. 66).

Abb. 65: Zustimmung zu Aussagen zur Diktatur, der Bewertung historischer Diktaturen und zum Sozialismus (in Prozent)

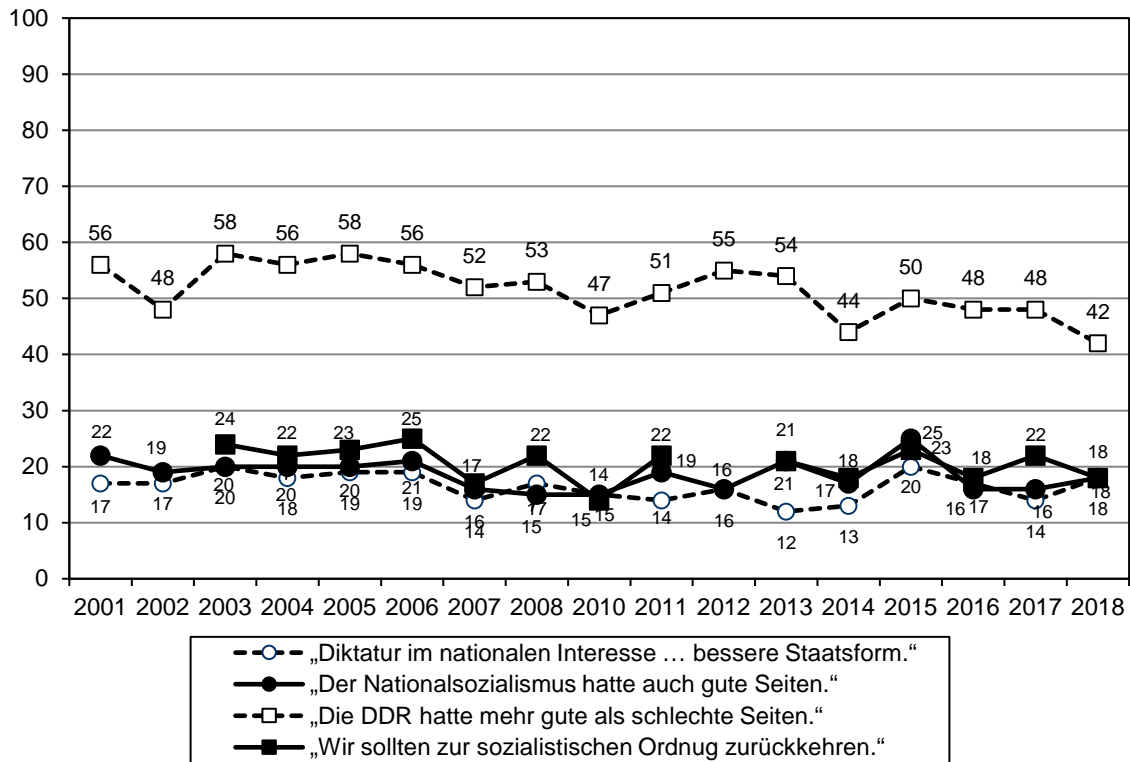
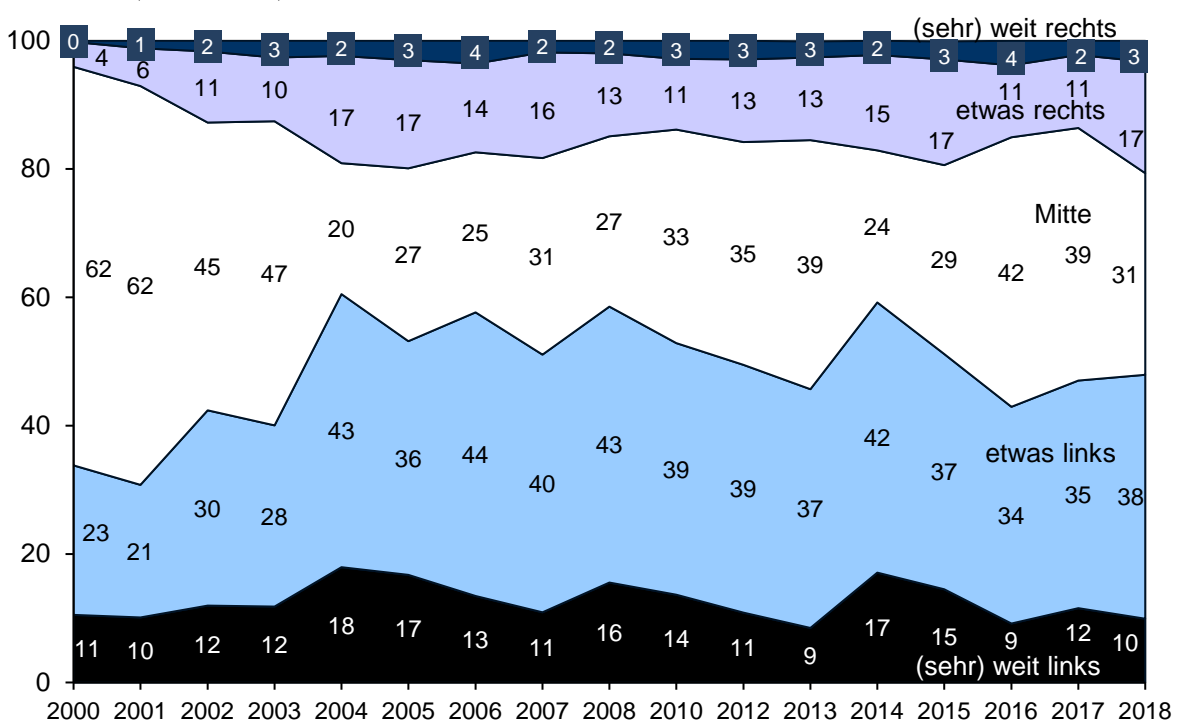


Abb. 66: Selbsteinordnung aller Befragter auf einer politischen Links-Rechts-Skala 2000–2018 (in Prozent)

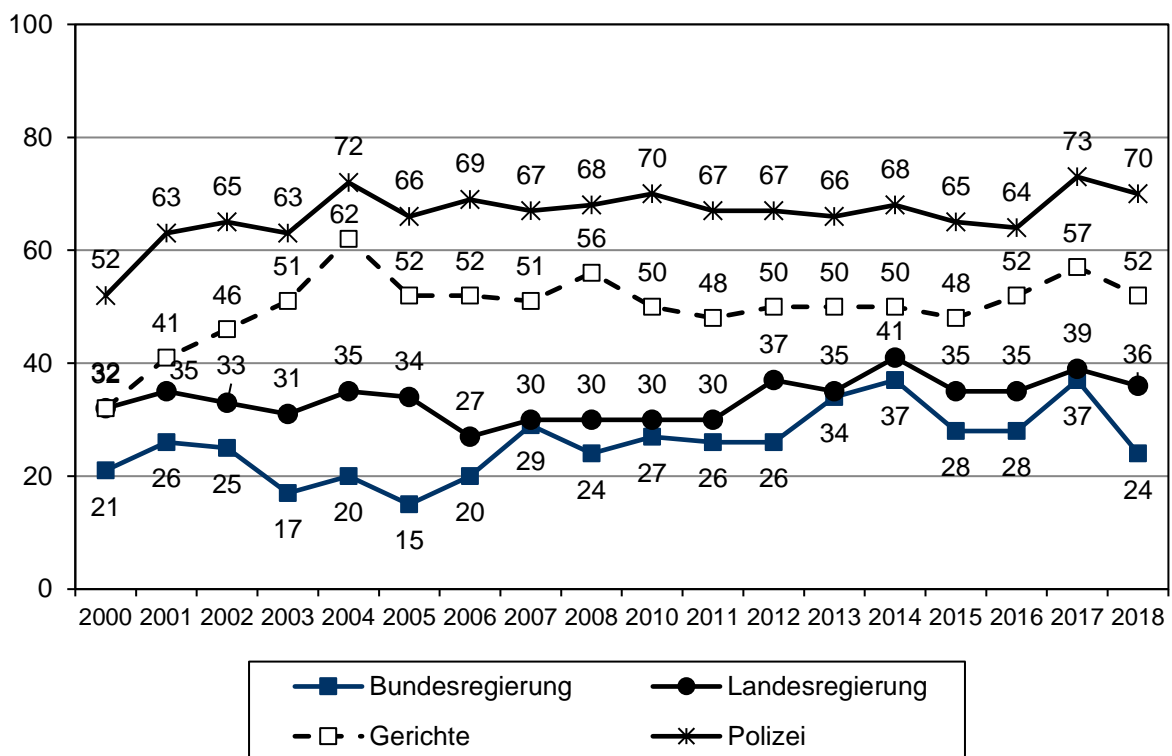


2. Institutionenvertrauen

Der THÜRINGEN-MONITOR erfragt seit Beginn seiner Erhebungen regelmäßig das Vertrauen in die Kerninstitutionen der staatlichen Ordnung unserer Demokratie. Dies sind wichtige Auskünfte, da erst das Vertrauen der Bürger_innen die Arbeit der Institutionen legitimiert und sie wirksam werden lässt. Das Institutionenvertrauen der Thüringer_innen ist ebenso wie die Demokratiezufriedenheit (vgl. Kapitel IV.1) im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Trotz dieses Absinkens bleibt das Institutionenvertrauen insgesamt betrachtet im Zeitverlauf relativ stabil (Abb. 67). Dieser Befund entspricht im Wesentlichen den Ergebnissen einer Studie der Bertelsmann-Stiftung im Jahr 2017 zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland (Grau/Unzicker 2018: 25). Darin erreichte Thüringen beim „Vertrauen in Institutionen“ 51 Indexpunkte und somit nur den drittniedrigsten Wert aller Bundesländer. In Gesamtdeutschland lag der Durchschnitt bei 55 Indexpunkten, wobei die Unterschiede zwischen den Bundesländern allerdings gering ausfielen.

Abb. 67: Institutionenvertrauen 2000–2018

(in Prozent; „vertraue voll und ganz“ und „vertraue weitgehend“ zusammengefasst)

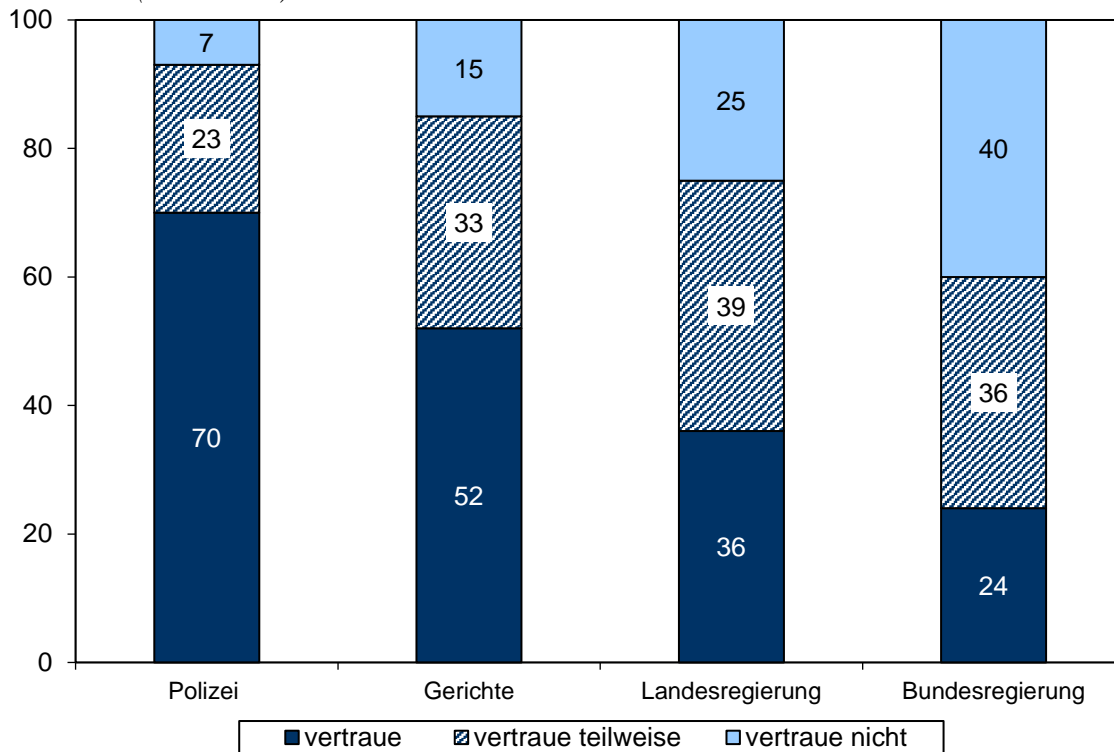


Auffällig ist bei der Analyse des Institutionenvertrauens insbesondere das deutlich gesunkene Vertrauen in die Bundesregierung, das von 37 Prozent im Jahr 2017 auf 24 Prozent in diesem Jahr stark gefallen ist. Während 25 Prozent der Befragten der Landesregierung gar nicht (11 Prozent) oder eher nicht (14 Prozent) vertrauen, sind es 40 Prozent, die der Bundesregierung gar nicht (19 Prozent) oder eher nicht (21 Prozent) vertrauen. Damit ist der Anteil derer, die der Bundesregierung nicht vertrauen, im Vergleich zu 2017 um acht Prozent gestiegen. Plausible Erklärungen für diesen Rückgang des Vertrauens bieten insbesondere die langwierige Regierungsbildung, der sogenannte „Asylstreit“ zum Zeitpunkt der Befragung sowie die damit verbundene Sorge um ein frühzeitiges Ende der Bundesregierung und

mögliche Neuwahlen (vgl Kapitel IV.1). So vermeldete auch der ARD-Deutschlandtrend im Juli 2018 einen deutlichen Rückgang der Regierungszufriedenheit um 16 Prozentpunkte (Infratest dimap 2018a), was vor allem auf die anhaltende Diskussion über die Asyl- und Flüchtlingspolitik zurückgeführt wurde. Die Ergebnisse des ARD-Deutschlandtrends im September 2018 zeigen, dass das Vertrauen in die Bundesregierung in Ostdeutschland dabei noch deutlich niedriger ist als in Westdeutschland (Infratest dimap 2018b). Diese Ergebnisse entsprechen in der Tendenz auch dem Niveau im benachbarten Sachsen-Anhalt (vgl. Holtmann et al. 2018: 45).

Das Institutionenvertrauen in die Polizei, die Gerichte und die Landesregierung ist im Gegensatz zum Vertrauen in die Bundesregierung jeweils nur leicht gesunken und befindet sich in der Langzeitanalyse weiterhin auf leicht überdurchschnittlichem Niveau. Insgesamt bestätigt sich das aus vielfältigen Studien bekannte Muster, dass den Institutionen des Rechtsstaates ein deutlich höheres Vertrauen entgegengebracht wird als den Kerninstitutionen der repräsentativen Demokratie (vgl. auch Infratest dimap 2018b).

Abb. 68: Institutionenvertrauen 2018
(in Prozent)



Anmerkung: „vertraue voll und ganz“ und „vertraue weitgehend“ / „vertraue eher nicht“ und „vertraue gar nicht“ zusammengefasst

Angesichts des niedrigen Vertrauens in die Institutionen der repräsentativen Demokratie, also in die Bundes- und Landesregierung stellt sich die Frage, von welchen Faktoren das Institutionenvertrauen der Thüringer_innen abhängt. Das Modell, das die Einflussfaktoren auf das kumulierte Vertrauen in Landes- und Bundesregierung untersucht, hat mit einer Varianzaufklärung von 43 Prozent eine gute Erklärungskraft und zeigt, dass das Institutionenvertrauen in die Landes- und Bundesregierung und die Demokratiezufriedenheit miteinander zusammenhängen (Abb. 69): Je zufriedener die befragten Thüringer_innen mit der Demokratie sind, desto stärker vertrauen sie auch den Regierungen auf Landes- und

Bundesebene. Zudem korrespondieren die Einflussfaktoren stark mit jenen Einflussfaktoren, die auch auf die Demokratiezufriedenheit wirken (vgl. Kapitel IV.1). Auch hier zeigt sich, dass Staatsbürger_innen, die sich stärker politisch beteiligen, einen kritischeren Blick auf die Regierungen haben („kritische Bürger“, s.o.), auch wenn der Effekt nur sehr schwach ist. Eine positive Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage in Thüringen äußert sich hingegen in einem höheren Regierungsvertrauen. Zentral für die Erklärung des Vertrauens in Landes- und Bundesregierung sind jedoch die Einstellungen zur Demokratie und zur Responsivität des politischen Systems. Einerseits hat neben der Demokratiezufriedenheit auch die (abstrakte) Demokratieunterstützung einen *positiven* Effekt auf das Vertrauen in die Regierungen. Andererseits haben Demokratiekritik und Parteienverdrossenheit einen wesentlichen negativen Effekt; zusätzlich senkt die Wahrnehmung von „Meinungstabus“ und einer „Überfremdung“ der Bundesrepublik (beides „neurechte“ Ideologeme!) leicht das Regierungsvertrauen. Damit korrespondiert, dass auch Befragte, die sich weiter rechts im politischen Spektrum verorten, der Tendenz nach den Regierungen weniger vertrauen. Aus diesen Ergebnissen ergibt sich eine mögliche Erklärung für die oben berichteten Befunde: Sowohl die gesunkene Demokratiezufriedenheit als auch die angestiegene Parteienverdrossenheit haben wahrscheinlich maßgeblich zum gesunkenen Vertrauen in die Bundesregierung beigetragen. Außerdem deutet sich hier ein Bezug zur Migrations- und Integrations-thematik zumindest an.³⁷

Abb. 69: Einflüsse auf das Vertrauen in politiknahe Institutionen (Landesregierung und Bundesregierung)
(Multiple lineare Regressionsanalyse³⁸)

Methode: Einschluss	Standardisierte Koeffizienten Beta _{std}
Einschätzung der wirtschaftl. Lage Thüringens: positiver	0,105***
Demokratiekritik: „In unserer Demokratie werden die Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten.“ (Zustimmung)	-0,157***
Meinungstabus: „Heutzutage kann man seine Meinung nicht frei äußern, weil man sonst Nachteile haben könnte.“ (Zustimmung)	-0,073*
Parteienverdrossenheit: „Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.“ (Zustimmung)	-0,170***
Anomie: „Heute ändert sich alles so schnell, dass ich oft nicht weiß, woran ich mich halten soll.“ (Zustimmung)	0,060*
Legale politische Partizipation: stärker	-0,080**
Links-Rechts-Selbsteinordnung: weiter „rechts“	-0,127***
Demokratieunterstützung: höher	0,064*
Demokratiezufriedenheit: höher	0,274***
„Bundesrepublik gefährlich überfremdet“ (Zustimmung)	-0,091**
<i>R² (Anteil erklärter Varianz)</i>	<i>0,433***</i>
<i>Fallzahl n</i>	<i>845</i>

Positives Vorzeichen: erhöht Institutionenvertrauen	Negatives Vorzeichen senkt Institutionenvertrauen	Weißer Felder: <i>nicht signifikant</i> (n.s.)
--	--	---

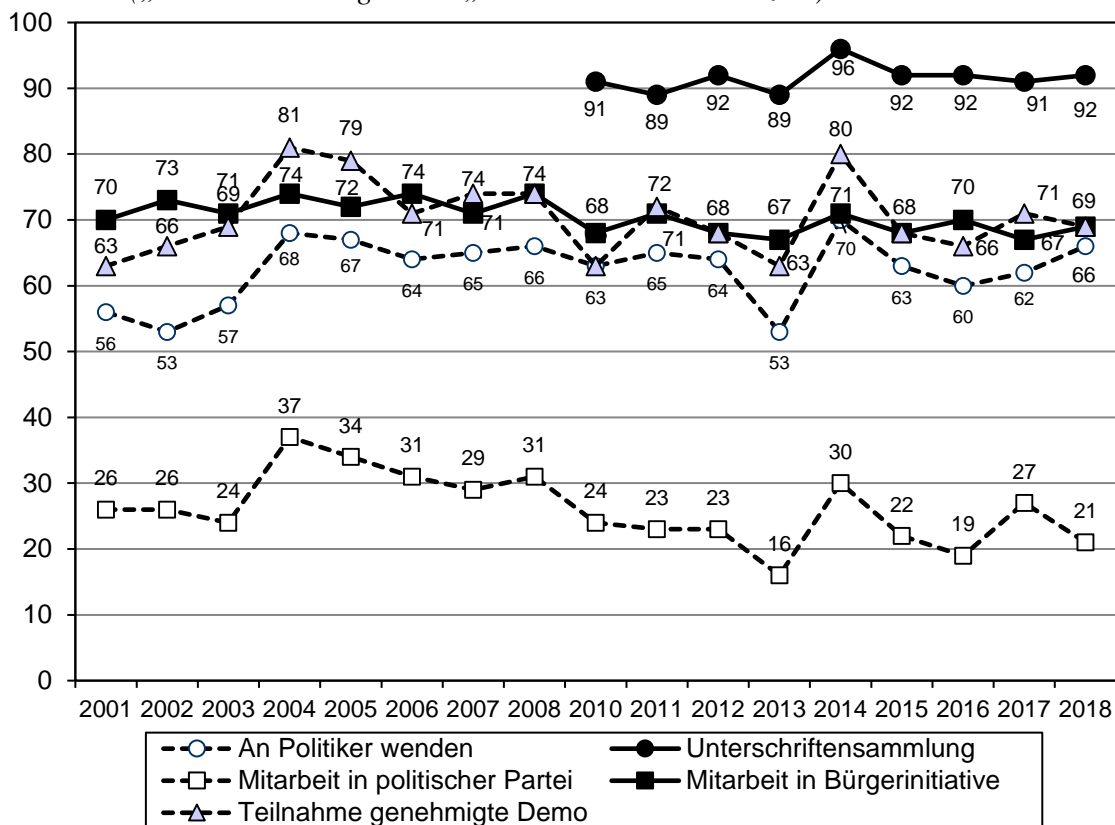
³⁷ Alternative Modellvarianten enthielten auch Variablen der Einstellung zur Asylpraxis bzw. gegenüber Asyl-suchenden. Diese Variablen hatten jedoch *keinen* signifikanten Einfluss auf das Regierungsvertrauen.

³⁸ Signifikanz: *** höchst signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.001$; ** hoch signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.01$; * signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.05$; n.s. nicht signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p > 0.05$.

3. Politische Partizipation und Parteibindung

Politische Partizipation ist ein zentraler Grundpfeiler demokratisch verfasster Gesellschaften. Das bürgerschaftliche Engagement der Bürger_innen bestimmt wesentlich die politische Kultur und die Qualität der Demokratie eines Landes. Neben Wahlen als zentraler politischer Partizipationsform in repräsentativen Demokratien haben die Bürger_innen eine Vielzahl weiterer grundrechtlich garantierter Partizipationsmöglichkeiten, wie die Mitarbeit in politischen Parteien und Bürgerinitiativen, die Teilnahme an genehmigten Demonstrationen und die Beteiligung an Unterschriftensammlungen. Aufgrund ihrer großen Relevanz werden diese Formen legaler Partizipation ebenso wie Formen illegaler Partizipation im THÜRINGEN-MONITOR seit 2001 kontinuierlich untersucht. Dabei werden die Thüringer_innen hinsichtlich der unterschiedlichen Formen politischer Beteiligung sowohl gefragt, ob sie diese bereits selbst aktiv ausgeübt haben („habe ich schon getan“) als auch danach, ob sie grundsätzlich dazu bereit wären („würde ich tun“). In der Addition dieser beiden Antwortkategorien zeigt sich die Akzeptanz der verschiedenen Partizipationsformen.

Abb. 70: Formen legaler politischer Partizipation 2001–2018
 („habe ich schon getan“/ „würde ich tun“ in Prozent)



Anmerkung: Teilnahme an einer Unterschriftensammlung“ wurde erstmals im TM 2010 abgefragt.

Die Befunde zeigen, dass die Partizipationsnorm nach wie vor sehr stark in der Bevölkerung verankert ist. So geben 97 (!) Prozent der Befragten an, dass sie mindestens eine dieser Partizipationsformen praktizieren würden bzw. dies schon einmal getan haben. Die Realität weicht allerdings deutlich von der Norm einer aktiven Bürgergesellschaft ab: Nur 54 Prozent der Befragten haben sich mindestens in einer der hier erfassten fünf Partizipationsformen

auch tatsächlich bereits politisch engagiert, wobei lediglich 13 Prozent bereits drei oder mehr dieser Partizipationsformen ausgeübt haben. Hingegen haben sich 46 Prozent der Befragten noch in keiner dieser Beteiligungsarten politisch beteiligt. Dabei zeigt die Analyse einen deutlichen Zusammenhang mit dem Bildungsgrad und bestätigt damit die Erkenntnisse aus der Partizipationsforschung (u.a. Brady et al. 1995): Während sich bei den Befragten mit einem (Fach-)Hochschulabschluss 70 Prozent bereits politisch engagiert haben, liegt der Anteil bei jenen Befragten, die weniger als zehn Jahre die Schule besucht haben, bei lediglich 40 Prozent.

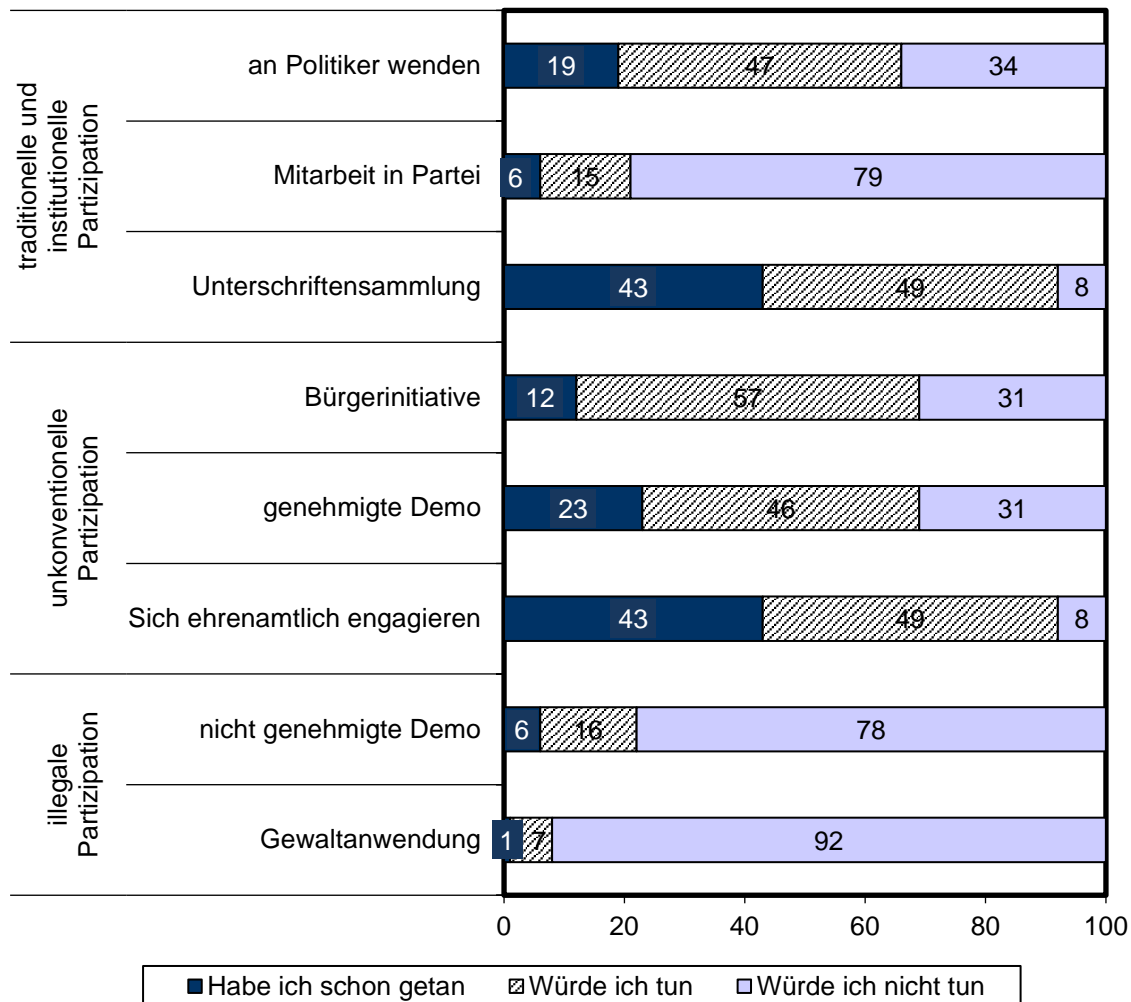
In der Langzeitbetrachtung zeigt sich eine große Stabilität der Akzeptanz der einzelnen legalen Formen politischer Partizipation (mit Ausnahme der Jahre 2013 und 2014). Auch die Rangfolge der Akzeptanzwerte bleibt gleich (Abb. 70). Die höchste Akzeptanz haben das ehrenamtliche soziale Engagement (Abb. 71) und die Beteiligung an Unterschriftensammlungen, die jeweils eine Akzeptanz von über 90 Prozent erhalten. Jeweils über 40 Prozent der Befragten haben diese Partizipationsform auch bereits genutzt. Beide Partizipationsformen sind niedrighschwellig, wobei eine ehrenamtliche Tätigkeit durchaus mit einem höheren zeitlichen und organisatorischen Aufwand verbunden sein kann. Ehrenamtliches Engagement genießt dabei über alle Bevölkerungsgruppen ein sehr hohes Ansehen und verweist auf die große Bedeutung des vorpolitischen Raums. Lediglich Befragte über 60 Jahren (zwölf Prozent) und Personen, die maximal einen Hauptschulabschluss haben (elf Prozent), können sich 1,5-mal seltener als andere Befragte vorstellen, sich ehrenamtlich zu engagieren. Hingegen gaben jedoch arbeitslose Befragte mit 62 Prozent überdurchschnittlich häufig an, bereits ehrenamtlich tätig gewesen zu sein. Trotz des aus der Partizipationsforschung bekannten Zusammenhangs von sozialem und politischem Engagement zeigt dieser Befund deutlich, dass *politische* Nichtbeteiligung bzw. Apathie nicht gleichzeitig auch *soziale* Apathie der Thüringer_innen bedeutet.

In einer zweiten Gruppe der legalen Formen politischer Partizipation betragen die Akzeptanzwerte zwischen 62 und 71 Prozent. Dazu gehören die Kontaktaufnahme mit Politiker_innen, die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative und die Teilnahme an einer genehmigten Demonstration. Etwa ein Fünftel der Befragten hat sich bereits an eine_n Politiker_in gewandt oder an einer genehmigten Demonstration teilgenommen, während sich lediglich 12 Prozent der Thüringer_innen bisher im Rahmen einer Bürgerinitiative beteiligt haben. Mit zunehmendem Bildungsgrad steigt auch bei diesen Formen die Wahrscheinlichkeit, dass sich die Befragten bereits an einer dieser Partizipationsformen aktiv beteiligt haben.

Schlusslicht bei der Akzeptanz legaler Beteiligungsformen ist seit dem THÜRINGEN-MONITOR 2001 das Engagement in politischen Parteien (Abb. 71). Mit 79 Prozent können sich im Jahr 2018 mehr als drei Viertel der Befragten nicht vorstellen, sich in einer Partei zu engagieren. Im Vergleich zum Vorjahr ist damit die Akzeptanz der Mitarbeit in einer Partei wieder deutlich gesunken und liegt nun wieder auf dem niedrigen Niveau der Jahre 2015 und 2016. Damit ist seit 2004 (37 Prozent) mit den Ausnahmen von 2014 und 2017 ein nahezu stetiger Abwärtstrend der Akzeptanz der politischen Parteien erkennbar. Eine geringere Akzeptanz besteht nur bezüglich der illegalen Partizipationsformen. Auch der Anteil der Befragten, die angeben, bereits bei einer politischen Partei mitgearbeitet zu haben, ist wieder gesunken und liegt nun bei sechs Prozent, was den Erkenntnissen aus der Parteienforschung entspricht (Spier et al. 2011). Dabei zeigt sich das aus der Partizipations- und Parteienforschung bekannte Muster, dass sich ressourcenstarke Personen – insbesondere

bezogen auf die Bildung, also „kulturelles Kapital“ – überdurchschnittlich stark in politischen Parteien engagieren (Brady et al. 1995). Der Rückgang der aktiven Parteimitglieder ebenso wie der Akzeptanzwerte koinzidiert mit einem deutlichen Rückgang des Anteils *parteebundener* Befragter auf 49 Prozent in diesem Jahr (vgl. Abb. 72).

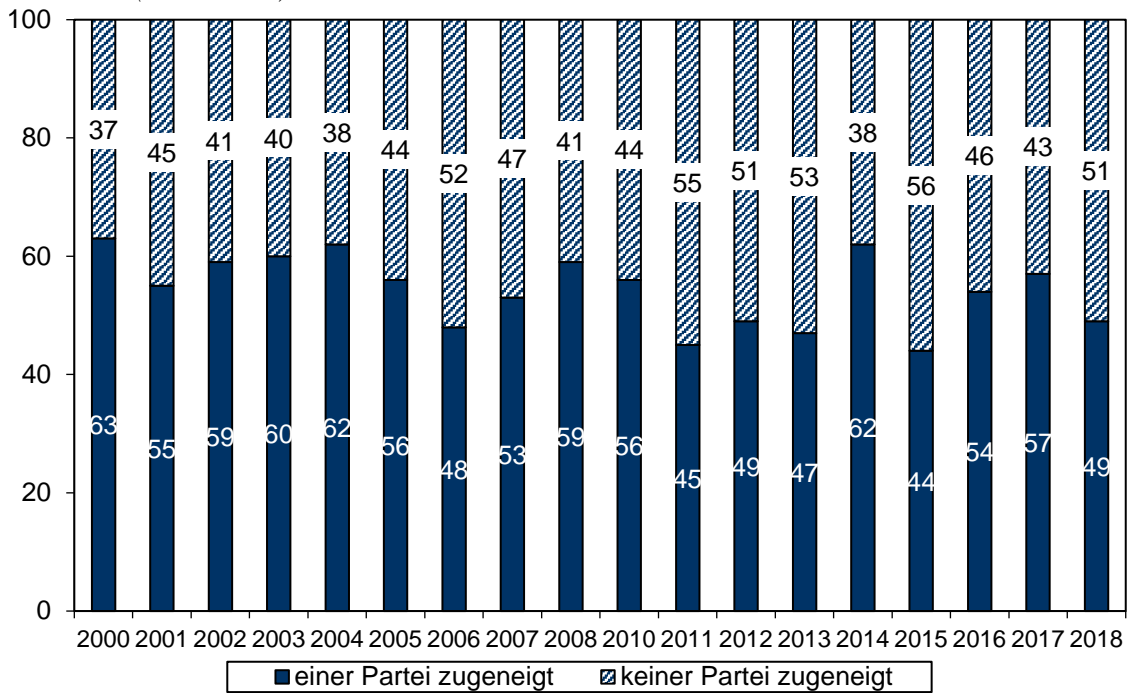
Abb. 71: Politische Partizipation 2018
(in Prozent)



Damit bewegen sich die Werte nach einem zwischenzeitlichen Anstieg partei-engagierter und parteiegebundener Befragter in den Jahren 2016 und 2017 wieder auf einem ähnlichen Niveau wie Anfang der 2010er Jahre. Parallel zu diesem Rückgang an partei-engagierten und parteiegebundenen Befragten ist die geäußerte scharfe Parteienkritik nochmals angestiegen. So äußern 79 Prozent der Befragten, dass die Parteien „nur die Stimmen der Wähler“ wollten, ihre Ansichten sie aber nicht interessierten. Diese Parteienskepsis steigt dabei mit dem Alter der Befragten deutlich an. Insbesondere zum Vorjahr kann der Rückgang der Akzeptanz von politischen Parteien von acht Prozentpunkten und der weitere Anstieg der Parteienkritik u.a. auf den zum Zeitpunkt der Befragung intensiv ausgetragenen „Asylstreit“ und die vorherige langwierige Regierungsbildung zurückgeführt werden. Hierbei zeigen sich deutliche Zusammenhänge mit dem niedrigeren Vertrauen in die Bundesregierung und die gesunkene Demokratiezufriedenheit (vgl. Kapitel IV.1 und IV.2).

Abb. 72: Parteibindung 2000–2018

(in Prozent)

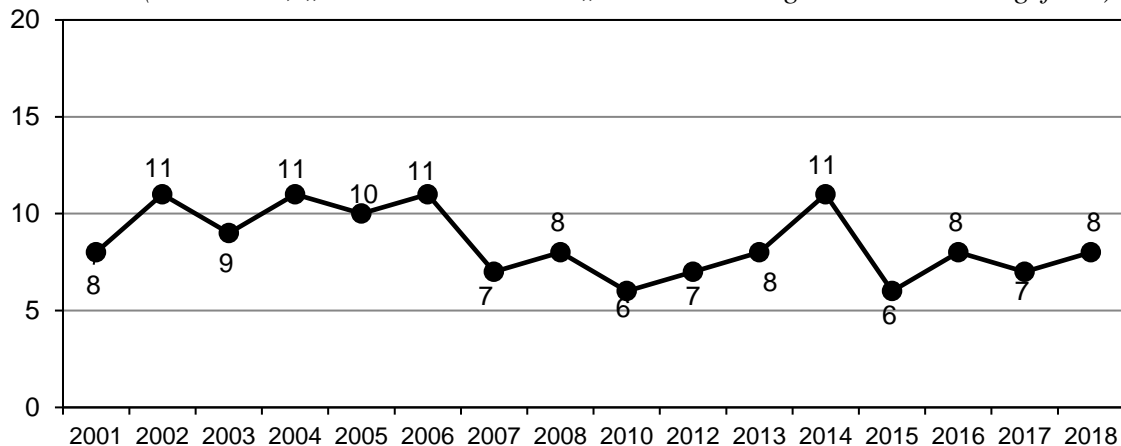


Illegale Partizipation und Gewaltbereitschaft

Im THÜRINGEN-MONITOR wird beobachtet, inwiefern die Befragten neben ihrer legalen Partizipation auch zu illegalem politischen Handeln bereit sind. Dies ist hochrelevant, da nicht nur politische Apathie und mangelndes Politikinteresse die demokratische Ordnung gefährden, sondern insbesondere auch die Bereitschaft, formale Regeln politischen Handelns zu verletzen. Im Jahr 2018 gilt dies immerhin für ca. ein Viertel der Befragten. Dabei geben 16 Prozent der Befragten an, dass sie an einer nicht genehmigten Demonstration teilnehmen würden, weitere sechs Prozent haben das nach eigener Aussage bereits getan (vgl. Abb. 71). Damit liegt die Akzeptanz, sich an einer nicht genehmigten Demonstration zu beteiligen, auf dem gleichen Niveau wie das Engagement in einer politischen Partei.

Abb. 73: Gewaltbereitschaft 2001–2018: „...für meine Ziele kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist.“

(in Prozent; „würde ich tun“ und „hab ich schon getan“ zusammengefasst)



Sieben Prozent der Befragten sind zudem bereit, zur Durchsetzung politischer Ziele Gewalt anzuwenden; ein weiteres Prozent der Befragten gibt sogar an, bereits Gewalt angewendet zu haben. In der Langzeitbeobachtung (Abb. 73) zeigt sich somit ein relativ stabiler, aber dennoch beunruhigender Anteil an Befragten, die zu dieser Form von Rechtsbrüchen bereit sind. Daher ist es zentral, im Rahmen des THÜRINGER-MONITORS zu untersuchen, welche Faktoren zur *Gewaltbereitschaft* führen. Bei der Analyse ist jedoch zu beachten, dass die Fallzahl jener Befragten, die im THÜRINGER-MONITOR 2018 Gewaltbereitschaft berichten, zu klein ist, um die Komplexität der Einflüsse erfassen zu können. Durch die jährlichen Befragungen des THÜRINGER-MONITORS ist es allerdings möglich, Daten aus mehreren Jahren zu kumulieren. Somit lassen sich langfristig wirksame Faktoren identifizieren, die eine Gewaltbereitschaft begünstigen (Abb. 74). Die THÜRINGER-MONITORE 2001–2018 enthalten insgesamt 1.429 gewaltbereite Befragte und 15.629 nichtgewaltbereite Befragte. Von den gewaltbereiten Befragten geben 184 Personen an, dass sie bereits Gewalt ausgeübt haben, während sich die übrigen 1.281 Personen zumindest vorstellen können, Gewalt anzuwenden, um für ihre Ziele zu kämpfen.

Abb. 74: Einflüsse auf die Gewaltbereitschaft (2007–2018)
(Binomiale logistische Regression³⁹)

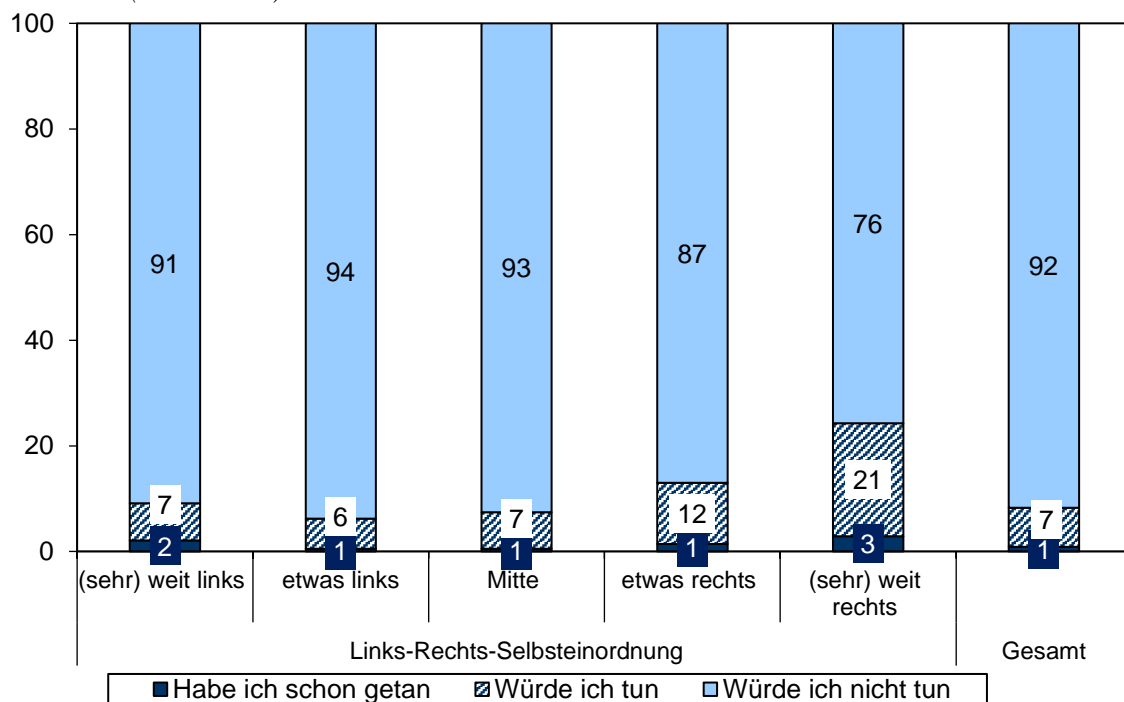
Erklärende Variablen	Odd Ratio / Exp.(B)
Alter: höher	0,982***
Geschlecht: weiblich	0,463***
Bildung: Abitur und höher	1,102 n.s.
Arbeitslos: ja	1,440 n.s.
Deprivation: schlechte individuelle wirtschaftliche Lage + „weniger als gerechter Anteil“: ja	0,637**
Statusverlustangst: „...auf die Verliererseite des Lebens zu geraten.“ (Zustimmung höher)	1,149*
Ostdeprivation: negative Einheitsbewertung + „Ostdeutsche = Menschen 2. Klasse“: ja	1,372*
Selbsteinordnung „weit oder sehr weit links“: ja	1,628**
Selbsteinordnung „weit oder sehr weit rechts“: ja	1,989**
Neo-nationalsozialistische Einstellungen: stärker	1,897***
Ethnozentrische Einstellungen: höher	1,056 n.s.
Autoritarismus: höher	1,256**
Demokratiezufriedenheit: höher	0,874 n.s.
Politische Selbstwirksamkeitsüberzeugung: „[...] <u>keinen</u> Einfluss darauf, was die Regierung tut.“ (Zustimmung höher)	0,985 n.s.
Anomie: „Heute ändert sich alles so schnell, dass ich oft nicht weiß, woran ich mich halten soll.“ (Zustimmung höher)	1,029 n.s.
<i>Nagelkerke's R²</i>	0,119***
<i>Fallzahl n</i>	5.921

Exp (B) größer 1,0: erhöht Gewaltbereitschaft	Exp (B) kleiner 1,0: senkt Gewaltbereitschaft	Weißer Felder: <i>nicht signifikant</i> (n.s.)
--	--	---

³⁹ Abhängige Variable: „...für meine Ziele kämpfen, auch wenn dafür Gewalt notwendig ist“ (0: würde ich nicht tun 1: würde ich tun / habe ich schon getan). Daten der THÜRINGER-MONITORE 2007–2018; 15 aufgenommene unabhängige Variablen (Einschluss); *Statusverlustangst* erst seit 2007 erhoben. Signifikanzen: *** höchst signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.001$; ** hoch signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.01$; * signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.05$; n.s. nicht signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p > 0.05$.

Die multivariate Analyse zeigt, dass Personen, die sich selbst „weit oder sehr weit rechts“ oder „weit oder sehr weit links“ im politischen Spektrum einordnen, hochsignifikant gewaltbereiter sind als Personen, die sich selbst in der politischen Mitte verorten. So sind 24 Prozent jener, die sich selbst als „(sehr) weit rechts“ bezeichnen, und 13 Prozent jener, die sich selbst „etwas rechts“ verorten, gewaltbereit (Abb. 75). Unabhängig von dieser Selbsteinordnung verstärken neo-nationalsozialistische Einstellungen die Gewaltbereitschaft höchst signifikant. Dabei erhöht insbesondere die *Kombination* aus neo-nationalsozialistischen Einstellungen und einer Selbstverortung im rechtsextremen politischen Spektrum die Gewaltbereitschaft: So sind neo-nationalsozialistisch ideologisierte Personen, die sich selbst „(sehr) weit rechts“ verorten, ungefähr *viermal* so häufig gewaltbereit wie solche Nicht-„Rechte“, die nicht neo-nationalsozialistisch ideologisiert sind.⁴⁰ Ethnozentrische Einstellungen *allein* hingegen erhöhen die Gewaltbereitschaft nicht. Zu beachten ist allerdings, dass gewaltbereite Befragte, die neo-nationalsozialistisch ideologisiert sind, zu ca. 90 Prozent auch ethnozentrische Einstellungen haben (vgl. Kapitel IV.4; vgl. TM 2017: 120). Wie weitere Analysen zeigen, sind auch Personen, die muslim_innenfeindlich oder antisemitisch eingestellt sind, signifikant häufiger gewaltbereit als Personen, die solche Einstellungen nicht haben. Außerdem besteht ein Zusammenhang zwischen der Ablehnung von Geflüchteten und Asylsuchenden und der Gewaltbereitschaft (vgl. Kapitel IV.5).

Abb. 75: Gewaltbereitschaft⁴¹: „... für meine Ziele kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist.“ nach Links-Rechts-Selbsteinordnung 2001–2018 (in Prozent)



Die Analyse der politischen Selbsteinordnung aller Gewaltbereiten zeigt, dass Gewaltbereite nicht nur „rechts“, sondern im gesamten politischen Spektrum vorzufinden sind (Abb. 76). So stehen den gewaltbereiten Befragten, die sich selbst „(sehr) weit rechts“ einordnen

⁴⁰ Entsprechend den geschätzten marginalen Effekten (d.h. den jeweiligen Skalenmittelwerten der Gewaltbereitschaft) in der binomialen logistischen Regression.

⁴¹ Insgesamt n=1.429 gewaltbereite Befragte (2001–2018), davon: n=1.281 „würde ich tun“, n=184 „habe ich schon getan“.

(sieben Prozent), doppelt so viele gewaltbereite Befragte gegenüber, die sich „(sehr) weit links“ einordnen (14 Prozent). Dies erklärt sich vor allem dadurch, dass sich lediglich zwei Prozent *aller* Befragten selbst als „(sehr) weit rechts“ bezeichnen, während es mehr als sechs Mal so viele Befragte gibt, die sich selbst „(sehr) weit links“ verorten. Somit ist zwar der prozentuale Anteil der Gewaltbereiten innerhalb der extremen Rechten signifikant höher als bei den extremen Linken, aber nicht ihre absolute Anzahl. 79 Prozent der Gewaltbereiten ordnen sich selbst sogar der „Mitte“ oder den gemäßigten Flügelpositionen zu. Politische Gewaltbereitschaft ist also auf Basis der Selbstzuschreibungen der Befragten kein spezifisch „rechtes“ Phänomen bzw. kein reines Phänomen des politischen Extremismus.

Abb. 76: Links-Rechts-Selbsteinordnung nach Gewaltbereitschaft: „... für meine Ziele kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist.“ 2001–2018 (in Prozent)

	nicht gewaltbereit	gewaltbereit	gesamt
(sehr) weit links	13	14	13
etwas links	38	27	36
Mitte	35	31	36
etwas rechts	13	21	13
(sehr) weit rechts	2	7	2
gesamt	100	100	100

Statusverlustangst, Ostdeprivation und Autoritarismus erhöhen die Gewaltbereitschaft signifikant. Deprivation, d.h. das Gefühl, in einer schlechten individuellen wirtschaftlichen Lage und individuell benachteiligt zu sein, senkt hingegen die Gewaltbereitschaft hoch signifikant. Dies ist zunächst überraschend, da dieser Befund von früheren Analysen des THÜRINGEN-MONITORS abweicht, die noch keinen signifikanten Einfluss feststellen konnten. Der Befund lässt darauf schließen, dass Deprivation *allein* nicht zu einer erhöhten, sondern sogar zu einer geringeren Gewaltbereitschaft führt. Es ist anzunehmen, dass Deprivation nur indirekt durch die Kombination mit neo-nationalistischen Einstellungen und einer extremen Selbsteinordnung im politischen Spektrum verstärkend auf die Gewaltbereitschaft wirkt. Des Weiteren weisen auch die Erkenntnisse zur politischen Partizipation (vgl. Geißel 2011) darauf hin, dass sich Personen signifikant seltener politisch beteiligen, wenn sie sich sozio-ökonomisch marginalisiert fühlen. Dies umfasst nicht nur legale, sondern auch illegale Partizipationsformen. Dass *individuelle* Benachteiligung(sgefühle) eher demobilisierend und gewalthemmend wirken, *kollektiv* geteilte Benachteiligung(sgefühle) und Ängste jedoch verstärkend, ist vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen eine wichtige Erkenntnis. Frauen und ältere Personen weisen eine signifikant geringere Gewaltbereitschaft auf. Bildungsgrad, Arbeitslosigkeit, Demokratiezufriedenheit, politische Selbstwirksamkeitsüberzeugung und Anomie haben keinen signifikanten Einfluss auf die Gewaltbereitschaft.

Insgesamt sind die Ursachen von Gewaltbereitschaft im Zeitverlauf weitgehend konstant. Entsprechend bleibt es bei der Empfehlung, dass die Prävention von politischer Gewalt zum einen bei einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus bzw. seinen Erscheinungsformen und Kontexten ansetzen sollte. Zum anderen empfiehlt es sich jedoch gleichzeitig, psychosoziale Faktoren wie Autoritarismus sowie die kollektiven Deprivationsempfindungen (der Ostdeutschen) und Statusverlustangst stärker in den Blick zu nehmen, um diese Einstellungen und Empfindungen in legale Artikulations- und Partizipationsmöglichkeiten zu kanalisieren.

4. Rechtsextremismus und Rechtspopulismus

Rechtsextreme Einstellungen: Ausmaß, Struktur und Entwicklung

Der THÜRINGEN-MONITOR untersucht Rechtsextremismus auf Basis der sogenannten Konsensdefinition, die 2001 für die Erfassung rechtsextremer *Einstellungen* in sozialwissenschaftlichen Befragungen entwickelt wurde. Diese Definition, die in verschiedenen deutschlandweiten Studien (vgl. Decker/Kiess/Brähler 2016; Zick/Küpper/Krause 2016; Stöss 2007) und z.B. auch im Rahmen des Sachsen-Anhalt-Monitors Verwendung findet, beschreibt Rechtsextremismus als „ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen“ (vgl. Kreis 2007: 13).

Die (politikwissenschaftliche) Konsensdefinition erfasst in erster Linie solche Aspekte, die sehr eng mit den charakteristischen politischen und gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen rechtsextremer Parteien und Bewegungen verknüpft sind (wie deren aggressive „Ausländerfeindlichkeit“) und die an die Ideologie des historischen Nationalsozialismus anschließen. Grundgedanke war, entsprechende Einstellungen in der Bevölkerung zu messen und damit das Mobilisierungs- und Unterstützungspotenzial für solche politische Kräfte zu analysieren, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung in der Bundesrepublik richten und dabei auch das friedliche Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen ethnischen, kulturellen oder religiösen Identitäten bedrohen. Allerdings werden viele Ungleichwertigkeitsvorstellungen, die in der Gesellschaft existieren und ihre Wirkung entfalten, von der Konsensdefinition nicht erfasst. Dies betrifft vor allem solche vorurteilsgeleiteten und gruppenbezogenen Einstellungen, die über „Ausländerfeindlichkeit“ und Antisemitismus hinausgehen und nicht auf das rechtsextreme politische Spektrum begrenzt sind, z.B. die Abwertung Geflüchteter und Asylsuchender, die Muslim_innenfeindlichkeit, den Antiziganismus, den Sexismus, die Abwertung von Homosexuellen und Trans*-Personen, die Abwertung von Menschen mit besonderen körperlichen oder geistigen Herausforderungen, von Obdachlosen sowie von Langzeitarbeitslosen. Dass solche Einstellungen in der Gesellschaft weit verbreitet sind, hat die sozialwissenschaftliche Befragungsforschung gezeigt (vgl. Zick/Küpper/Krause 2016) und wird seit Jahren auch im THÜRINGEN-MONITOR diskutiert (vgl. TM 2015: 103 ff.; TM 2017: 160 ff.). Zweifellos gehört es zur Strategie bestimmter politischer Parteien und Bewegungen, jene Einstellungen der Bevölkerung aufzugreifen, in ihre Rhetorik und Programmatik zu integrieren, dabei *Anschlussfähigkeit* zu Diskursen in der gesellschaftlichen „Mitte“ herzustellen und die Diskurse in ihrem Sinne zu beeinflussen. Auch „einschlägig“ rechtsextreme Akteur_innen und Organisationen bemühen sich um diese Anschlussfähigkeit. Sie versuchen, das ihnen anheftende Stigma zu überwinden – beispielsweise, indem sie in der Öffentlichkeit „gemäßigt“ auftreten und beanspruchen, „marginalisierte Meinungen“ und legitime Interessen des „deutschen Volkes“ zu repräsentieren. Somit ist fraglich, in welchem Verhältnis Rechtsextremismus und *Rechtspopulismus* – auch auf der Einstellungsebene – zueinander stehen und inwieweit überhaupt von unterschiedlichen Phänomenen gesprochen werden kann.

Einerseits hält der THÜRINGEN-MONITOR trotz der geschilderten Problematik unverändert an der Messung rechtsextremer Einstellungen auf Grundlage der Konsensdefinition fest, um die Vergleichbarkeit über die verschiedenen Erhebungszeitpunkte seit 2001 zu gewährleisten

und so die Identifikation langfristiger Trends zu ermöglichen.⁴² Andererseits wird die Verbreitung von Ungleichwertigkeitsvorstellungen und Vorurteilen gegenüber ethnischen, kulturellen und sozialen Gruppen ausführlich untersucht (vgl. Kapitel IV.5). Zusätzlich wird in diesem Kapitel des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS ein besonderes Augenmerk auf das Verhältnis von rechtsextremen und (rechts-)populistischen Einstellungen gelegt.

Die Messung rechtsextremer Einstellungen erfolgt über die mehrstufige Bildung eines Mittelwertindex. Dessen Grundidee ist, dass sich rechtsextreme Einstellungen in der Zustimmung zu mehreren Ungleichwertigkeits-Aussagen und Politikvorstellungen äußern. Die im THÜRINGEN-MONITOR verwendeten Aussagen decken die zentralen Facetten des Rechtsextremismus ab, wozu chauvinistischer Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, Sozialdarwinismus, Antisemitismus, die Verharmlosung des Nationalsozialismus und die Befürwortung einer rechten („nationalen“) Diktatur zählen (Abb. 77).

Abb. 77: Zustimmung zu den Aussagen zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen (in Prozent)

		2018	2017	2016
Ethnozentrismus	Nationalismus und Chauvinismus			
	„Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“	64	64	63
	„Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.“	25	30	25
	Fremdenfeindlichkeit			
	„Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet.“	58	53	52
	„Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“	49	44	37
Neo-Nationalsozialismus	„Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.“ (<i>Rassismus</i>)	25	22	17
	Sozialdarwinismus			
	„Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“	25	24	23
	„Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.“	20	18	12
	Verharmlosung des Nationalsozialismus			
	„Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“	18	16	16
	Antisemitismus			
	„Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“	9	14	10
	(Rechte) Diktatur			
„Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“	18	14	17	

Je stärker rechtsextrem die Befragten eingestellt sind, desto mehr Aussagen werden sie zustimmen bzw. stärker zustimmen. Dabei wird die Zustimmung zu einer der Aussagen nicht bereits als Vorhandensein einer rechtsextremen Einstellung gewertet, denn einerseits sind einige der Aussagen – wie z.B. zum Antisemitismus – drastisch formuliert und werden daher

⁴² Methodisch begründete Nachjustierungen und Verbesserungen sind damit nicht ausgeschlossen, so wird z.B. seit 2014 eine Mittelwertskala anstatt der bisherigen Summenskala verwendet.

erst bei einer sehr stark ausgeprägten rechtsextremen Einstellung befürwortet. Andere hingegen sind weicher formuliert und finden daher breitere Zustimmung. Zudem erfassen jene weicher formulierten Aussagen oft auch sogenannte Fremddimensionen. Zum Beispiel ist die Zustimmung zur Aussage „Durchsetzung deutscher Interessen“ zwar zu einem Teil durch *nationalistische* Vorstellungen von einer dominanten Rolle Deutschlands bestimmt, aber gleichzeitig wird damit auch die Unzufriedenheit mit außenpolitischen Entscheidungsprozessen, insbesondere innerhalb der Europäischen Union, erfasst (Best/Salomo 2014: 57). Gegenwärtig ließe sich hier auch an außenpolitische Positionen denken, die eine Aufrechterhaltung der globalisierten Handelsordnung gegen den Protektionismus der USA fordern. Also können nicht alle Befragten, die dieser Aussage zustimmen, als rechtsextrem eingestuft bezeichnet werden, jedoch werden Rechtsextreme dieser Aussage sehr wahrscheinlich zustimmen, da (chauvinistischer) Nationalismus zum rechtsextremen Weltbild gehört.

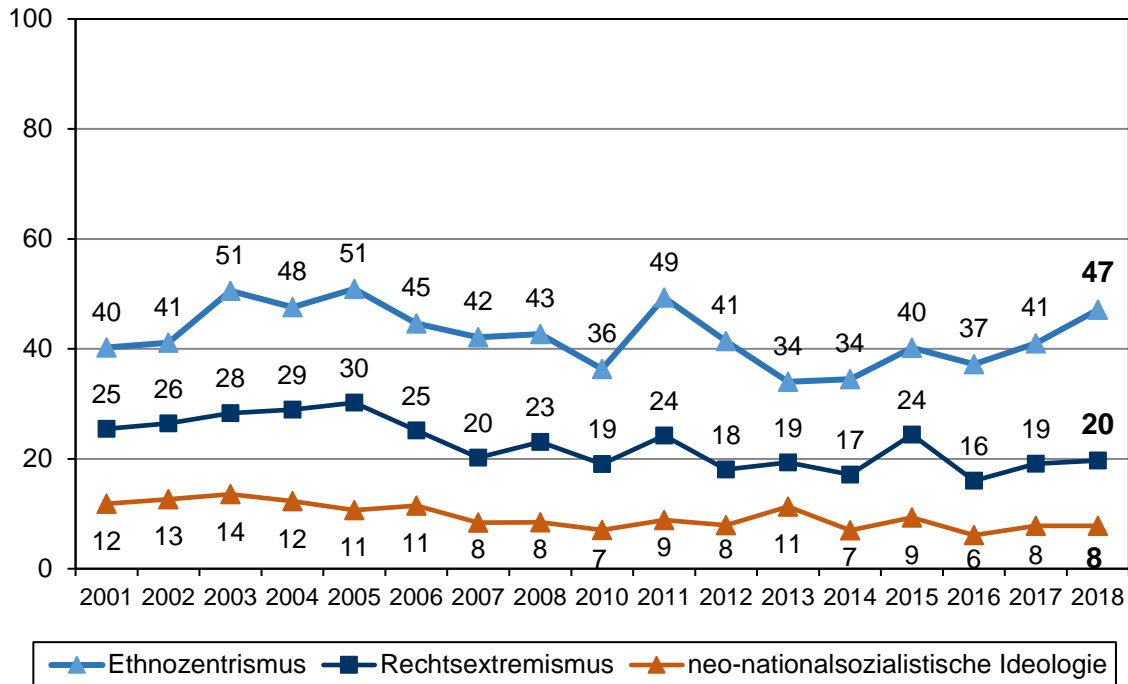
Wenn Befragte nun eine rechtsextreme Einstellung besitzen, stimmen sie sehr wahrscheinlich allen oder zumindest der Mehrheit dieser Aussagen zu. Diese Vermutung kann empirisch überprüft werden, indem untersucht wird, in welchem Ausmaß die Zustimmung zu einer Aussage auf die Befürwortung der anderen Aussagen schließen lässt. Je enger die Antworten zu den Aussagen miteinander assoziiert sind, desto wahrscheinlicher ist es, dass Befragte, die einer der genannten Aussagen zustimmen, auch den übrigen Aussagen zustimmen. In diesem Fall erfasst die Gesamtheit der Aussagen ein und dieselbe rechtsextreme Einstellung. Bereits im Rahmen der früheren THÜRINGEN-MONITORE und einer ergänzenden Expertise (Best/Salomo 2014: 17) wurde gezeigt, dass die Antworten auf die in Abb. 77 genannten Aussagen in so starkem Maße miteinander assoziiert sind, dass sie eine gemeinsame, rechtsextreme Einstellung erfassen.

Allerdings hängen einerseits die chauvinistisch-nationalistischen und fremdenfeindlichen Aussagen noch einmal enger miteinander zusammen und sind andererseits die sozialdarwinistischen, den Nationalsozialismus verharmlosenden, antisemitischen und diktaturbefürwortenden Aussagen besonders eng assoziiert.⁴³ Im THÜRINGEN-MONITOR wird dieser internen Differenzierung rechtsextremer Einstellungen Rechnung getragen, indem neben dem Rechtsextremismus insgesamt die beiden ihn konstituierenden Facetten Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus in ihren Ausprägungen, Ursachen und Folgen getrennt analysiert werden. **Ethnozentrismus** (Sumner 1906) kennzeichnet ursprünglich eine Weltanschauung, bei der die kulturellen Normen und Verhaltensweisen der Eigengruppe als universeller Beurteilungsmaßstab gesetzt sind. Damit gehen allerdings Ab- und Ausgrenzungsmechanismen einher, die in der Regel dazu führen, dass die Eigengruppe überhöht und Fremdgruppen abgewertet werden (Heyder/Decker 2011: 237f.). **Neo-Nationalsozialismus** ist die affirmative Haltung zur NS-Diktatur zwischen 1933 und 1945 und zu ihrer Ideologie. In einem ersten Schritt werden die ethnozentrischen und neo-nationalsozialistischen Aussagen zu zwei getrennten Skalen zusammengefasst und anschließend darauf basierend der Gesamtwert der Befragten auf der Rechtsextremismusskala berechnet. Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus bilden somit die zwei gleichgewichteten Hauptdimensionen des Rechtsextremismus. Als rechtsextrem eingestuft gelten Befragte nur dann, wenn sie den Aussagen auf jeder der beiden Hauptdimensionen durchschnittlich überwiegend zugestimmt haben bzw. wenn sie im Durchschnitt mehr Aussagen befürworteten als ablehnten.⁴⁴

⁴³ Die Ausnahme ist dabei die Aussage „Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen“, die aufgrund einer ihr inhärenten *rassistischen* Konnotation zumeist enger mit den neo-nationalsozialistischen Aussagen assoziiert ist. Die Zuordnung ist jedoch uneindeutig, da die Aussage zu manchen Erhebungszeitpunkten stärker mit den übrigen fremdenfeindlichen Aussagen assoziiert war.

⁴⁴ Das bedeutet, dass nicht allen in der Konsensdefinition erfassten Einstellungsfacetten zugestimmt werden muss, um als rechtsextrem eingestuft zu gelten. Vielmehr kann sich hinter der Zuordnung als rechtsextrem

Abb. 78: Rechtsextreme, ethnozentrische und neo-nationalsozialistische Einstellungen 2001–2018
(in Prozent)



Auf dieser Grundlage zeigt sich, dass der Anteil an Thüringer_innen mit rechtsextremen Einstellungen im Vergleich zum Vorjahr unverändert ist und sich auch im mittelfristigen Rückblick als vergleichsweise stabil erweist (Abb. 78). Mit Ausnahme der Jahre 2011 und 2015 liegen die Schwankungen der vergangenen acht Jahre innerhalb der statistischen Fehlertoleranz und brauchen deshalb nicht weiter berücksichtigt werden.

Das bedeutet zugleich, dass sich der im Vergleich zum ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts zu konstatierende Rückgang nicht weiter fortgesetzt hat. Betrachten wir die beiden Grunddimensionen des Rechtsextremismus, Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus, getrennt, sind jedoch unterschiedliche Entwicklungen zu erkennen. Die durchschnittliche Zustimmung zu den neo-nationalsozialistischen Aussagen verharrt – wie in den vergangenen acht Jahren nahezu immer – auf einem niedrigen Niveau von unter zehn Prozent der Thüringer_innen. Die ethnozentrischen Aussagen hingegen werden mittlerweile von nahezu der Hälfte der Thüringer_innen durchschnittlich geteilt. Der Anstieg gegenüber 2017 fällt zwar knapp in den statistischen Toleranzbereich, allerdings setzt er einen seit 2014 erkennbaren und damit statistisch sicheren Aufwärtstrend fort. Diese beiden Entwicklungen bestätigen erneut das aus den früheren THÜRINGEN-MONITOREN bekannte Bild einer tendenziellen

eingestellt eine Bandbreite an heterogenen Einstellungsmustern verbergen, die jedoch gemeinsam haben, dass ihre Träger die zehn genannten Aussagen *durchschnittlich* befürworten (Skalenwert >2,5). Zudem verstehen Befragte die vorgegebenen Antwortkategorien manchmal unterschiedlich. Dieser Umstand kann in manchen Fällen dazu führen, dass zwei Befragte den gleichen Skalenwert besitzen, ihre tatsächliche latente Einstellung zum Rechtsextremismus jedoch variiert, wodurch eine Gruppierung erschwert ist. Die dichotome Unterteilung in „rechtsextrem“ und „nicht-rechtsextrem eingestellt“ stellt deshalb eine Zusammenfassung auf hohem Abstraktionsniveau dar und ist ein Kompromiss aus einer anschaulichen Vermittlungsmöglichkeit und einem messtheoretisch strikten Vorgehen (vgl. Best/Salomo 2014: 56).

Davon unabhängig werden Antworten auf einzelne Aussagen häufiger von Befragten mit rechtsextremen Einstellungen verweigert. Weil zudem die Zustimmung zu den einzelnen Aussagen eng miteinander zusammenhängt, werden in der seit 2014 modifizierten Rechtsextremismusskala auch diejenigen einbezogen, die auf höchstens eine ethnozentrische und eine neo-nationalsozialistische Frage die Antwort verweigerten (Best/Salomo 2014: 25ff.).

Entkoppelung dieser beiden Dimensionen des Rechtsextremismus: Die **Zunahme des Ethnozentrismus bei gleichzeitiger Stabilität des Neo-Nationalsozialismus** zeigt, dass zwar die ethnozentrischen Aussagen häufiger befürwortet werden, dabei aber die Zustimmung zu den neo-nationalsozialistischen Aussagen so niedrig bleibt, dass insgesamt kein Anstieg rechtsextremer Einstellungen zu verzeichnen ist.

Ein Blick auf die Zustimmung zu den einzelnen Aussagen zeigt sogar, dass die einzige signifikante, d.h. statistisch abgesicherte, Veränderung gegenüber dem Vorjahr der Rückgang bei den neo-nationalsozialistischen Aussagen ist, nämlich die verringerte Unterstützung des antisemitischen Vorurteils. Den deutlichsten Zuwachs verzeichnen die beiden ethnozentrischen Aussagen von der Überfremdung der Bundesrepublik und der Ausnutzung des Sozialstaats durch Ausländer_innen, den deutlichsten Rückgang die Aussage, dass deutsche Leistungen den Leistungen aller anderen Nationen überlegen seien. In allen drei Fällen lässt sich aber statistisch *nicht* ausschließen, dass die Veränderungen allein auf übliche Stichprobenschwankungen zurückgehen.

Das Verhältnis von (rechts)populistischen und rechtsextremen Einstellungen

Die bisherigen Analysen zeigten die interne Struktur und die Entwicklung rechtsextremer Einstellungen in Thüringen auf Basis der o.g. Konsensdefinition. Bereits die Unterscheidung von Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus, die im THÜRINGEN-MONITOR 2014 und einer zeitgleichen, ergänzenden Expertise (Best/Salomo 2014) detailliert nachgewiesen wurde, macht jedoch die Flexibilität der Verbindung von Ungleichwertigkeitsvorstellungen und politischen Konsequenzen und Ordnungsvorstellungen deutlich. In diesem Zusammenhang stellt sich insbesondere die Frage, ob der Rechtspopulismus nur eine, eventuell sogar lediglich aus taktischen Gründen gemäßigte Form des Rechtsextremismus darstellt oder ob damit ein eigenständiges Phänomen erfasst wird. Zum Beispiel zeigen wissenschaftliche, zivilgesellschaftliche und journalistische Recherchen eine Reihe von personellen und ideologischen Verflechtungen zwischen „rechtsextremen“ und „rechtspopulistischen“ Organisationen. Das Bundesamt und die Landesämter für Verfassungsschutz sahen hingegen bisher überwiegend keine Anhaltspunkte für eine flächendeckende Beobachtung „rechtspopulistischer“ Landespartei- und Bundesparteiverbände, auch wenn hier jüngst Veränderungen erkennbar sind (vgl. u.a. Schneider/Steinke 2018, Bernhard 2018). Doch stehen die individuellen und kollektiven Akteur_innen des Rechtspopulismus nicht im Fokus des THÜRINGEN-MONITORS, genauso wenig wie die Frage, was populistische Rhetorik ausmacht und ob sie ein bloßes Stilmittel, eine Strategie oder eine Überzeugung von Politiker_innen ist. Auch steht hier nicht die Frage im Vordergrund, ob politische Positionen populistisch sind, weil sie nicht auf Fakten basieren oder inadäquat einfache „Lösungen“ für komplexe Probleme darstellen. Für den THÜRINGEN-MONITOR ist vielmehr die Frage zentral, inwieweit Rechtsextremismus und (Rechts-)Populismus in den Einstellungen der Bevölkerung unterschieden werden können.

In der Analyse des (Rechts-)Populismus werden unterschiedliche Schwerpunkte vertreten: *Populismus* kann primär als Kritik an und Gegenentwurf zur liberalen und repräsentativen Demokratie verstanden werden, die kontextabhängig mit linken oder rechten Ideologeelementen verbunden wird. Oder die Betonung liegt primär darauf, dass *Rechtspopulismus* rechtsextreme Ideologeelemente in gemäßigter Form artikuliert.

Der ersten Auffassung gemäß ist das wesentliche Merkmal jeglicher Form von Populismus die Vorstellung eines Antagonismus zwischen einer homogenen Elite und einer homogenen Bevölkerung (Mudde/Kaltwasser 2012, Taggart 2002, Mair 2002, Inglehart/Norris 2018). Der Populismus geht wie der Liberalismus von der demokratischen Idee der Volkssouveränität aus, aber im Unterschied zum Liberalismus, der die Interessenpluralität der

Bevölkerung unterstreicht, wird die Bevölkerung als homogen mit einem einheitlichen Interesse imaginiert. Dieses homogene Interesse sei mittels *common sense*, dem „gesunden Menschenverstand“ erkennbar, dem die Bevölkerung grundsätzlich folgen könne, da sie moralisch unverdorben sei. Allerdings werde die Bevölkerung von einer korrupten Elite betrogen und irreführt, sodass sie ihre eigenen Interessen nicht ohne die Populist_innen erkennen und durchsetzen könne. Die etablierten Eliten seien gleichfalls homogen und hätten ein gemeinsames Interesse des Machterhalts und der Aufrechterhaltung ihrer eigenen Positionen sowie der politischen Institutionenordnung, der sie diese Position verdanken. Jegliche interne Differenzierung und Konflikte werden lediglich als Camouflage dieses gemeinsamen und vorrangigen Interesses angesehen. Zusätzlich hätten sich die Eliten insbesondere aufgrund ihrer Bildung von den Werten und Einstellungen der Bevölkerung entfernt und seien nicht fähig, dem „gesunden Menschenverstand“ zu folgen. Der Grundkonflikt zwischen Eliten und Bevölkerung sei politisch nicht lösbar, da die etablierten Eliten *moralisch* korrupt seien. Doch nicht nur die Eliten, sondern auch die Institutionen der liberalen Demokratie, die Minderheitenschutz, Gewaltenteilung und Kompromissbildung zwischen pluralen Interessen gewährleisten sollen, werden als Hindernis für die Realisierung des homogenen Bevölkerungswillens angesehen. Der Populismus besitzt daher eine Affinität zu direktdemokratischen Institutionen der politischen Willensbildung. Die ebenso bestehende Affinität des Populismus zur Personalisierung von Politik durch zumeist charismatische Führungsfiguren steht dazu nicht im Widerspruch, denn die direkte Demokratie dient im Populismus nicht der Meinungsfindung, sondern der Akklamation des durch die populistischen „Führer“ erkannten und artikulierten Volkswillens.

Populist_innen sehen sich folglich dadurch legitimiert, dass sie beabsichtigen, den homogenen Volkswillen (Anti-Pluralismus) *gegen* die etablierten Eliten (Anti-Elitismus) und *gegen* die Institutionen der liberalen Demokratie (Anti-Institutionalismus) zu realisieren. Die Mobilisierungskraft des Populismus ergibt sich aus dieser Herausforderung von „denen da oben“ durch „uns hier unten“. Aus diesem Anti-Elitismus als primärer Stoßrichtung ergibt sich auch die Kontextabhängigkeit des Populismus bzw. seine inhaltliche Flexibilität, die auch als „dünne“ Ideologie (Freedon 1998) bezeichnet wurde. Populismus richtet seine Kritik immer an der jeweils konkreten Ausprägung der liberalen Demokratie und ihren Eliten aus und gewinnt dadurch seine weitere ideologische Konturierung (Priester 2012). So tritt der Populismus in Lateinamerika links, ökonomisch und inklusiv auf, weil ein erheblicher Anteil der Bevölkerung ökonomisch depriviert und politisch einflusslos ist (Mudde/Kaltwasser 2012). Aber auch in Griechenland und Spanien finden wir mit Syriza bzw. Podemos einen linken, inklusiven Populismus, der sich vor allem gegen die Austeritätspolitik der EU bzw. – allgemeiner – gegen eine neoliberale Globalisierung richtet. In Kontrast dazu ist der Populismus im übrigen Europa eher rechts, kulturell basiert und exkludierend. Diese Kontextabhängigkeit verweist weiterhin darauf, dass der Populismus zwar vorgibt, die Stimme des gesamten Volkes zu sein, damit jedoch nur einen Teil der Bevölkerung meint. Diese Definition der Volkszugehörigkeit kann auf die Integration bisher ausgeschlossener, marginalisierter Bevölkerungsteile zielen und damit eine emanzipatorische und demokratische Wirkung erzielen, wie teilweise in Lateinamerika. Sie kann aber ebenso auf die Ausgrenzung von (ethnischen oder kulturellen) Minderheiten und anderer Gruppen zielen und damit eine entgegengesetzte Wirkung entfalten – wie bei den meisten populistischen Bewegungen in Europa.

Populist_innen geben zwar vor, die gesamte Bevölkerung zu repräsentieren, sind aber mit ihrer Rhetorik und Programmatik bevorzugt für bestimmte Teilgruppen der Bevölkerung attraktiv. Dazu können insbesondere diejenigen zählen, die das Gefühl haben, dass ihre politischen Präferenzen von den etablierten Eliten nicht vertreten werden bzw. dass die Institutionenstruktur der liberalen, repräsentativen Demokratie grundsätzlich ungeeignet ist,

diese Einstellungen in Politik umzusetzen. Politische Teilhabe in repräsentativen Demokratien wird für den Großteil der Bürger_innen vorrangig durch den programmatischen und personellen Wettbewerb zwischen Parteien und Politiker_innen ermöglicht, die sich zur Sicherung ihrer (Wieder-)Wahl an den Präferenzen der Bevölkerung bzw. ihren Teilgruppen orientieren und abgewählt werden, wenn es ihnen weder durch Responsivität noch politische Überzeugungsarbeit gelingt, Übereinstimmung mit den politischen Präferenzen ihrer Wähler_innen herzustellen (vgl. Best/Vogel 2018). Dieser politische Wettbewerb wird jedoch unterlaufen, wenn sich die Parteien programmatisch annähern und damit keine alternativen politischen Angebote zur Wahl stehen, oder wenn der Verbleib in Amt und Mandat für die Politiker_innen weitgehend unabhängig von ihren Wahlerfolgen gesichert ist, Stichwort: Berufspolitiker_innen. Diese Tendenzen werden durch die anti-elitistische Vorstellung von der Homogenität der Eliten zwar überzeichnet dargestellt. Aber gerade durch diese Überzeichnung erzielt die Kritik am eingeschränkten demokratischen Wettbewerb und damit fehlenden Mitbestimmungsmöglichkeiten Aufmerksamkeit und ist daher wirksamer als bei moderater Artikulation.

Auch der Anti-Pluralismus kann als eine übertriebene Kritik an bestehenden Problemen liberaler, repräsentativer Demokratien verstanden werden. Liberale Demokratien sind eine Kombination aus zwei Prinzipien, dem konstitutionellen und dem repräsentativen, die in einem Spannungsverhältnis stehen (Mény/Surel 2002). Das repräsentative Prinzip gründet auf der Idee der Volkssouveränität und auf der Idee, dass sich die gewählten Eliten an den Präferenzen der Bevölkerung bzw. der Bevölkerungsmehrheit orientieren. Das konstitutionelle Prinzip reguliert diese Beziehung und schützt die unterlegenen Minderheiten und ihre Rechte auch gegenüber Mehrheitsentscheidungen. Das Spannungsverhältnis ergibt sich folglich daraus, dass Mehrheitsentscheidungen nicht durchgesetzt werden können, wenn damit Minderheitenrechte verletzt werden. Liberale Demokratien besitzen also eine Tendenz, die Suche nach Kompromiss und Konsens über die Mehrheitsentscheidung zu stellen. Die auch abseits des Populismus formulierte Kritik, dass es dabei vor allem einflussreichen, gut organisierten und wohlfinanzierten Minderheiten gelinge, ihre Präferenzen durchzusetzen, wird durch die anti-institutionalistische und antipluralistische Kritik der Populist_innen überzeichnet und damit ebenso wirksam artikuliert. In dieser populistischen Auffassung erhält deshalb die Mehrheit des Volkes eine übergroße Bedeutung (Mehrheitsdektionismus), denn damit könne sich der (vermeintliche) *common sense* am ehesten Geltung verschaffen.

Populismus kann also als Kritik an der liberalen, repräsentativen Demokratie aus einer *radikaldemokratischen, aber illiberalen* Perspektive verstanden werden. Damit steht für Populist_innen nicht notwendig die Demokratie an sich in Frage, sondern ihre institutionelle Ausgestaltung. Diese kritische Dimension des Populismus mit ihrer Betonung der uneingeschränkten Volkssouveränität kann dann auch für Wählergruppen attraktiv sein, die ihre Unzufriedenheit mit den geschilderten Problemen real-existierender Demokratien (Schmitter 2017) wirksam ausdrücken möchten, aber die übrigen Elemente des Populismus und der an ihn angeknüpften Ideologien nicht zwingend unterstützen. Insofern kann Populismus sowohl ein notwendiges Korrektiv für Missstände in real existierenden Demokratien sein. Populismus kann aber auch – und das zugleich – eine Bedrohung für die liberale und repräsentative Form der Demokratie sein, da er die Legitimität des politischen Wettbewerbs, der ihn regulierenden und einhegenden Institutionen und Ordnungen wie z.B. Verfassungen, Parlamente, Opposition und Minderheitenrechte bedroht (Mudde/Kaltwasser 2012). Das demokratiekritische bis -gefährdende Potential erwächst in dieser Lesart aus der „dünnen“ Ideologie des Populismus selbst, wodurch die Unterschiede zwischen z.B. Links- und Rechtspopulismus weniger ins Gewicht fallen. Der Populismus wird somit durch die Abgrenzung von der liberalen, repräsentativen Demokratie definiert.

Eine andere Lesart definiert den *Rechtspopulismus* als Einstellungsmuster in seiner Abgrenzung und insbesondere Überschneidung zum Rechtsextremismus (z.B. Zick/Küpper 2015). Danach sind, analog zum Rechtsextremismus, Ungleichwertigkeitsvorstellungen das zentrale Merkmal des Rechtspopulismus, die in der Abwertung von Fremdgruppen und der Überhöhung der Eigengruppe ihren Ausdruck finden – im THÜRINGEN-MONITOR wird diese Facette u.a. durch den Ethnozentrismus erfasst. Diese Sichtweise geht von einer „Wahlverwandtschaft“ zwischen Populismus und Rechtsextremismus aus, da die Homogenitätsvorstellung des Anti-Pluralismus mitsamt der antagonistischen Frontstellung von Eliten und Bevölkerung die Abwertung und Ausgrenzung von Minderheiten und „Fremden“ fördern. Dass die Betonung der Homogenität des Volkes, verstanden als Gesamtheit der *citoyens*, auch integrierend wirken kann, wie im lateinamerikanischen inklusiven Populismus, verweist allerdings darauf, dass der Populismus neben der vertikalen Frontstellung zu den Eliten nicht zwingend auch eine horizontale Frontstellung zu den „Anderen“ benötigt. Die Verbindung zwischen Populismus und der Ausgrenzung von Minderheiten und „Fremden“ ist also nicht notwendig, sondern kontextabhängig.

Weiterhin wird *Rechtspopulismus* in dieser Lesart durch ausgeprägten Autoritarismus definiert, der sich in der Bereitschaft zu und Forderung nach Gehorsam, zu Konformismus und zur Bestrafung von Abweichlern äußert. Damit ist auch das Verhältnis zur Gewalt angesprochen: Zwar gilt die *Gewaltbereitschaft* als ein zentrales Unterscheidungsmerkmal zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus, allerdings sei zumindest die *Gewaltbilligung* zur Herstellung von Konformität z.T. auch bei rechtspopulistischen Akteur_innen zu beobachten. Schließlich wird Rechtspopulismus nicht als eine Kritik an der bestehenden Form der Demokratie verstanden, die auf einem radikal- und direktdemokratischen Verständnis von Volkssouveränität gründet, sondern *antidemokratische* Überzeugungen werden explizit als Bestandteil des Rechtspopulismus genannt (ebd.). Hinsichtlich der politischen Ordnungsvorstellungen ist relevant, dass in der rechtsextremen Propaganda gemeinhin auch der „völkische Führerstaat“ (d.h. die nationalsozialistische bzw. faschistische Diktatur) als „wahre Demokratie“ bezeichnet wird. Es wird also von fließenden Übergängen zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus ausgegangen.

Im THÜRINGEN-MONITOR sind eine Reihe von Aussagen geeignet, die genannten Dimensionen des Rechtspopulismus zu messen. Einige von ihnen sind bereits an anderen Stellen vorgestellt und analysiert worden, sodass sich hier vorrangig die Frage stellt, ob sie sich zu einem rechtspopulistischen Einstellungsmuster zusammenfügen oder ob es sich dabei um einzelne, unverbundene Einstellungen handelt. Untrennbar damit verbunden ist die Frage, ob es sich dabei um eines vom Rechtsextremismus zu unterscheidendes Einstellungsmuster handelt oder ob so enge Bezüge festzustellen sind, dass eine Trennung jedenfalls in den Einstellungen der Thüringer Bevölkerung rein artifiziellen Charakter trägt. Die antipluralistische Tendenz kommt in zwei Aussagen zum Ausdruck (Abb. 79). Knapp zwei Drittel der Thüringer_innen teilten 2017 den Wunsch nach einer Partei, die die „Volksgemeinschaft“ insgesamt vertritt und damit nicht die partikularen Interessen, sondern das – notwendig homogene – Gemeinwohl. Die folgende, ohne Rückgriff auf „völkische“ Semantik formulierte Aussage über die Stärkung der Mehrheits- ggü. den Minderheitsinteressen zeigt, dass etwas mehr als zwei Drittel der Thüringer Bevölkerung sich auch mehr Bedeutung von Mehrheitsentscheidungen und weniger Berücksichtigung von Minderheitsinteressen wünschen – dieser Wunsch ist seit 2017 stärker geworden (vgl. auch Kapitel IV.5). Unter den anti-elitistischen Aussagen sticht die von achtzig Prozent der Bevölkerung geteilte und im Vergleich zum Vorjahr zugenommene Parteienkritik hervor (vgl. Kapitel IV.1). Die noch härter formulierte Aussage, dass die Eliten nicht nur selbstbezogen und unresponsiv seien, sondern tatsächlich auch *gegen* die Interessen der Bevölkerung handelten, fand in 2017 bei mehr als zwei Drittel der Befragten Zustimmung.

Abb. 79: (Rechts-)Populistische Einstellungen (in Prozent) und Faktorenanalyse unter Einbezug rechtsextremer Aussagen (2018/17, Ladungen auf Faktoren I-III)

(Rechts)populistische Aussagen, Autoritarismus, Gewaltbereitschaft und Demokratieunterstützung		2018	2017	Faktoren		
				I	II	III
„Was Deutschland jetzt braucht, ist eine starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.“	Antipluralismus	-	63	.65		
„Es sollte wieder mehr für die Mehrheit der Leute in unserem Land getan werden als sich um Minderheiten zu kümmern.“		68	62	.56		
„Die Herrschenden und Mächtigen in unserer Gesellschaft handeln gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung.“	Anti-Elitismus	-	69		.68	
„Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.“		80	74		.64	
„Heutzutage kann man seine Meinung nicht mehr äußern, weil man sonst Nachteile haben könnte.“		49	46		.51	
„In unserer Demokratie werden die Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten.“	Anti-Institutionalismus	72	69		.70	
Misstrauen in die Bundesregierung		40	32		.78	
Misstrauen in die Landesregierung		25	29		.65	
Demokratieunzufriedenheit		45	36		.64	+
„In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand.“	Autoritarismus	70	66	.65		
„Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen.“		57	55	.61		
Gewaltbereitschaft: „...für meine Ziele kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist.“		8	7			.37
„Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen.“		86	86			-.64
Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus						
„Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“	Ethnozentrismus			.68		
„Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.“				.64		
„Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet.“				.61	+	
„Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“				.62	+	
„Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.“	Neo-Nationalsozialismus			.58		
„Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“				.47		+
„Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.“				.50		
„Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“						.65
„Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“				.46		
„Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“						.61

+/- Nebenladungen mit Betrag größer .3; Hauptkomponentenanalyse mit Varimax-Rotation. Extraktion der Faktorenanzahl mittels Screeplot und auf Basis des Kaiser-Kriteriums.

Die Einschränkung freier Meinungsäußerung, die von rund der Hälfte der Thüringer_innen wahrgenommen wird, kann zum Anti-Elitismus gezählt werden, da zumeist ein „Kartell aus Politik und Meinungseliten“ dafür verantwortlich gemacht wird, dass die von deren Haltung abweichenden Meinungen entweder nicht artikuliert oder geächtet werden. Anti-Institutionalismus ist die Kritik an den Institutionen der – bestehenden – repräsentativen Demokratie, die die Umsetzung des homogenen Volkswillens beeinträchtigen. Rund siebenzig Prozent der Befragten nahmen in diesem und im Vorjahr wahr, dass die Interessen und Meinungen der Bevölkerung in der bestehenden Demokratie keine Rolle mehr spielen, entsprechend niedrig sind auch die Vertrauenswerte in Bundes- und Landesregierung. Die Demokratiezufriedenheit insgesamt, die weniger von der parteipolitischen Zusammensetzung der Regierungen abhängt, liegt zwar höher, ist aber im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesunken. Auch der Autoritarismus mit seinen beiden komplementären Bestandteilen Unterwerfung und Gehorsam wurde als Bestandteil des Rechtspopulismus diskutiert. Außerdem können noch mittels der von einer sehr großen Mehrheit der Thüringer_innen deutlich gemachten Ablehnung von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele und der ebenso breite Zustimmung findenden Befürwortung der grundsätzlichen Idee der Demokratie als bester Staatsform⁴⁵ zwei Abgrenzungsmerkmale zwischen Rechtsextremismus und -populismus untersucht werden.

Schließlich werden die oben bereits beschriebenen rechtsextremen Aussagen einbezogen, um einerseits ethnozentrisch, antisemitisch oder sozialdarwinistisch motivierte Formen der Ausgrenzung und Abwertung von Fremdgruppen als theoretisch vermuteten Bestandteil von Rechtspopulismus zu untersuchen, aber auch, um zu testen, ob die Distanzierung von der historischen Diktatur des Nationalsozialismus konstitutives Element des Rechtspopulismus ist. Das methodische Verfahren dazu bildet erneut eine Faktorenanalyse auf der Basis aller in den Jahren 2017 und 2018 befragten Thüringer_innen.⁴⁶

Ähnlich wie bei der Prüfung der Rechtsextremismusskala wird die Zustimmung zu jeder Aussage daraufhin geprüft, ob sie regelmäßig mit der Zustimmung zu anderen Aussagen einhergeht (Abb. 79). Sind Rechtsextremismus und -populismus voneinander zu trennende Einstellungssyndrome der Thüringer_innen, müssten die jeweils dazugehörigen Aussagen untereinander eng zusammenhängen und weniger stark mit den Aussagen, die zum jeweils anderen Einstellungssyndrom gehören. Vor diesem Hintergrund lassen sich die untersuchten Aussagen zu drei Einstellungsdimensionen (I-III) zusammenfassen, deren inhaltliche Bedeutung durch die Aussagen erkenntlich wird, die mit ihnen am stärksten in Zusammenhang stehen. In Abb. 79 gibt die Stärke der sogenannten Faktorladungen in den letzten drei Spal-

⁴⁵ Einschränkung muss betont werden, dass im THÜRINGEN-MONITOR bisher nicht untersucht werden konnte, welche *Idealvorstellungen* die Befragten von der „Demokratie als Staatsform“ haben. Das Modell der liberalen, pluralistischen und parlamentarischen Demokratie – wie es die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland vorsieht – kann zwar als Ankerpunkt gelten, prinzipiell existiert aber eine Vielzahl alternativer Auffassungen davon, was „Demokratie“ ist bzw. sein sollte, wie oben diskutiert wurde. Ohnehin ist eine ausdrückliche Ablehnung der Demokratie an sich bzw. das offene Bekenntnis zur „Diktatur“ in der Rhetorik und Programmatik verschiedener, auch extremistischer, politischer Strömungen selten. In der Regel ist „Diktatur“ keine Selbstbezeichnung (z.B. totalitärer bzw. autokratischer Regime), sondern eine negativ wertende Fremdbezeichnung des „feindlichen“ Systems bzw. des politischen Gegners.

⁴⁶ Die **Faktorenanalyse** basiert auf der Analyse der Zusammenhänge zwischen den einzelnen Aussagen (Korrelationsmatrix). Dabei können auch Aussagen in die Analyse einbezogen werden, die nur 2017 gestellt wurden. Die Korrelationen zwischen diesen und den übrigen Aussagen beruhen dann zwar allein auf einer Teilgruppe der Befragten – im vorliegenden Fall auf den im Jahr 2017 Befragten –; allerdings kann gezeigt werden, dass sich die Korrelationen zwischen den Aussagen, die zu beiden Zeitpunkten gestellt wurden, kaum zwischen den Zeitpunkten unterscheiden. Deshalb kann davon ausgegangen werden, dass die Messung der Korrelationen zu einem Zeitpunkt eine strukturtreue Schätzung der Korrelation in der Gesamtheit der Befragten ist. Für die Aussagen, die zu beiden Zeitpunkten erfragt wurden, wurden die Korrelationen auf Basis aller Befragten von 2017 und 2018 errechnet.

ten an, wie stark eine Aussage mit den drei identifizierten Dimensionen zusammenhängt.⁴⁷ Diese Zusammenhänge zeigen, dass sich viele Facetten des Rechtspopulismus in den Einstellungen der Thüringer_innen nicht voneinander trennen lassen, sondern gemeinsam auftreten. D.h., dass diese Aussagen miteinander verbundene Einstellungen darstellen. Allerdings lassen sich die Aussagen auch nicht klar zu einem rechtspopulistischen und einem rechtsextremen Einstellungssyndrom zusammenfassen. Dieses Ergebnis bedeutet mithin auch, dass die Einstellungen der Thüringer_innen weder mit der Kontrastierung noch der Gleichsetzung von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus adäquat gekennzeichnet werden können, sondern dass es komplexere Wechselbeziehungen gibt. Dimension I ist als – erweiterter – Ethnozentrismus charakterisierbar, zu dem neben den fremdenfeindlichen und chauvinistischen Aussagen auch der populistische Antipluralismus, der Autoritarismus sowie, wenn auch deutlich schwächer, die zum Neo-Nationalsozialismus zählenden antisemitischen und sozialdarwinistischen Einstellungen gehören. Das verbindende Element dieses erweiterten Ethnozentrismus ist der *Nativismus*, d.h., die Vorstellung von intern homogenen Gesellschaften, die in einem Wettbewerb und Hierarchieverhältnis zueinander stehen. Die Aufrechterhaltung dieser Homogenität durch eine starke und einige Führung, Konformität, Anpassung und weniger Rücksicht auf Minderheitspositionen ist in dieser Wahrnehmung die Voraussetzung für durchsetzungsstarkes Auftreten nach außen und damit für die Sicherung der als überlegen aber durch „Überfremdung“ als bedroht wahrgenommenen Position der nationalen Eigengruppe in diesem Wettbewerb. Dass die sozialdarwinistischen und antisemitischen Aussagen schwächer mit den übrigen Aussagen zusammenhängen, ist ein Hinweis darauf, dass diese nativistische Homogenitätsvorstellung nicht notwendig biologistisch bzw. rassistisch begründet ist. Der erweiterte Ethnozentrismus von Dimension I kann als antipluralistische Gesellschaftsvorstellung und deshalb als ein Kernbestandteil des *Rechtspopulismus* verstanden werden.

Anti-Elitismus und Anti-Institutionalismus hingegen bilden die gegenüber diesem erweiterten Ethnozentrismus die eigenständige Dimension II der Demokratiekritik. Mit Ausnahme des Vertrauens in die Bundesregierung und der Einschätzung eingeschränkter Meinungsfreiheit hängen die dazugehörigen Aussagen in jeweils ähnlichem Ausmaß mit der Dimension II zusammen, sodass in den Einstellungen der Thüringer_innen die Kritik am politischen Führungspersonal nicht von der Kritik an dem bestehenden Institutionengefüge der liberalen, repräsentativen Demokratie getrennt ist. Die Demokratiekritik ist zwar nicht vollständig entkoppelt vom erweiterten Ethnozentrismus, bildet aber gleichwohl eine eigenständige Bewertungsdimension. Damit wird deutlich, dass Kritik an der etablierten repräsentativen Demokratie oft verbunden ist mit antipluralistischen, rechtspopulistischen Gesellschaftsvorstellungen, jedoch auch unabhängig davon auftreten kann. Der politisch organisierte Rechtspopulismus in Thüringen kann damit entweder an die ethnozentrischen (*Rechtspopulismus*) oder die demokratiekritischen (*Rechtspopulismus*) oder an beide Arten von Einstellungen (*Rechtspopulismus*) der Thüringer_innen anknüpfen und durch deren Artikulation politische Unterstützung generieren. Die Verbindung zwischen Demokratiekritik und (erweiterten) ethnozentrischen Einstellungen ist vorrangig durch eine negative Einschätzung

⁴⁷ Eine Faktorladung von 0 bedeutet keinen Zusammenhang mit der jeweiligen Dimension, eine Faktorladung von +1 (-1) bedeutet, dass die Zustimmung zu der jeweiligen Aussage exakt im selben Ausmaß ansteigt (sinkt), je mehr die Zustimmung zu den übrigen Aussagen ansteigt. Die realen Faktorladungen bewegen sich innerhalb dieses Bereichs von -1 zu +1. In der Praxis werden vor allem Faktorladungen mit einem Betrag größer als .3 berücksichtigt, wobei es für die Identifikation der Dimensionen vor allem darauf ankommt, dass jede Aussage möglichst nur einer Dimension zugeordnet werden kann, d.h. dass sie nur zu einer Dimension eine sehr hohe Faktorladung besitzt. Hier werden nur die Faktorladungen für die Dimension numerisch berichtet, mit der die Aussagen am stärksten zusammenhängen. Daneben werden Faktorladungen zu weiteren Einstellungsdimensionen (sog. Nebenladungen) nur dann mittels eines Vorzeichens angegeben, wenn sie den Schwellenwert +/- .3 über- bzw. unterschreiten und damit von statistischer Relevanz sind.

von Flucht und Migration sowie Überfremdungswahrnehmungen (vgl. Kapitel IV.5) hergestellt, die die Demokratiekritik verstärken. Dieser Nexus wird vermutlich durch die Wahrnehmung hervorgerufen, dass der Staat durch eine unkontrollierte Zuwanderung die Lebensbedingungen in Deutschland verschlechtert habe bzw. aufs Spiel setze.

Die von Dimension I und II unabhängige Dimension III umfasst die positive Bezugnahme auf den historischen Nationalsozialismus, die Ablehnung der Demokratie als Idee, die Befürwortung einer nationalen Diktatur sowie die Gewaltbereitschaft. Bei Dimension III handelt es sich um die im engeren Sinne *politischen* Ordnungsvorstellungen des Neo-Nationalsozialismus, allerdings bestehen zusätzlich erwähnenswerte Querverbindungen zu sozialdarwinistischen Überzeugungen und der Demokratieunzufriedenheit, die häufig mit verstärkten neo-nationalsozialistischen Einstellungen kombiniert sind.

In Bezug auf das Verhältnis zwischen Rechtspopulismus und -rechtsextremismus zeigt sich, dass die Übergänge zwischen beiden auch in den Einstellungen der Thüringer_innen *fließend* sind. So können sich im (erweiterten) Ethnozentrismus fremdenfeindliche und chauvinistische Einstellungen mit sozialdarwinistischen, antisemitischen und rassistischen Ideologeelementen des Neo-Nationalsozialismus verbinden. Diese „Wahlverwandtschaft“ beruht auf demselben anti-pluralistischen Wunsch nach homogenen Gesellschaften. Es ist jedoch hervorzuheben, dass der neo-nationalsozialistisch grundierte Sozialdarwinismus und insbesondere Antisemitismus sowie Rassismus nichtsdestotrotz deutlich weniger Zustimmung in der Thüringer Bevölkerung finden als die übrigen fremdenfeindlichen und chauvinistisch-nationalistischen Einstellungen (Abb. 77). Weiterhin ist festzuhalten, dass die demokratiekritische Facette des Populismus nur sehr schwach mit ausgrenzenden Einstellungen verbunden ist und dass die neo-nationalsozialistisch grundierte Gewaltbereitschaft und Ablehnung der Demokratie weder notwendiger Bestandteil der ethnozentrisch-ausgrenzenden noch der demokratiekritischen Einstellungen der Thüringer_innen sind. Ethnozentrisch bzw. nativistisch ausgrenzende Einstellungen treten also sowohl im Verbund mit Demokratiekritik als auch mit Demokratiezufriedenheit auf und sie verbinden sich ebenso mit der Befürwortung von nationaler Diktatur und Gewalt als auch mit der Unterstützung der Demokratie an sich und der Ablehnung von Gewalt. *Grosso modo* fügen die Thüringer_innen diese drei Dimensionen offensichtlich nicht zu einem kohärenten Einstellungssyndrom zusammen.

Der Rechtsextremismus im Sinne der Konsensdefinition ist auch im Jahre 2018 weiterhin durch Zweidimensionalität geprägt – Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus. Dass diese beiden Facetten in der vorliegenden Analyse nicht in gleichem Maße strukturprägend waren, ist darin begründet, dass z.B. die Affirmation des historischen Nationalsozialismus enger mit Demokratieablehnung und Gewaltbereitschaft verbunden ist. Hingegen stehen sozialdarwinistische und antisemitische Einstellungen in engerer Verbindung mit (ethnozentrischer) Fremdenfeindlichkeit und Chauvinismus als mit der grundsätzlichen Haltung zu Demokratie und Gewalt. Demokratieablehnung und Gewaltbereitschaft sind jedoch kein Bestandteil der Rechtsextremismusskala des THÜRINGEN-MONITORS; bei einem Ausschluss dieser Variablen aus der Analyse ist die zweidimensionale Struktur des Rechtsextremismus folglich deutlicher zu erkennen. Die gemeinsame Analyse von rechtspopulistischen und rechtsextremen Einstellungen zeigt allerdings, dass die Ethnozentrismusskala des THÜRINGEN-MONITORS einen Kernbestandteil des Rechtspopulismus erfasst.

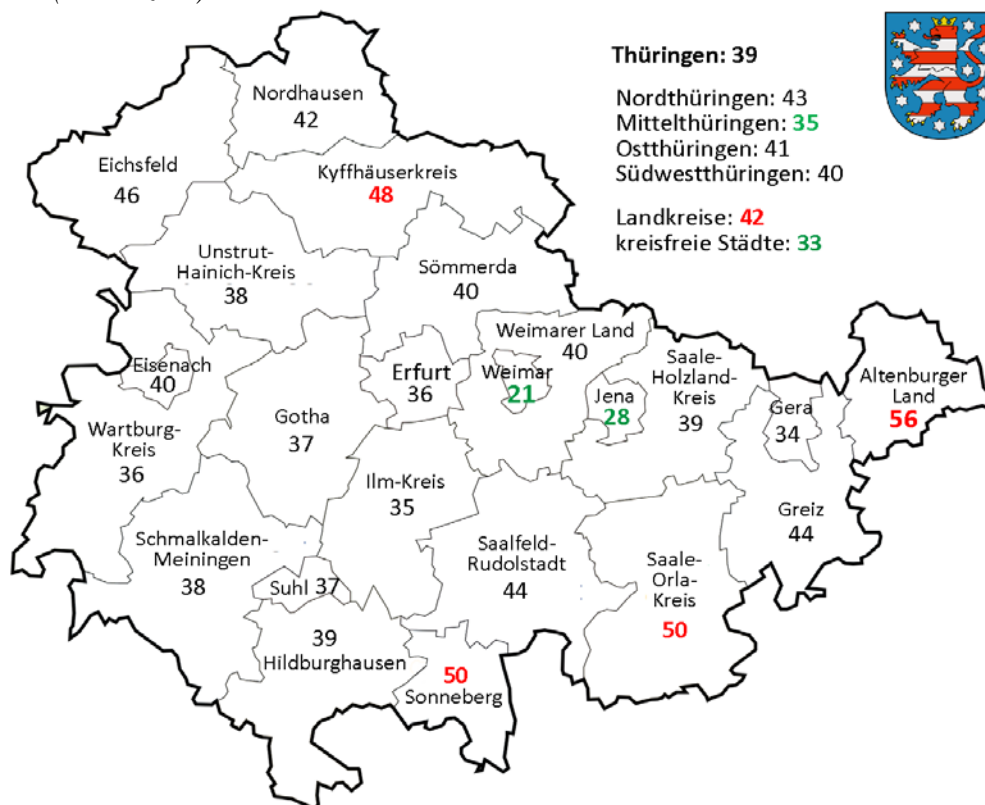
Bezüge des Rechtsextremismus zu Heimat und Identität

Das Schwerpunktthema „Heimat“ des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS besitzt vielfältige Anknüpfungspunkte zum Themenfeld Rechtsextremismus/-populismus. Wie in Kapitel III.1 dargelegt, können sich die Identifikation mit Regionen und sozialen Großgruppen sowie die Zugehörigkeitskriterien, die für diese Heimat(en) geltend gemacht werden,

verstärkend auf ausgrenzende, ethnozentrische Einstellungen auswirken (vgl. auch Kapitel IV.5). Insbesondere je mehr Kriterien wie ähnliche Herkunft, Sprache, Traditionen und Lebensweisen an die Zugehörigkeit geknüpft werden, desto eher ist „Heimat“ durch die Wahrnehmung eines starken, auf Homogenität beruhenden Zusammenhalts geprägt, die mit einer stärkeren Abwehr nach außen, gegenüber „fremden“ Personen und „fremdem“ Einfluss einhergehen. Die Beurteilung der Situation der Ostdeutschen erwies sich bereits in früheren THÜRINGEN-MONITOREN als eine der wirkmächtigsten Variablen, die ethnozentrische Einstellungen verstärken. Es muss also nicht allein die individuelle Situation sein, die ethnozentrische und rechtsextreme Einstellungen verstärkt, sondern es kann auch die wahrgenommene Benachteiligung der regional und sozial definierten Eigengruppe (z.B. der Ostdeutschen) bzw. die empfundene Bedrohung der Heimat (z.B. Thüringens oder einer Region in Thüringen) sein.

In diesem Zusammenhang gewinnt die Frage nach regionalen Differenzierungen an Relevanz. Abb. 80 fasst die Befragten der THÜRINGEN-MONITORE 2012–2018 zusammen, um Aussagen mit größerer regionaler Tiefenschärfe treffen zu können, und zeigt, dass der Ethnozentrismus in Thüringen regional ungleich verteilt ist (vgl. Best et al. 2017). Insbesondere die unterdurchschnittliche Unterstützung für den Ethnozentrismus in den größeren Städten und die stärkere Unterstützung in vielen eher ländlich geprägten Regionen sind auffällig. Dieser Unterschied besitzt vielfältige Ursachen, so z.B. die unterschiedliche Zusammensetzung der jeweiligen Bevölkerung (Gruppenkomposition, vgl. Kapitel III.2) mit geringerem Durchschnittsalter, höherem Bildungsniveau und niedrigeren Anteilen subjektiv Deprivierter in den Städten – dies sind Individualmerkmale, die im THÜRINGEN-MONITOR als Hemmfaktoren ethnozentrischer Einstellungen identifiziert wurden (vgl. TM 2017: 156).

Abb. 80: Anteile ethnozentrisch eingestellter Befragter (THÜRINGEN-MONITORE 2012–2018) nach Kreisen (in Prozent)

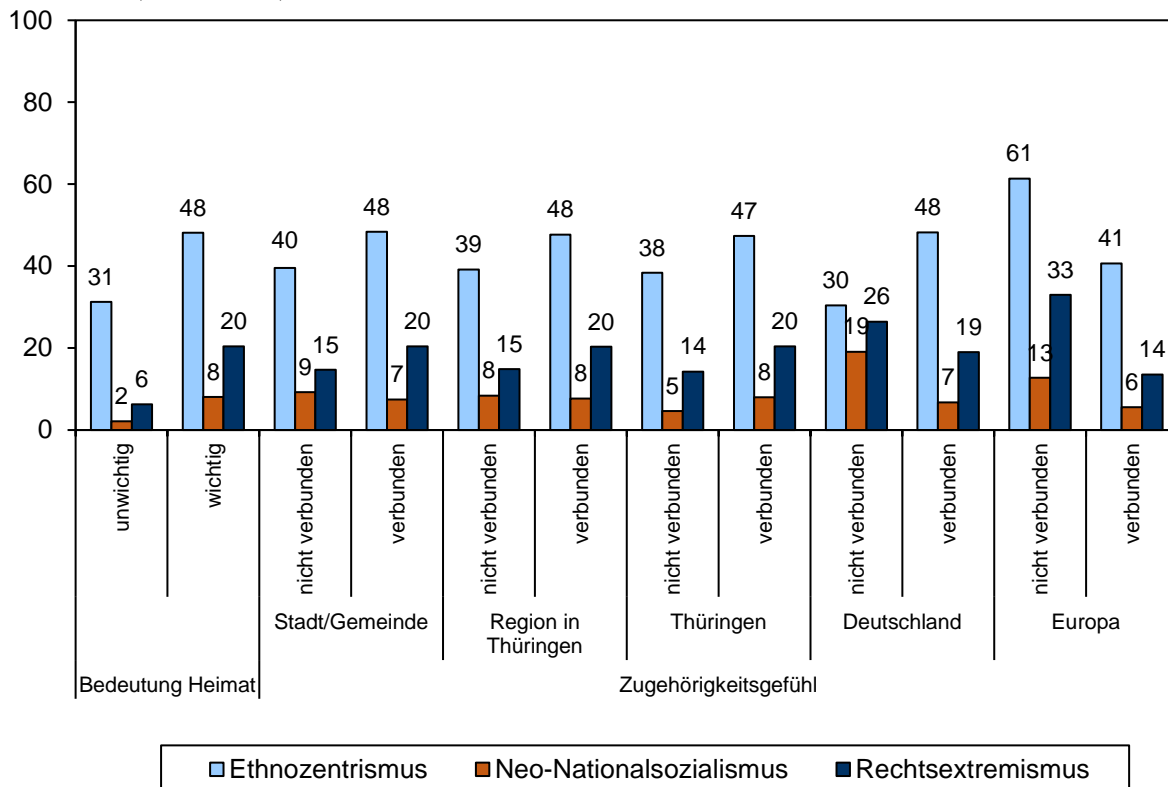


Anmerkung: Eine grüne Markierung bedeutet, der Anteilswert liegt statistisch signifikant (also „nachweisbar“) unter dem Anteilswert für ganz Thüringen; eine rote Markierung bedeutet, der Mittelwert liegt statistisch signifikant (also „nachweisbar“) über dem Anteilswert für ganz Thüringen (Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0,05$).

In Bezug auf das Schwerpunktthema Heimat und die Ergebnisse aus Kapitel III ist es weiterhin plausibel, dass das Zusammengehörigkeitsgefühl durch die größere persönliche Vertrautheit, geringere Mobilität und höhere Interaktionsdichte in ländlichen Regionen erhöht ist und mit mehr Konformitätsdruck nach innen und entsprechend stärkerer Abgrenzung nach außen einhergeht. Allerdings fühlen sich Thüringer_innen aus ländlichen Regionen und aus den kreisfreien Städten nahezu gleichstark mit der eigenen Gemeinde/Stadt, Thüringer Region, Thüringen aber auch Deutschland und Europa verbunden. Lediglich die Bedeutung von Heimat gewichten die Befragten aus ländlichen Regionen etwas höher und sie fühlen sich – vor die Entscheidung gestellt – etwas häufiger in erster Linie als Deutsche und etwas weniger als Europäer_innen. Auch halten die Befragten in den Landkreisen keinesfalls mehr Zugehörigkeitskriterien als (sehr) wichtig dafür, Thüringer_in zu sein.

Dass Gefühl der Zugehörigkeit zu regional und sozial definierten Gruppen unterscheidet sich also kaum zwischen ländlichen Regionen und größeren Städten und kann somit keine Erklärung für die regionalen Unterschiede in der Verbreitung des Ethnozentrismus sein. Ungeachtet dessen geht das individuell verschiedene Zugehörigkeits- und Heimatgefühl durchaus mit unterschiedlichen Graden an rechtsextremen und verwandten Einstellungen einher (Abb. 81).

Abb. 81: Anteile ethnozentrisch, neo-nationalsozialistisch und rechtsextrem eingestellter Befragter nach Bedeutung von Heimat und Zugehörigkeitsgefühl (in Prozent)



So finden unter denjenigen, denen Heimat insgesamt sehr wichtig ist, alle Facetten rechtsextremer Einstellungen deutlich mehr Verbreitung. Ebenfalls gilt, dass der Ethnozentrismus höher ist, je mehr sich die Befragten mit ihrer Stadt/Gemeinde, ihrer Region in Thüringen, Thüringen insgesamt und Deutschland verbunden fühlen. Nur unter denjenigen, die sich (auch) als Europäer_innen sehen, ist der Ethnozentrismus geringer ausgeprägt als unter

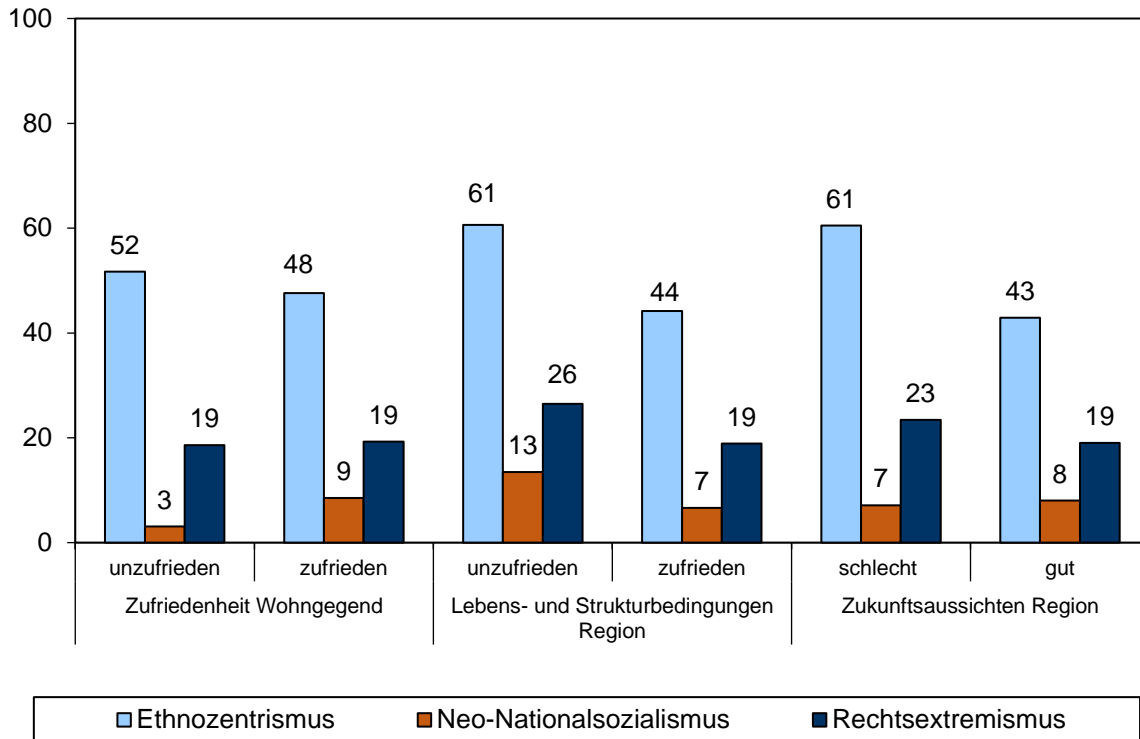
denjenigen, die sich mit Europa nicht verbunden fühlen. Bei der Verbreitung neo-nationalsozialistischer Einstellungen hingegen bewirkt nur das Ausmaß an Verbundenheit mit Deutschland und Europa einen, in Teilen allerdings unerwarteten Unterschied: eine geringere Identifikation mit Europa, aber auch mit Deutschland (!) geht mit größerer Nähe zum Neo-Nationalsozialismus einher. Vermutlich denken viele neo-nationalsozialistisch ideologisierte Befragte bei der Frage vor allem an die *bestehende* Bundesrepublik Deutschland, mit der sie sich seltener verbunden fühlen.

Auch die Anzahl an Kriterien, die in der Wahrnehmung der Befragten für die Zugehörigkeit zur Gruppe der Thüringer_innen relevant sind, steht mit allen Facetten des Rechtsextremismus in Verbindung: Die Zustimmung zu ethnozentrischen, neo-nationalsozialistischen und rechtsextremen Aussagen geht mit einer größeren Anzahl an Kriterien einher, die Personen erfüllen müssen, um als Thüringer_in zu gelten. Eine detaillierte Betrachtung zeigt, dass diejenigen mit Abstand am häufigsten ethnozentrisch und neo-nationalsozialistisch eingestellt sind, die die Erfüllung aller acht Kriterien (s. Kapitel III.1) fordern. Aber auch die (kleine) Gruppe derjenigen, die kein einziges der Kriterien für relevant halten, weisen den zweithöchsten Anteil ethnozentrischer Einstellungen auf. Es ist nicht unplausibel anzunehmen, dass das Fehlen jeglicher Kriterien der Zugehörigkeit bei dieser Gruppe einen besonders *geringen* Grad an sozialer Integration in Thüringen ausdrückt, der durch die Abwertung anderer Gruppen kompensiert werden soll.

Neben der Identifikation mit einer Region oder Großgruppe kann aber auch die Wahrnehmung, in einer benachteiligten Region zu wohnen, eine Rolle für die Erklärung individueller und regionaler Unterschiede im Ethnozentrismus spielen. Eine benachteiligte oder auch abgehängte Region weist im Vergleich, z.B. zum Landesdurchschnitt in Thüringen, ungünstigere ökonomische, kulturelle und demografische Strukturbedingungen auf oder entwickelt sich in diese Richtung. Zu diesen Bedingungen zählen Abwanderung und damit einhergehende Überalterung, geringe Wirtschaftskraft, hohe Verschuldung, veraltete oder ungenügende Infrastruktur, mangelnde Ausstattung mit Ärzten, Bildung, kulturellen Angeboten, weite Behördenwege etc. Entscheidend ist, dass es sich dabei nicht um individuelle Probleme handelt, sondern um solche, die in der Wahrnehmung der Thüringer_innen ihre Region als lebenswerte Heimat bedrohen und die im Vergleich zu anderen Regionen als benachteiligend erlebt werden. Dieses Gefühl kollektiver Deprivation kann dann Ausgrenzungs- und Abwertungsprozesse gegenüber anderen Gruppen verstärken, wie bereits an der Ostdeprivation als ein weiterer Fall kollektiver Deprivation erkennbar ist (z.B. TM 2017: 156). Da die Regionen innerhalb Thüringens einen wichtigen Bestandteil heimatlicher Zugehörigkeit der Thüringer_innen ausmachen (s. Kapitel III.1), ist es plausibel anzunehmen, dass auch die Wahrnehmung und Bewertung der eigenen Region eine Rolle bei der Entstehung ethnozentrischer und rechtsextremer Einstellungen spielt. In Kapitel III.2 wurde bereits berichtet, dass Befragte aus Landkreisen die Berufsaussichten, Bildungsangebote, Freizeit- und Kulturangebote sowie Umweltbedingungen in ihrer Region als schlechter einschätzen als Befragte in kreisfreien Städten – nur bei der hochgradig generalisierten Einschätzung der Lebensbedingungen zeigten sich keine Unterschiede. Ein Vergleich der diese fünf Kriterien zusammenfassenden Bewertung der Struktur- und Lebensbedingungen (Abb. 37 in Kapitel III.2) mit der regionalen Verteilungen ethnozentrischer Einstellungen (Abb. 80) zeigt, dass mit Weimar und Jena zwei der drei Landkreise mit einem *unterdurchschnittlichen* Anteil an Ethnozentriker_innen überdurchschnittlich zufrieden sind, während zwei der vier Landkreise mit einem *überdurchschnittlichen* Anteil an Ethnozentriker_innen eine unterdurchschnittliche Zufriedenheit mit den Struktur- und Lebensbedingungen besaßen. Auch die Gegenüberstellung des regionalen Ausmaßes an Ethnozentrismus mit der mehrere

Aspekte umfassenden Zufriedenheit mit der Infrastrukturausstattung der eigenen Wohngegend (Abb. 50 in Kapitel III.3) zeigt, dass mit Ausnahme von Hildburghausen in allen Landkreisen, in denen die Bevölkerung signifikant unzufriedener mit ihrer Wohngegend ist, zugleich überdurchschnittlich viele Befragte ethnozentrische Einstellungen teilen. Differenzieren wir nicht nach den einzelnen Landkreisen, sondern betrachten wir die Thüringer_innen insgesamt, ergibt sich ein ähnliches Bild (Abb. 82).

Abb. 82: Ethnozentrismus, Neo-Nationalsozialismus und Rechtsextremismus nach Einschätzung der eigenen Region und Wohngegend⁴⁸
(in Prozent)



Insbesondere Thüringer_innen, die unzufrieden mit den Lebens- und Strukturbedingungen in ihrer Region sind, zeigen eine deutlich höhere Affinität zum Ethnozentrismus. Zugleich ist aber auch ihre Unterstützung für neo-nationalsozialistische – und im Ergebnis für die rechtsextremen Einstellungen insgesamt – deutlich größer als unter Befragten, die ihre Region positiver wahrnehmen. Gute Zukunftsaussichten für die Region verringern die Unterstützung ethnozentrischer Einstellungen, jedoch unterscheidet sich die Zustimmung zu neo-nationalsozialistischen Aussagen nicht zwischen denjenigen, die für ihre Region eine positive zukünftige Entwicklung erwarten und denjenigen, die eher besorgt in die Zukunft blicken. Dieser Befund für die Bewertung der Heimatregion spiegelt bei den *kollektiven* Zukunftsaussichten das aus früheren THÜRINGEN-MONITOREN bekannte Muster wider, dass negative *individuelle* Zukunftsaussichten zwar mit höherem Ethnozentrismus, nicht aber mit höherem Neo-Nationalsozialismus einhergehen (vgl. TM 2017: 156). Die Bewertung der eigenen Wohngegend wirkt sich nicht auf die Zustimmung zu ethnozentrischen und rechts-

⁴⁸ Die Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten in der Wohngegend sowie die Zufriedenheit mit Lebens- und Strukturbedingungen in der Region werden an dieser Stelle jeweils mit einem Mittelwertindex gemessen, der die einzelnen in Kapitel III.2 und Kapitel III.3 detailliert untersuchten Aussagen zusammenfasst.

extremen Aussagen insgesamt aus, jedoch zeigt sich der überraschende Befund, dass die Affinität zum Neo-Nationalsozialismus bei Befragten erhöht ist, die zufriedener mit der Infrastrukturausstattung ihrer Wohngegend sind. Allerdings sind diese Zusammenhänge durch eine Reihe von Drittvariablen, insbesondere die Identifikation mit der Region, beeinflusst. Wird der Einfluss dieser Drittvariablen kontrolliert, besitzt die Zufriedenheit mit den Lebens- und Strukturbedingungen und Zukunftsaussichten der Region keine eigenständige Wirkung mehr – der Effekt der Wohngegend *verstärkt* sich hingegen (s. nächster Abschnitt).

Bedingungsfaktoren rechtsextremer Einstellungen

Mit dem Schwerpunktthema „Heimat“, insbesondere der Frage nach den Identitätskonzepten und Zusammengehörigkeitsgefühlen sowie der Frage nach Wahrnehmung und Beurteilung von Region als Heimat, sind zwei potentiell relevante Erklärungsfaktoren für den einstellungsmäßigen Rechtsextremismus und seine beiden Unterdimensionen angesprochen. In der Diskussion um die Entstehung des Rechtspopulismus, dessen Kernbestandteil wir zu großen Teilen mit der Ethnozentrismusskala erfassen, wird regelmäßig zwischen ökonomischen und kulturellen Erklärungsansätzen unterschieden (Lengfeld/Dilger 2018). Ökonomische Erklärungsansätze wie die Modernisierungsverliererthese (s.u.) stellen reale und wahrgenommene ökonomische Einbußen, Unsicherheiten und Benachteiligungen in den Vordergrund der Erklärung. Kulturelle Erklärungsansätze gehen hingegen davon aus, dass rechtspopulistische Einstellungen (und resultierendes Wahlverhalten) besonders bei Personen zu finden sind, die einen Verlust sozialer Homogenität, traditionaler Lebensführungsmodelle, kollektiver Identität und Zusammengehörigkeit befürchten, *ohne* dass sie selbst ökonomisch benachteiligt sein müssen. Ergänzend dazu ist die Wahrnehmung und Artikulation von Zusammengehörigkeit zwar eine individuelle Eigenschaft, bezieht sich aber auf eine als bedeutsam für das eigene Leben betrachtete sozial und räumlich definierte Großgruppe – Heimat(en). Entsprechend müssen Personen sich nicht individuell ökonomisch benachteiligt fühlen oder um ihren individuellen Status besorgt sein. Bereits das Gefühl der Benachteiligung oder Bedrohung der Homogenität und Integration dieser Großgruppe kann die Ausbildung ethnozentrischer und rechtsextremer Einstellungen zur Abwehr des als bedrohlich empfundenen „fremden“ Einflusses unterstützen (Elchardus/Spruyt 2014).

Um zu unterscheiden, welchen Einfluss kulturelle und ökonomische, individuelle und kollektive Erklärungsansätze besitzen, ist eine gleichzeitige Analyse der genannten Einflüsse unter Einbezug der bisher im THÜRINGEN-MONITOR regelmäßig untersuchten Bedingungsfaktoren notwendig. Neben den sozialstrukturellen Faktoren Alter und Geschlecht werden Einkommen, Bildungsabschluss, Art der Berufstätigkeit, Arbeitslosigkeit bzw. die wahrgenommene Arbeitsplatzsicherheit als Messung der ökonomischen Situation und damit der Modernisierungsverliererthese angesehen (Rydgren 2007; Ivarsflaten 2005). Die Annahme ist hier, dass im Zuge von Europäisierung und Globalisierung unterdurchschnittlich mit Ressourcen ausgestattete Thüringer_innen eine Verschärfung ihrer ökonomischen Situation und eine Entwertung ihrer Qualifikationen erfahren haben. Auch erlaube ihnen ihre unterdurchschnittliche Ressourcenausstattung nicht, die Flexibilitäts- und Mobilitätsanforderungen als Chance zu nutzen, vielmehr werden jene als Bedrohung von im nationalen Rahmen erlernten Verhaltensweisen und Qualifikationen angesehen. Zugleich sei diese Personengruppe aufgrund ihrer unterdurchschnittlichen Qualifikation und ihrer stärkeren Abhängigkeit von wohlfahrtstaatlichen Transferleistungen stärker durch die Zuwanderung von ebenfalls gering qualifizierten Arbeitskräften bedroht. Die Unterstützung ethnozentrischer und rechtsextre-

mer Einstellungen, so die Modernisierungsverliererthese, wird folglich durch den Wunsch einer Konkurrenzmindering durch Zuwanderungsbeschränkung und einer Wiederherstellung nationaler und damit vergleichsweise überschaubarer und berechenbarer Verhältnisse hervorgerufen.

Allerdings ist – nicht zuletzt aus früheren THÜRINGEN-MONITOREN – bekannt, dass sich solche objektiven Lebenslagen selten direkt, sondern immer vermittelt über (unterschiedliche) Wahrnehmungen und Beurteilungsmaßstäbe dieser Lebenslagen in Einstellungen übersetzen (vgl. TM 2017: 157). Als relevant für die Erklärung rechtsextremer Einstellungen hat sich die Wahrnehmung der eigenen sozialen Lage im Vergleich zu anderen Gruppen erwiesen (z.B. TM 2016: 104). Aus einem negativ bilanzierten Vergleich zu anderen Personen oder Gruppen folgt Unzufriedenheit, die zu Feindseligkeit gegenüber den als privilegiert empfundenen Gruppen führen kann oder die Ausgrenzung und Abwertung anderer Gruppen begünstigt, weil damit das eigene Selbstwertgefühl aufrechterhalten werden kann (Klein et al. 2008). Die Wahrnehmung der sozialen Lage kann sich dabei auf unterschiedliche Referenzpunkte beziehen. Den Vergleich der aktuellen eigenen Position im Vergleich zu anderen Personen und Gruppen der Gesellschaft kennzeichnet die individuelle subjektive Deprivation, die mit der Frage erfasst wird, ob man das Gefühl hat, den gerechten Anteil (bzw. mehr) an der Gesellschaft zu erhalten oder ob man weniger erhält. Während die subjektive Deprivation auf die aktuelle eigene Situation bezogen ist, basiert die Statusverlustangst („Abstiegsangst“) auf einem negativ ausfallenden Vergleich zwischen der aktuellen Situation und der antizipierten Zukunft (Redersdorff/Guimond 2006), die im THÜRINGEN-MONITOR durch die Zustimmung zur Aussage „Es macht mir Sorgen, durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten“ gemessen wird.

Gefühle relativer Deprivation können ebenso durch die Wahrnehmung der Benachteiligung einer für die eigene Identität zentralen Gruppe ausgelöst werden. Für Thüringen hat sich dabei wiederholt die Wahrnehmung einer Benachteiligung der Ostdeutschen als zentrale Ursache für rechtsextreme Einstellungen erwiesen (Ostdeprivation; TM 2016: 2014). Sie wird gemessen über die Wahrnehmung einer negativen Einheitsbilanz („Einheit hat für mich persönlich mehr Nach- als Vorteile gebracht“) und der empfundenen Abwertung des ostdeutschen Bevölkerungsteils durch den westdeutschen („Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse“). Ergänzend werden die Wahrnehmung der Lebens- und Strukturbedingungen in der eigenen Region und der eigenen Wohnumgebung als Messung der aktuellen *kollektiven* Deprivation und die vermuteten Zukunftsaussichten für die eigene Region als *kollektive* Statusverlustangst in die Analyse einbezogen (zur Zukunftsprognose für die Region vgl. Kapitel III.2).

Zur Beantwortung der Frage, welchen Einfluss die kulturell geprägte Befürchtung eines Verlusts der sozial und räumlich definierten Heimat bzw. Identität im Vergleich zu individuellen ökonomischen Problemen und zur individuellen sowie kollektiven Deprivation besitzen, werden die Bedeutung von Heimat, die Zugehörigkeit zur eigenen Gemeinde/Stadt, Region in Thüringen, Thüringen, Deutschland und Europa als Prädiktoren in die Regressionsmodelle eingefügt. Auch die Anzahl der Kriterien, die eine Person aus Sicht der Befragten zu einem *r* Thüringer_in machen, wird untersucht (vgl. Kapitel III.1). Dies beruht auf der bereits in den bisherigen Analysen bestätigten Vermutung, dass eine höhere Anzahl an Kriterien bedeutet, dass die Thüringer_innen als eine homogene, exklusive Gemeinschaft wahrgenommen werden. Eine ethnozentrische Abwertung erscheint folglich als eine attraktive Abwehrstrategie gegen „Bedrohungen“ dieser Homogenität.

Probleme kultureller Identität, aber auch Deprivationserfahrungen sind gesellschaftliche Zustände, die zwar in unterschiedlichem Ausmaß aber doch grundsätzlich einer politischen Bearbeitung zugänglich sind. Wird der Politik und den etablierten politischen Akteur_innen nicht zugetraut, die kulturelle Identität zu schützen oder Benachteiligung und ökonomische Missverhältnisse abzubauen, ist Ausgrenzung und Abwertung von Fremdgruppen ein mögliches Mittel zur Aufrechterhaltung des eigenen Selbstwertgefühls und zur (vermeintlichen) Wiedergewinnung von Handlungsfähigkeit. Die Distanz zur bestehenden Demokratie hat sich deshalb bereits wiederholt als wichtige Ursache für rechtsextreme Einstellungen erwiesen (TM 2012: 91, TM 2015: 95, TM 2016: 103). Im THÜRINGEN-MONITOR wird Distanz als fehlende Unterstützung der Demokratie in Deutschland und Thüringen erfasst. Dazu zählen das Gefühl, dass die Meinungen und Interessen der Bevölkerung im politischen Prozess keine Rolle spielen („Leute wie ich haben doch so oder so keinen großen Einfluss darauf, was die Regierung tut“), fehlendes Vertrauen in die politischen Institutionen von Bundes- und Landesregierung (vgl. Kapitel IV.1), die Frage nach der Zufriedenheit mit der bestehenden Demokratie in Deutschland und die Einschätzung, dass die Demokratie die beste aller Staatsideen ist. Distanz gegenüber der Demokratie bedeutet jedoch auch die fehlende Bereitschaft, die eigenen Interessen aktiv in die Politik einzubringen, weil man sich entweder für nicht kompetent hält oder die Aussichten auf Erfolg als gering einschätzt. Besteht indessen politische Partizipationsbereitschaft (Bereitschaft, sich an Politiker_innen zu wenden, an Unterschriftensammlungen oder genehmigten Demonstrationen teilzunehmen, in Parteien oder Bürgerinitiativen mitzuarbeiten), kann eine geringere Anfälligkeit für rechtsextreme Einstellungen vermutet werden.

Als zentraler Erklärungsfaktor für rechtsextreme und insbesondere ethnozentrische Einstellungen hat sich in bisherigen THÜRINGEN-MONITOREN (z.B. TM 2012: 91 f.; TM 2016: 104) und weiteren Studien (z.B. Ekehammar et al. 2004) eine autoritäre Persönlichkeitsstruktur erwiesen. Autoritarismus als Persönlichkeitsmerkmal umfasst die Bereitschaft zur Unterordnung bzw. Selbstunterwerfung (Konformität) unter Personen, Gruppen oder sogar abstrakte Ideen und die Forderung nach Gehorsam, beispielsweise in Erziehungskontexten, bis hin zur Aggression gegen jene, die diesen Gehorsam verweigern oder in sonstiger Form als Abweichende wahrgenommen werden. Im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR wird Autoritarismus mit der Zustimmung zu den Aussagen „In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand“ (autoritäre Unterwerfung) und „Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen“ (autoritärer Gehorsam) erfasst. Als Ergänzung zum Autoritarismus, der auf die Binnenverhältnisse innerhalb der Eigengruppe zielt, erwies sich im letztjährigen THÜRINGEN-MONITOR die soziale Dominanzorientierung als einflussreich, die auf das Außenverhältnis zwischen sozialen Gruppen bezogen ist (vgl. TM 2017: 129 ff.). Die Wahrnehmung, dass Wettbewerb zwischen gesellschaftlichen Gruppen notwendig ist und eine Hierarchie der Gruppen erzeugt, kann das Gefühl verstärken, sich durch Abwertung und Ausgrenzung gegen Andere und andere Gruppen durchsetzen zu müssen (Duckitt 2001). Die soziale Dominanzorientierung wird anhand der Zustimmung zu den beiden Aussagen „Manche Gruppen von Menschen sind anderen einfach überlegen“ und „Um im Leben voranzukommen, muss man sich über andere hinwegsetzen“ gemessen.

Abb. 83: Einflussfaktoren rechtsextremer Einstellungen 2018
(Multivariate lineare Regressionen⁴⁹)

Einflussfaktoren	Rechts- extremismus	Ethno- zentrismus	Neo-National- sozialismus
Geschlecht: weiblich	0 n.s.	0 n.s.	-0,03 n.s.
Alter: höher	0,09**	0,09***	0,06 n.s.
Bildung: Abitur und höher	-0,01 n.s.	-0,03 n.s.	0,02 n.s.
Nettoäquivalenzeinkommen ⁵⁰ : höher	-0,01 n.s.	0,05 n.s.	-0,08*
Art der Berufstätigkeit: höhere	0,01 n.s.	0,01 n.s.	-0,01 n.s.
Arbeitslos: ja	-0,1***	-0,07**	-0,14***
Arbeitsplatz gefährdet: ja	-0,05 n.s.	-0,11***	0,07*
Individuelle Deprivation: höher	0,05 n.s.	0,13***	0,04 n.s.
Statusverlustangst: höher	0,12***	0,04 n.s.	0,19***
Ostdeprivation: negative Einheitsbewertung + „Ostdeutsche = Menschen 2. Klasse“: ja	0,09***	0,11***	0,11***
Ost-Diskriminierungserfahrung: ja	-0,05 n.s.	-0,08**	-0,02 n.s.
Demokratieunterstützung: höher	-0,25***	-0,24***	-0,16***
Politische Partizipation: höher	-0,03 n.s.	-0,01 n.s.	-0,06 n.s.
Persönl. Autoritarismus: höher	0,28***	0,38***	0,11**
Soziale Dominanzorientierung: höher	0,23***	0,14***	0,26***
Zufriedenheit m. Infrastruktur in der Wohngegend: höher	0,09**	0,07*	0,13***
Zufriedenheit m. Lebens- und Strukturbedingungen in der Region: höher	0 n.s.	-0,03 n.s.	0,03 n.s.
Zukunftsaussichten der Region: (sehr) gut	0,03 n.s.	0,03 n.s.	0,04 n.s.
Bedeutung von Heimat: (sehr) wichtig	0,04 n.s.	0,05 n.s.	0,01 n.s.
Verbundenheit mit ... : höher	Stadt/Gemeinde	-0,05 n.s.	0,02 n.s.
	Region in Thüringen	0,03 n.s.	0,04 n.s.
	Thüringen	-0,06*	-0,07*
	Deutschland	0,15***	0,16***
Europa	-0,15***	-0,14***	-0,1**
Zugehörigkeitskriterien als Thüringer_in: mehr	0,14***	0,09**	0,16***
R ² (Anteil erklärter Varianz)	0,595***	0,576***	0,439***
Fallzahl n	668	707	673

Positives Vorzeichen: erhöht Zustimmung / Einstellungen	Negatives Vorzeichen senkt Zustimmung / Einstellungen	Weißer Felder: nicht signifikant (n.s.)
--	--	--

Auch 2018 erweisen sich die meisten der bereits in den früheren THÜRINGEN-MONITOREN identifizierten Einflussfaktoren als wirksam und erklären gemeinsam fast 60 Prozent der beobachteten rechtsextremen Einstellungen (Abb. 83). Die wichtigsten Erklärungsfaktoren für fast alle Dimensionen des Rechtsextremismus bilden nach wie vor die Persönlichkeitsmerkmale Autoritarismus und Soziale Dominanzorientierung – lediglich für die Erklärung des Neo-Nationalsozialismus besitzt der Autoritarismus kein besonders hohes Gewicht. Der, gemessen an seiner Einflussstärke, nächstwichtigste Einflussfaktor ist die Demokratie-

⁴⁹ OLS (Einschluss). Angegeben sind die standardisierten Regressionskoeffizienten Beta: *** höchst signifikante Ergebnisse mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.001$; ** hoch signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.01$; * signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.05$; n.s. nicht signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p > 0.05$.

⁵⁰ vgl. Kapitel II.

unterstützung, die sich als wirksamer Hemmfaktor zur Verringerung rechtsextremer Einstellungen erweist. Erstmals besitzt jedoch die in den bisherigen THÜRINGEN-MONITOREN stets als Hemmfaktor relevante Partizipationsbereitschaft in diesem Jahr keinen Einfluss auf den Rechtsextremismus und seine Dimensionen. Verantwortlich dafür ist ein Anstieg im (selbstberichteten) politischen Aktivitätsgrad rechtsextrem orientierter Thüringer_innen, der 2018 nun das – in den letzten Jahren verringerte Niveau – der übrigen Bevölkerung erreicht hat. Politische Partizipation (vgl. Kapitel IV.3) geht also nicht mehr (wie bisher) mit einer Distanz zu rechtsextremen Einstellungen einher.

Mit größerem Abstand folgen dann die als Einflussfaktor eingeführte Identifikation mit Europa und mit Deutschland. Während eine stärkere Identifikation mit Deutschland mit größerer Zustimmung zum Rechtsextremismus in all seinen Dimensionen einhergeht, verringert eine stärkere Identifikation mit Europa diese Zustimmung. Je exklusiver die Thüringer Identität verstanden wird, je mehr sie also durch eine Vielzahl von (teils nicht erwerb-baren) Eigenschaften definiert wird, desto größer fällt auch die Zustimmung zu allen Facetten des Rechtsextremismus aus. Die Identifikation mit Thüringen selbst besitzt im Gegensatz dazu eine (schwach) hemmende Wirkung auf den Ethnozentrismus und folglich auch auf den Rechtsextremismus insgesamt. Die Identifikation mit der eigenen Gemeinde oder Stadt besitzt gleichfalls eine, allerdings deutlich stärkere, hemmende Wirkung auf den Neo-Nationalsozialismus. Offensichtlich sind als Objekt der Identifikation insbesondere die *Nation* und als Modus insbesondere eine sehr umfassend und exklusiv definierte kollektive Identität anfällig für ethnozentrische Überhöhungen der Eigengruppe und Abwertung von Fremdgruppen. Die Identifikation mit einer Thüringer Region bzw. die Bedeutung von Heimat generell spielen hingegen keine Rolle bei der Ausbildung rechtsextremer Einstellungen.

Insgesamt unterstreichen diese Befunde den kulturellen bzw. identitätspolitischen Beitrag zur Entwicklung von Rechtsextremismus und, gemessen am Ethnozentrismus, zum Rechtspopulismus. Die Identifikation mit Deutschland beruht in der Wahrnehmung der Befragten dabei vermutlich darauf, dass es die Nation ist, die Recht, Normen und Werte nicht mit einem universalistischen Anspruch vertritt, sondern innerhalb eines sozialgeografisch begrenzten Rahmens definiert und gewährleistet. Europa hingegen steht in der Wahrnehmung der Befragten vermutlich (bisher noch) als Chiffre für die Auflösung des Nationalstaats und die Etablierung einer kulturell offenen, heterogeneren Gesellschaft mit postnationaler Identität, die insbesondere mit einer universalistischen Geltung von Menschenrechten und daraus abgeleiteten Ansprüchen einhergeht. Obgleich beide Identifikationen durchaus komplementär sind (vgl. Kapitel III.1), entfalten sie nichtdestotrotz eine gegensätzliche Wirkung auf den Rechtsextremismus. Je stärker die Identifikation mit Deutschland und je mehr kollektive Identität (hier: als Thüringer_in) als exklusiv verstanden wird, desto kulturell und sozial homogener – und damit vermutlich als desto integrierter – wird die Eigengruppe wahrgenommen. Zur Aufrechterhaltung dieser Integration und zur Abwehr von deren wahrgenommenen Bedrohungen kann auf ethnozentrisch aber auch neo-nationalsozialistisch basierte Abwertungen von Fremdgruppen und -einflüssen zurückgegriffen werden. Dieser kulturelle Einflussfaktor, dies sei betont, ist in der vorliegenden Analyse kontrolliert für eine Vielzahl an ökonomischen und sozialen Faktoren und wirkt deshalb unabhängig von diesen auf die Ausbildung rechtsextremer Einstellungen. Mit anderen Worten: die Wahrnehmung kollektiver Identität und die Abwehr ihrer Bedrohung durch den Rückgriff auf rechtsextreme und rechtspopulistische Haltungen ist *nicht* durch ökonomische oder soziale Benachteiligung zu erklären.

Vielmehr besitzen – wie bereits in früheren THÜRINGEN-MONITOREN wiederholt konstatiert (z.B. TM 2017: 157ff) – die objektiven Indikatoren der ökonomischen und sozialen Lage vergleichsweise geringen Einfluss auf die Ausbildung rechtsextremer Einstellungen. Nur ein höheres Alter verstärkt konsistent über alle Dimensionen hinweg rechtsextreme Einstellungen. Arbeitslos zu sein besaß hingegen in früheren THÜRINGEN-MONITOREN nicht immer eine und dann auch nur eine schwache und inkonsistente Wirkung auf rechtsextreme Einstellungen (TM 2016: 104). In diesem Jahr hingegen verringert Arbeitslosigkeit sogar konsistent alle Facetten rechtsextremer Einstellungen. Es kann vermutet werden, dass hier entweder Solidarisierungseffekte eine Rolle spielen oder dass die Abwehr ökonomischer Unsicherheit durch ethnozentrische Abgrenzung vorrangig ein Motiv derjenigen ist, die Arbeit besitzen. Mindestens jedoch zeigt die veränderte Wirkung von Arbeitslosigkeit, dass die Verbindung zwischen sozialer Lage und politischen Einstellungen offensichtlich Veränderungen unterliegt, die durch die politischen Auseinandersetzungen zwischen und innerhalb der Parteien um die Deutungsangebote für die Ursachen und Konsequenzen der eigenen sozialen Lage mitgestaltet werden. Ein höheres Einkommen verringert, wenn auch nur schwach, die Affinität zum Neo-Nationalsozialismus; ebenfalls ein Effekt, der sich im letzten Jahr noch anders darstellte (TM 2017: 156). Im Gegensatz zu den Vorjahren besitzt ein höherer Bildungsabschluss keinerlei Einfluss. War dieser Effekt bisher ohnehin schwach ausgeprägt, ist er nun unter Einbezug der Identifikation mit Europa, die unter formal höher gebildeten Thüringer_innen weiter verbreitet ist, vollends verschwunden. Es ist zu vermuten, dass eine (bisher noch) universalistisch und multikulturell ausgerichtete europäische Identität unter höher Gebildeten mehrheitlich als eine *Ergänzung*, nicht als ein *Ersatz* nationaler Identität fungiert.

Die Effekte der *subjektiven* Wahrnehmung der sozialen und ökonomischen Lage sind, an der Stärke ihres Einflusses bemessen, zwar über den *objektiven* ökonomischen und sozialstrukturellen Faktoren zu verorten, aber unter den persönlichkeitsbezogenen, politischen und kulturell-identitätsbezogenen Faktoren. Den wichtigsten und konsistentesten Effekt besitzt dabei die Ostdeprivation: Die subjektive Wahrnehmung, dass die (Eigen-)Gruppe der Ostdeutschen nach und durch die Wiedervereinigung benachteiligt wurde, verstärkt ethnozentrische, neo-nationalsozialistische und rechtsextreme Einstellungen. Unter Einbezug und Kontrolle aller in diesem Jahr neu aufgenommenen Einflussfaktoren zeigt sich auch ein Effekt der individuellen Diskriminierung als Ostdeutsche_r. Je häufiger Befragte eine solche Erfahrung gemacht haben, desto weniger ethnozentrisch sind sie. Also führt die Wahrnehmung kollektiver Ostdeprivation nicht zur Solidarisierung mit anderen deprivierten Gruppen, wie z.B. Migrant_innen, sondern zu Ethnozentrismus. Die Erfahrung jedoch, *selbst* aufgrund einer Gruppenzugehörigkeit benachteiligt worden zu sein, senkt die Zustimmung zu ethnozentrischen Aussagen. Ebenfalls von Bedeutung ist die Befürchtung, dass es einem selbst in Zukunft schlechter gehen wird, die sich fördernd auf den Neo-Nationalsozialismus, und damit vermittelt den Rechtsextremismus insgesamt, jedoch nicht auf den Ethnozentrismus auswirkt. Die Wahrnehmung der aktuellen individuellen Deprivation hingegen fördert allein den Ethnozentrismus. Ebenfalls von Bedeutung ist, dass die Wahrnehmung, sich in einer prekären Beschäftigungssituation zu befinden, die Affinität zu ethnozentrischen Einstellungen *verringert*, die zu neo-nationalsozialistischen jedoch erhöht. Weil der letztgenannte Effekt sehr schwach und nur knapp statistisch signifikant ist, können – gleichwie bei der tatsächlichen Arbeitslosigkeit – Solidarisierungseffekte vermutet werden oder dass die Gruppe der prekär Beschäftigten sich vorrangig in Berufen in Branchen finden, deren Prekarität durch eine ethnozentrische Abschottung noch verstärkt werden würde. Aufgrund der geringen Gruppengröße der nach eigener Einschätzung prekär Beschäftigten unter den Befragten kann diese Fragestellung allerdings nicht weiterverfolgt werden.

Im Gegensatz zur aktuellen, zur antizipierten zukünftigen individuellen Deprivation und zur kollektiven Deprivation als Ostdeutsche spielt die Beurteilung der aktuellen und zukünftigen Situation der eigenen Region keine Rolle für die Ausbildung rechtsextremer Einstellung und ihrer Unterdimensionen. Allerdings bleibt der bereits diskutierte – und überraschende – Befund bestehen, dass rechtsextreme Einstellungen häufiger bei Befragten zu finden sind, die besonders zufrieden mit den Bedingungen in ihrer Wohngegend sind. Es kann im Moment nur vermutet werden, dass in Wohngebieten, die als besonders lebenswert wahrgenommen werden, die Befürchtung einer zukünftigen Verschlechterung deutlicher ausgeprägt ist. Allerdings ist der Bezugspunkt in diesem Fall nicht die weiträumigere Region, um die sich Sorgen gemacht wird, sondern die stärker mit der individuellen Situation verbundene, nähräumliche Wohngegend.

Im Unterschied zu den Vorjahren ist im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR die Struktur der Erklärungsfaktoren, die sich auf subjektive Wahrnehmung von Deprivation beziehen, bei Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus ähnlicher und es haben sich auch einige bemerkenswerte Verschiebungen ergeben. So wirkt sich die Ostdeprivation in diesem Jahr – anders als in den beiden Vorjahren – auf alle Facetten des Rechtsextremismus aus. Die individuelle Deprivation hingegen erhöht ausschließlich den Ethnozentrismus, die Statusverlustangst vorrangig den Neo-Nationalsozialismus – im vergangenen Jahr verhielt es sich genau umgekehrt (TM 2017: 157) und in früheren Jahren wirkte sich Statusverlustangst auf beide Unterdimensionen des Rechtsextremismus aus (TM 2016: 104). Diese Verschiebungen unterstreichen noch einmal die fließenden Übergänge zwischen den beiden Unterdimensionen und damit auch von *rechtspopulistischen* und rechtsextremen Einstellungen.

5. Aussagen zu ethnischen, kulturellen und sozialen Gruppen, zu Asyl, Migration und Integration

Die anhaltenden deutschlandweiten Debatten über Asyl, Migration und Integration haben auch im Stimmungsbild der Thüringer Bevölkerung deutlich erkennbare Spuren hinterlassen. Im Rahmen unserer Untersuchungen 2016 und 2017 haben wir uns sehr ausführlich mit diesbezüglichen Einstellungsdifferenzialen und deren Erklärungsfaktoren beschäftigt (vgl. TM 2016: 33 ff.; TM 2017: 160 ff.). Ein zentraler, wiederkehrender Hauptbefund war, dass die Einstellungen der Befragten oftmals ambivalent waren, d.h. das sich positive und negative Urteile, Offenheit, Akzeptanz, Sorgen, Skepsis und Ablehnung miteinander verbanden oder nah beieinander lagen. Wir hatten deshalb von differenzierten Wahrnehmungen und „gemischten Gefühlen“ in der Bevölkerung gesprochen und darauf hingewiesen, dass gerade jene Ambivalenzen adressiert und thematisiert werden sollten, anstatt einer weiteren Zuspitzung der Debatte sowie stigmatisierenden Zuschreibungen (von allen Seiten) Vorschub zu leisten. Die starke Fokussierung auf die Themen Asyl, Migration und Integration im Politikbetrieb und in den öffentlichen Auseinandersetzungen gerade im Verlauf des letzten Jahres hat dazu geführt, dass andere wichtige gesellschaftliche Themen und Problemfelder bisweilen in den Hintergrund getreten sind und sich beunruhigende Polarisierungstendenzen verstärkt haben. Damit einhergehend sind in diesem Jahr teilweise signifikant veränderte Einstellungen und – bei bestimmten Aspekten – eine etwas stärkere Positionierung der Befragten des THÜRINGEN-MONITORS zu beobachten. Eine Übersicht zu den entsprechenden Zustimmungswerten und den Vergleichsdaten der Vorjahre bietet Abb. 84.

Auffällig ist zunächst der auf 58 Prozent angestiegene Anteil der Befragten, die der Aussage zustimmten: „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“ Die Zustimmung oder Ablehnung zu dieser Aussage wird im THÜRINGEN-MONITOR seit 2001 erfasst (Abb. 85). Der diesjährige Messwert ist der zweithöchste im gesamten Beobachtungszeitraum und unterscheidet sich statistisch nicht signifikant vom Anteil der Zustimmung 2005 (60 Prozent) und 2011 (56 Prozent). Leicht angestiegen ist außerdem der Anteil der Befragten, die der Aussage zustimmten: „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“ Hier stimmten 2018 mit 49 Prozent fast so viele Befragte zu wie zuletzt 2011 (53 Prozent) und genauso viele Befragte wie 2007. Der Anstieg der Zustimmung zur Aussage „Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen“ gegenüber dem Vorjahr um drei Prozentpunkte auf nunmehr 25 Prozent ist zwar nicht statistisch signifikant. Doch der gegenwärtige Messwert befindet sich damit wieder auf einem Niveau, das nur in der ersten Hälfte des letzten Jahrzehnts berichtet wurde (2001: 28 Prozent, 2002 und 2003: jeweils 25 Prozent). Insgesamt ist von einer **Wiederzunahme migrant_innenfeindlicher Einstellungen** in der Thüringer Bevölkerung auszugehen. Insofern sich diese ablehnenden Haltungen sich auf „die Ausländer“ beziehen, muss für Thüringen ein ähnliches Niveau wie in anderen ostdeutschen Bundesländern konstatiert werden. So wies der Sachsen-Anhalt-Monitor 2018 (Holtmann / Jaeck / Völkl 2018) bezüglich der Aussage „Es leben zu viele Ausländer in Deutschland“ 31 Prozent der Befragten aus, die voll und ganz oder eher zustimmten und weitere 21 Prozent, die mit „teilweise“ antworteten. Der Sachsen-Monitor 2017, der seinen Befragten die gleiche Aussage zur „Überfremdung“ wie im THÜRINGEN-MONITOR vorlegte, registrierte 56 Prozent Zustimmung. Nach bisheriger Befundlage gilt allerdings, dass Vorurteile und ablehnende Haltungen gegenüber Migrant_innen in Ostdeutschland weiterhin stärker verbreitet sind als in Westdeutschland.

Abb. 84: Aussagen über ethnische, kulturelle und soziale Gruppen 2014–2018
(Zustimmung in Prozent; „stimme voll und ganz zu“ und „stimme überwiegend zu“
zusammengefasst)

	2018	2017	2016	2015	2014
Migrant_innenfeindlichkeit					
„Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“	58	53	52	51	48
„Thüringen ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“	36		23		25 (2013)
„Meine Wohnumgebung ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“	11		7		7 (2013)
„Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“	49	44	37	40	36
„Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.“	25	22	17	22	18
Vorurteile gegenüber Muslim_innen					
„Die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren NICHT unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind.“ (Aussage sinngemäß invertiert)	54	48	47	47	51
„Muslime in Deutschland stellen zu viele Forderungen.“	61	62	60	62	65
„Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.“	28	28			
Ablehnung von Asylbewerber_innen, Einstellung zu Asyl und Integration					
„Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden.“	58	54	56	55	
„Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat NICHT großzügig sein.“ (Aussage sinngemäß invertiert)	85	83	73	70	71
„Die meisten Flüchtlinge und Asylsuchenden sind aufgrund ihrer Kultur gar nicht in Deutschland integrierbar.“	64		58		
„Sobald Krieg und Verfolgung beendet sind, sollten alle Flüchtlinge und Asylsuchenden wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren.“	74		66		
„Alle Flüchtlinge und Asylsuchenden sollten zur Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen verpflichtet werden.“	97		96		
„Die in Deutschland lebenden Zuwanderer sollten ihren Lebensstil beibehalten dürfen, auch wenn er sich vom Lebensstil der Deutschen unterscheidet.“	48		51		53 (2012)
Antisemitismus					
„Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“ (primärer Antisemitismus)	9	14	10	9	9
„Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind.“ (sekundärer Antisemitismus)	26	21		29	32
„Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.“ (antizionistischer Antisemitismus)	34	27			
Gender-Rollenkonventionalismus / Antifeminismus					
„Frauen sollen sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.“	11			14	12
Etabliertenvorrechte					
„Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben als die, die später zugezogen sind.“	32			27	28
Abwertung von Langzeitarbeitslosen					
„Die meisten Langzeitarbeitslosen machen sich auf Kosten der Anderen ein schönes Leben.“	55	58		55	50
Generalisierte Einstellung gegenüber Minderheiten					
„Es sollte wieder mehr für die Mehrheit der Leute in unserem Land getan werden, als sich um Minderheiten zu kümmern.“	68	62			

Abb. 85: „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“ 2001–2018
(in Prozent)

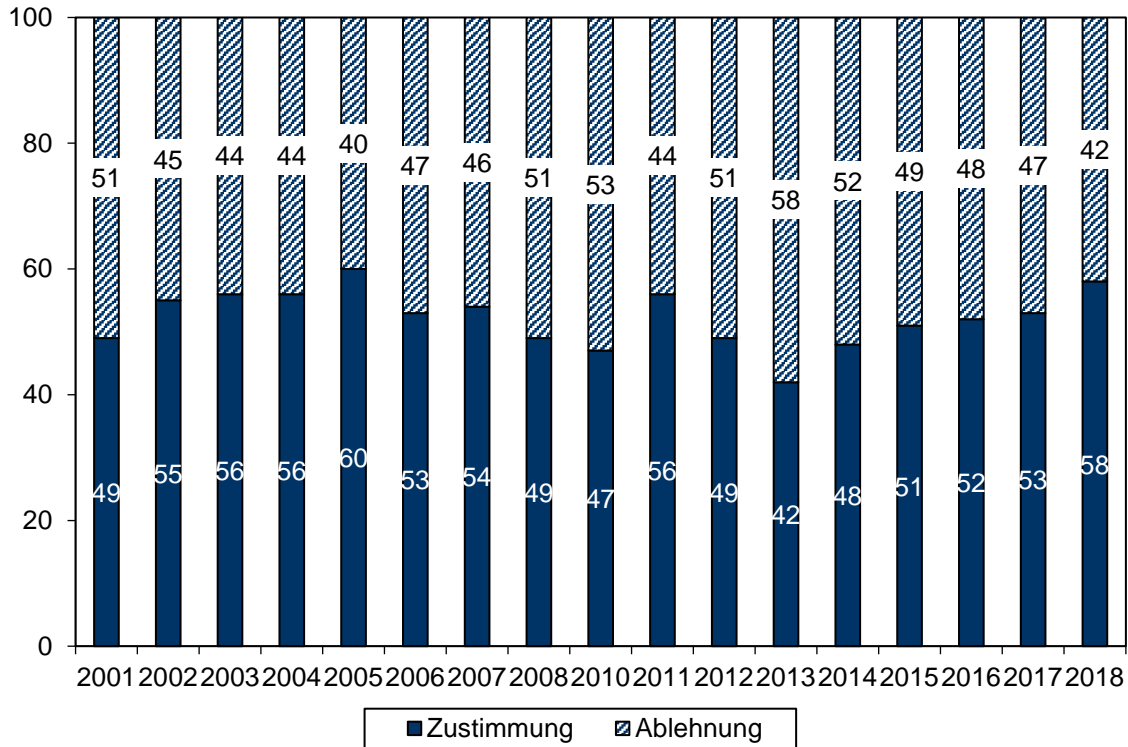
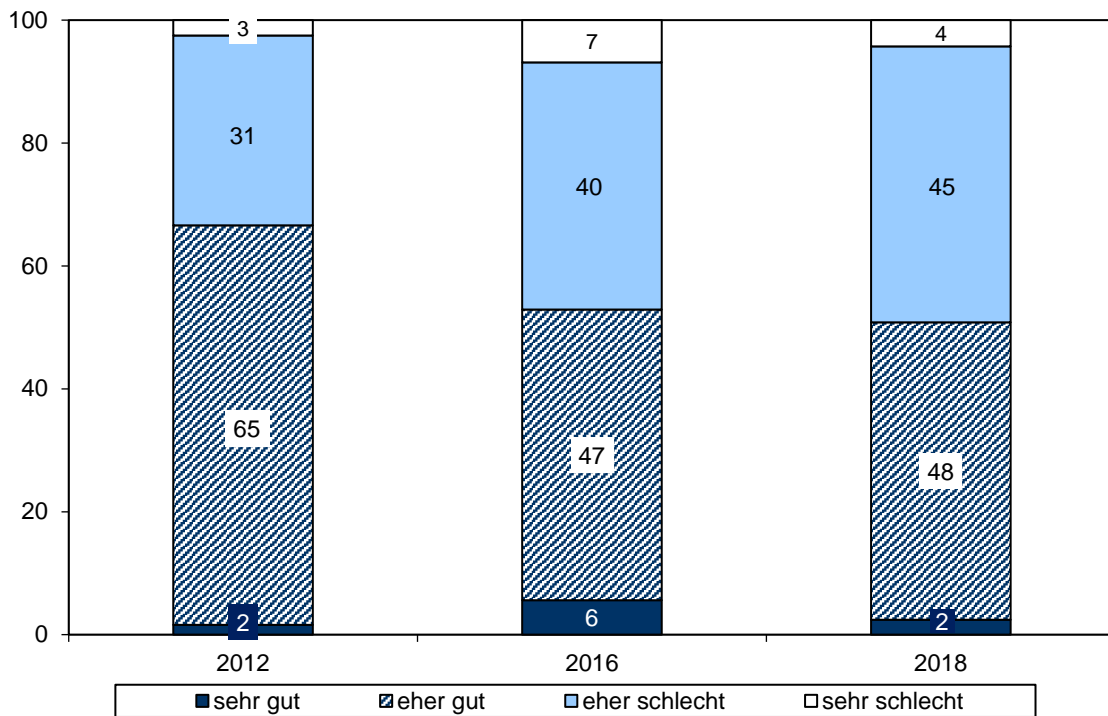


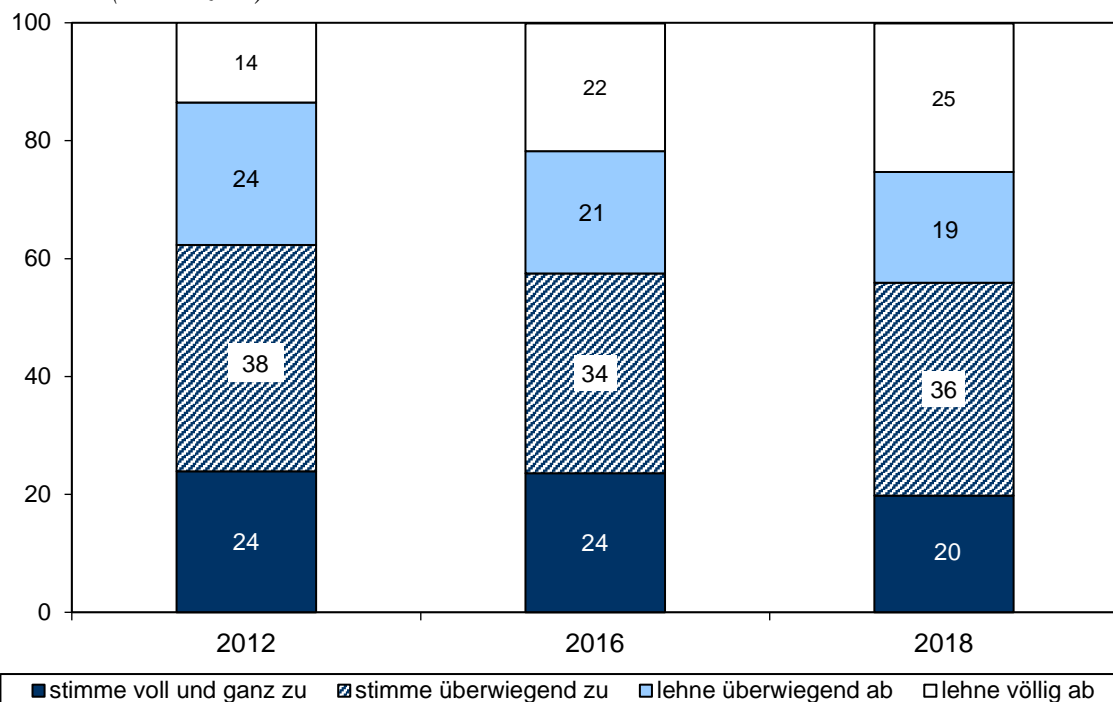
Abb. 86: Wie schätzen Sie das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religionen und Kulturen in Thüringen ein?
(in Prozent)



So stimmten 2016 beispielsweise nur 18 Prozent der Befragten deutschlandweit der „Überfremdungs“-Aussage zu und weitere 13 Prozent antworteten mit „teils/teils“ (vgl. Zick / Küpper / Krause 2016: 124 f.). 15 Prozent der Befragten meinten „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“ (26 Prozent „teils/teils“). Aktuelle deutschlandweite Vergleichsdaten für 2018 der „Mitte-Studie“ der Friedrich-Ebert-Stiftung, die aller zwei Jahre erscheint, lagen zum Zeitpunkt der Erstellung des vorliegenden Gutachtens noch nicht vor.

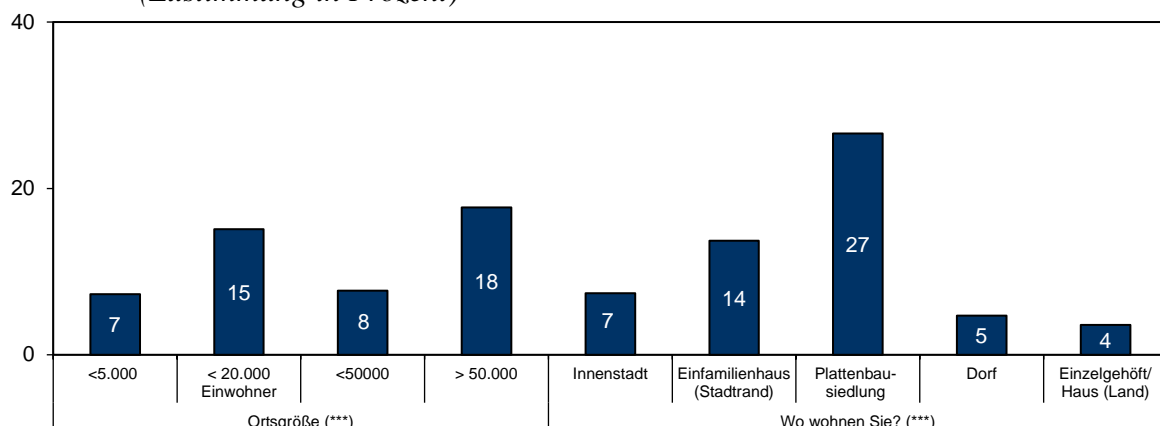
Bemerkenswert ist der gestiegene Anteil derer, die denken, Thüringen sei „durch die vielen Ausländer in gefährlichem Maße überfremdet“. 2018 stimmte mehr als jede_r dritte Befragte dieser Aussage zu, 2014 und 2016 tat dies jeweils nur ein Viertel der Befragten. Trotz des relativ geringen Anteils von Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft an der Thüringer Wohnbevölkerung in Höhe von 4,7 Prozent (vgl. Kapitel II) zeichnet sich somit ab, dass nicht wenige Befragte eine ausgeprägte Skepsis bzw. negative Einstellung gegenüber bisherigen und anhaltenden Migrationsprozessen (in Deutschland) an den Tag legen. Zwar ist der Anteil der Befragten, die das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religionen und Kulturen in Thüringen positiv einschätzten, gegenüber 2017 nicht statistisch signifikant gesunken (Abb. 86), doch gegenüber einer ersten Messung im THÜRINGEN-MONITOR 2012 ist eine Veränderung der Bewertung deutlich erkennbar. Ähnliches gilt für die Zustimmung zur generellen Öffnung gegenüber neuen kulturellen Einflüssen, die 2018 zwar bei 56 Prozent der Befragten vorliegt, 2012 jedoch noch bei 62 Prozent registriert wurde (Abb. 87). Signifikant niedriger ist mit 48 Prozent mittlerweile auch die Zustimmung zur Aussage „Die in Deutschland lebenden Zuwanderer sollten ihren Lebensstil beibehalten dürfen, auch wenn er sich vom Lebensstil der Deutschen unterscheidet“ (2012: 53 Prozent). Die Auffassung, „Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben als die, die später zugezogen sind“, findet indessen bei 32 Prozent der Befragten Zustimmung und ist gegenüber 2015 (27 Prozent) leicht angestiegen.

Abb. 87: „Wir müssen uns in Zukunft den Wertvorstellungen und Maßstäben anderer Kulturen stärker öffnen.“
(in Prozent)



Leicht, aber statistisch signifikant von sieben Prozent (2014 bzw. 2016) auf elf Prozent gestiegen ist außerdem der Anteil der Befragten, die ihre eigene Wohnumgebung als „überfremdet“ einschätzen. Hier gibt es auffällige Unterschiede zwischen den unterschiedlichen Wohnlagen der Befragten bzw. der Größe ihrer Gemeinden (Abb. 88). Die Wahrnehmung einer „Überfremdung“ ist bei Befragten aus Städten mit 5.000 bis 20.000 Einwohner_innen stärker als bei denen aus Dörfern und Kleinstädten mit weniger als 5.000 Einwohner_innen oder bei denen von Mittelstädten bis 50.000 Einwohner_innen. Am häufigsten benannten sie jedoch Befragte aus Mittel- und Großstädten mit mehr als 50.000 Einwohner_innen. Von den Befragten, die in Plattenbausiedlungen am Rand oder im Vorort einer Stadt leben, stimmte fast jede_r Dritte der Aussage zur „Überfremdung“ der eigenen Wohnumgebung zu. Die Wahrnehmung eines deutlich erhöhten Migrant_innenanteils in solchen Stadtteilen – unabhängig von der negativen Bewertung, die in der Aussage mitschwingt – erscheint zumindest nachvollziehbar, da der dort zur Verfügung stehende Wohnraum (auch aus ökonomischen Gründen) die Ansiedlung von Personen von Menschen mit Migrationsgeschichte begünstigt haben dürfte und sich Effekte der sozialräumlichen Konzentration und Segregation nicht von der Hand weisen lassen. Das allerdings auch solche Befragte verstärkt eine „Überfremdung der Wohnumgebung“ wahrnahmen, die angaben, in einer Einfamilienhaussiedlung am Rand einer Stadt zu leben, ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass diese Befragten unter „Wohnumgebung“ den Sozialraum ihrer (meist kleineren!) Stadt oder Gemeinde *als Ganzes* verstanden. Insgesamt gaben Befragte aus Thüringer Landkreisen signifikant seltener eine „Überfremdung“ ihrer Wohnumgebung an als Befragte aus kreisfreien Städten und nordthüringer und ostthüringer Befragte signifikant seltener als mittelthüringer Befragte. Befragte aus Südwestthüringen unterschieden sich nicht signifikant von den Befragten aus den drei anderen Planungsregionen. Auf Kreisebene ist einzig für Befragte aus Gera eine statistisch signifikant gegenüber dem Landesmittelwert erhöhte Zustimmung festzustellen, nachweislich unterdurchschnittlich war die Zustimmung bei Befragten aus Suhl und dem Altenburger Land.⁵¹

Abb. 88: „Gefährliche Überfremdung der Wohnumgebung“ nach Ortsgröße und Wohnlage⁵²
(Zustimmung in Prozent)



⁵¹ Der Anteil der Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft an der Wohnbevölkerung beträgt in Gera 4,7 Prozent, in Suhl 6,6 Prozent und im Altenburger Land 3,0 Prozent (vgl. Kapitel II). Die Bevölkerungsdichte, -struktur und -entwicklung sind in allen drei Kreisen sehr unterschiedlich. Laut Thüringen-Atlas (TLS 2017) wies Gera 2015 die meisten Zuzüge über die Kreisgrenzen auf. Nach offiziellen Angaben hatte der Anteil der Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft an der Wohnbevölkerung in Gera zum Stichtag 31.12.2014 noch 2,2 Prozent betragen, er hat sich also seitdem mehr als verdoppelt. In Suhl und im Altenburger Land ist er im gleichen Zeitraum vergleichsweise moderat angestiegen.

⁵² Signifikanzen der Anteilswert-Unterschiede: *** höchst signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.001$; ** hoch signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.01$; * signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.05$; n.s. nicht signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p > 0.05$.

Vorurteilsgeleitete Einstellungen gegenüber Personengruppen, die als fremd oder anders wahrgenommen werden, sind mit Prozessen der Konstruktion sozialer Identität (Tajfel & Turner 1986) verbunden, in der typischerweise eine Aufwertung des Eigenen und eine Abwertung des „Fremden“ bzw. Anderen erfolgt. Neben „zweckrationalen“ Nutzenkalkülen, die z.B. bei der Unterstellung mitschwingen, Migrant_innen wollten sich Sozialleistungen erschleichen, sind die Wahrnehmung kultureller Differenz und die Vermutung oder Beobachtung, dass sich daraus problematische Entwicklungen für die Gesellschaft ergeben, bedeutsam. 2018 stimmten 76 Prozent der Befragten der Aussage zu, der **gesellschaftliche Zusammenhalt** in Deutschland sei gefährdet. 2016 waren es noch 63 Prozent; die Sorge hat sich also signifikant erhöht.⁵³ In den THÜRINGEN-MONITOREN 2016 und 2017 konnte gezeigt werden, dass es Zusammenhänge zwischen der Sorge um den „gesellschaftlichen Zusammenhalt“, der Wahrnehmung von sozialer Ungleichheit und Gerechtigkeitsdefiziten in der Gesellschaft (TM 2017: 88 ff.), aber auch skeptischen, ablehnenden oder sogar feindseligen Einstellungen gegenüber Migrant_innen, Asylsuchenden und Muslim_innen gibt. Es ist zu vermuten, dass *Diversität* von einem Teil der Thüringer Befragten als bedrohlich wahrgenommen wird, z.B. wo sie Gerechtigkeitsnormen *zugunsten* von „Minderheiten“ verletzt sehen (vgl. Salheiser 2017, 2018). Dies zeigt sich 2018 u.a. in der erhöhten Zustimmung zur Aussage: „Es sollte wieder mehr für die Mehrheit der Leute in unserem Land getan werden, als sich um Minderheiten zu kümmern.“ Hier stimmten 68 Prozent der Befragten zu – signifikant mehr als im Vorjahr (62 Prozent). Auch 47 Prozent der Befragten, die keine Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt äußerten, plädierten für die Priorisierung der Interessen der „Mehrheit“. Viele Befragte, die der Aussage zustimmen, sind weder migrant_innenfeindlich noch tendieren sie zu anderen abwertenden Aussagen, die sich beispielsweise gegen Asylsuchende oder Muslim_innen richten. Es kann also angenommen werden, dass es für die meisten Befragten bei dieser Aussage eher um eine Politik geht, die das *Allgemeinwohl* und das „Wesentliche“ zurück ins Zentrum rückt, als dass sie im eigentlichen Sinne einer (manchmal nur symbolischen?) Minderheitenpolitik eine kategorische Absage erteilen wollten.

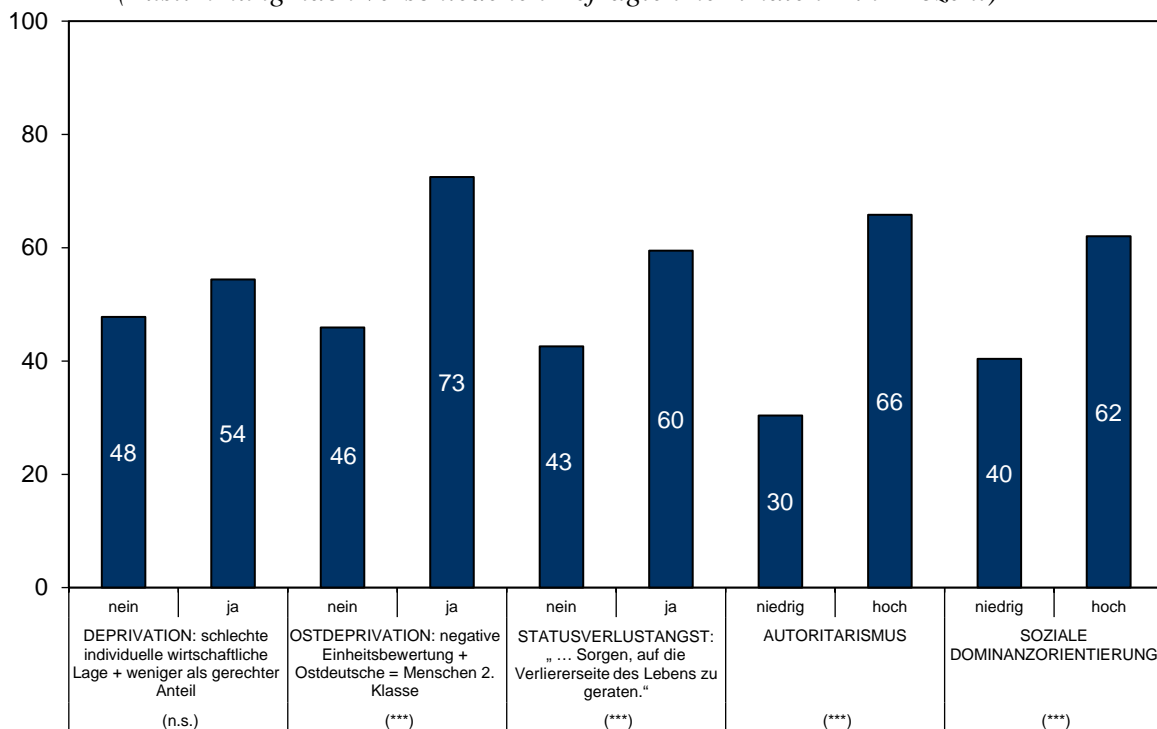
Trotzdem lassen sich Tendenzen erkennen, wo Befragte dezidiert abwertende und ausgrenzende Einstellungen aufweisen, die mit dem eigenen Rechtsanspruch, (nationalem) Überlegenheits- bzw. Vorrangdenken und einem generalisierten Kriminalitätsverdacht gegenüber „Fremden“ gerechtfertigt werden. Dabei sind es nicht so sehr Gefühle eigener sozioökonomischer Benachteiligung (Deprivation), die die Zustimmung zu migrant_innenfeindlichen Aussagen befördern. In viel stärkerem Maße wirken Aspekte der kollektiven und kulturellen Benachteiligung (z.B. gegenüber Westdeutschen), die Angst vor sozialem Statusverlust sowie die generelle Tendenz zu rigiden Ordnungssystemen, die Unterordnung und Unterwerfung verlangen (Autoritarismus) und in denen Gruppenunterschiede eher verstärkt als abgebaut werden (vgl. Abb. 89). Laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung (vgl. Grau/ Unzicker 2018) sei der „soziale Zusammenhalt“ 2017 in Thüringen (ähnlich wie in den anderen ostdeutschen Bundesländern) schwächer als in westdeutschen Bundesländern, u.a. wurde in diesem Zusammenhang auch eine geringere *Akzeptanz von Diversität* in Thüringen festgestellt (vgl. auch Bertelsmann-Stiftung 2018b⁵⁴). Allerdings waren die Unterschiede zwischen den Bundesländern relativ klein. Dies galt vor allem für die Werte des Gesamtindex, der in der

⁵³ Auch eine *deutschlandweite* Befragung (Allensbach 2018) zeigte, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt häufiger als „schwach“ oder „sehr schwach“ (67 Prozent) beurteilt wird als noch vor zwei Jahren (56 Prozent).

⁵⁴ Im Bundesländervergleich der „Affinität zum Antipluralismus“ (Bertelsmann-Stiftung 2018b: 14) belegte Thüringen 2017 mit einem Anteilswert von 56,8 Prozent den dritten Platz nach Brandenburg (60,4 Prozent) und Sachsen (58,6 Prozent). Dies waren die Anteilswerte der Befragten in den jeweiligen Bundesländern, die überdurchschnittliche Werte eines „Antipluralismusindex“ aufwiesen. Der Index erfasste u.a. die Wahrnehmung von Vielfalt als Bereicherung oder Bedrohung für „das Leben in Deutschland im Allgemeinen“ sowie die Akzeptanz bzw. Ablehnung von Migrant_innen, Geflüchteten, Menschen mit anderer Religionszugehörigkeit sowie Homosexuellen als Nachbarn.

Bertelsmann-Studie aus insgesamt neun Dimensionen der „sozialen Beziehungen“, der „Gemeinwohlorientierung“ und der „Verbundenheit“ errechnet wurde und wonach *Thüringen* vor Brandenburg und Sachsen den *drittletzten Platz* im Bundesländervergleich belegte (ebd.: 23). 65 Prozent der Thüringer Befragten jener Studie meinten, „der Zusammenhalt in der Gegend, in der [s]ie wohnen“ sei sehr gut oder eher gut, sechs Prozent sagten, er sei eher schlecht oder sehr schlecht, 29 Prozent antworten „teils, teils“ (vgl. Bertelsmann-Stiftung 2017: 59). Außerdem gaben 34 Prozent der Thüringer Befragten jener Studie an, Ausländer_innen oder Migrant_innen „ungern als Nachbar_innen haben zu wollen“, in Sachsen waren es 43 Prozent der Befragten, bundesweit 22 Prozent (Grau/Unzicker 2018: 25). Bereits der THÜRINGEN-MONITOR 2012 befasste sich mit „Zuwanderern als neue Nachbarn“ (TM 2012: 51 ff.). Damals wurde gefragt, ob sich die Thüringer_innen von neuen Nachbarn aus verschiedenen Herkunftsländern bzw. -regionen „gestört“ fühlen würden. Jeweils fünf Prozent der Befragten bejahten dies bei neuen Nachbarn aus Westdeutschland (!) und aus Frankreich, elf Prozent bei Nachbarn aus Polen, 14 Prozent bei Nachbarn aus Russland, zwölf Prozent bei Nachbarn aus Afrika und 24 Prozent bei Nachbarn aus *arabischen Ländern*. Besonders der letzte, markant erhöhte Anteilswert verdeutlicht, dass die Vermutung oder Wahrnehmung kultureller Distanz bzw. Differenz ein Hauptgrund für ablehnende Einstellungen gegenüber Migrant_innen ist. Das trifft vor allem dann zu, wenn „Multikulti“ pauschal nur als Konfliktherd und Bedrohung gilt, kulturelle Vorurteile aber wegen mangelnder tatsächlicher nachbarschaftlicher Kontakte (s.u.) nicht abgebaut werden können.

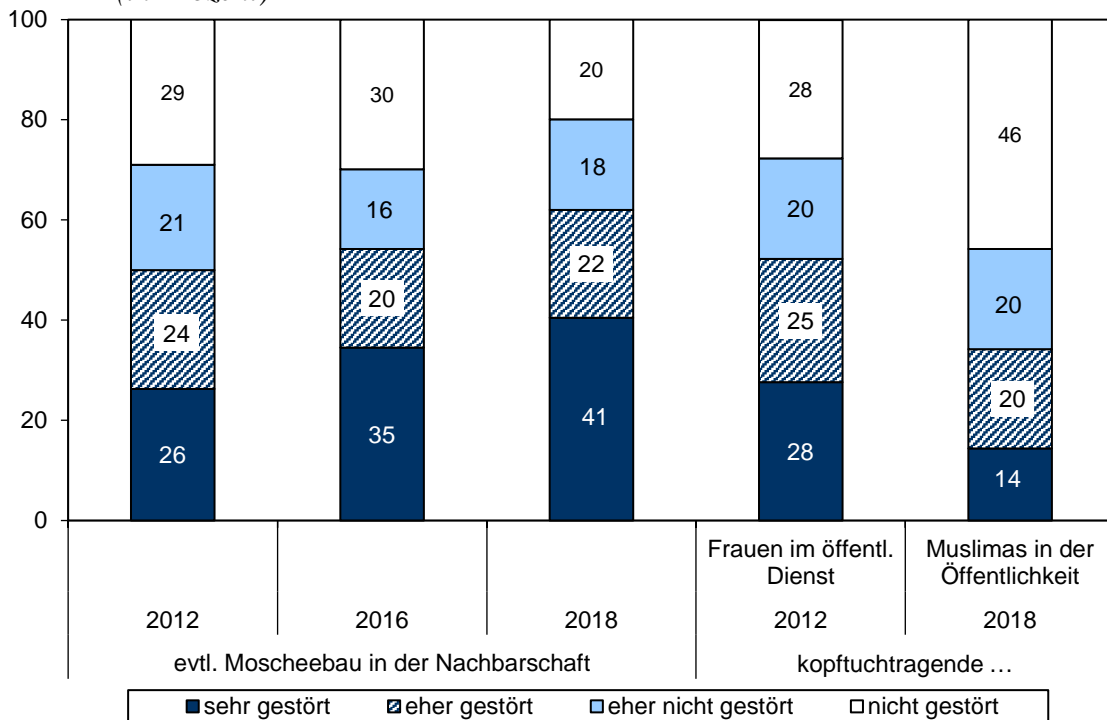
Abb. 89: „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“ (Zustimmung nach verschiedenen Befragtenmerkmalen⁵⁵ in Prozent)



⁵⁵ *Autoritarismus*: überwiegende Zustimmung zu folgenden Aussagen: (1) „In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand.“, (2) „Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen.“ *Soziale Dominanzorientierung*: überwiegende Zustimmung zu folgenden Aussagen: (1) „Manche Gruppen von Menschen sind anderen einfach überlegen“, (2) „Um im Leben voranzukommen, muss man sich über andere hinwegsetzen.“ Signifikanzen der Anteilswert-Unterschiede: *** höchst signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.001$; ** hoch signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.01$; * signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.05$; n.s. nicht signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p > 0.05$.

In der Gestalt der **Muslim_innen** bekommt die abstrakte Sozialfigur des „Fremden“ ein *vermeintlich* bekanntes Gesicht – wobei dieses Bild hauptsächlich aus Vorurteilen, Mutmaßungen und Behauptungen besteht, die aus Mangel an konkretem Wissen und persönlichen Interaktionserfahrungen nicht reduziert werden, sondern sich eher noch verfestigen. Erstmals bezweifeln in diesem Jahr 54 Prozent der Thüringer Befragten die Grundgesetzestreue der Mehrheit der in Deutschland lebenden Muslim_innen. Unverändert gegenüber dem Vorjahr befürworten außerdem 28 Prozent ein Zuwanderungsverbot für Muslim_innen und glauben 61 Prozent, „Muslime in Deutschland stellen zu viele Forderungen.“ Hier könnte auch eine gewisse *Überforderung mit dem Unbekannten* bedeutsam sein; schließlich trauten sich jeweils ein Fünftel (!) aller Befragten kein Urteil zur Grundgesetzestreue und den „Forderungen“ der Muslim_innen zu. Eine Zunahme ablehnender Haltungen ist außerdem bezüglich der Frage nach einem potenziellen Moscheebau in der Nachbarschaft zu beobachten (Abb. 90). Mit 63 Prozent ist der Anteil derer, die sich gestört fühlen würden, nun erkennbar höher als 2012 oder noch 2016; wie bereits damals nachweisbar war, steigt die *Akzeptanz* allerdings signifikant mit zunehmender Wohnortgröße der Befragten. Immerhin ein Drittel der Befragten fühlt sich von kopftuchtragenden Muslimas in der Öffentlichkeit gestört. Aufgrund einer veränderten Fragestellung verbietet sich dabei ein direkter Vergleich zum Messwert aus dem Jahr 2012, allerdings ist es aufgrund der sonstigen Datenlage unwahrscheinlich, dass die Akzeptanz eines ostentativen muslimischen Glaubensbekenntnisses durch Frauen im öffentlichen Dienst gestiegen ist. Auch die Akzeptanz von muslimischen Kopftuchträger_innen ist in größeren Orten höher als in kleineren Orten.

Abb. 90: Gestört von Moscheebau in der Nachbarschaft und kopftuchtragenden Muslimas?
(in Prozent)

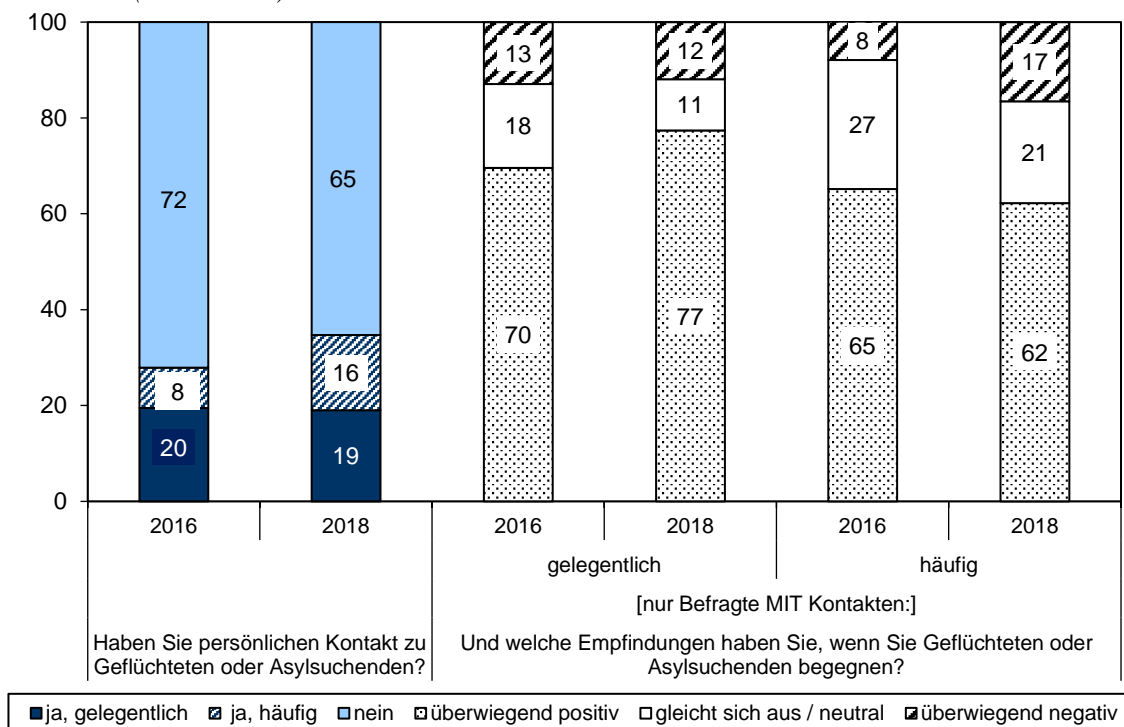


Die **Einstellungen zu Geflüchteten und Asylsuchenden**, in denen sich pauschales Misstrauen und Skepsis bezüglich ihrer Integrationsfähigkeit mit der Unterstützung eines „harten Kurses“ in der **Asylpolitik** verbinden, haben sich 2018 gegenüber den Vorjahren verstärkt. Markant ist vor allem der Anstieg von 66 Prozent im Jahr 2016 auf nun 74 Prozent der Befragten, die der Aussage zustimmen: „Sobald Krieg und Verfolgung beendet sind, sollten alle Flüchtlinge und Asylsuchenden wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren.“ Fast drei

von fünf Befragte sprechen Asylbewerber_innen jetzt ab, triftige Asylgründe geltend machen zu können. Fast zwei Drittel der Befragten gehen von einer zu großen kulturellen Inkompatibilität der Geflüchteten und Asylsuchenden zum Aufnahmeland Deutschland aus. Der obligatorische Besuch von Sprach- bzw. Integrationskursen wird einstimmig befürwortet (97 Prozent; 2016: 96 Prozent). Thüringen folgt damit allerdings dem deutschlandweiten Trend, wonach sich die Sorge über die Asylsituation und auch eine rigorose Haltung gegenüber Geflüchteten verstärkt haben. Ein Grund dafür sei laut einer Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach (FAZ 2018b) der „Asylstreit“ in der Berliner Politik, der im Juni 2018 die Berichterstattung in allen Medien dominierte und auch in den Zeitraum der Befragung zum diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR fiel (vgl. Kapitel I). Laut einer Befragung im Auftrag des Nachrichten-Magazins DER SPIEGEL im Juni 2018 sprachen sich 57 Prozent der Befragten dafür aus, den Zugang für Asylsuchende nach Deutschland zu erschweren, „denn das Land sei mit der Zahl der Flüchtlinge und Migranten und deren Integration überfordert“ (SPIEGEL 2018). Eine „großzügige Prüfung“ von Asylanträgen lehnten auch 75 Prozent der Befragten des Sachsen-Anhalt-Monitors 2018 ab (zzgl. 16 Prozent „teilweise“). Der Aussage, „die meisten Asylbewerber werden in ihrem Heimatland gar nicht verfolgt“, stimmten 40 Prozent der sachsen-anhaltinischen Befragten zu, weitere 33 Prozent antworteten mit „teilweise“. In der bereits zitierten Bertelsmann-Studie zum „sozialen Zusammenhalt“ meinten 2017 nur 45 Prozent der Thüringer Befragten, „Deutschland würde [i]hrer Ansicht nach die Herausforderungen durch die Aufnahme und Integration der Flüchtlinge bewältigen.“ Dieser Anteil war geringer als in jedem anderen Bundesland (Spitzenreiter Hamburg: 70 Prozent, Sachsen: 52 Prozent, Brandenburg: 49 Prozent, Deutschland insgesamt: 60 Prozent; vgl. Bertelsmann-Stiftung 2017: 82).

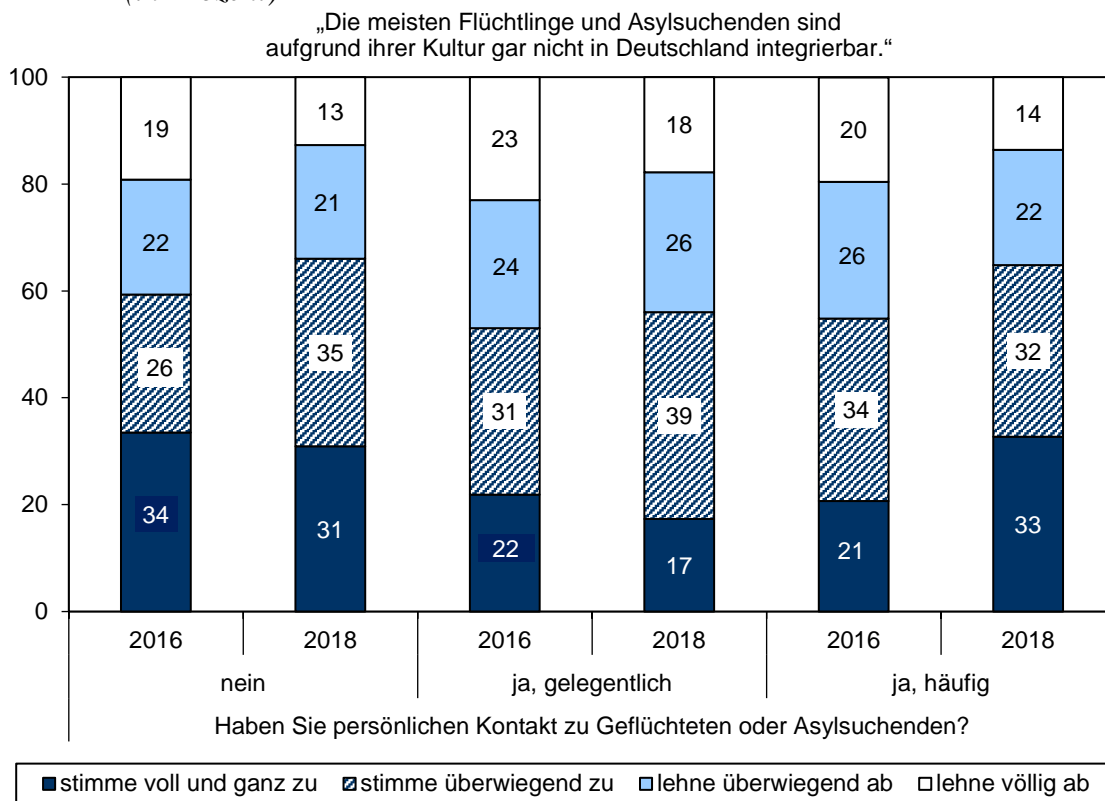
Im THÜRINGEN-MONITOR fällt allerdings eine relativ weit verbreitete Beurteilungsunsicherheit bei den Befragten auf: Bezüglich der „Verfolgung im Heimatland“ beträgt der Anteil der fehlenden Antworten 27 (!) Prozent. Bei den anderen Fragen zu Asyl und Integration, vor allem bei der Auffassung zur Behandlung von Asylanträgen und zur Rückführung, gibt es jene Beurteilungsschwierigkeiten nicht.

Abb. 91: Kontakt und Begegnungen mit Geflüchteten und Asylsuchenden 2016, 2018 (in Prozent)



Gegenüber 2016 ist auch der Anteil der Befragten leicht gestiegen, die persönlichen **Kontakt** mit Geflüchteten oder Asylsuchenden angeben. So sagte ungefähr jede_r Sechste, diese Kontakte seien häufig, und ungefähr jede_r Fünfte, sie fänden gelegentlich statt (Abb. 91). Der Anteil der Befragten mit häufigen Kontakten hat sich seit 2016 verdoppelt, was auf die gestiegenen Kontaktchancen infolge der verstärkten Ankunft von Asylsuchenden in Thüringen verweist. Weiterhin unklar bleibt freilich, inwieweit solche Kontakte selbst-gesucht werden sowie welcher Art und Intensität sie sind. Ein ausgeprägtes Kontaktvermeidungsverhalten ist für solche Personen anzunehmen, die den Geflüchteten und Asyl-suchenden gegenüber skeptisch bis ablehnend eingestellt sind. Doch dass Thüringer Bür-ger_innen in ihrem Alltag inzwischen etwas öfter auf Geflüchtete und Asylsuchende treffen, ist unzweifelhaft. Unsere Befragungsergebnisse bieten einen Hinweis, dass Befragte mit Kontakterfahrung etwas stärker zu einer Positionierung tendieren als noch vor zwei Jahren. Es fällt nämlich auf, dass die Anteile derer, die ihrer Begegnungen neutral bewerten, signi-fikant zurückgegangen sind. Gelegentliche Kontakte werden 2018 etwas positiver einge-schätzt als 2016, häufige Kontakte jedoch erkennbar negativer bewertet.

Abb. 92: Kontakt und Einstellungen zu Geflüchteten und Asylsuchenden 2016, 2018
(in Prozent)



Es wäre trügerisch, aus diesem Antwortverhalten zu schließen, dass erst die konkrete Kontakterfahrung mit Geflüchteten und Asylsuchenden eine bestimmte Einstellung *erzeugt* und somit insgesamt eine Veränderung der Stimmung *verursacht* hätte; etwa in dem Sinne, dass flüchtige bzw. seltene Begegnungen noch als angenehm empfunden würden, gehäufte aber zunehmend als ernüchternd und befremdlich. Denn die Art der Begegnungen und ihre Kontexte bleiben hier völlig im Dunkeln. Außerdem ist darauf hinzuweisen, dass 2018 nicht die gleichen Personen wie 2016 befragt wurden, also keine „Vorher-Nachher-Messung“ vorliegt. Es muss vielmehr vermutet werden, dass die Befragten in der Regel die Begegnungen entsprechend ihren bereits zuvor ausgeprägten Einstellungen und Stereotypen (d.h. positiven oder negativen Vorurteilen) *mitgestalten* und *deuten*. Eine Person, die einer

anderen aufgeschlossen begegnet, wird wahrscheinlich andere Erfahrungen machen bzw. die Situation anders bewerten, als eine Person, die jemandem mit Misstrauen begegnet. Eine *Einstellungsänderung* ist jedoch eher unwahrscheinlich, so auch bezüglich der Wahrnehmung der kulturellen Anpassungsfähigkeit von Geflüchteten und Asylsuchenden, die 2018 etwas stärker mit der *Kontakthäufigkeit* korreliert ist als 2016 (Abb. 92).

Generell ist **Kontakt** *per se* nur selten ein geeignetes Mittel, Vorurteile „an der Erfahrung scheitern zu lassen“ und abzubauen. Gegenseitige Vorurteile und Konflikte zwischen Gruppen können u.U. durch Kontakt sogar verstärkt werden bzw. eskalieren (vgl. Pettigrew/Tropp 2010). Deshalb eignet sich Kontakt auch nicht als Konzept zur *Intervention* bei bereits manifesten negativen Einstellungen oder Verhaltensweisen. Die dadurch entstehenden Diskriminierungsräume sind außerdem mit pädagogischen Standards und berufsethischen Grundsätzen unvereinbar (vgl. Patz/May 2016: 31 f.). Angemessen und effektiv sind indes- sen Aufklärung, Bildung und frühkindliche *Prävention* gegen Ungleichwertigkeitsdenken bzw. gegen diskriminierendes und undemokratisches Handeln. Es ist zwar richtig, dass bestimmte, als positiv empfundene Alltagserfahrungen (z.B. Interaktionen zwischen Nachbar_innen) auch zur Überwindung *kultureller Distanz* und zur Erhöhung der gegenseitigen Akzeptanz beitragen können – sie können allerdings kaum geplant und selbstverständlich nicht verordnet werden.

In der Bertelsmann-Studie wurde die Frage „Hätten Sie Flüchtlinge ungern als Nachbarn?“ von 44 Prozent der Thüringer Befragten mit „ja, ungern“ beantwortet, d.h. diese 44 Prozent der Thüringer_innen wollten keine *Geflüchteten* als Nachbarn (vgl. Bertelsmann-Stiftung 2017: 84). Der Anteilswert der Ablehnung war nur in Sachsen (leicht und statistisch nicht signifikant) höher (45 Prozent). In den anderen drei ostdeutschen Bundesländern Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern lag der jeweilige Anteilswert allerdings bei 36 bis 38 Prozent und war somit signifikant niedriger als in Thüringen und Sachsen. In Bremen war der Anteilswert der Ablehnung mit 16 Prozent am niedrigsten, deutschlandweit betrug er 28 Prozent. Des Weiteren stimmten sieben Prozent der Thüringer Befragten in der Bertelsmann-Studie der Aussage zu: „In der Gegend, in der ich wohne, gibt es große Probleme mit Flüchtlingen.“ (Bertelsmann-Stiftung 2017: 85). 77 Prozent lehnten ab, 16 Prozent antworteten mit „teils, teils“. Auch deutschlandweit betrug der Anteil der Zustimmung zu dieser Aussage sieben Prozent, nur unter den sächsischen Befragten war er mit 14 Prozent deutlich erhöht. Allerdings waren die Anteilswerte derer, die die Aussage ablehnten, also keine oder nur wenige „Probleme“ mit Geflüchteten oder Asylsuchenden erkennen konnten, in vielen westdeutschen Bundesländern (Schleswig-Holstein: 89 Prozent) sowie in Sachsen-Anhalt (83 Prozent) höher als in Thüringen (deutschlandweit: 79 Prozent). Die Problemwahrnehmung der Thüringer Befragten ähnelte in dieser Hinsicht jener der Befragten aus Nordrhein-Westfalen (Ablehnung der Aussage: 77 Prozent), aus Bremen (76 Prozent) und aus Baden-Württemberg (76 Prozent), obwohl Thüringen sogar weniger Geflüchtete aufgenommen hat, als der „Königssteiner Schlüssel“ vorsieht, während zumindest Nordrhein-Westfalen die Aufnahmequote übererfüllt (vgl. Kapitel II). In Sachsen wurde die Aufnahmequote noch deutlicher unterschritten als in Thüringen. Die sächsischen Befragten der Bertelsmann-Studie erkannten mit Abstand am häufigsten „Probleme“ mit Geflüchteten oder Asylsuchenden („keine oder nur geringe Probleme“: 68 Prozent). Dennoch war zusammenfassend auch für Thüringen sowie die anderen ostdeutschen Bundesländer eine skeptischere bzw. ablehnendere Haltung gegenüber Geflüchteten und Asylsuchenden zu konstatieren als in Westdeutschland.⁵⁶ Häufiger als Befragte aus allen anderen Bundesländern stimmten die Thüringer Befragten (43 Prozent) der Aussage zu: „Der deutsche Staat kümmert sich mehr um Flüchtlinge als um hilfsbedürftige Deutsche.“ (Sachsen: 42 Pro-

⁵⁶ Zu ähnlichen Aussagen kam das im September veröffentlichte SVR-Integrations-Barometer 2018.

zent⁵⁷, Hessen: 26 Prozent, Deutschland insgesamt: 33 Prozent; vgl. Bertelsmann-Stiftung 2017: 83). Hier äußert sich eine „sozialstaatsnativistische“ Solidarität, die bei einer wahrgenommenen Ressourcenknappheit bzw. drohenden sozialen Verteilungskämpfen Personen der nationalen Eigengruppe bevorzugt (vgl. Kapitel III.1). Dass eine solche Einstellung in Thüringen und Ostdeutschland wegen der anhaltenden kollektiven, strukturellen Benachteiligung der Bevölkerung stärker verbreitert ist als in Westdeutschland, wurde im THÜRINGEN-MONITOR schon 2016 und 2017 diskutiert (vgl. TM 2016: 108; TM 2017: 175). Im *nationalen* Bezugsrahmen besitzt für viele Ostdeutsche die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West – konkret: die Verbesserung *ihrer* Lebensverhältnisse – Vorrang. Die anhaltende sozioökonomische und sozialstrukturelle Spaltung Deutschlands (vgl. Kapitel II) ist daher ein besonderes Hemmnis für die Akzeptanz von Migrant_innen und Asylsuchenden. Auch die Autor_innen der Bertelsmann-Studie führten die allgemein geringere Akzeptanz von Diversität u.a. auf den „geringeren sozialen Zusammenhalt“ in einer durch Unsicherheit und sozioökonomische Strukturprobleme geprägten ostdeutschen Teils-gesellschaft zurück (vgl. Bertelsmann-Stiftung 2017: 90). Sie plädierten außerdem für eine Stärkung der Zivilgesellschaft und entsprechende Maßnahmen der Demokratiebildung, weil es um „Mentalitätsfragen“ ginge, die durch Sozialpolitik und Strukturförderungsmaßnahmen *allein* nicht effektiv zu beeinflussen seien.

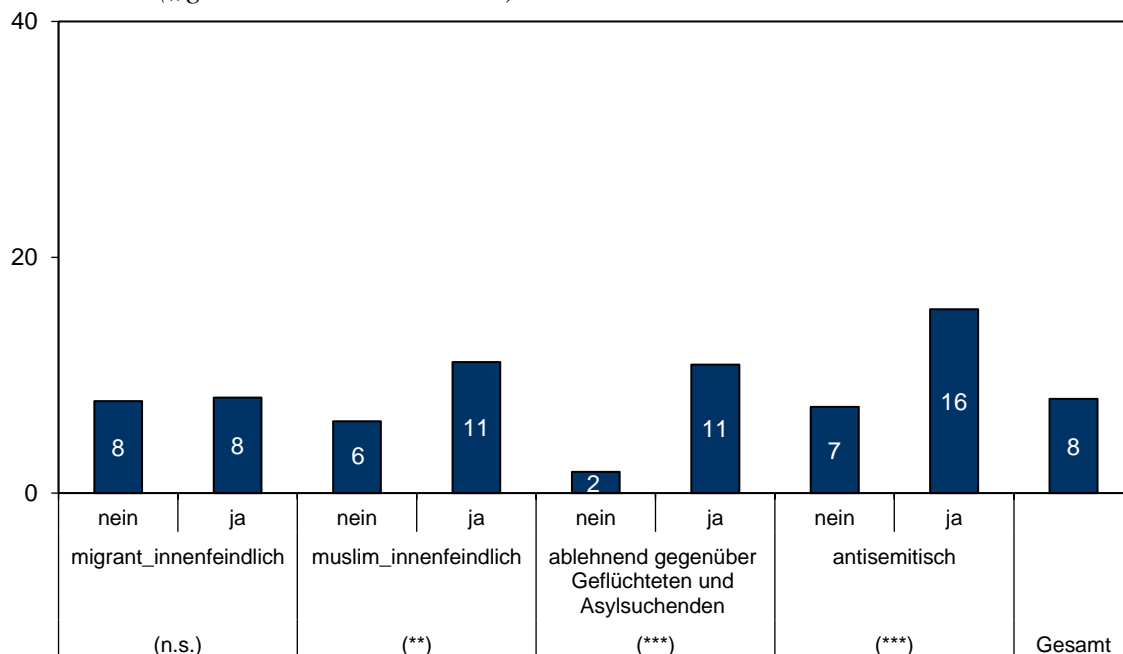
Im THÜRINGEN-MONITOR 2018 ist auch die **Zustimmung zu antisemitischen Aussagen** leicht angestiegen. Zwar verringerte sich der Anteil derer, die denken, „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“, statistisch signifikant von 14 auf neun Prozent, und kehrte damit auf das Niveau der Vorjahre zurück (vgl. Decker/Kiess/Brähler 2016: 31). Der Sachsen-Anhalt-Monitor 2018 weist sechs Prozent seiner Befragten aus, die dieser Aussage zustimmen, und weitere sieben Prozent, die mit „teilweise“ antworteten. Im Sachsen-Monitor 2017 stimmten zehn Prozent der Befragten zu. Die Mitte-Studie 2016 der Friedrich-Ebert-Stiftung registrierte in ihrer deutschlandweiten Befragung fünf Prozent Zustimmung (weitere sieben Prozent: „teils/teils“; vgl. Zick/Küpper/Krause 2016: 124 f.). In der Leipziger Mitte-Studie 2016 (vgl. Decker/Kiess/Brähler 2016: 31) stimmten 10 Prozent der Befragten der Aussage zu (weitere 18 Prozent „teilweise“). Für die in Thüringen in diesem Jahr angestiegene Zustimmung zu den beiden Aussagen „Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind“ und „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat“ gibt es keine aktuellen Vergleichszahlen aus Sachsen-Anhalt oder Sachsen. In der deutschlandweiten Mitte-Studie 2016 der Friedrich-Ebert-Stiftung meinten mit 26 Prozent ein gleichgroßer Anteil wie unter den Thüringer Befragten, dass „die Juden“ einen instrumentellen Umgang mit ihrer Verfolgung pflegen würden, und sogar 40 Prozent der Befragten (also sechs Prozentpunkte mehr als in Thüringen) schlossen sich der Aussage zum israelbezogenen Antisemitismus an. Die Thüringer Werte sind also nicht außergewöhnlich erhöht. Trotzdem ist der Anstieg bedenklich und demonstriert die Hartnäckigkeit antisemitischer Ressentiments, die gerade durch die Seltenheit bzw. Abwesenheit jüdischen Lebens und jüdischer Kultur in der Fläche des Freistaats (und weiten Teilen Deutschlands) konserviert werden und reaktiviert werden können – und sei es durch den gedankenlosen oder unverhohlenen zynischen Einwurf, „den Juden“ würde zu viel Beachtung geschenkt. In vorangegangenen THÜRINGEN-MONITOREN wurde darauf hingewiesen, dass Antisemitismus mitnichten als ein Problem betrachtet werden darf, das nur am „rechten Rand“ der Gesellschaft existiert (vgl. TM 2017: 178 ff.). Es ist und bleibt ein verhängnisvoller Irrtum, die Abwertung „Fremder“ oder „Anderer“ als Extremismus-Phänomen zu bezeichnen, gegen den die „Mitte“ immun sei. Antisemitismus, als eine der ältesten und verhängnisvollsten Formen der Abwertung und Diskriminierung,

⁵⁷ Der Anteilswertunterschied zwischen Thüringen und Sachsen ist statistisch nicht signifikant.

bleibt dabei ein *Leitindikator* für den Umgang einer Gesellschaft mit kultureller und ethnischer Differenz. Andere Formen der gruppenbezogenen Herabsetzung und Ausgrenzung (bis hin zur systematischen Hassgewalt) korrelieren nicht nur *auf Einstellungsebene* statistisch hoch mit Antisemitismus, sie ähneln oftmals auch sehr stark dem Vorbild klassischer antisemitischer Zuschreibungen, nur dass eine andere Personengruppe an die Stelle „der Juden“ als Sündenböcke, vermeintliche „Störenfriede“, „Schmarotzer“ oder „Volkschädlinge“ gesetzt wird. Dafür muss in Politik, Bildungssektor und Zivilgesellschaft noch mehr Sensibilität geschaffen werden. Es reicht nicht aus, Antisemitismus aufs Schärfste zu verurteilen und zu sanktionieren, während gleichzeitig eine politische Rhetorik immer salonfähiger und populärer wird, in denen die Menschenrechte, die Menschenwürde und demokratische Grundprinzipien mit Füßen getreten werden.

In Kapitel II wurde auf die gestiegene Zahl fremdenfeindlich und rassistisch motivierter Angriffe in Thüringen eingegangen. In diesem Zusammenhang kann der THÜRINGEN-MONITOR als demoskopisches Instrument lediglich Hinweise liefern, dass die von acht Prozent der Befragten geäußerte Gewaltbereitschaft (vgl. Kapitel IV.3) durchaus mit vorurteilsgeleiteten Einstellungen gegenüber ethnischen und kulturellen Gruppen assoziiert ist. Demnach sind zwar Befragte mit migrant_innenfeindlichen Einstellungen *nicht* häufiger gewaltbereit als andere Befragte, doch sind die Anteile gewaltbereiter Personen unter Befragten mit abwertenden bzw. ablehnenden Einstellungen gegenüber Muslim_innen, Geflüchteten und Asylsuchenden sowie Jüd_innen jeweils signifikant erhöht gegenüber den Anteilswerten in den entsprechenden Vergleichsgruppen (Abb. 93).

Abb. 93: Gewaltbereitschaft in Abhängigkeit von Migrant_innenfeindlichkeit, Muslim_innenfeindlichkeit, von der Ablehnung von Geflüchteten und Asylsuchenden und von Antisemitismus⁵⁸
(„gewaltbereit“ in Prozent)

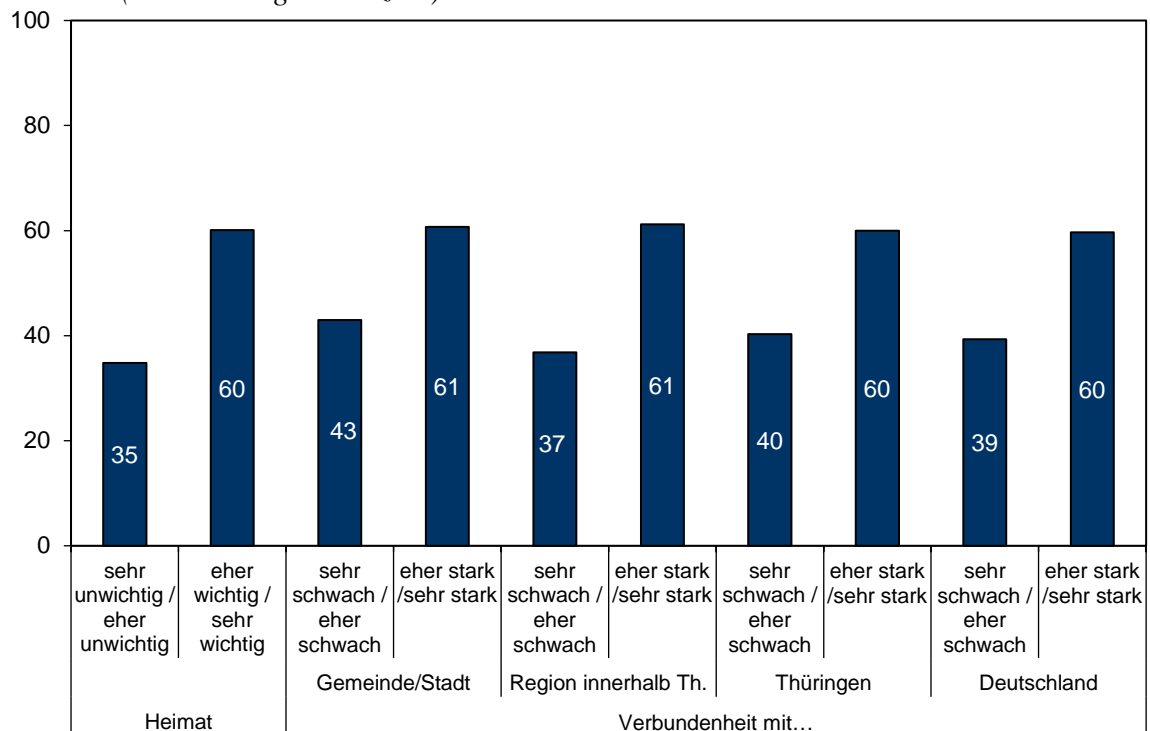


⁵⁸ Mittelwertskalen der Zustimmung zu jeweils mindestens drei Aussagen (je Skala ist eine fehlende Antwort zulässig), dichotomisiert (überwiegende Zustimmung). Signifikanzen der Anteilswert-Unterschiede: *** höchst signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.001$; ** hoch signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.01$; * signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.05$; n.s. nicht signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p > 0.05$.

Hier handelt es sich um relativ kleine Befragtenzahlen, doch die Unterschiede sind statistisch höchst signifikant. Im THÜRINGEN-MONITOR wird nicht erhoben, wogegen sich die von den Befragten geäußerte Gewaltbereitschaft richtet und was sie unter Gewalt konkret verstehen. Unsere statistische Beobachtung erfasst also lediglich das gleichzeitige Vorliegen von Gewaltbereitschaft und gewissen Einstellungen; eine *Kausalbeziehung* zwischen beiden ist keinesfalls sicher. Beispielsweise geht aber der erhöhte Anteil gewaltbereiter Antisemit_innen nicht etwa auf „antizionistisch“ ideologisierte „Linksextreme“ mit einer Gewaltneigung „gegen Staat und Kapital“ zurück. Sechs von zehn der gewaltbereiten Antisemit_innen ordnen sich „rechts der Mitte“ ein, ein weiteres Drittel der „Mitte“. Hier kann also vermutet werden, dass Aggression, die sich gegen „Fremde“ richtet, eine gewisse ideologische Fundierung besitzt, wenngleich die weit überwiegende Mehrheit derer, die ähnliche Einstellungen haben mögen, Gewalt ablehnt.

Es gibt nur vergleichsweise schwache (aber statistisch signifikante!) Zusammenhänge zwischen der Wichtigkeit der **Heimat** für die Befragten oder ihrer Verbundenheit mit Wohnort, Region, Thüringen oder Deutschland und der Ablehnung bzw. Abwertung von Migrant_innen und Muslim_innen (vgl. Kapitel III.1, IV.4). Je wichtiger den Befragten ihre „Heimat“ ist und je höher ihre lokale, regionale und nationale Verbundenheit ist, desto häufiger nehmen sie außerdem eine skeptische bis ablehnende Haltung in der Asylfrage bzw. gegenüber Geflüchteten ein (Abb. 94). Einerseits können also u.U. ein starkes Heimatgefühl und eine hohe Identifikation mit dem Eigenen die *grundsätzliche* Ablehnung von „Fremden“ verstärken, beispielsweise wenn – wie bezüglich der Muslim_innen – die Wahrnehmung kultureller Distanz relativ stark ausgeprägt ist. Andererseits verdichten sich auch Hinweise darauf, dass die Aufnahme der Asylsuchenden, die mehrheitlich kritisch bzw. mit „gemischten Gefühlen“ (TM 2016) betrachtet wird, solchen Befragten als besonders problematisch erscheint, die stärkere identitätsstiftende Bindungen zur „Heimat“ haben und relativ rigide Kriterien der kollektiven Zugehörigkeit geltend machen (vgl. Kapitel III.1).

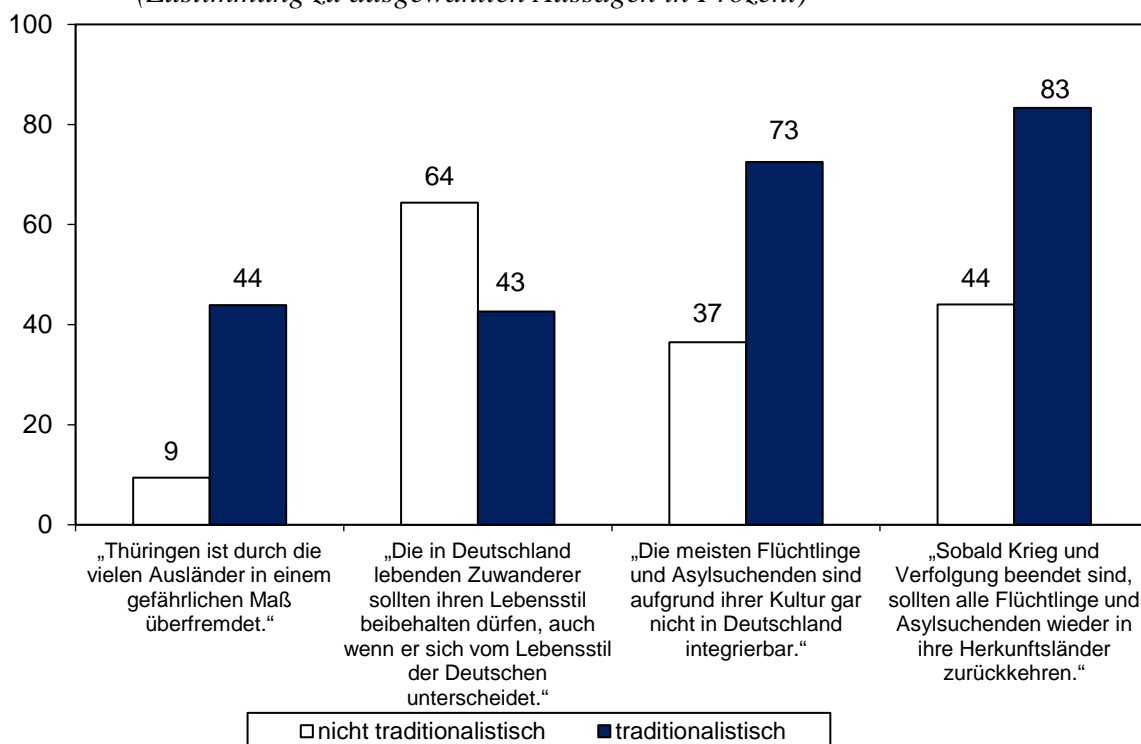
Abb. 94: „Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden“ nach Wichtigkeit der Heimat sowie lokaler, regionaler und nationaler Verbundenheit
(Zustimmung in Prozent)



Weil die Asylsituation in Teilen des politischen Diskurses und der öffentlichen Berichterstattung sehr negativ konnotiert ist und mit dem Begriff der „Überforderung“ assoziiert wird, besteht durchaus die Tendenz, dass einige Thüringer_innen mit sehr starker Heimatbindung auch eher für solche asyl-, migrations- und integrationsfeindlichen Agitationsversuche empfänglich sind, bei denen das „Heimat“-Narrativ als Ankerpunkt missbraucht wird und Ängste geschürt werden. Diese Agitationsversuche müssen sehr ernstgenommen werden. Denn wo eine „Gefährdung der Heimat“ oder ein drohender „Heimatverlust“ infolge von „Überfremdung“ und „Umvolkung“ „beklagt“ wird, wurden bereits in der Vergangenheit die Grenzen zum gewaltförmigen Rechtsextremismus und Rassismus verwischt. Davon zeugte u.a. die zynische Selbstbezeichnung des Neonazi-Netzwerkes „Thüringer Heimatschutz“, des Umfelds des terroristischen „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU).

Abb. 95: Ausgrenzender Traditionalismus?

(Zustimmung zu ausgewählten Aussagen in Prozent)



(traditionalistisch = Zustimmung zur Aussage „Wir sollten uns wieder stärker auf unsere Traditionen besinnen.“)

Die Befürwortung von **Etabliertenvorrechten**, also die Zustimmung zur Aussage, dass „Zugezogene“ weniger Rechte haben sollten als „wer schon immer hier lebt“, ist *nicht* mit den Einstellungen zur Heimat und Identität korreliert und variiert auch nur sehr schwach bzw. statistisch insignifikant mit der Wohnortgröße oder der Siedlungsstruktur. Eine derart ausgeprägte „hinterwäldlerische Fremdenfeindlichkeit“ ist den Thüringer_innen (egal in welcher Planungsregion, in welchem Landkreis oder welcher kreisfreien Stadt) also nicht zu attestieren. Markant ist allerdings der Einfluss eines **Tradionalismus**, der auf dem „rechten“ Flügel der politischen Selbsteinordnung noch stärker als in der „Mitte“ und „links der Mitte“ ist, aber auch insgesamt große Verbreitung besitzt. Der Aussage „Wir sollten uns wieder stärker auf unsere Traditionen besinnen“ stimmten 79 Prozent (!) aller Befragten zu. Es wäre also absurd, diese Meinung pauschal mit ultrakonservativem, reaktionärem oder nationalistischem Denken zu assoziieren. Dennoch fällt auf, dass traditionalistisch eingestellte Befragte signifikant häufiger als nicht-traditionalistische Befragte vorurteilsgeleiteten Aussagen über Migrant_innen zustimmen (Abb. 95), deren Assimilation fordern, eine kulturelle

Inkompatibilität der Geflüchteten und Asylsuchenden annehmen und deren dauerhafte Integration ablehnen. Zweifellos ist eine zentrale Frage unserer Zeit, inwieweit sich Migration und Multikulturalisierung als *soziale Innovationen* mit der *Kontinuität* des Ererbten und Vertrauten vertragen bzw. inwieweit dabei Konflikte und Probleme entstehen, sich weiter verschärfen oder gelöst werden können. Die Sorgen und Befürchtungen der Bevölkerung ernst zu nehmen und Politik in ihrem Auftrag zu gestalten, sollte allerdings nie bedeuten, Vorurteile zu verfestigen oder sogar zu verstärken.

V. Fazit

Für das diesjährige Schwerpunktthema „Heimat“ stellt die wirtschaftliche und soziodemographische Entwicklung im Freistaat einen wichtigen Interpretationsrahmen dar. In wirtschaftlicher Hinsicht hat sich auch im Jahr 2017 die positive Entwicklung in Thüringen fortgesetzt, die sich u.a. in einem moderaten Wirtschaftswachstum, einem gestiegenen Lohnniveau, einem Sinken der Pro-Kopf-Verschuldung und einem weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit ausdrückt. Thüringen bleibt beim Bruttoinlandsprodukt gemeinsam mit Sachsen an der Spitze der ostdeutschen Bundesländer, die Arbeitslosigkeit ist geringer als in den anderen vier ostdeutschen Bundesländern. Diese objektiven Wirtschaftsindikatoren korrespondieren mit der subjektiven Wahrnehmung der Mehrheit der Befragten, die die wirtschaftliche Lage Thüringens und auch ihre eigene finanzielle Situation weiterhin positiv beurteilt. Doch die Spitzenposition des Freistaats im Ostländervergleich wird von vielen Thüringer_innen selbst nicht wahrgenommen, da eine stabile Mehrheit glaubt, dass es Thüringen wirtschaftlich nicht besser geht als anderen ostdeutschen Bundesländern. Wie die langen Reihen der amtlichen Statistik zeigen, hat sich die *Differenz* zwischen Thüringen und den ostdeutschen Bundesländern einerseits und den westdeutschen Bundesländern andererseits weder beim Bruttoinlandsprodukt, bei den Bruttolöhnen und -gehältern noch bei den verfügbaren Einkommen seit den 1990er Jahren spürbar verringert. Daher sind zumindest mittelfristig keine gleichen Lebensbedingungen in Ost und West zu erwarten. Zwar glauben 67 Prozent der Befragten des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS, „Thüringen braucht den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen“, frühere Spitzenwerte (2012: 75 Prozent) werden jedoch nicht mehr erreicht.

Infolge des anhaltenden Geburtendefizites und der negativen Wanderungsbilanz in den letzten Jahrzehnten lebten zum Jahresende 2017 nur noch 2,154 Millionen Menschen im Freistaat. Der seit Anfang der 1990er Jahre anhaltende Trend des Bevölkerungsrückgangs wurde auch nicht durch den Zuzug Geflüchteter und Asylsuchender ab 2015 gestoppt, zumal die Zahl von Asylerstanträgen 2017 und im ersten Halbjahr 2018 weiterhin rückläufig war. Insgesamt hat sich zwar der Anteil der Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft in Thüringen seit Beginn des Jahrzehnts deutlich erhöht, er liegt aber mit 4,7 Prozent im bundesweiten Vergleich nach wie vor auf einem niedrigen Niveau. Thüringen weist also eine sehr große ethnische Homogenität auf. Der Frage, welche Konsequenzen das für die Bereitschaft der Befragten hat, sich gegenüber „Fremden“ und „Fremdem“ zu öffnen, wird mit einigen Befunden zu unserem diesjährigen Schwerpunktthema nachgegangen.

„Heimat“ hat eine lange Karriere als ein politisch aufgeladener Begriff, der zuletzt unter dem Eindruck kontroverser öffentlicher Debatten über gesellschaftlichen Zusammenhalt ein aktuelles Kapitel hinzugefügt wurde. Diese Debatten kreisen auch um die Frage, wie auf den Veränderungsdruck der Globalisierung, insbesondere den Druck der Fluchtmigration, angemessen zu reagieren sei. Der Heimatbegriff signalisiert Vertrautheit, Zugehörigkeit und Selbstgewissheit, doch schwingen bei ihm auch Ausgrenzung, Rückzug und trotziges Beharren mit. Für unsere Thüringer Befragten ist „Heimat“ allerdings kein Problem, sondern eine fast durchweg positiv bewertete Grundtatsache des Lebens, vor allem *ihrer* Zusammenlebens mit Anderen. Mit ganz wenigen Ausnahmen wissen fast alle eine Antwort, wenn wir sie offen danach fragen, was „Heimat“ allgemein oder was konkret ihre „Heimat“ sei. Dies sind meist bestimmte Orte oder Regionen, häufig aber auch unbestimmte „Sehnsuchtsorte“, die in aller Regel Bezüge zum sozialen Umfeld oder der Lebensgeschichte der Befragten

haben, wobei „Familie“ und „Freunde“ als Ankerpunkte in den Antwortmustern deutlich hervortreten.

Für 96 Prozent (!) unserer Befragten ist Heimat eher oder sehr *wichtig*, was über dem Anteilswert von 77 Prozent der Befragten liegt, die in einer deutschlandweiten Allensbach-Befragung angaben, mit ihrer Heimat stark oder sehr stark *verbunden* zu sein. Die eigene Migrationsgeschichte hat einen erheblichen Einfluss auf die Art und Stärke der Bindung an die Heimat. Hier ist es wichtig, dass unsere Thüringer Befragten für eine regional eingewurzelte Bevölkerung stehen: 80 Prozent sind eingewachsene Thüringer_innen, 93 Prozent im Osten Deutschlands aufgewachsen. Eine solche Lebenssituation stärkt regionale Bindungen, vertieft die Verwurzelung in lebensweltliche Bezüge und fördert die Identifikation mit den sozialen Gemeinschaften, die im Umfeld leben. Dies zeigt sich auch in unseren Daten. Eine relative Mehrheit von 46 Prozent unserer Befragten fühlt sich in erster Linie als Thüringer_innen – ein Wert, der sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten kaum verändert hat und anzeigt, wie nachhaltig wichtig die Bindungen an den Freistaat und an die in ihm lebenden Menschen sind. Diese Bindungen sind aber nicht exklusiv. Wenn wir nach der *Stärke* der Verbundenheit fragen, dann offenbaren große Mehrheiten von 87 bis 93 Prozent unserer Befragten Gefühle der Verbundenheit mit allen Bezugsebenen vom Heimatort bis zur Nation. Diese Bindungen sind über alle Ebenen positiv miteinander verknüpft. Das heißt: *Bindungen schaffen Bindungen*. Dies ist ein wirkungsmächtiger, den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkender Sachverhalt. Es ist wichtig, dass durch diese Integrationskette auch die europäische Ebene erreicht wird: Eine stärkere Bindung an Deutschland und selbst noch an den Heimatort stärkt auch die Bindung an Europa! Zwar fühlen sich insgesamt „nur“ 68 Prozent der Befragten Europa „ziemlich“ oder „sehr“ verbunden, doch ist dieser Wert gegenüber 2012, als er bei 46 Prozent lag, massiv angestiegen. Dies ist im Hinblick auf Verbundenheit die einzige markante Veränderung zwischen beiden Befragungswellen und ein Hinweis darauf, dass die hohe Sozialintegration der Thüringer Bevölkerung, die wir in unseren Daten erkennen, nicht zu einer Binnenorientierung führen muss.

Auf der anderen Seite nehmen aber auch Tendenzen der Ausgrenzung und Ressentiments gegen „Fremde“ mit Gefühlen der Heimatverbundenheit zu. Je wichtiger den Befragten die Heimat ist und je stärker sie sich Thüringen verbunden fühlen, desto höher legen sie die Hürden vor die Aufnahme in die Gemeinschaft der Thüringer_innen. Die Forderungen nach Ausschließung Zugezogener von Rechten, die die Ansässigen genießen, nach Rückkehr von Geflüchteten und Asylsuchenden nach Ende von Krieg und Verfolgung und dass „Ausländer“ unter ihresgleichen heiraten sollen, sowie die Zustimmung zu der Aussage, dass Thüringen „in gefährlichem Maß überfremdet“ sei, nehmen in dem Maß zu, je mehr Zugangskriterien die Befragten für eine Aufnahme in die Gemeinschaft der Thüringer_innen gelten lassen wollen. Heimatverbundenheit, Vorstellungen von einer exklusiven Gemeinschaft der Ansässigen und Ausgrenzung von „Fremden“ bilden also einen Zusammenhang.

Doch auch hier gibt es Ambivalenzen und innere Widersprüche, die wir ja immer wieder im THÜRINGEN-MONITOR erkannt haben. Sie zeigen sich u.a. in den Modellen, mit denen wir die Bedingungsfaktoren für das Einstellungssyndrom „Rechtsextremismus“ und seine Facetten Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus identifiziert haben. Deutlich wird hier, dass ein exklusives Verständnis Thüringer Identität, das hohe und viele Hürden der Zugehörigkeit aufbaut, einen signifikanten Verstärker von Rechtsextremismus und seinen Facetten bildet. Die Stärke der Identifikation mit Thüringen und der eigenen Gemeinde hat dagegen in variierenden Konstellationen eine *dämpfende Wirkung*. Das gleiche gilt – nun

mit deutlich stärkeren Effekten – für die Identifikation mit Europa. Befragte, die sich stärker mit Deutschland identifizieren, neigen wiederum in höheren Maß dazu, rechtsextreme, ethnozentrische und neo-nationalsozialistische Positionen zu unterstützen. Dieser komplexe Befund deutet an, dass eine gute eigene Integration in lokale und regionale Lebenswelten durchaus kompatibel, ja sogar förderlich für eine Offenheit gegenüber „Fremden“ sein kann. Voraussetzung ist aber, dass „Heimat“ nicht als sozial exklusiver Raum wahrgenommen wird und die Hürden für den Zutritt für Außenstehende niedrig gehalten werden.

Da Heimat für viele der befragten Thüringer_innen nicht nur ein Gefühlswert ist, sondern von ihnen konkret mit ihrer Lebenswelt gleichgesetzt wird („...dort, wo ich mich wohlfühle...“), sind die wahrgenommenen Struktur- und Lebensbedingungen in ihrer Umgebung und die Zufriedenheit mit Aspekten ihrer Wohngegend von hoher Relevanz. Eine sehr große Mehrheit der Befragten schätzt die Lebensbedingungen in ihrer Umgebung in den Bereichen Bildung, Freizeit und Kultur als sehr gut oder gut ein. Die Berufsaussichten werden zwar seltener, aber mit einem Anteil von 59 Prozent dennoch von der Mehrheit der Befragten positiv bewertet. Mit einer im Vergleich zu 2013 insgesamt besseren Bewertung der Lebensbedingungen hat sich auch eine Angleichung zwischen den Thüringer Regionen vollzogen. Allerdings zeigen sich Effekte sozialräumlicher Differenzierung, da Bewohner_innen von Plattenbausiedlungen am Rand oder im Vorort einer Stadt die Bedingungen in ihrer Umgebung signifikant schlechter beurteilen als Befragte, die in einem Dorf, in einer Innenstadt oder in einer Einfamilienhaussiedlung am Rand einer Stadt wohnen. Befragte aus Plattenbausiedlungen sind außerdem häufiger depriviert und verspüren häufiger Statusverlustangst als andere Befragte. Somit zeigen die Befunde des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS Anzeichen für Prozesse sozialer Segregation, d.h. einer Entmischung der Wohnbevölkerung und einer Konzentration von Einwohner_innen mit bestimmten sozialen Lagen in bestimmten Quartieren.

Insgesamt schätzen mehr als drei Viertel der Befragten die Zukunft ihrer Region als positiv ein. Eine positive Zukunftsprognose für die Region hängt dabei vor allem mit einer positiveren Bewertung der Bildungsangebote und der Berufsaussichten zusammen. Auch die allgemeine Lebenszufriedenheit der Befragten im THÜRINGEN-MONITOR 2018 hat sich gegenüber dem Vorjahr noch einmal signifikant erhöht. So stimmen drei von fünf Befragten der Aussage „Ich bin mit meinem Leben insgesamt zufrieden“ voll und ganz zu, ein weiteres Drittel der Befragten stimmt überwiegend zu und lediglich vier Prozent scheinen unzufrieden zu sein.

Die Verbundenheit zur „Heimat Thüringen“ drückt sich auch darin aus, dass sich fast vier Fünftel der Befragten sicher sind, im Freistaat zu bleiben – dieser Anteil hat sich gegenüber früheren THÜRINGEN-MONITOREN signifikant erhöht. Nur drei Prozent aller Befragten sind davon überzeugt, dass sie Thüringen verlassen werden, weitere vier Prozent äußern eine Tendenz zum Fortzug. Dabei wird die Fortzugsneigung durch eine negative Prognose für die Region verstärkt sowie durch eine geringe Verbundenheit mit der Region und dem Wohnort. Häufiger zur Abwanderung tendieren außerdem Auszubildende bzw. Studierende.

Die befragten Thüringer_innen sind insgesamt überwiegend sehr bzw. ziemlich zufrieden mit den Infrastruktur- und sozialen Einrichtungen sowie der öffentlichen Sicherheit in ihrer Wohngegend. Dabei sind sie mit der öffentlichen Sicherheit, den Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen sowie mit den Einkaufsmöglichkeiten am zufriedensten, während sie durchschnittlich mit dem öffentlichen Nahverkehr und der Versorgung mit Ärzten am

unzufriedensten sind. Insbesondere hinsichtlich der Zufriedenheit mit der Infrastruktur beobachten wir jedoch markante Unterschiede je nach der Gemeindegröße des Wohnortes. Hier zeigt sich, dass v.a. Befragte aus Dörfern und Kleinstädten mit bis zu 5.000 Einwohner_innen unzufrieden mit dem öffentlichen Nahverkehr, den Einkaufsmöglichkeiten, dem Internetzugang sowie der Erreichbarkeit von Behörden sind. Da Thüringen ein hauptsächlich dörflich bis kleinstädtisch geprägtes Bundesland ist, sollte eine Infrastrukturentwicklung, die auf eine Angleichung der Lebensverhältnisse in Thüringen abzielt, vor allem jene Disparitäten zwischen dem ländlichen Raum und den Städten in den Blick nehmen.

Der Anteil von Befragten, die Kriminalitätsfurcht äußern, ist mit 16 Prozent wieder etwas geringer als 2017 (22 Prozent). Je unzufriedener Befragte mit der öffentlichen Sicherheit in ihrer Wohngegend sind, desto stärker empfinden sie Kriminalitätsfurcht. Auch Befragte, die stärkere Statusverlustängste als andere haben, tendieren gleichzeitig zu höherer Kriminalitätsfurcht. Auffällig in diesem Zusammenhang ist, dass die Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit nur relativ geringfügig mit der Ortsgröße variiert – und gar nicht mit der (städtischen) Wohnlage der Befragten. Befragte aus Plattenbausiedlungen fühlen sich allerdings etwas stärker von Kriminalität bedroht als Befragte in anderen Wohnlagen.

Ein wichtiger Aspekt von dem, was Heimat ausmacht, sind die Naturräume und seine Landschaften, die vom Menschen in unterschiedlicher Weise gestaltet und genutzt werden. Die Nutzung natürlicher Ressourcen (z.B. für die Land- und Forstwirtschaft oder zur Energiegewinnung) und die Raumnutzung (z.B. durch den Bau von Siedlungen, Industrieanlagen, Gewerbegebieten und Verkehrswegen) können in unterschiedlichem Maße invasiv sein und sich damit nicht zuletzt auch auf das gesundheitliche und emotionale Wohlbefinden der Bewohner_innen sowie auf ihre ästhetische Wahrnehmung auswirken. Daher sind die Einstellungen der Thüringer_innen zur ökologischen Nachhaltigkeit wichtig. Grundsätzlich spricht sich eine deutliche Mehrheit der befragten Thüringer_innen für ökologische Nachhaltigkeit aus: So stimmen drei Viertel der Befragten der Aussage zu, dass die Umwelt nur gerettet werden kann, wenn wir alle weniger konsumieren. Knapp 60 Prozent sprechen sich dafür aus, auf das eigene Auto zu verzichten und stärker öffentliche Verkehrsmittel oder Carsharing zu nutzen. Dabei ist die Bereitschaft, auf das eigene Auto zu verzichten, umso größer, je höher die Zufriedenheit mit dem öffentlichen Nahverkehr in der Wohngegend ist. Nur eine kleine Minderheit (zehn Prozent) würde dem Wirtschaftswachstum zulasten der Umwelt Vorrang geben. Landschaftsverändernde Maßnahmen, die mit der „Energiewende“ verbunden werden, treffen auf unterschiedliche Akzeptanz in der Thüringer Bevölkerung: 71 Prozent der Befragten würden im Zuge einer klimafreundlichen Energiepolitik den Bau einer großflächigen Solaranlage „in ihrer näheren Umgebung“ befürworten, 51 Prozent Windräder, aber nur 32 Prozent eine Hochspannungsleitung. Hochspannungsleitungen haben dabei in Mittel- und Ostthüringen höhere Akzeptanzwerte als in Südwestthüringen, während Windräder in Nordthüringen geringfügig akzeptierter sind als in den anderen drei Thüringer Planungsregionen. Solaranlagen haben hingegen thüringenweit ähnliche Akzeptanzwerte.

Die Politik gestaltet die Rahmenbedingungen für das Leben der Menschen in Thüringen, sie ist aber auch selbst eine Rahmenbedingung und ein Faktor der Lebensqualität. Hier zeigt der THÜRINGEN-MONITOR differenzierte und z.T. widersprüchliche Einstellungsmuster, die verbreiteten Stereotypen widersprechen. Die Demokratie als Staatsidee hat nach wie vor eine sehr breite Unterstützung in der Thüringer Bevölkerung. Die abstrakte Demokratieunterstützung bleibt wie bereits im Vorjahr auch im Jahr 2018 mit einer Zustimmung von 86

Prozent auf einem Höchststand. Im Gegensatz hierzu ist die Zufriedenheit mit der „Demokratie, so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert“ deutlich von 65 auf 55 Prozent gesunken. Plausible Erklärungen für die gestiegene Unzufriedenheit sind die politischen Entwicklungen auf der Bundesebene wie die langwierige Regierungsbildung nach der Bundestagswahl 2017 und der „Asylstreit“ zum Zeitpunkt der Befragung. Dies bildet sich auch in einem deutlich gesunkenen Vertrauen in die Bundesregierung ab, das markant von 37 Prozent im Vorjahr auf 24 Prozent in diesem Jahr gefallen ist. In der Demokratieunzufriedenheit spiegelt sich nach den Befunden des THÜRINGEN-MONITORS eine deutliche Kritik an den Defekten des politischen Betriebs und der dort wahrgenommenen Abgehobenheit und Selbstbezüglichkeit der Eliten und politischen Parteien wider, die im Vergleich zu den Vorjahren nochmals angestiegen ist. Drei Viertel der Befragten fühlen sich und ihre Anliegen nicht mehr wirksam vertreten, ebenfalls drei Viertel der Befragten sind überzeugt, dass „Leute wie ich ... so oder so keinen Einfluss darauf [haben], was die Regierung tut.“ 80 Prozent der Befragten sind zudem der Ansicht, dass die Parteien nur die Stimmen der Wähler_innen wollen, während deren Interessen nicht beachtet werden.

Trotz dieser Elitenkritik und Politikverdrossenheit bleiben die Demokratiezufriedenheit und das Vertrauen in die Kerninstitutionen der staatlichen Ordnung unserer Demokratie bei den Befragten im Langzeitvergleich auf einem relativ hohen Niveau. Die Demokratiezufriedenheit erreicht trotz des Rückgangs um zehn (!) Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr immer noch den dritthöchsten Wert seit 2001. Nach wie vor ist eine Mehrheit der befragten Thüringer_innen (55 Prozent) mit der demokratischen Praxis zufrieden. Somit bietet sich – wie bereits in den THÜRINGEN-MONITOREN 2016 und 2017 – ein ambivalentes und in Teilen inkonsistentes Bild der Einstellungen der Thüringer_innen im Hinblick auf die Demokratie.

Die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen zeigt sich im Vergleich zum Vorjahr mit rund 20 Prozent rechtsextrem eingestellter Befragter als unverändert. Der noch bis 2016 (!) konstatierte Rückgang rechtsextremer Einstellungen in diesem Jahrzehnt hat sich also nicht fortgesetzt, vielmehr ist eine Verfestigung zu beobachten. Auffällig ist dabei die tendenzielle Entkoppelung der beiden Unterdimensionen Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus: Die Zustimmung zu ethnozentrischen, d.h. fremdenfeindlichen und nationalistischen, Aussagen steigt weiter an und wird mittlerweile von 47 Prozent, also rund der Hälfte der Thüringer_innen geteilt. Die durchschnittliche Befürwortung neo-nationalsozialistischer Aussagen verbleibt hingegen mit acht Prozent auf niedrigem Niveau.

Die in dieser Entwicklung angedeutete flexible Verbindung zwischen ethnozentrischen Formen der Ausgrenzung und bestimmten (radikalen) politischen Ordnungsvorstellungen haben wir im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR explizit mit der Analyse der Beziehung zwischen rechtsextremen und (rechts-)populistischen Einstellungen adressiert. In den Einstellungen der Thüringer_innen vereinigt sich der bereits bekannte Ethnozentrismus mit Autoritarismus und Anti-Pluralismus, aber auch mit Antisemitismus und Sozialdarwinismus zu einem kohärenten Einstellungssyndrom. Das verbindende Element dieses erweiterten Ethnozentrismus ist die Idee homogener und (nur) auf dieser Basis sozial integrierbarer Gesellschaften, die in einem Wettbewerb und Hierarchieverhältnis zueinanderstehen. In diesem Einstellungssyndrom erkennen wir einen Kernbestandteil des Rechtspopulismus.

Die subjektive individuelle Benachteiligung, die Angst vor einem Statusverlust und die Wahrnehmung der kollektiven Benachteiligung der Ostdeutschen verstärken rechtsextreme und rechtspopulistische Einstellungen. Die wahrgenommene kollektive Benachteiligung der

Heimatregion in Thüringen besitzt hingegen keinen Einfluss darauf. Des Weiteren wirken die Erfahrung, *persönlich* als Ostdeutscher benachteiligt worden zu sein, eine nach eigener Einschätzung prekäre Beschäftigungssituation sowie Arbeitslosigkeit *dämpfend* auf rechts-extreme Einstellungen bzw. einzelne Einstellungsfacetten. Ein niedriges Einkommen erhöht zwar leicht die Zustimmung zu neo-nationalsozialistischen Aussagen, hat jedoch keinen Einfluss auf den Ethnozentrismus und rechtsextreme Einstellungen insgesamt. In diesen Befunden deutet sich an, dass Menschen, die über geringe sozioökonomische Ressourcen verfügen oder bestimmte individuelle Benachteiligungen erfahren haben, nicht zwangsläufig dafür prädestiniert sind, „sozialstaatsnativistische“, chauvinistische oder rassistische Abwehr- und Ausgrenzungsstrategien zu unterstützen, sondern dass sie sich u.U. sogar stärker als sozioökonomisch Bessergestellte mit anderen Marginalisierten solidarisieren können. Die Vermutung, Ethnozentrismus und politischer Extremismus seien vor allem „Unterschichten“-Phänomene, erweist sich damit einmal mehr als „klassistischer“ Mythos. Wichtige Erklärungsfaktoren für rechtsextreme Einstellungen bleiben jedoch Autoritarismus und soziale Dominanzorientierung, was u.a. auf die starke *kulturelle* Verankerung von Ideologien der Ungleichwertigkeit hindeutet.

Die weiterhin sehr kontrovers geführten deutschlandweiten Debatten um Asyl und Migration und die starke Fokussierung auf dieses Themenfeld im vergangenen Jahr haben sich auch auf die Einstellungen der Thüringer_innen ausgewirkt. Ein zentraler Befund der THÜRINGEN-MONITORE 2016 und 2017 waren die „gemischten Gefühle“ in der Bevölkerung, d.h. die Verbindung von positiven und negativen Urteilen zur Asylpolitik. Im THÜRINGEN-MONITOR 2018 zeigt sich allerdings eine generell erhöhte Skepsis und eine Zunahme ablehnender Einstellungen gegenüber Asylsuchenden. 58 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu: „Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden.“ (2017: 54 Prozent). Mit 74 Prozent denken nun fast drei Viertel der Befragten, dass alle Geflüchteten und Asylsuchenden nach Krieg und Verfolgung wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren sollten (2016: 66 Prozent). Mehrheitlich werden den Asylsuchenden die Eigenschaften abgesprochen, die einen dauerhaften Zuzug begünstigen würden: 64 Prozent der Befragten glauben nicht, dass „die meisten“ Geflüchteten und Asylsuchenden aufgrund ihrer Kultur in Deutschland integrierbar sind (2016: 58 Prozent).

In diesem Jahr ist auch eine Wiederzunahme migrant_innenfeindlicher Einstellungen in der Thüringer Bevölkerung festzustellen. So stimmen 58 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass die Bundesrepublik „durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“ sei. 36 Prozent denken dies auch für Thüringen, was einen deutlichen Anstieg um 13 Prozentpunkte seit 2016 markiert. Nur noch 50 Prozent der Befragten schätzen das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religionen und Kulturen in Thüringen als positiv ein. 2012 waren es noch 68 Prozent.

Umstritten ist bei den Thüringer_innen auch, inwieweit der aufgrund des demographischen Wandels bestehende Fachkräftebedarf durch Arbeitskräfte aus dem Ausland gedeckt werden soll. Eine Mehrheit von 54 Prozent der Befragten des THÜRINGEN-MONITORS 2018 spricht sich für eine gezielte Anwerbung aus, acht Prozent machen die Anwerbung von der Berufsgruppe abhängig und 39 Prozent lehnen eine Anwerbung grundsätzlich ab. Insbesondere sprechen sich jene Befragtengruppen dagegen aus, die vermutlich verstärkte Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt durch ausländische Arbeitskräfte antizipieren – z.B. 70 Prozent der Arbeitslosen. Zudem lehnen fremdenfeindlich eingestellte Befragte die Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland signifikant häufiger ab.

Des Weiteren beobachten wir die Verhärtung anti-muslimischer Ressentiments in der Thüringer Bevölkerung, in denen sich eine große kulturelle Distanz ausdrückt. Mit 63 Prozent würden sich mehr Befragte als 2012 und 2016 von einem Moscheebau in der Nachbarschaft gestört fühlen. Immerhin ein Drittel der Befragten fühlt sich von kopftuchtragenden Muslimas in der Öffentlichkeit gestört. Außerdem ist ein leichter Anstieg der Zustimmung zu antisemitischen Aussagen zu konstatieren, nämlich solchen, die eine Ausnutzung der „Opferrolle der Juden“ unterstellen (sekundärer Antisemitismus, 26 Prozent Zustimmung) und solchen, die die „Politik Israels“ negativ mit „den Juden“ verknüpfen (34 Prozent Zustimmung). Gleichzeitig ist allerdings ein leichter Rückgang der Zustimmung zur primär-antisemitischen Aussage „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“ von 14 auf nunmehr neun Prozent festzustellen.

Insgesamt befindet sich die Zustimmung zu vorurteilsgeleiteten bzw. abwertenden Aussagen über ethnische, kulturelle und soziale Gruppen auf einem bedenklichen Niveau. Hier ist erkennbar, dass Diversität von wesentlichen Teilen der Bevölkerung als konfliktreich und problembehaftet wahrgenommen wird. Es besteht ein Spannungsverhältnis zum *gesellschaftlichen Zusammenhalt*, dessen Stärkung allerdings eine zentrale Forderung gegenüber der Politik ist, an der offenbar auch die Leistungsfähigkeit der Demokratie bemessen wird. Noch größere Anteile der Befragten als in den Vorjahren erkennen eine Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland (76 Prozent) und sprechen sich dafür aus, dass „wieder mehr für die Mehrheit der Leute in unserem Land getan werden (sollte), als sich um Minderheiten zu kümmern“ (68 Prozent). Eine Herabsetzung der Ostdeutschen als „Menschen zweiter Klasse“ durch Westdeutsche erkennen immer noch 44 Prozent der Befragten. 32 Prozent geben an, selbst schon mindestens einmal wegen ihrer ostdeutschen Herkunft benachteiligt worden zu sein. 17 Prozent sagen bis heute, dass für sie persönlich alles in allem eher die Nachteile der Vereinigung überwiegen. 23 Prozent beurteilen ihre eigene finanzielle Situation als eher schlecht oder sehr schlecht. 39 (!) Prozent der Befragten äußern die Sorge, „durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten“; dieser Anteilswert ist seit 2013 nicht mehr signifikant gesunken. Dies alles sind Symptome einer Gesellschaft, in der trotz eines hohen allgemeinen Zufriedenheitsniveaus Gerechtigkeitsdefizite wahrgenommen werden und in der Bedürfnisse nach (materieller) Sicherheit und (ideellem) Zusammenhalt unbefriedigt bleiben. In Verbindung mit der ausgeprägten Kritik an der Performanz des politischen Systems und an den Parteien sowie der Verbreitung ethnozentrischer und integrations skeptischer Einstellungen in der Bevölkerung zeichnen sich hier erhebliche Herausforderungen für die politische Kultur im Freistaat ab. Dem Anspruch, eine gute Heimat für alle zu sein, die hier leben, kann Thüringen nur gerecht werden, indem gesellschaftliche Teilhabe und Inklusion wirklich *umfassend* realisiert werden.

Literatur

- Allensbach (2018): Generation Mitte 2018. Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. Online unter: <https://www.gdv.de/de/medien/aktuell/--generationmitte--tiefe-verunsicherung-trotz-wirtschaftlicher-zufriedenheit-35784>
- ARB (2017): Fünfter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Lebenslagen in Deutschland. Berlin: Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Online unter: http://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Berichte/5-arb-langfassung.pdf;jsessionid=B45ADD481642ADDE27D6C17ECD387034?_blob=publicationFile&v=6
- ARD (2018a): Boomregion: "Ein riesengroßes Gewerbegebiet" (15.02.2018). Online unter: <https://www.tagesschau.de/inland/thueringen-boom-101.html>
- ARD (2018b): ARD-Akzeptanzstudie. Online unter: https://www.ard.de/download/4787106/ARD_Akzeptanzstudie_2018.pdf
- Behr, Rafael (2017): Diskriminierung durch Polizeibehörden. In: Albert Scherr / Aladin El-Mafaalani / Emine Gökçen Yüksel (Hrsg.): Handbuch Diskriminierung. Wiesbaden: Springer VS, S. 301–319.
- Bernhard, Henry (2018): Thüringen: Verfassungsschutz prüft Beobachtung der AfD. Deutschlandfunk Online, 06.09.2018. https://www.deutschlandfunk.de/thueringen-verfassungsschutz-prueft-beobachtung-der-afd.1783.de.html?dram:article_id=427475
- Bertelsmann-Stiftung (2017/Hrsg.): Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017. (Autor_innen: Regina Arant / Georgi Dragolov / Klaus Boehnke). Ohne Verlag: Gütersloh. Online unter: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ST-LW_Studie_Zusammenhalt_in_Deutschland_2017.pdf
- Bertelsmann-Stiftung (2018a). Repräsentative Untersuchung von Kanter Emnid anlässlich des Salzburger Trilogs, 23.8.2018. Online unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2018/august/wir-muessen-die-demokratie-neu-beleben/>
- Bertelsmann-Stiftung (2018b/Hrsg.): Vom Unbehagen an der Vielfalt. (Autor_innen: Robert Follmer / Jette Kellerhoff / Fridolin Wolf). Ohne Verlag: Gütersloh. Online unter: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/LW_Studie_2017_Unbehagen_an_der_Vielfalt.pdf
- Best, Heinrich (2009): History Matters: Dimensions and Determinants of National Identities among European Populations and Elites. In: Europe-Asia Studies, Vol. 61, No. 6, S. 921–941.
- Best, Heinrich (2011): The Elite-Population Gap in the Formation of Political Identities. A Cross-Cultural Investigation, in: Europe and Asia Studies, Vol. 3, No. 6, S. 995–1009.
- Best, Heinrich (2018a): Demokratie als Wagnis: Auf der Suche nach den Wurzeln von Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Thüringen. In: Michael Dreyer / Manuel Fröhlich / Oliver W. Lembcke / Florian Weber-Stein (Hrsg.): Festschrift für Klaus Dicke. (Erscheint voraussichtlich im Dezember 2018.)
- Best, Heinrich (2018b): Rechtsextremismus im Kontext der politischen Kultur des Freistaats Thüringen. Eine Metaanalyse von Befunden der THÜRINGEN-MONITORE 2000–2017. In: Torsten Oppelland (Hrsg.): Politik und Regieren in Thüringen. Institutionen, Strukturen und Politikfelder im 21. Jahrhundert. Wiesbaden: Springer VS, S. 99–113.
- Best, Heinrich / Axel Salheiser / Franziska Schmidtke / Lars Vogel / Rahel Busch / Marius Miehle (2017): Topografie und regionale Kontextanalyse des Rechtsextremismus in Thüringen. Projektbericht, Januar–Dezember 2017. KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung

- und gesellschaftliche Integration, Friedrich-Schiller-Universität Jena. Online: http://www.komrex.uni-jena.de/rexmedia/Neu/Neu/PROJEKTBERICHT_TOPOGRAFIE_DEZ2017-p-176.pdf
- Best, Heinrich / György Lengyel / Luca Verzichelli (2012/Hrsg.): The Europe of Elites. A Study into the Europeanness of Europe's Political and Economic Elites. Oxford University Press, Oxford.
- Best, Heinrich / Katja Salomo (2014): Güte und Reichweite der Messung des Rechtsextremismus im THÜRINGEN-MONITOR 2000 bis 2014. Expertise für die Thüringer Staatskanzlei. Erfurt. Online unter: http://www.thueringen.de/mam/th1/tsk/thuringen-monitor_gute_und_reichweite_der_messung_des_rechtsextremismus.pdf
- Best, Heinrich / Lars Vogel (2018): Representative elites. In: Heinrich Best / John Higley (Hrsg.): The Palgrave Handbook of Political Elites. Basingstoke / New York: Palgrave Macmillan, S. 339–362.
- BMUB (2015): Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit / Bundesamt für Naturschutz (Hrsg.): Naturbewusstsein 2015. Bevölkerungsumfrage zu Natur und biologischer Vielfalt. Berlin. Online unter: <https://www.bfn.de/fileadmin/BfN/gesellschaft/Dokumente/Naturbewusstseinsstudie2015.pdf>
- BMUB (2016): Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit / Umwelt-Bundesamt (Hrsg.): Umweltbewusstsein in Deutschland 2016. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Berlin. Online unter: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/376/publikationen/umweltbewusstsein_deutschland_2016_bf.pdf
- Brady, Henry E. / Sidney Verba / Key L. Schlozman (1995): Beyond SES: A resource model of political participation. In: American Political Science Review 89 (2): 271-294.
- Bundesagentur für Arbeit (2018): Fluchtmigration. Berichte: Arbeitsmarkt kompakt. Juli 2018. Online unter: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Statistische-Analysen/Statistische-Sonderberichte/Generische-Publikationen/Fluchtmigration.pdf>
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2018a): Aktuelle Zahlen zum Asyl (05/2018). Nürnberg. Online unter: http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/aktuelle-zahlen-zu-asyl-mai-2018.pdf?__blob=publicationFile
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2018b): Das Bundesamt in Zahlen 2017: Asyl. Nürnberg. Online unter: http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/bundesamt-in-zahlen-2017-asyl.pdf?__blob=publicationFile
- Datenreport (2016): Datenreport 2016. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Statistisches Bundesamt / Wissenschaftszentrum Berlin. Online unter: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Datenreport/Downloads/Datenreport2016.pdf?__blob=publicationFile
- Decker, Oliver / Johannes Kiess / Elmar Brähler (2016/Hrsg.): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Die Leipziger Mitte-Studie 2016. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Deutschlandfunk 2018: Interview der Woche vom 29.07.2018. Eric Schweitzer, Präsident des Industrie- und Handelskammertags. Online unter: https://www.deutschlandfunk.de/dihk-chef-zum-handelsstreit-wir-haben-einen-marathon-vor-uns.868.de.html?dram:article_id=424100
- Duckitt, J. (2001): A dual-process cognitive-motivational theory on ideology and prejudice. In: M. P. Zanna (Hg.), Advances in experimental social psychology, 33, San Diego, CA: Academic Press, S. 41–113.
- Ekehammar, B. / N. Akrami / M. Gylje / I. Zakrisson (2004): What matters most to prejudice: Big five personality, social dominance orientation, or rightwing authoritarianism? European Journal of Personality, 18, S. 463–482.
- Elchardus, Mark / Bram Spruyt (2014): Populism, Persistent Republicanism and De-clinism: An Empirical Analysis of Populism as a Thin Ideology, in: Government and Opposition, Vol. 51/1, S. 111–133.

- ezra – Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen (2018): Anzahl der Angriffe 2007–2017. Online unter: https://ezra.de/wp-content/uploads/2018/03/ezra_diagramme_2017.pdf
- ezra – Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen (2018): Rassistische Gewalt im Jahr 2017 in Thüringen weiter auf Rekordhoch: Opferberatungsstelle ezra veröffentlicht Jahresstatistik. Erfurt, 07.03.2018. Online unter: <https://ezra.de/jahresstatistik2017/>
- FAZ (2018a): Allensbach-Umfrage: Das denken die Deutschen über Heimat. FAZ Online, 25.04.2018. Online unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/deutsche-sprechen-in-der-allensbach-umfrage-ueber-ihr-heimatgefuehl-15558259.html>
- FAZ (2018b): Allensbach-Umfrage: Beunruhigung über die Flüchtlingssituation stark gestiegen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Online, 17.07.2018, Online unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/umfrage-beunruhigung-ueber-die-fluechtlingssituation-waechst-15695607.html>
- Fiedler, Maria / Ulrike Scheffer (2018): Neue Studie: Warum Flüchtlinge aus Nordafrika häufiger kriminell werden. In: TAGESSPIEGEL ONLINE, 3.1.2018, online unter: <https://www.tagesspiegel.de/politik/neue-studie-warum-fluechtlinge-aus-nordafrika-haeufiger-kriminell-werden/20810274.html>
- Freeden, Michael (1998): Ideologies and Political Theory, Oxford 1998; ders., Is Nationalism a Distinct Ideology?, in: Political Studies, 46 (1998), S. 748–765.
- Geißel, Brigitte (2011): Kritische Bürger: Gefahr oder Ressource für die Demokratie? Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Geißler, Rainer (2014): Die Sozialstruktur Deutschlands. 7. Auflage. Wiesbaden: Springer VS.
- Grau, Andreas / Kai Unzicker (2018): Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Thüringen – ein empirischer Überblick. In: Wissen schafft Demokratie. Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ), Jena, Band 3, Juli 2018, S. 18–27. Online: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFS_WsD3/Text_Andreas_Grau_Kai_Unzicker.pdf
- Heyder, Aribert / Oliver Decker (2011). Rechtsextremismus – Überzeugung, Einstellung, Ideologie oder Syndrom? Eine theoriegeleitete empirische Überprüfung mit repräsentativen Daten. In: Andreas Langenohl / Jürgen Schraton (Hrsg.): (Un)Gleichzeitigkeiten. Die demokratische Frage im 21. Jahrhundert. Marburg: Metropolis-Verl, S. 189–222.
- Holtmann, Everhard / Tobias Jaeck / Kerstin Völkl (2018): Sachsen-Anhalt-Monitor 2018. Polarisierung und Zusammenhalt. Zentrum für Sozialforschung Halle e.V. an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Online unter: https://lpb.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MK/LPB/Da-teien_Relaunch_2015/Text/PDF/SAM/SAM_2018_Druckversion_Onlineausgabe_22052018_.pdf
- Infratest dimap (2018a): ARD-Deutschlandtrend Juli 2018. Eine Studie zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD - Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT. Online unter: https://www.infratest-dimap.de/fileadmin/user_upload/dt1807_bericht.pdf
- Infratest dimap (2018b): ARD-Deutschlandtrend September 2018. Online unter: <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2018/september/>
- Ivarsflaten, Elisabeth (2005): Threatened by diversity. Why restrictive asylum and immigration policies appeal to western Europeans. In: Journal of Elections, Public Opinion & Parties 15 (1), S. 21–45.
- Kaltwasser, Cristóbal Rovira / Paul A Taggart / Paulina Ochoa Espejo / Pierre Ostiguy (2017/Hrsg.): The Oxford Handbook of Populism. Oxford: Oxford University Press.

- Klein, Anna / Beate Küpper / Andreas Zick (2008): Rechtspopulismus und Demokratiekritik: Ergebnis von Benachteiligungsgefühlen. In: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 7. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 77–101.
- Klingst, Martin / Sascha Venohr (2017): Wie kriminell sind Flüchtlinge? Was die Kriminalstatistiken der Bundesländer über die Zunahme von Gewalttaten seit 2015 verraten: Sechs Trendmeldungen zur Zuwanderungskriminalität. In: ZEIT ONLINE, 19. April 2017. Online unter: <https://www.zeit.de/amp/2017/17/kriminalitaet-fluechtlinge-zunahme-gewalttaten-statistik>
- Kreis, Joachim (2007). Zur Messung von rechtsextremer Einstellung. Probleme und Kontroversen am Beispiel zweier Studien. Berlin (Arbeitshefte aus dem Otto-Stamm-Zentrum, 12).
- Lengfeld, Holger / Clara Dilger (2018): Kulturelle und ökonomische Bedrohung. Eine Analyse der Ursachen der Parteiidentifikation mit der „Alternative für Deutschland“ mit dem Sozio-ökonomischen Panel 2016, in: Zeitschrift für Soziologie, 47(3), S. 181–199.
- Lenk, Ulrike (2018): Ergebnisse der Thüringer Industrie 2017 und die Auftrags- und Bestandsentwicklung. Aufsatz aus dem Statistischen Monatsheft Juni 2018, Thüringer Landesamt für Statistik. Erfurt. Online unter: <https://statistik.thueringen.de/analysen/Aufsatz-06-2018.pdf>
- Mair, Peter (2002): Populist Democracy vs. Party Democracy. In: Yves Mény / Yves Surel (eds.): Democracies and the Populist Challenge. Basingstoke/New York: Palgrave Macmillan, S. 81–98.
- McAvoy, Gregory E. (1999): Controlling technology: Citizen rationality and the NIMBY syndrome. Washington: Georgetown University Press.
- Mény, Yves & Yves Surel (2002): The Constitutive Ambiguity of Populism. In: Yves Mény / Yves Surel (eds.): Democracies and the Populist Challenge. Basingstoke/New York: Palgrave Macmillan, S. 1–24.
- Mudde, Cas / Cristobal Rovira Kaltwasser (2012): Populism: corrective and threat to democracy. In: Dies. (Hrsg.): Populism in Europe and the Americas. Threat or Corrective for Democracy?, Cambridge: Cambridge University Press, S. 2–26; 202–223.
- Norris, Pippa (1999), Critical Citizens: Global Support for Democratic Government, Oxford University Press.
- Norris, Pippa / Robert Inglehart (2018): Cultural Backlash. Trump, Brexit, and the Rise of Authoritarian Populism, New York: Cambridge University Press
- Patz, Janine / Michael May (2016): Stärken und Schwächen der Demokratiebildung in Aussagen von Expertinnen und Experten. Eine explorative Erschließung für Thüringen. KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration, Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- Pettigrew, Thomas F. / Linda R. Tropp (2010): When groups meet. The dynamics of intergroup contact. (Essays in Social Psychology.) New York: Taylor & Francis.
- Pfeiffer, Christian / Dirk Baier / Sören Kliem (2018): Zur Entwicklung der Gewalt in Deutschland. Schwerpunkte: Jugendliche und Flüchtlinge als Täter und Opfer. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Zürich: Institut für Delinquenz und Kriminalprävention der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften. Online unter: <https://www.zhaw.ch/storage/shared/sozialearbeit/News/gutachten-entwicklung-gewalt-deutschland.pdf>
- Priester, Karin (2012): Die Wesensmerkmale des Populismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 62 (5-6), S. 3–9.
- Quent, Matthias (2017): Rechtsextremismus und Hasskriminalität: Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Ansätze. In: Kurt Möller / Florian Neuscheler (Hrsg.): „Wer will die hier schon

- haben?“ Ablehnungshaltungen und Diskriminierung in Deutschland. Stuttgart: Kohlhammer, S. 25–40.
- Quent, Matthias / Franziska Schmidtke / Axel Salheiser (2016): Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen 2015. Expertise zur Überarbeitung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit (TLfDTW) im Auftrag des Thüringer Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport. Kompetenzzentrum Rechtsextremismus, Friedrich-Schiller-Universität Jena, Januar 2016. Online unter: <http://www.denkbunt-thueringen.de/wp-content/uploads/2016/02/Gef%C3%A4hrdungsanalyse.pdf>
- Redersdorff, S. / S. Guimond (2006): Comparing oneself over time: The temporal dimension in social comparison. In: S. Guimond (Hrsg.): Social comparison and social psychology: Understanding cognition, intergroup relations, and culture. New York: Cambridge University Press, S. 76–96.
- Rosa, Hartmut (2007): Heimat im Zeitalter der Globalisierung. In: Klaus Giel / Otto-Peter Obermeier / Siegfried Reusch (Hrsg.): Heimat. Der blaue Reiter – Journal für Philosophie, Ausgabe 23 (Sonderband 1/07), S. 13–18.
- Rydgren, Jens (2007): The Sociology of the Radical Right. In: Annual Review of Sociology 33 (1), S. 241–262.
- Sachsen-Monitor (2017): Ergebnisbericht und Tabellenteil. dimap – das Institut für Markt- und Politikforschung GmbH, Bonn. Online unter: https://www.staatsregierung.sachsen.de/download/Ergebnisbericht_Sachsen-Monitor_2017.pdf
- Salheiser, Axel (2017): Weltoffen oder fremdenfeindlich? Die Einstellungen der Thüringer Bevölkerung gegenüber Asyl, Migration und Minderheiten. In: Wissen schafft Demokratie. Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ), Jena, Band 1, April 2017, S.60–71. Online unter: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/05_Salheiser_Weltoffen_Fremdenfeindlich.pdf
- Salheiser, Axel (2018): Zusammenhalt, Gerechtigkeitswahrnehmung und die Akzeptanz von Minderheiten in Thüringen. In: Wissen schafft Demokratie. Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ), Jena, Band 3, Juli 2018, S. 28–36. Online unter: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFS_WsD3/Text_Axel_Salheiser.pdf
- Schmitter, Philippe (2017): The future of democracy is not what it used to be, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 11: S. 459–467.
- Schneider, Jens / Ronen Steinke (2018): Junge Alternative: Verfassungsschutz beobachtet AfD-Jugend. Süddeutsche Zeitung online, 03.09.2018. Online unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/junge-alternative-verfassungsschutz-beobachtet-afd-jugend-1.4114915>
- Seifert, Manfred (2010/Hrsg.): Zwischen Emotion und Kalkül. „Heimat“ als Argument im Prozess der Moderne. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag.
- SPIEGEL (2018): Mehrheit will CSU-Politik – aber mit Kanzlerin Angela Merkel. Spiegel Online, 23.06.2018. Online unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/asyl-streit-mehrheit-will-csu-politik-aber-mit-kanzlerin-angela-merkel-a-1214443.html>
- Spier, Tim / Markus Klein / Ulrich von Alemann / Hanna Hoffmann / Annika Laux / Alexandra Nonnenmacher / Katharina Rohrbach (2011): Parteimitglieder in Deutschland. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2018/Hrsg.): Statistisches Jahrbuch Deutschland und Internationales 2017. Berlin. Online: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/StatistischesJahrbuch/StatistischesJahrbuch2017.pdf?__blob=publicationFile
- Stöss, Richard (2007): Rechtsextremismus im Wandel, 2. Aufl., Berlin.
- Sumner, W. Graham (1906): Folkways, a study of the sociological importance of us-ages, manners, customs, mores and morals, New York: Ginn.

- SVR-Integrationsbarometer (2018): Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (Hrsg.): Stabiles Klima in der Integrationsrepublik Deutschland. SVR-Integrationsbarometer 2018. SVR-Bericht 2018-1. Online unter: https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2018/09/SVR_Integrationsbarometer_2018.pdf
- Taggart, Paul (2002): Populism and the Pathology of Representative Politics. In: Yves Mény / Yves Surel (eds.): Democracies and the Populist Challenge. Basingstoke/New York: Palgrave Macmillan, S. 62–80.
- Tajfel, H. / J. C. Turner (1986): The social identity theory of intergroup behavior. In: S. Worchel / W. G. Austin (Hrsg.): Psychology of intergroup relations. Nelson-Hall, Chicago, IL, S. 7–24.
- Thüringer Landesamt für Statistik (2017/Hrsg.): Thüringen-Atlas 2017. Erfurt. Online unter: http://www.statistik.thueringen.de/webshop/pdf/2017/40503_2017_00.pdf
- Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales (2018/Hrsg.): Polizeiliche Kriminalstatistik 2017. Erfurt. Online unter: https://www.thueringen.de/mam/th3/tim/2018/pks_2017.pdf
- Tönnies, Ferdinand (1887): Gemeinschaft und Gesellschaft. Abhandlung des Communismus und des Socialismus als empirischer Culturformen (= 1. Auflage). Leipzig: Fues.
- Umweltbundesamt (2016/Hrsg.): Michael Schipperges / Maïke Gossen / Brigitte Holzhauer / Gerd Scholl: Umweltbewusstsein und Umweltverhalten in Deutschland 2014. Vertiefungsstudie: Trends und Tendenzen im Umweltbewusstsein. Berlin: Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW). Online unter: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1/publikationen/umweltbewusstse_in_und_umweltverhalten_in_deutschland_2014_vertiefungsstudie_trends_final_neu.pdf
- Weber, Max (1922): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der Sozialökonomik; Abt. 3. Tübingen: Mohr.
- WELT (2018): Umfrage: Das Thema Zuwanderung ist bei den Deutschen auf Platz 13. WELT Online, 15.07. 2018. Online unter: <https://www.welt.de/politik/article179354406/Umfrage-Das-Thema-Zuwanderung-ist-bei-den-Deutschen-auf-Platz-13.html>
- ZEIT (2016): Heimat: Der Sehnsuchtsort. Ist Heimat das, woher wir kommen, oder das, wohin wir wollen? Von Marc Brost und Heinrich Wefing. ZEITmagazin Nr. 41/2016, 19. Oktober 2016. Online unter: <https://www.zeit.de/zeit-magazin/2016/41/heimat-sehnsucht-herkunft-kindheit-fs>
- Zick, Andreas / Beate Küpper / Daniela Krause (2016/Hrsg.): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Bonn: Dietz.
- Zick, Andreas / Küpper, Beate (2015). Volkes Stimme? Rechtspopulistische Überzeugungen der Mitte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 40, S. 9–16.
- Zudeick, Peter (2018): Heimat. Volk. Vaterland. Eine Kampfansage an Rechts. Frankfurt a.M.: Westend-Verlag.

Bisherige Thüringen-Monitore

- THÜRINGEN-MONITOR 2000: Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Drucksache des Thüringer Landtags 3/1106.
- THÜRINGEN-MONITOR 2001: Jugend und Politik. Drucksache des Thüringer Landtags 3/1970 (auch veröffentlicht als: Dicke, Klaus et al. (2001): Jugend und Politik. Ergebnisse von zwei repräsentativen Befragungen 2001, Erfurt: Landeszentrale für politische Bildung.)
- THÜRINGEN-MONITOR 2002: Familie und Politik. Drucksache des Thüringer Landtags 3/2882.
- THÜRINGEN-MONITOR 2003: Einstellungen zur Demokratie. Drucksache des Thüringer Landtags 3/3765.
- THÜRINGEN-MONITOR 2004: Gerechtigkeit und Eigenverantwortung. Einstellungen zur Reform des Sozialstaats. Drucksache des Thüringer Landtags 4/551.
- THÜRINGEN-MONITOR 2005: 1990–2005: Das vereinigte Deutschland im Urteil der Thüringer. Drucksache des Thüringer Landtags 4/1347.
- THÜRINGEN-MONITOR 2006: Thüringens Zukunft aus Bürgersicht: Erwartungen, Herausforderungen, Gestaltungsmöglichkeiten. Drucksache des Thüringer Landtags 4/2485.
- THÜRINGEN-MONITOR 2007: Bildung in einer sich wandelnden Gesellschaft. Drucksache des Thüringer Landtags 4/3860.
- THÜRINGEN-MONITOR 2008: Soziale Marktwirtschaft in Thüringen: Die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger. Drucksache des Thüringer Landtags 4/4734.
- THÜRINGEN-MONITOR 2010: Beziehungen und Verhältnis der Generationen in Thüringen. Drucksache des Thüringer Landtags 5/1120.
- THÜRINGEN-MONITOR 2011: Staatsaufgaben und Staatsausgaben. Drucksache des Thüringer Landtags 5/3396.
- THÜRINGEN-MONITOR 2012: Thüringen International: Weltoffenheit, Zuwanderung und Akzeptanz. Drucksache des Thüringer Landtags 5/5244.
- THÜRINGEN-MONITOR 2013: „Wie leben wir? Wie wollen wir leben?“ – Zufriedenheit, Werte und gesellschaftliche Orientierungen der Thüringer Bevölkerung. Drucksache des Thüringer Landtags 5/7051.
- THÜRINGEN-MONITOR 2014: Die Thüringer als Europäer. Drucksache des Thüringer Landtags 6/287.
- THÜRINGEN-MONITOR 2015: Thüringen im 25. Jahr der deutschen Einheit. Drucksache des Thüringer Landtags 6/1347.
- THÜRINGEN-MONITOR 2016: Gemischte Gefühle: Thüringen nach der „Flüchtlingskrise“. Drucksache des Thüringer Landtags 6/2989.
- THÜRINGEN-MONITOR 2017: Thüringens ambivalente Mitte: Soziale Lagen und politische Einstellungen. Drucksache des Thüringer Landtags 6/4700.

Alle bisherigen THÜRINGEN-MONITORE sind auf der Homepage der Thüringer Staatskanzlei unter <http://www.thueringen.de/th1/tsk/landesregierung/thueringenmonitor/> abrufbar.

Methoden-Glossar

Befragung, telefonische: Für den THÜRINGEN-MONITOR werden ausschließlich Festnetzanschlüsse angerufen, da Mobilfunknummern keine auf Thüringen begrenzte Flächenstichprobe zulassen. Die automatische Zufallsauswahl der Telefonnummern erfolgt aus einer Telefonnummernliste mit Thüringer Festnetzanschlüssen, die dem Befragungsinstitut von GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Köln, zur Verfügung gestellt wurde. Diese Telefonnummernliste wird nach dem sogenannten Gabler-Häder-Design erstellt, zweimal jährlich aktualisiert und enthält sowohl im Telefonbuch eingetragene als auch nicht eingetragene Anschlüsse, die über ein Ortsnetz erreichbar sind. Befragt wird die Haushaltsperson, die zuletzt Geburtstag hatte („Last Birthday Method“). Außerdem werden bei der Gesprächsanbahnung auch Alter und Geschlecht erfragt, um die Quotierungsvorgaben (entsprechend demographischen Angaben des Thüringer Landesamtes für Statistik) zu erreichen. Im Anschluss an die Datenerhebung wird die Stichprobe nach Alter, Geschlecht, Bildung und Haushaltsgröße gewichtet (IPF-Gewichtung), um *Repräsentativität* zu erzielen. Eine besondere Herausforderung für die Befragungsforschung besteht im veränderten Telefonnutzungsverhalten und der schwierigen Erreichbarkeit bestimmter Befragten Gruppen. Allerdings ist es bei *regionalen* Befragungen (wie dem THÜRINGEN-MONITOR) technisch derzeit noch nicht möglich, Mobilfunkanschlüsse zu kontaktieren, weil dafür z.B. der Aufenthaltsort der Mobilfunkteilnehmer_innen bestimmt werden müsste. Außerdem bietet eine Kombination von Festnetzanschlüssen und *Mobilfunknummern* bei (deutschlandweiten) politischen Befragungen nach derzeitigem Kenntnisstand keine wesentlichen Vorteile, die in einem angemessenen Verhältnis zum entstehenden Mehraufwand gegenüber der ausschließlichen Verwendung von Festnetzanschlüssen stehen (vgl. Hunsicker/Schroth 2014).

Faktorenanalyse: Multivariates statistisches Verfahren, bei dem die Multidimensionalität einer Liste von Variablen überprüft werden kann (vgl. Bortz/Schuster 2010). So können z.B. verschiedene Einstellungen einen gemeinsamen „Raum“ aufspannen und dabei auf unterschiedlichen Dimensionen verortet sein. Ein komplexes Phänomen, z. B. ein Einstellungssyndrom wie *Rechtsextremismus* oder „*Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*“, kann demnach verschiedene Hauptdimensionen, Unterdimensionen etc. aufweisen.

Fehlertoleranz: beachtet den Stichprobenfehler für jeden Messwert, siehe *Konfidenzintervall*.

Grundgesamtheit: im THÜRINGEN-MONITOR die Gesamtheit der bei Bundestagswahlen wahlberechtigten Thüringer Wohnbevölkerung, über die sich – von den Befragungsergebnissen verallgemeinernd – Aussagen treffen lassen (vgl. *Repräsentativität*).

Irrtumswahrscheinlichkeit: auch α -Fehler, siehe Konfidenzintervall.

Konfidenzintervall: Jeder in einer *repräsentativen* Befragung ermittelte Messwert (z.B. ein Anteilswert der Zustimmung zu einer Aussage) kann lediglich als *Schätzwert* für den jeweiligen Wert in der *Grundgesamtheit* behandelt werden, da immer ein *Stichproben-*

fehler auftritt. Es lässt sich jedoch berechnen (schätzen), in welchen Unter- und Obergrenzen der Wert in der Grundgesamtheit liegt, wenn von einer Irrtumswahrscheinlichkeit (α -Fehler) von maximal fünf Prozent ausgegangen wird (vgl. Gehring/Weins 2009). Es wird angenommen, dass sich in 95 Prozent aller theoretisch möglichen Stichproben Messwerte ergeben würden, deren Konfidenzintervalle den Wert in der Grundgesamtheit einschließen (vgl. Bortz/Schuster 2010: 92 ff.). Im Fall überlappender 95%-Konfidenzintervalle für zwei Stichprobenwerte bezeichnet man den Unterschied zwischen zwei Messwerten als „*nicht signifikant*“; d.h. der in der Stichprobe gemessene Unterschied kann nicht für die Grundgesamtheit angenommen werden. Für eine Schätzung mit möglichst engen Konfidenzintervallen sind in sozialwissenschaftlichen Befragungen *Stichproben* mit $n \geq 1.000$ Befragten üblich. 95-Prozent-Konfidenzintervalle für arithmetische Mittelwerte werden in diesem Gutachten durch die Angaben „95%-KI-Untergrenze“ und „95%-KI-Obergrenze“ ausgewiesen.

Korrelation: Der statistische Zusammenhang zwischen (mindestens) zwei Variablen, der im THÜRINGEN-MONITOR meist in Kreuztabellen oder Grafiken abgebildet wird, lässt sich auch in sogen. Assoziationsmaßen oder Korrelationskoeffizienten quantifizieren (vgl. Benninghaus 2007, Gehring/Weins 2009). Im THÜRINGEN-MONITOR dargestellte und diskutierte Variablenzusammenhänge und Merkmalsunterschiede zwischen Untersuchungsgruppen werden dabei auf ihre *Signifikanz* überprüft. Eine statistische Korrelation kann ein *Hinweis* auf einen Kausalzusammenhang sein, die tatsächliche Ursache-Wirkungs-Beziehung muss aber theoretisch gut begründbar und plausibel sein; beispielsweise sollte die Ursache der Wirkung nachweisbar zeitlich vorausgehen usw. Außerdem sind Drittvariableneinflüsse zu kontrollieren, um Scheinkorrelationen und Verzerrungen auszuschließen (z.B. in multivariaten Verfahren wie der *Regression*).

Median: „Zentralwert“, der in der Mitte einer nach Größe geordneten Wertereihe steht.

OLS: Ordinary Least Squares (dt.: Methode der kleinsten Quadrate) statistisches Schätzverfahren, das in der *linearen Regression* zur Schätzung der Regressionskonstante und der Regressionskoeffizienten dient.

Regression, binomiale logistische: Statistisches Verfahren, bei dem die Einflüsse mehrerer erklärender Merkmale (unabhängige Variablen bzw. Prädiktoren) auf ein zu erklärendes Merkmal (abhängige Variable) gleichzeitig berechnet und die gegenseitige Beeinflussung von Variablen kontrolliert werden können. Anders als bei der *multiplen linearen Regression* hat das zu erklärende Merkmal (die abhängige Variable) kein metrisches Skalenniveau, sondern ist dichotom, d.h. binär (0/1) codiert. Der Effektkoeffizient Exp. (B) eines erklärenden Merkmals (unabhängige Variable) kann als Faktor interpretiert werden, um den das Vorliegen dieses Merkmals die „Wahrscheinlichkeit“ des Eintretens (odd) der Ausprägung „1“ der abhängigen Variable erhöht oder senkt (vgl. Bortz/Schuster 2010, Diaz-Bone 2006).

Regression, multiple lineare: Statistisches Verfahren, bei dem die Einflüsse mehrerer erklärender Merkmale (unabhängige Variablen) auf ein zu erklärendes Merkmal (abhängige Variable mit metrischem bzw. pseudometrischem Skalenniveau) gleichzeitig berechnet und die gegenseitige Beeinflussung von Variablen kontrolliert werden können. Der multiplen linearen Regression liegt ein „Kausalmodell“ zugrunde, in dem *Annahmen*

über einen linearen Ursachen-Wirkungs-Zusammenhang zwischen den unabhängigen Variablen und der abhängigen Variable formuliert werden. Die berechneten Regressionskoeffizienten geben die jeweiligen „Nettoeffektstärken“ der erklärenden Variablen (Prädiktoren) an. Ein positiver Regressionskoeffizient signalisiert die verstärkende Wirkung einer unabhängigen Variable auf die Ausprägung der abhängigen Variable, ein negativer Regressionskoeffizient eine abschwächende Wirkung (vgl. Bortz/Schuster 2010, Diaz-Bone 2006).

Repräsentativität: bedeutet, dass die Stichprobe ein möglichst maßstabsgerechtes, verkleinertes Abbild der Grundgesamtheit (im THÜRINGEN-MONITOR: bei Bundestagswahlen wahlberechtigte Thüringer Wohnbevölkerung) darstellt, das es erlaubt, aufgrund der Befragungsergebnisse von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit zu verallgemeinern (Schnell/Hill/Esser 2011). Dieser sogenannte „inferenzstatistische Schluss“ bedarf der Schätzung des sogenannten „Stichprobenfehlers“ für alle erhobenen Stichprobendaten und der Berechnung von *Signifikanzen* und *Konfidenzintervallen*. Für eine Schätzung mit möglichst engen Konfidenzintervallen sind in sozialwissenschaftlichen Befragungen *Stichproben* mit $n \geq 1.000$ Befragten üblich.

Signifikanz: geringe *Irrtumswahrscheinlichkeit* (α -Fehler bei höchstens fünf Prozent), siehe *Konfidenzintervall*, *Repräsentativität*. Wenn die jeweilige statistische Berechnung ein *signifikantes* Ergebnis (Unterschied zw. Messwerten, Effektstärke in statistischen Modellen usw.) ausweist, heißt das, dass die Irrtumswahrscheinlichkeit (α -Fehler) so gering ist, dass das aufgrund der Befragungsdaten errechnete Ergebnis nicht „zufällig“ ist, sondern auf die *Grundgesamtheit* verallgemeinert werden kann.

Stichprobe: vgl. Befragung

Zusammenhang, bivariater: vgl. Korrelation

Literaturempfehlungen zu Methoden / Statistik:

Benninghaus, Hans (2007): Deskriptive Statistik. Eine Einführung für Sozialwissenschaftler. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.

Bortz, Jürgen / Christof Schuster (2010): Statistik für Human- und Sozialwissenschaftler. 7., vollst. überarb. und erw. Auflage. Berlin: Springer.

Diaz-Bone, Rainer (2006): Statistik für Soziologen. Konstanz: UVK.

Gehring, Uwe W. / Cornelia Weins (2009): Grundkurs Statistik für Politologen und Soziologen. Wiesbaden: VS-Verlag.

Hunsicker, Stefan / Yvonne Schroth (2014): Dual-Frame-Ansatz in politischen Umfragen. Arbeitspapiere der Forschungsgruppe Wahlen. Nr. 2 – April 2014. Mannheim.

Schnell, Rainer / Paul B. Hill / Elke Esser (2011): Methoden der empirischen Sozialforschung. 10., aktualisierte Auflage. München, Wien: Oldenbourg Verlag.

Anhang 1: Die Thüringer Landkreise, kreisfreien Städte und Planungsregionen



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

(<https://statistik.thueringen.de/datenbank/images/Planungsregionen.gif>)

Nordthüringen	
Eichsfeld	
Kyffhäuserkreis	
Nordhausen	
Unstrut-Hainich-Kreis	

Mittelthüringen	
Erfurt	<i>kreisfreie Stadt</i>
Gotha	
Ilm-Kreis	
Sömmerda	
Weimar	<i>kreisfreie Stadt</i>
Weimarer Land	

Ostthüringen	
Altenburger Land	
Gera	<i>kreisfreie Stadt</i>
Greiz	
Jena	<i>kreisfreie Stadt</i>
Saale-Holzland-Kreis	
Saale-Orla-Kreis	
Saalfeld-Rudolstadt	

Südwestthüringen	
Eisenach	<i>kreisfreie Stadt</i>
Hildburghausen	
Schmallkalden-Meiningen	
Sonneberg	
Suhl	<i>kreisfreie Stadt</i>
Wartburgkreis	

Anhang 2: Stichprobeninformationen

	Zahl der Befragten (abs.)	%
Gesamt	1057	
Geschlecht		
männlich	520	49
weiblich	537	51
Alter		
18-24 Jahre	65	6
25-34 Jahre	134	13
35-44 Jahre	141	13
45-59 Jahre	279	26
60 Jahre und älter	437	41
Schulabschluss		
unter 10. Klasse	301	29
10. Klasse	508	48
Abitur	108	10
(Fach-)Hochschule	138	13
Erwerbstätigkeit		
erwerbstätig	514	49
in Ausbildung	48	5
arbeitslos	37	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	43
Berufsgruppe		
Arbeiter	206	20
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	20
höh.-leit. Ang./Beamte	47	5
Landw./Selbst./Freib.	63	6
Religionsgemeinschaft		
keine, andere	712	67
evangelisch	247	23
katholisch	95	9
Ortsgröße		
bis 5 000 Einwohner	479	47
bis 20 000 Einwohner	187	18
bis 50 000 Einwohner	142	14
über 50 000 Einwohner	203	20
Planungsregion		
Nordthüringen	186	18
Mittelthüringen	229	22
Ostthüringen	453	43
Südwestthüringen	189	18
Landkreise	776	74
kreisfreie Städte	281	27

Anhang 3: Tabellarische Übersichten

- A1** Thüringen: Vergleich mit westdeutschen Bundesländern
- A2** Wirtschaftliche Lage Thüringens besser als in anderen ostdeutschen Bundesländern
- A3** Identifikation als Thüringer(in), Ostdeutsche(r), Deutsche(r) oder Europäer(in)
- A4** Wirtschaftliche Lage Thüringens
- A5** Eigene finanzielle Situation
- A6** Gerechter Anteil zum Leben
- A7** Vorteile oder Nachteile der deutschen Einheit
- A8** Persönliche Benachteiligung wegen ostdeutscher Herkunft
- A9** Dilemma: Freiheit oder Gleichheit
- A10** Dilemma: Freiheit oder Sicherheit
- A11** Demokratie als beste Staatsidee
- A12** Zufriedenheit mit Demokratie in Deutschland
- A13** Einsatz von Steuermitteln
- A14** Institutionenvertrauen: Bundesregierung
- A15** Institutionenvertrauen: Landesregierung
- A16** Institutionenvertrauen: Gerichte
- A17** Institutionenvertrauen: Polizei
- A18** Überfremdung der Bundesrepublik
- A19** Überfremdung Thüringens
- A20** Überfremdung der Wohnumgebung
- A21** Ausländer wollen Sozialstaat ausnutzen
- A22** Wertvolles und unwertes Leben
- A23** Ausländer sollen Ehepartner unter Landsleuten auswählen
- A24** Durchsetzen deutscher Interessen notwendig
- A25** Diktatur unter Umständen bessere Staatsform
- A26** Selbstwirksamkeit: Einfluss auf Handeln der Regierung
- A27** Parteien nur an Wählerstimmen interessiert
- A28** Orientierungsverlust durch Gesellschaftswandel
- A29** Bedrohung durch Kriminalität im Alltag
- A30** Sorge: Durch gesellschaftliche Entwicklung auf Verliererseite geraten
- A31** Allgemeine Lebenszufriedenheit
- A32** Überlegenheit mancher Gruppen von Menschen
- A33** Über andere hinwegsetzen, um voranzukommen
- A34** Rückkehr zur sozialistischen Ordnung
- A35** Juden versuchen Vorteile aus Opferstatus zu ziehen
- A36** Notwendigkeit der Öffnung gegenüber anderen Kulturen

- A37** Flüchtlinge in Deutschland nicht integrierbar
- A38** Beibehaltung Lebensstil von Zuwanderern
- A39** Frauen sollten sich wieder mehr auf Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen
- A40** Wichtigkeit von „Heimat“
- A41** Verbundenheit mit: Gemeinde/Stadt/Ort
- A42** Verbundenheit mit: Region innerhalb Thüringens
- A43** Verbundenheit mit: Thüringen
- A44** Verbundenheit mit: Deutschland
- A45** Verbundenheit mit: Europa
- A46** Thüringer Identität: in Thüringen geboren sein
- A47** Thüringer Identität: mindestens ein Thüringer Elternteil
- A48** Thüringer Identität: sich als Thüringer fühlen
- A49** Thüringer Identität: am politischen Leben in Thüringen teilnehmen
- A50** Thüringer Identität: in Thüringen aufgewachsen sein
- A51** Thüringer Identität: lange in Thüringen gelebt haben
- A52** Thüringer Identität: einen der Thüringer Dialekte sprechen
- A53** Thüringer Identität: Thüringer Traditionen pflegen
- A54** Berufsaussichten in der Umgebung
- A55** Bildungsangebote in der Umgebung
- A56** Freizeit- und Kulturangebote in der Umgebung
- A57** Umweltbedingungen in der Umgebung
- A58** Lebensbedingungen in der Umgebung
- A59** Zufriedenheit mit Einkaufsmöglichkeiten in Wohngegend
- A60** Zufriedenheit mit öffentlichem Nahverkehr in Wohngegend
- A61** Zufriedenheit mit Versorgung mit Ärzten in Wohngegend
- A62** Zufriedenheit mit Versorgung mit Pflegeeinrichtungen in Wohngegend
- A63** Zufriedenheit mit Erreichbarkeit von Behörden in Wohngegend
- A64** Zufriedenheit mit Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen in Wohngegend
- A65** Zufriedenheit mit Internetzugang in Wohngegend
- A66** Zufriedenheit mit öffentlicher Sicherheit in Wohngegend
- A67** Bereitschaft, Behördenangelegenheiten per Internet zu erledigen
- A68** Einschätzung der Zukunft der Region
- A69** Rettung der Umwelt nur durch weniger Konsum möglich
- A70** Wirtschaftswachstum sollte Vorrang haben, auch wenn Umwelt Schaden nimmt
- A71** Umwelt schonen durch Verzicht auf eigenes Auto
- A72** Errichtung von Windrädern in näherer Umgebung
- A73** Errichtung einer großflächigen Solaranlage in näherer Umgebung
- A74** Bau einer Hochspannungsleitung in näherer Umgebung
- A75** Anwerbung von Arbeitskräften im Ausland

- A76** Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft in Thüringen
- A77** Persönlicher Kontakt zu Geflüchteten oder Asylsuchenden
- A78** Empfindungen bei Kontakt mit Flüchtlingen oder Asylsuchenden
- A79** Gestört durch Bau von Moscheen in Nachbarschaft
- A80** Gestört, wenn muslimische Frauen in der Öffentlichkeit Kopftücher tragen
- A81** Politische Partizipation: An einen Politiker wenden
- A82** Politische Partizipation: Teilnahme an Unterschriftensammlung
- A83** Politische Partizipation: Mitarbeit in politischer Partei
- A84** Politische Partizipation: Mitarbeit in Bürgerinitiative
- A85** Politische Partizipation: Teilnahme an genehmigter Demonstration
- A86** Politische Partizipation: Teilnahme an nicht genehmigter Demonstration
- A87** Politische Partizipation: Für Ziele auch mit Gewalt kämpfen
- A88** Politische Partizipation: Ehrenamtliches Engagement
- A89** Bei Israels Politik ist es verständlich, dass man etwas gegen Juden hat
- A90** Langzeitarbeitslose machen sich auf Kosten anderer ein schönes Leben
- A91** In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand
- A92** Gehorsam und Disziplin, um aus Kindern anständige Bürger zu machen
- A93** Die meisten Muslime in Deutschland akzeptieren unsere Werte
- A94** Muslime in Deutschland stellen zu viele Forderungen
- A95** Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden
- A96** Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte Staat großzügig sein
- A97** Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten
- A98** An deutsche Leistungen reichen die Leistungen anderer Völker nicht heran
- A99** In der Gesellschaft sollte sich immer der Stärkere durchsetzen
- A100** Die meisten Asylbewerber werden in ihrem Heimatland nicht verfolgt
- A101** Demokratie: Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten
- A102** Es sollte wieder mehr für die Mehrheit der Leute getan werden
- A103** Wir sollten uns wieder stärker auf unsere Traditionen besinnen
- A104** Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse
- A105** Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten
- A106** Juden passen nicht so recht zu uns
- A107** Gefährdung gesellschaftlichen Zusammenhalts
- A108** Rückführung von Flüchtlingen und Asylsuchenden nach Wegfall der Asylgründe
- A109** Verpflichtung zur Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen
- A110** Mehr Rechte für Menschen, die schon immer hier leben
- A111** Freie Meinungsäußerung nicht ohne Nachteile möglich

Thüringen: Vergleich mit westdeutschen Bundesländern

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	stimme teilweise zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	38	26	20	8	4	5
Geschlecht							
männlich	520	36	20	23	9	5	6
weiblich	537	40	31	16	6	2	4
Alter							
18-24 Jahre	65	42	27	21	5	2	4
25-34 Jahre	134	25	39	22	8	5	0
35-44 Jahre	141	47	26	17	4	6	1
45-59 Jahre	279	36	25	18	16	4	1
60 Jahre und älter	437	39	22	21	4	3	10
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	301	36	24	17	10	3	11
10. Klasse	508	41	25	21	6	5	2
Abitur	108	37	33	17	5	5	4
(Fach-)Hochschule	138	33	27	24	9	3	4
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	514	36	28	21	10	4	1
in Ausbildung	48	38	34	20	3	4	0
arbeitslos	37	41	9	4	33	6	7
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	40	24	20	3	3	10
Berufsgruppe							
Arbeiter	206	31	29	20	15	5	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	36	30	20	6	5	3
höh.-leit. Ang./Beamte	47	37	30	13	16	4	1
Landw./Selbst./Freib.	63	55	14	27	2	1	1
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	712	38	26	19	9	5	4
evangelisch	247	34	26	24	5	1	10
katholisch	95	49	26	15	1	5	4

Thüringen braucht den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen.

Wirtschaftliche Lage Thüringens besser als in anderen ostdeutschen Bundesländern

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	stimme teilweise zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	11	23	32	13	5	16
Geschlecht							
männlich	520	13	22	31	14	5	14
weiblich	537	9	24	33	12	4	17
Alter							
18-24 Jahre	65	5	16	33	10	1	34
25-34 Jahre	134	11	20	41	14	5	9
35-44 Jahre	141	14	19	35	15	4	14
45-59 Jahre	279	8	21	38	14	7	12
60 Jahre und älter	437	14	27	25	12	4	19
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	301	9	22	35	11	3	20
10. Klasse	508	12	23	30	15	6	14
Abitur	108	12	18	33	12	3	22
(Fach-)Hochschule	138	11	30	32	11	6	10
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	514	12	21	36	15	5	12
in Ausbildung	48	6	17	34	8	1	34
arbeitslos	37	2	8	54	2	18	16
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	12	27	26	12	4	19
Berufsgruppe							
Arbeiter	206	10	20	31	21	2	16
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	13	20	37	13	6	11
höh.-leit. Ang./Beamte	47	16	27	28	13	13	3
Landw./Selbst./Freib.	63	7	28	49	6	3	6
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	712	10	23	32	15	6	15
evangelisch	247	10	25	37	7	4	16
katholisch	95	26	16	23	15	0	19

Die wirtschaftliche Lage in Thüringen ist besser als in den anderen ostdeutschen Bundesländern.

Tabelle A3

Identifikation als Thüringer(in), Ostdeutsche(r), Deutsche(r) oder Europäer(in)

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Thüringer(in)	Ostdeutsche(r)	Deutsche(r)	Europäer(in)	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	46	15	28	9	0
Geschlecht						
männlich	520	40	13	34	11	0
weiblich	537	52	17	23	7	0
Alter						
18-24 Jahre	65	37	5	27	26	0
25-34 Jahre	134	39	17	36	7	0
35-44 Jahre	141	52	13	26	7	1
45-59 Jahre	279	45	15	31	8	0
60 Jahre und älter	437	49	16	25	8	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	44	8	42	5	0
10. Klasse	508	53	19	20	6	0
Abitur	108	37	13	27	20	0
(Fach-)Hochschule	138	34	16	29	19	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	44	16	30	8	0
in Ausbildung	48	29	2	31	33	0
arbeitslos	37	46	6	41	7	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	51	15	25	7	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	47	17	28	7	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	47	16	28	8	0
höh.-leit. Ang./Beamte	47	40	16	27	13	2
Landw./Selbst./Freib.	63	31	13	46	8	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	49	15	27	7	0
evangelisch	247	40	18	27	14	0
katholisch	95	46	7	38	6	0

Fühlen Sie sich in erster Linie als Thüringer(in), als Ostdeutsche(r), als Deutsche(r) oder als Europäer(in)?

Wirtschaftliche Lage Thüringens

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr schlecht	eher schlecht	eher gut	sehr gut	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	2	14	75	6	3
Geschlecht						
männlich	520	3	13	74	8	2
weiblich	537	2	16	75	5	3
Alter						
18-24 Jahre	65	0	11	83	1	6
25-34 Jahre	134	1	12	73	14	0
35-44 Jahre	141	6	11	70	12	1
45-59 Jahre	279	4	18	72	5	1
60 Jahre und älter	437	1	14	77	4	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	3	13	76	4	4
10. Klasse	508	2	15	73	8	2
Abitur	108	1	12	79	5	3
(Fach-)Hochschule	138	2	15	76	5	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	2	14	75	8	1
in Ausbildung	48	0	10	86	2	1
arbeitslos	37	11	13	64	11	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	2	15	74	4	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	1	9	83	6	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	4	18	71	4	2
höh.-leit. Ang./Beamte	47	2	15	73	11	0
Landw./Selbst./Freib.	63	1	10	62	22	5
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	3	13	74	7	3
evangelisch	247	2	18	75	4	1
katholisch	95	1	14	74	10	2

Wie beurteilen Sie ganz allgemein die heutige wirtschaftliche Lage in Thüringen?

Tabelle A5

Eigene finanzielle Situation

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr schlecht	eher schlecht	eher gut	sehr gut	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	5	18	67	9	1
Geschlecht						
männlich	520	4	15	68	12	1
weiblich	537	6	22	66	6	1
Alter						
18-24 Jahre	65	3	35	56	6	0
25-34 Jahre	134	8	6	74	12	0
35-44 Jahre	141	6	12	68	12	2
45-59 Jahre	279	5	25	62	6	1
60 Jahre und älter	437	4	17	69	9	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	7	20	65	7	1
10. Klasse	508	5	18	69	8	1
Abitur	108	3	26	61	10	0
(Fach-)Hochschule	138	3	10	70	16	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	4	12	72	11	1
in Ausbildung	48	4	20	72	4	0
arbeitslos	37	17	70	8	5	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	5	21	66	8	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	9	12	73	5	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	2	16	71	11	0
höh.-leit. Ang./Beamte	47	0	1	80	15	4
Landw./Selbst./Freib.	63	1	11	64	23	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	5	19	66	9	1
evangelisch	247	4	15	73	7	1
katholisch	95	7	24	59	10	0

Wenn Sie jetzt an Ihre eigene finanzielle Situation denken, ist Ihre persönliche finanzielle Situation ...

Tabelle A6

Gerechter Anteil zum Leben

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	erhalte sehr viel weniger	erhalte etwas weniger	erhalte gerechten Anteil	erhalte mehr als gerechten Anteil	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	11	43	38	3	4
Geschlecht						
männlich	520	10	37	42	5	5
weiblich	537	13	48	35	1	3
Alter						
18-24 Jahre	65	2	31	49	16	2
25-34 Jahre	134	5	42	39	10	5
35-44 Jahre	141	10	42	43	2	2
45-59 Jahre	279	17	44	32	1	7
60 Jahre und älter	437	12	44	39	1	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	15	44	33	5	3
10. Klasse	508	12	47	36	1	5
Abitur	108	6	29	54	5	6
(Fach-)Hochschule	138	9	35	48	4	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	11	42	39	3	5
in Ausbildung	48	0	28	47	23	3
arbeitslos	37	17	50	32	0	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	12	45	38	1	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	11	48	36	0	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	13	46	36	1	5
höh.-leit. Ang./Beamte	47	12	23	56	3	5
Landw./Selbst./Freib.	63	5	20	49	19	7
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	12	45	36	3	4
evangelisch	247	9	43	41	3	4
katholisch	95	15	26	54	2	3

Im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie persönlich Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder sehr viel weniger?

Tabelle A7

Vorteile oder Nachteile der deutschen Einheit

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Nachteile überwiegen	Weder noch, hält sich die Waage	Vorteile überwiegen	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	16	14	68	2
Geschlecht					
männlich	520	13	9	75	3
weiblich	537	20	18	60	2
Alter					
18-24 Jahre	65	7	11	72	10
25-34 Jahre	134	10	11	75	5
35-44 Jahre	141	16	8	69	8
45-59 Jahre	279	16	17	67	0
60 Jahre und älter	437	20	15	64	0
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	301	24	15	59	1
10. Klasse	508	16	14	69	2
Abitur	108	6	11	73	10
(Fach-)Hochschule	138	9	12	78	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	514	10	11	75	3
in Ausbildung	48	2	6	89	3
arbeitslos	37	65	3	28	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	21	18	60	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	206	10	14	74	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	11	12	70	7
höh.-leit. Ang./Beamte	47	8	5	86	1
Landw./Selbst./Freib.	63	10	13	76	1
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	712	17	14	66	3
evangelisch	247	15	14	71	1
katholisch	95	15	7	73	5

Eine Frage zur deutschen Einheit: Würden Sie sagen, dass für Sie persönlich alles in allem eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Vereinigung überwiegen?

Persönliche Benachteiligung wegen ostdeutscher Herkunft

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	noch nie	nur einmal	selten	immer wieder	häufig	andauernd	trifft nicht zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	63	3	13	7	6	2	7	1
Geschlecht									
männlich	520	65	4	10	6	5	2	7	1
weiblich	537	61	2	16	7	6	1	6	1
Alter									
18-24 Jahre	65	55	0	12	9	0	1	23	0
25-34 Jahre	134	71	4	14	3	1	0	1	7
35-44 Jahre	141	67	2	17	2	5	2	5	0
45-59 Jahre	279	64	1	14	9	6	1	5	0
60 Jahre und älter	437	59	5	11	7	7	2	8	0
Schulabschluss									
unter 10. Klasse	301	63	4	8	8	6	2	10	0
10. Klasse	508	65	2	14	5	6	2	3	2
Abitur	108	58	1	18	7	1	0	15	1
(Fach-)Hochschule	138	58	3	15	8	6	2	8	1
Erwerbstätigkeit									
erwerbstätig	514	72	2	13	4	4	1	3	2
in Ausbildung	48	48	0	20	0	1	2	26	2
arbeitslos	37	32	0	17	30	11	0	10	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	57	5	12	8	7	2	8	0
Berufsgruppe									
Arbeiter	206	74	2	12	5	4	1	2	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	67	2	17	3	1	2	4	3
höh.-leit. Ang./Beamte	47	68	1	15	6	2	1	6	0
Landw./Selbst./Freib.	63	75	1	4	2	10	0	8	0
Religionsgemeinschaft									
keine, andere	712	63	3	14	7	5	2	4	1
evangelisch	247	62	1	11	7	8	1	11	0
katholisch	95	61	5	13	1	2	2	15	1

Wenn Sie jetzt an Ihre eigenen Erfahrungen denken: Wurden Sie persönlich schon aufgrund Ihrer ostdeutschen Herkunft benachteiligt?

Dilemma: Freiheit oder Gleichheit

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Freiheit	beides gleichermaßen	Gleichheit	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	48	8	41	3
Geschlecht					
männlich	520	53	8	35	4
weiblich	537	44	7	47	2
Alter					
18-24 Jahre	65	44	3	43	10
25-34 Jahre	134	74	3	23	1
35-44 Jahre	141	53	15	30	1
45-59 Jahre	279	46	6	43	5
60 Jahre und älter	437	41	8	49	2
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	301	44	9	42	5
10. Klasse	508	49	7	42	2
Abitur	108	51	5	40	4
(Fach-)Hochschule	138	54	8	35	4
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	514	54	7	36	4
in Ausbildung	48	49	0	44	8
arbeitslos	37	19	30	51	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	44	8	46	2
Berufsgruppe					
Arbeiter	206	51	10	33	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	53	3	41	3
höh.-leit. Ang./Beamte	47	64	7	28	1
Landw./Selbst./Freib.	63	49	7	39	5
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	712	48	8	40	4
evangelisch	247	48	6	43	3
katholisch	95	45	7	45	3

Sicherlich ist beides wichtig: Freiheit und Gleichheit. Aber wenn Sie sich für eines von beiden entscheiden müssten, was wäre Ihnen wichtiger?

Dilemma: Freiheit oder Sicherheit

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Freiheit	beides gleichermaßen	Sicherheit	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	30	8	61	1
Geschlecht					
männlich	520	37	10	52	2
weiblich	537	24	5	70	1
Alter					
18-24 Jahre	65	56	3	30	10
25-34 Jahre	134	45	5	48	2
35-44 Jahre	141	36	12	52	0
45-59 Jahre	279	31	7	60	1
60 Jahre und älter	437	19	8	73	0
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	301	31	8	61	0
10. Klasse	508	26	7	67	0
Abitur	108	46	9	37	8
(Fach-)Hochschule	138	35	9	56	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	514	38	7	54	1
in Ausbildung	48	61	0	28	10
arbeitslos	37	48	30	22	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	17	7	75	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	206	37	9	54	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	31	4	62	2
höh.-leit. Ang./Beamte	47	42	12	46	0
Landw./Selbst./Freib.	63	61	4	35	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	712	31	8	60	1
evangelisch	247	28	6	64	2
katholisch	95	30	9	59	3

Sicherlich ist beides wichtig: Freiheit und Sicherheit. Aber wenn Sie sich für eines von beiden entscheiden müssten, was wäre Ihnen wichtiger?

Demokratie als beste Staatsidee

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	25	56	8	5	6
Geschlecht						
männlich	520	31	52	7	4	6
weiblich	537	19	60	9	5	6
Alter						
18-24 Jahre	65	17	80	2	0	1
25-34 Jahre	134	14	67	8	8	3
35-44 Jahre	141	25	54	9	11	1
45-59 Jahre	279	22	60	12	3	3
60 Jahre und älter	437	31	48	7	4	11
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	23	48	4	9	15
10. Klasse	508	25	57	12	4	2
Abitur	108	17	72	5	1	5
(Fach-)Hochschule	138	36	57	4	1	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	25	59	9	5	2
in Ausbildung	48	15	82	3	0	0
arbeitslos	37	10	69	1	7	13
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	27	50	8	4	11
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	24	58	10	6	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	22	58	10	6	2
höh.-leit. Ang./Beamte	47	32	56	11	0	1
Landw./Selbst./Freib.	63	25	69	3	2	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	21	57	10	6	6
evangelisch	247	30	56	4	2	8
katholisch	95	43	49	2	4	2

Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen.

Zufriedenheit mit Demokratie in Deutschland

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr zufrieden	ziemlich zufrieden	ziemlich unzufrieden	sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	4	50	33	12	1
Geschlecht						
männlich	520	5	46	33	15	1
weiblich	537	4	54	32	9	1
Alter						
18-24 Jahre	65	3	72	17	8	0
25-34 Jahre	134	3	55	30	11	1
35-44 Jahre	141	5	47	31	14	3
45-59 Jahre	279	2	46	38	14	1
60 Jahre und älter	437	7	49	33	11	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	6	41	40	13	0
10. Klasse	508	3	50	32	13	2
Abitur	108	3	63	24	10	0
(Fach-)Hochschule	138	5	58	27	8	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	3	50	34	11	1
in Ausbildung	48	4	83	13	0	0
arbeitslos	37	0	23	52	22	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	6	49	31	13	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	2	48	41	8	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	3	56	31	8	2
höh.-leit. Ang./Beamte	47	10	45	29	15	2
Landw./Selbst./Freib.	63	2	28	35	35	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	3	47	36	13	1
evangelisch	247	5	57	28	9	0
katholisch	95	12	53	22	13	1

Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie alles in allem mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert?

Tabelle A13

Einsatz von Steuermitteln

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Zusätzliche Sozialausgaben	Investitionen in die Infrastruktur	Innere Sicherheit	Schuldentilgung	Alles gleich wichtig	weiß nicht/ keine Angabe
Gesamt	1057	43	23	16	11	6	1
Geschlecht							
männlich	520	34	27	17	13	6	2
weiblich	537	51	20	15	9	5	1
Alter							
18-24 Jahre	65	41	30	4	18	7	0
25-34 Jahre	134	54	19	15	10	3	0
35-44 Jahre	141	38	28	16	15	3	1
45-59 Jahre	279	39	23	14	15	6	3
60 Jahre und älter	437	43	23	19	7	7	1
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	301	39	20	16	17	7	0
10. Klasse	508	44	25	19	7	3	2
Abitur	108	45	22	8	13	11	1
(Fach-)Hochschule	138	44	26	10	11	6	2
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	514	40	27	14	13	5	1
in Ausbildung	48	43	32	2	17	5	1
arbeitslos	37	35	6	27	30	2	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	46	20	19	6	7	1
Berufsgruppe							
Arbeiter	206	36	26	17	16	4	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	43	25	14	13	5	0
höh.-leit. Ang./Beamte	47	44	18	16	10	5	7
Landw./Selbst./Freib.	63	41	37	6	5	3	9
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	712	42	23	15	14	4	2
evangelisch	247	40	26	17	5	11	1
katholisch	95	55	18	23	2	2	0

Der Staat kann einen Teil der Steuermittel flexibel einsetzen. Wofür sollten diese Mittel eher verwendet werden: für ...

Tabelle A14

Institutionenvertrauen: Bundesregierung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue gar nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	5	18	36	20	19	2
Geschlecht							
männlich	520	7	16	32	22	22	1
weiblich	537	4	20	40	18	16	2
Alter							
18-24 Jahre	65	9	27	28	35	1	0
25-34 Jahre	134	2	22	27	23	26	0
35-44 Jahre	141	4	16	37	16	22	4
45-59 Jahre	279	2	17	36	24	21	0
60 Jahre und älter	437	8	17	39	16	17	2
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	301	8	7	40	22	19	3
10. Klasse	508	4	18	33	20	23	1
Abitur	108	4	27	37	25	7	0
(Fach-)Hochschule	138	4	32	37	14	12	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	514	2	20	32	21	23	1
in Ausbildung	48	12	30	26	31	1	0
arbeitslos	37	0	9	59	24	9	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	8	16	40	18	17	2
Berufsgruppe							
Arbeiter	206	3	16	26	28	25	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	2	20	45	18	15	0
höh.-leit. Ang./Beamte	47	0	35	26	22	17	0
Landw./Selbst./Freib.	63	2	15	17	14	52	1
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	712	4	15	36	21	22	2
evangelisch	247	8	22	33	22	15	0
katholisch	95	7	28	44	10	9	2

Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen. Wie ist das mit ... der Bundesregierung?

Institutionenvertrauen: Landesregierung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue gar nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	9	26	38	14	11	2
Geschlecht							
männlich	520	12	21	34	19	14	1
weiblich	537	6	32	43	9	8	2
Alter							
18-24 Jahre	65	12	31	43	10	4	0
25-34 Jahre	134	3	32	33	18	13	1
35-44 Jahre	141	3	16	43	14	19	5
45-59 Jahre	279	6	26	38	17	11	1
60 Jahre und älter	437	14	27	38	11	8	2
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	301	15	24	32	14	12	3
10. Klasse	508	6	25	42	13	12	1
Abitur	108	5	24	42	19	8	2
(Fach-)Hochschule	138	10	36	35	12	6	2
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	514	5	21	39	20	13	2
in Ausbildung	48	14	38	37	6	5	0
arbeitslos	37	5	35	35	16	4	5
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	14	30	38	8	9	2
Berufsgruppe							
Arbeiter	206	3	19	42	25	8	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	6	23	43	14	12	1
höh.-leit. Ang./Beamte	47	2	31	25	26	14	2
Landw./Selbst./Freib.	63	5	19	23	16	35	1
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	712	8	24	41	14	11	2
evangelisch	247	8	33	32	15	11	0
katholisch	95	22	25	32	9	12	0

Wie ist das mit ... der Landesregierung?

Institutionenvertrauen: Gerichte

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue gar nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	20	27	30	8	5	9
Geschlecht							
männlich	520	25	29	27	7	5	7
weiblich	537	15	25	34	9	6	10
Alter							
18-24 Jahre	65	38	38	22	0	0	1
25-34 Jahre	134	33	30	31	3	0	3
35-44 Jahre	141	22	30	33	8	3	4
45-59 Jahre	279	15	38	33	6	5	3
60 Jahre und älter	437	17	17	29	12	9	16
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	301	25	12	28	11	7	17
10. Klasse	508	17	31	34	6	6	6
Abitur	108	23	39	29	7	2	1
(Fach-)Hochschule	138	21	37	27	8	3	4
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	514	22	34	31	7	3	3
in Ausbildung	48	53	37	7	1	0	2
arbeitslos	37	4	58	33	1	0	5
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	16	16	32	10	9	16
Berufsgruppe							
Arbeiter	206	23	34	33	6	1	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	18	37	34	6	4	2
höh.-leit. Ang./Beamte	47	23	29	33	6	2	7
Landw./Selbst./Freib.	63	27	26	23	14	10	1
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	712	20	27	31	9	4	9
evangelisch	247	19	26	30	7	9	9
katholisch	95	26	30	25	4	10	5

Wie ist das mit ... den Gerichten?

Institutionenvertrauen: Polizei

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue gar nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	30	39	23	5	2	1
Geschlecht							
männlich	520	33	38	21	4	3	0
weiblich	537	28	40	24	6	1	2
Alter							
18-24 Jahre	65	36	52	12	0	0	0
25-34 Jahre	134	31	42	21	2	4	0
35-44 Jahre	141	31	38	24	3	2	0
45-59 Jahre	279	18	48	25	8	0	0
60 Jahre und älter	437	37	31	23	5	2	2
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	301	34	25	25	10	4	2
10. Klasse	508	29	44	23	2	1	1
Abitur	108	29	46	20	4	1	0
(Fach-)Hochschule	138	28	49	17	5	1	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	514	27	44	22	4	2	0
in Ausbildung	48	46	38	12	4	0	0
arbeitslos	37	8	38	24	30	0	0
übriqe Nicht-Erwerbstät.	458	34	34	24	4	2	2
Berufsgruppe							
Arbeiter	206	23	52	19	3	4	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	29	43	23	3	1	0
höh.-leit. Ang./Beamte	47	32	42	19	6	0	0
Landw./Selbst./Freib.	63	25	35	26	12	1	1
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	712	27	41	24	4	2	1
evangelisch	247	35	32	24	8	0	0
katholisch	95	45	41	8	1	4	0

Wie ist das mit ... der Polizei?

Überfremdung der Bundesrepublik

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	28	29	24	17	2
Geschlecht						
männlich	520	28	28	26	16	3
weiblich	537	28	30	23	17	2
Alter						
18-24 Jahre	65	1	13	44	41	0
25-34 Jahre	134	22	30	23	24	0
35-44 Jahre	141	31	29	24	15	1
45-59 Jahre	279	33	35	22	10	1
60 Jahre und älter	437	30	28	23	15	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	32	33	18	12	5
10. Klasse	508	32	31	23	13	1
Abitur	108	10	20	40	28	2
(Fach-)Hochschule	138	15	22	31	30	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	29	30	25	15	2
in Ausbildung	48	0	10	37	53	0
arbeitslos	37	29	45	19	7	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	30	29	23	15	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	36	32	22	9	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	27	31	27	14	1
höh.-leit. Ang./Beamte	47	20	21	41	17	2
Landw./Selbst./Freib.	63	11	24	15	38	12
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	30	28	24	17	1
evangelisch	247	19	33	27	16	5
katholisch	95	34	24	21	15	6

Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.

Überfremdung Thüringens

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	14	21	29	35	1
Geschlecht						
männlich	520	17	16	29	37	1
weiblich	537	11	26	29	32	2
Alter						
18-24 Jahre	65	0	12	30	58	0
25-34 Jahre	134	10	23	34	32	0
35-44 Jahre	141	11	17	33	37	2
45-59 Jahre	279	17	23	29	29	2
60 Jahre und älter	437	16	22	26	35	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	25	28	24	23	0
10. Klasse	508	13	22	31	33	1
Abitur	108	1	12	32	52	2
(Fach-)Hochschule	138	4	12	29	52	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	15	19	32	33	1
in Ausbildung	48	0	11	15	74	0
arbeitslos	37	17	42	13	25	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	14	23	28	33	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	14	18	38	29	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	18	18	28	35	1
höh.-leit. Ang./Beamte	47	3	20	35	41	1
Landw./Selbst./Freib.	63	16	25	27	32	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	16	21	31	31	1
evangelisch	247	11	24	24	39	2
katholisch	95	10	12	28	48	2

Thüringen ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.

Überfremdung der Wohnumgebung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	3	8	19	69	2
Geschlecht						
männlich	520	3	6	18	72	1
weiblich	537	3	10	20	66	2
Alter						
18-24 Jahre	65	0	4	12	83	1
25-34 Jahre	134	1	7	26	64	1
35-44 Jahre	141	3	12	13	73	0
45-59 Jahre	279	4	9	23	63	1
60 Jahre und älter	437	3	7	17	71	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	2	11	18	67	2
10. Klasse	508	4	8	21	65	2
Abitur	108	1	5	14	80	1
(Fach-)Hochschule	138	1	3	18	77	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	3	8	20	69	1
in Ausbildung	48	0	0	10	90	0
arbeitslos	37	2	9	24	66	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	4	9	18	67	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	2	8	23	65	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	3	8	19	68	2
höh.-leit. Ang./Beamte	47	6	12	16	66	0
Landw./Selbst./Freib.	63	0	6	13	81	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	3	9	20	67	1
evangelisch	247	2	5	19	71	4
katholisch	95	5	7	10	78	1

Meine Wohnumgebung ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.

Ausländer wollen Sozialstaat ausnutzen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	16	32	29	20	4
Geschlecht						
männlich	520	20	30	27	20	4
weiblich	537	12	34	31	20	3
Alter						
18-24 Jahre	65	2	12	46	34	6
25-34 Jahre	134	9	33	22	31	5
35-44 Jahre	141	11	44	23	21	2
45-59 Jahre	279	17	39	25	16	2
60 Jahre und älter	437	20	26	33	16	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	27	28	28	14	3
10. Klasse	508	14	36	28	18	4
Abitur	108	5	29	30	31	5
(Fach-)Hochschule	138	6	26	35	29	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	15	37	23	22	3
in Ausbildung	48	0	4	53	39	3
arbeitslos	37	13	20	50	11	7
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	18	30	32	16	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	16	41	20	20	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	15	36	25	22	2
höh.-leit. Ang./Beamte	47	15	33	35	16	0
Landw./Selbst./Freib.	63	13	33	19	34	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	15	34	28	21	3
evangelisch	247	17	29	33	17	4
katholisch	95	19	27	27	22	5

Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.

Wertvolles und unwertes Leben

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	12	11	9	61	7
Geschlecht						
männlich	520	13	9	7	63	7
weiblich	537	11	13	10	59	6
Alter						
18-24 Jahre	65	7	8	21	61	3
25-34 Jahre	134	12	6	8	69	4
35-44 Jahre	141	12	10	7	66	5
45-59 Jahre	279	14	11	12	56	7
60 Jahre und älter	437	12	14	6	59	9
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	15	13	12	52	8
10. Klasse	508	13	12	8	59	8
Abitur	108	9	7	11	71	3
(Fach-)Hochschule	138	6	8	4	77	5
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	13	8	8	68	4
in Ausbildung	48	0	3	19	76	2
arbeitslos	37	12	15	34	24	15
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	13	16	7	54	10
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	13	7	6	68	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	14	10	10	62	4
höh.-leit. Ang./Beamte	47	5	4	8	81	2
Landw./Selbst./Freib.	63	22	8	7	61	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	14	11	12	58	5
evangelisch	247	8	13	4	68	7
katholisch	95	10	10	1	58	21

Es gibt wertvolles und unwertes Leben.

Ausländer sollen Ehepartner unter Landsleuten auswählen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	13	11	19	52	5
Geschlecht						
männlich	520	13	8	18	56	5
weiblich	537	12	13	20	49	6
Alter						
18-24 Jahre	65	0	1	20	77	2
25-34 Jahre	134	12	16	11	57	4
35-44 Jahre	141	5	11	15	64	5
45-59 Jahre	279	11	9	18	59	4
60 Jahre und älter	437	19	12	23	39	8
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	23	15	23	33	6
10. Klasse	508	11	10	18	55	6
Abitur	108	2	3	18	73	5
(Fach-)Hochschule	138	5	7	17	68	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	8	10	17	62	3
in Ausbildung	48	0	0	8	90	2
arbeitslos	37	10	2	11	66	11
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	19	13	23	37	8
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	10	13	18	56	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	11	9	15	62	4
höh.-leit. Ang./Beamte	47	2	6	16	74	2
Landw./Selbst./Freib.	63	0	2	37	58	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	11	11	20	54	4
evangelisch	247	14	12	21	45	8
katholisch	95	18	4	10	60	8

Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.

Durchsetzen deutscher Interessen notwendig

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	30	31	18	17	4
Geschlecht						
männlich	520	31	28	19	19	3
weiblich	537	29	35	18	14	4
Alter						
18-24 Jahre	65	3	39	31	22	6
25-34 Jahre	134	21	35	29	14	0
35-44 Jahre	141	28	36	16	18	2
45-59 Jahre	279	38	31	16	13	2
60 Jahre und älter	437	32	28	16	18	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	38	33	11	10	7
10. Klasse	508	33	30	18	16	2
Abitur	108	10	38	26	22	3
(Fach-)Hochschule	138	15	26	29	27	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	26	34	22	16	2
in Ausbildung	48	2	32	37	28	2
arbeitslos	37	62	20	1	10	7
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	34	29	14	16	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	26	33	23	16	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	34	33	17	15	2
höh.-leit. Ang./Beamte	47	15	38	32	16	0
Landw./Selbst./Freib.	63	19	38	23	19	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	31	33	18	16	2
evangelisch	247	24	33	15	20	7
katholisch	95	34	18	27	14	8

Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.

Diktatur unter Umständen bessere Staatsform

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	5	12	13	62	8
Geschlecht						
männlich	520	8	11	14	61	7
weiblich	537	3	12	13	63	9
Alter						
18-24 Jahre	65	2	16	18	62	2
25-34 Jahre	134	1	14	19	60	6
35-44 Jahre	141	10	9	11	69	1
45-59 Jahre	279	4	12	15	64	5
60 Jahre und älter	437	6	11	10	59	14
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	8	14	7	54	17
10. Klasse	508	5	11	16	63	5
Abitur	108	2	15	14	65	4
(Fach-)Hochschule	138	4	6	14	74	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	5	12	16	65	3
in Ausbildung	48	0	13	11	73	3
arbeitslos	37	2	7	10	63	18
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	6	11	11	58	14
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	4	7	15	72	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	5	14	19	58	4
höh.-leit. Ang./Beamte	47	1	7	12	79	1
Landw./Selbst./Freib.	63	18	24	11	45	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	4	11	15	64	7
evangelisch	247	6	15	10	54	15
katholisch	95	17	7	6	69	2

Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.

Selbstwirksamkeit: Einfluss auf Handeln der Regierung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	44	31	13	12	1
Geschlecht						
männlich	520	42	27	16	14	0
weiblich	537	45	34	11	10	1
Alter						
18-24 Jahre	65	14	31	30	24	1
25-34 Jahre	134	28	43	17	11	0
35-44 Jahre	141	37	33	15	15	0
45-59 Jahre	279	45	31	14	9	1
60 Jahre und älter	437	54	25	8	11	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	64	25	5	6	0
10. Klasse	508	42	33	13	12	1
Abitur	108	20	38	24	16	2
(Fach-)Hochschule	138	26	27	25	21	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	37	36	15	12	0
in Ausbildung	48	13	25	24	37	2
arbeitslos	37	60	23	17	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	53	26	9	11	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	43	40	10	7	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	31	36	19	13	1
höh.-leit. Ang./Beamte	47	35	21	24	19	1
Landw./Selbst./Freib.	63	41	29	14	16	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	45	30	13	12	1
evangelisch	247	43	35	11	11	1
katholisch	95	40	22	22	15	1

Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.

Parteien nur an Wählerstimmen interessiert

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	41	36	15	5	3
Geschlecht						
männlich	520	45	34	15	5	1
weiblich	537	37	38	15	5	4
Alter						
18-24 Jahre	65	9	61	23	6	2
25-34 Jahre	134	24	47	21	6	2
35-44 Jahre	141	43	30	16	9	2
45-59 Jahre	279	49	32	15	3	1
60 Jahre und älter	437	45	34	12	4	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	54	31	9	1	6
10. Klasse	508	42	35	15	7	1
Abitur	108	22	54	18	3	3
(Fach-)Hochschule	138	26	37	27	7	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	41	34	19	5	1
in Ausbildung	48	4	64	18	8	6
arbeitslos	37	62	25	10	2	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	43	36	11	5	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	48	29	17	5	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	36	40	18	6	1
höh.-leit. Ang./Beamte	47	31	37	29	3	1
Landw./Selbst./Freib.	63	47	34	16	3	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	43	37	14	4	3
evangelisch	247	39	34	18	5	4
katholisch	95	33	37	19	9	1

Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.

Orientierungsverlust durch Gesellschaftswandel

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	35	24	20	19	2
Geschlecht						
männlich	520	33	20	20	23	3
weiblich	537	37	28	19	14	2
Alter						
18-24 Jahre	65	7	14	42	35	2
25-34 Jahre	134	30	25	17	28	0
35-44 Jahre	141	32	25	25	18	0
45-59 Jahre	279	31	30	18	19	3
60 Jahre und älter	437	45	22	17	13	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	50	14	18	14	5
10. Klasse	508	37	30	15	17	1
Abitur	108	15	25	35	23	2
(Fach-)Hochschule	138	13	26	28	31	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	30	27	19	22	2
in Ausbildung	48	2	17	33	44	3
arbeitslos	37	36	12	42	10	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	44	23	17	12	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	36	30	12	20	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	28	27	24	20	1
höh.-leit. Ang./Beamte	47	14	23	31	26	6
Landw./Selbst./Freib.	63	24	16	22	38	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	32	25	21	21	2
evangelisch	247	42	24	18	13	4
katholisch	95	42	19	18	15	6

Heute ändert sich alles so schnell, dass ich oft nicht weiß, woran ich mich halten soll.

Bedrohung durch Kriminalität im Alltag

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	4	12	29	55	0
Geschlecht						
männlich	520	4	13	22	61	0
weiblich	537	4	11	36	49	1
Alter						
18-24 Jahre	65	0	3	33	62	2
25-34 Jahre	134	7	8	31	52	2
35-44 Jahre	141	8	11	21	60	0
45-59 Jahre	279	3	21	27	49	0
60 Jahre und älter	437	3	9	31	56	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	3	12	31	54	1
10. Klasse	508	5	14	27	54	0
Abitur	108	3	11	26	60	1
(Fach-)Hochschule	138	3	7	34	56	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	4	13	25	58	0
in Ausbildung	48	2	1	22	72	2
arbeitslos	37	0	27	39	34	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	4	11	34	51	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	4	19	22	56	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	6	12	27	55	0
höh.-leit. Ang./Beamte	47	4	5	29	62	0
Landw./Selbst./Freib.	63	1	7	25	67	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	5	13	32	50	0
evangelisch	247	2	11	27	59	1
katholisch	95	2	9	13	75	0

In meinem Alltag fühle ich mich von Kriminalität bedroht.

Sorge: Durch gesellschaftliche Entwicklung auf Verliererseite geraten

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	19	19	25	35	3
Geschlecht						
männlich	520	19	17	26	36	2
weiblich	537	19	20	23	33	4
Alter						
18-24 Jahre	65	5	15	31	48	1
25-34 Jahre	134	13	17	34	33	4
35-44 Jahre	141	17	20	20	40	3
45-59 Jahre	279	20	20	26	32	1
60 Jahre und älter	437	23	19	22	33	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	31	20	20	24	6
10. Klasse	508	18	20	26	34	2
Abitur	108	5	18	35	41	1
(Fach-)Hochschule	138	8	12	23	54	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	12	18	29	38	2
in Ausbildung	48	1	12	27	59	1
arbeitslos	37	65	10	13	12	0
übrige Nicht-Erwerbstat.	458	25	20	21	30	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	11	20	32	34	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	12	22	23	41	2
höh.-leit. Ang./Beamte	47	5	6	40	47	3
Landw./Selbst./Freib.	63	29	4	34	33	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	19	19	26	33	3
evangelisch	247	19	21	22	34	4
katholisch	95	17	12	22	48	2

Es macht mir Sorgen, durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten.

Allgemeine Lebenszufriedenheit

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	60	35	3	1	0
Geschlecht						
männlich	520	60	34	4	2	0
weiblich	537	61	37	2	1	0
Alter						
18-24 Jahre	65	59	27	14	0	0
25-34 Jahre	134	58	40	2	0	0
35-44 Jahre	141	56	41	3	1	0
45-59 Jahre	279	55	41	3	1	1
60 Jahre und älter	437	66	30	2	2	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	65	33	0	2	0
10. Klasse	508	59	36	4	1	0
Abitur	108	48	41	9	1	0
(Fach-)Hochschule	138	64	33	3	1	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	60	37	3	0	0
in Ausbildung	48	75	24	1	0	0
arbeitslos	37	45	41	12	2	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	61	34	3	3	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	54	44	2	0	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	62	34	4	0	0
höh.-leit. Ang./Beamte	47	64	34	1	0	0
Landw./Selbst./Freib.	63	68	27	5	0	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	59	37	3	1	0
evangelisch	247	62	33	1	3	0
katholisch	95	65	27	8	0	0

Ich bin mit meinem Leben insgesamt zufrieden.

Überlegenheit mancher Gruppen von Menschen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	27	27	10	31	4
Geschlecht						
männlich	520	25	23	11	39	3
weiblich	537	29	32	9	25	5
Alter						
18-24 Jahre	65	5	16	19	53	7
25-34 Jahre	134	13	36	11	39	1
35-44 Jahre	141	22	31	8	36	2
45-59 Jahre	279	35	20	10	31	3
60 Jahre und älter	437	30	30	9	24	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	40	28	7	20	6
10. Klasse	508	26	30	10	31	3
Abitur	108	10	26	14	46	5
(Fach-)Hochschule	138	14	19	13	50	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	25	26	12	36	2
in Ausbildung	48	5	11	15	65	4
arbeitslos	37	52	9	4	28	7
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	29	33	9	24	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	25	26	10	37	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	28	24	12	31	4
höh.-leit. Ang./Beamte	47	12	25	17	45	1
Landw./Selbst./Freib.	63	24	36	3	34	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	25	28	11	32	4
evangelisch	247	34	27	9	27	4
katholisch	95	22	21	9	39	9

Manche Gruppen von Menschen sind anderen einfach überlegen.

Über andere hinwegsetzen, um voranzukommen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	20	35	18	25	2
Geschlecht						
männlich	520	25	35	16	24	1
weiblich	537	14	35	20	27	4
Alter						
18-24 Jahre	65	7	47	26	18	1
25-34 Jahre	134	23	46	17	15	0
35-44 Jahre	141	25	37	20	16	2
45-59 Jahre	279	21	36	19	22	1
60 Jahre und älter	437	18	28	16	35	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	30	35	5	25	4
10. Klasse	508	18	34	21	24	2
Abitur	108	11	47	20	22	1
(Fach-)Hochschule	138	9	27	32	32	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	21	39	19	20	1
in Ausbildung	48	6	37	26	30	2
arbeitslos	37	63	21	12	5	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	17	32	16	32	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	19	44	17	19	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	18	40	23	19	1
höh.-leit. Ang./Beamte	47	18	39	21	22	0
Landw./Selbst./Freib.	63	34	21	15	27	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	22	38	17	23	1
evangelisch	247	16	31	19	31	3
katholisch	95	16	24	21	31	8

Um im Leben voranzukommen, muss man sich über andere hinwegsetzen.

Rückkehr zur sozialistischen Ordnung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	5	12	21	57	5
Geschlecht						
männlich	520	5	9	16	65	5
weiblich	537	5	15	25	49	5
Alter						
18-24 Jahre	65	0	11	25	61	3
25-34 Jahre	134	4	15	23	51	6
35-44 Jahre	141	6	11	16	63	4
45-59 Jahre	279	5	18	20	56	1
60 Jahre und älter	437	6	8	22	56	8
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	8	12	18	52	10
10. Klasse	508	6	13	22	57	2
Abitur	108	0	12	21	59	7
(Fach-)Hochschule	138	2	8	24	64	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	6	12	20	60	3
in Ausbildung	48	0	10	14	73	3
arbeitslos	37	5	48	5	43	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	5	10	24	53	8
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	5	9	20	61	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	7	16	22	54	2
höh.-leit. Ang./Beamte	47	7	6	26	60	2
Landw./Selbst./Freib.	63	0	11	13	73	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	5	15	22	54	5
evangelisch	247	6	8	21	59	7
katholisch	95	4	5	13	78	1

Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren.

Juden versuchen Vorteile aus Opferstatus zu ziehen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	8	14	19	46	12
Geschlecht						
männlich	520	11	16	18	44	11
weiblich	537	6	13	20	48	13
Alter						
18-24 Jahre	65	2	3	32	52	11
25-34 Jahre	134	3	13	18	61	5
35-44 Jahre	141	6	26	16	47	5
45-59 Jahre	279	8	17	15	52	8
60 Jahre und älter	437	12	12	21	36	19
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	14	17	17	34	18
10. Klasse	508	8	16	19	46	12
Abitur	108	1	4	29	60	5
(Fach-)Hochschule	138	6	9	18	59	8
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	8	18	15	51	8
in Ausbildung	48	3	3	21	60	13
arbeitslos	37	4	11	25	60	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	10	12	23	37	18
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	8	19	15	50	8
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	7	19	14	52	8
höh.-leit. Ang./Beamte	47	6	14	18	57	5
Landw./Selbst./Freib.	63	13	11	25	44	7
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	9	14	19	46	12
evangelisch	247	10	15	16	44	15
katholisch	95	4	13	24	52	7

Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind.

Notwendigkeit der Öffnung gegenüber anderen Kulturen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	19	34	18	24	6
Geschlecht						
männlich	520	15	32	18	30	4
weiblich	537	22	36	17	17	8
Alter						
18-24 Jahre	65	28	40	14	13	4
25-34 Jahre	134	17	38	15	25	4
35-44 Jahre	141	16	32	21	28	3
45-59 Jahre	279	17	31	19	29	4
60 Jahre und älter	437	19	35	17	20	10
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	16	23	16	29	15
10. Klasse	508	18	36	18	26	3
Abitur	108	23	49	16	9	3
(Fach-)Hochschule	138	24	38	20	16	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	18	34	19	27	3
in Ausbildung	48	39	39	11	10	0
arbeitslos	37	41	20	3	24	11
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	15	35	18	21	10
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	19	30	21	26	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	16	39	18	26	1
höh.-leit. Ang./Beamte	47	10	44	19	22	5
Landw./Selbst./Freib.	63	25	14	19	40	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	20	32	19	25	5
evangelisch	247	16	41	17	16	10
katholisch	95	16	32	9	37	5

Wir müssen uns in Zukunft den Wertvorstellungen und Maßstäben anderer Kulturen stärker öffnen.

Flüchtlinge in Deutschland nicht integrierbar

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	27	33	21	13	7
Geschlecht						
männlich	520	30	30	19	14	7
weiblich	537	23	35	22	12	8
Alter						
18-24 Jahre	65	7	24	39	29	0
25-34 Jahre	134	27	32	19	20	2
35-44 Jahre	141	25	37	21	8	8
45-59 Jahre	279	26	42	21	9	1
60 Jahre und älter	437	30	27	18	11	14
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	35	29	15	5	16
10. Klasse	508	30	36	18	11	5
Abitur	108	7	32	35	25	1
(Fach-)Hochschule	138	13	28	31	25	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	27	37	22	10	4
in Ausbildung	48	0	24	40	37	0
arbeitslos	37	39	12	37	12	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	28	30	16	13	13
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	33	34	17	10	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	25	39	24	11	2
höh.-leit. Ang./Beamte	47	17	30	36	13	4
Landw./Selbst./Freib.	63	21	49	19	10	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	27	35	20	13	6
evangelisch	247	26	29	22	12	10
katholisch	95	27	24	24	14	11

Die meisten Flüchtlinge und Asylsuchenden sind aufgrund ihrer Kultur gar nicht in Deutschland integrierbar.

Beibehaltung Lebensstil von Zuwanderern

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	12	34	27	24	3
Geschlecht						
männlich	520	11	36	27	25	1
weiblich	537	14	33	26	22	5
Alter						
18-24 Jahre	65	22	48	27	2	1
25-34 Jahre	134	13	38	35	14	1
35-44 Jahre	141	11	40	27	17	4
45-59 Jahre	279	8	37	29	23	2
60 Jahre und älter	437	14	27	23	32	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	11	30	22	33	4
10. Klasse	508	13	31	30	24	2
Abitur	108	16	49	25	8	3
(Fach-)Hochschule	138	11	44	28	15	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	11	37	29	21	2
in Ausbildung	48	35	41	23	1	0
arbeitslos	37	2	72	19	7	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	13	27	26	30	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	9	32	33	24	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	12	38	31	19	1
höh.-leit. Ang./Beamte	47	14	43	20	18	6
Landw./Selbst./Freib.	63	5	45	23	27	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	12	36	25	24	3
evangelisch	247	13	30	31	22	4
katholisch	95	16	34	28	22	0

Die in Deutschland lebenden Zuwanderer sollten ihren Lebensstil beibehalten dürfen, auch wenn er sich vom Lebensstil der Deutschen unterscheidet.

Frauen sollten sich wieder mehr auf Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	4	6	19	69	1
Geschlecht						
männlich	520	6	4	19	70	2
weiblich	537	2	9	20	68	1
Alter						
18-24 Jahre	65	0	11	22	66	1
25-34 Jahre	134	3	9	26	62	0
35-44 Jahre	141	6	8	20	67	0
45-59 Jahre	279	3	5	17	74	1
60 Jahre und älter	437	5	5	18	69	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	5	8	22	63	2
10. Klasse	508	5	5	20	69	1
Abitur	108	1	8	16	74	0
(Fach-)Hochschule	138	2	6	12	79	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	3	5	20	71	1
in Ausbildung	48	1	4	9	84	2
arbeitslos	37	10	7	13	69	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	5	8	20	65	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	2	5	22	69	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	3	6	20	69	2
höh.-leit. Ang./Beamte	47	3	2	15	80	0
Landw./Selbst./Freib.	63	5	8	14	72	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	4	4	21	71	1
evangelisch	247	4	12	19	62	3
katholisch	95	9	9	8	71	2

Frauen sollen sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.

Wichtigkeit von „Heimat“

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr wichtig	eher wichtig	eher unwichtig	sehr unwichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	72	23	3	1	1
Geschlecht						
männlich	520	69	24	4	3	1
weiblich	537	74	22	3	0	0
Alter						
18-24 Jahre	65	52	24	14	6	4
25-34 Jahre	134	74	24	3	0	0
35-44 Jahre	141	85	12	2	0	0
45-59 Jahre	279	70	28	2	0	0
60 Jahre und älter	437	71	23	3	2	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	75	21	2	2	0
10. Klasse	508	77	21	2	0	0
Abitur	108	59	27	7	4	3
(Fach-)Hochschule	138	56	33	9	1	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	72	25	3	0	1
in Ausbildung	48	57	21	14	8	0
arbeitslos	37	81	17	2	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	72	22	3	2	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	76	24	0	0	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	71	23	4	0	1
höh.-leit. Ang./Beamte	47	73	22	4	1	0
Landw./Selbst./Freib.	63	59	35	4	1	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	71	24	4	0	1
evangelisch	247	68	25	2	3	1
katholisch	95	81	15	1	3	0

Wie wichtig ist für Sie Ihre „Heimat“?

Verbundenheit mit: Gemeinde/Stadt/Ort

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr verbunden	ziemlich verbunden	nicht sehr verbunden	überhaupt nicht verbunden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	50	36	11	2	0
Geschlecht						
männlich	520	48	37	12	3	0
weiblich	537	53	36	11	1	0
Alter						
18-24 Jahre	65	20	52	24	4	0
25-34 Jahre	134	41	48	11	0	0
35-44 Jahre	141	56	31	10	3	0
45-59 Jahre	279	50	35	13	3	0
60 Jahre und älter	437	56	33	9	2	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	52	32	13	2	0
10. Klasse	508	55	35	8	2	0
Abitur	108	35	40	22	4	0
(Fach-)Hochschule	138	43	43	12	2	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	49	38	11	2	0
in Ausbildung	48	15	54	25	5	0
arbeitslos	37	38	21	41	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	57	33	7	3	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	52	39	8	2	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	49	38	11	2	0
höh.-leit. Ang./Beamte	47	52	32	15	1	0
Landw./Selbst./Freib.	63	40	37	22	1	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	47	40	11	2	0
evangelisch	247	54	30	12	4	0
katholisch	95	68	22	7	4	0

Wie verbunden fühlen sie sich mit Ihrer Gemeinde/Stadt/Ort? Fühlen Sie sich...

Verbundenheit mit: Region innerhalb Thüringens

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr verbunden	ziemlich verbunden	nicht sehr verbunden	überhaupt nicht verbunden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	48	42	7	2	1
Geschlecht						
männlich	520	45	42	9	3	1
weiblich	537	51	41	6	1	1
Alter						
18-24 Jahre	65	13	55	25	4	4
25-34 Jahre	134	40	51	5	1	3
35-44 Jahre	141	52	39	5	2	1
45-59 Jahre	279	42	47	9	2	0
60 Jahre und älter	437	58	34	5	2	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	53	41	4	3	0
10. Klasse	508	49	43	6	1	1
Abitur	108	35	40	18	4	3
(Fach-)Hochschule	138	45	40	13	2	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	45	45	8	1	1
in Ausbildung	48	14	52	22	5	6
arbeitslos	37	37	56	7	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	56	36	5	2	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	41	50	7	2	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	48	42	8	1	1
höh.-leit. Ang./Beamte	47	61	26	13	0	0
Landw./Selbst./Freib.	63	34	55	10	1	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	44	46	7	1	1
evangelisch	247	52	36	8	3	1
katholisch	95	67	24	6	4	0

Wie verbunden fühlen sie sich mit Ihrer Region innerhalb Thüringens? Fühlen Sie sich...

Verbundenheit mit: Thüringen

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	sehr verbunden	ziemlich verbunden	nicht sehr verbunden	überhaupt nicht verbunden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	59	31	8	1	1
Geschlecht						
männlich	520	57	31	10	1	1
weiblich	537	61	32	6	0	2
Alter						
18-24 Jahre	65	29	41	26	4	0
25-34 Jahre	134	52	42	6	1	0
35-44 Jahre	141	66	23	9	0	1
45-59 Jahre	279	59	34	6	1	0
60 Jahre und älter	437	64	27	6	0	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	70	25	4	0	2
10. Klasse	508	61	32	6	1	1
Abitur	108	39	34	24	3	0
(Fach-)Hochschule	138	48	42	10	0	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	59	33	8	0	0
in Ausbildung	48	25	44	25	5	0
arbeitslos	37	36	55	7	0	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	65	27	6	1	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	57	40	3	0	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	57	30	11	0	1
höh.-leit. Ang./Beamte	47	56	32	12	0	0
Landw./Selbst./Freib.	63	76	15	8	1	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	57	34	7	1	2
evangelisch	247	66	23	11	0	0
katholisch	95	58	32	7	3	0

Wie verbunden fühlen sie sich mit Thüringen? Fühlen Sie sich...

Verbundenheit mit: Deutschland

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr verbunden	ziemlich verbunden	nicht sehr verbunden	überhaupt nicht verbunden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	57	36	6	1	0
Geschlecht						
männlich	520	62	30	7	1	0
weiblich	537	52	42	5	1	0
Alter						
18-24 Jahre	65	38	46	12	4	0
25-34 Jahre	134	42	52	5	1	0
35-44 Jahre	141	65	28	6	0	0
45-59 Jahre	279	53	39	7	1	0
60 Jahre und älter	437	65	30	4	1	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	70	28	2	0	0
10. Klasse	508	56	37	6	1	0
Abitur	108	39	47	10	3	1
(Fach-)Hochschule	138	47	43	9	1	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	57	37	6	0	0
in Ausbildung	48	35	43	16	6	0
arbeitslos	37	36	55	7	0	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	61	33	5	1	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	51	41	8	0	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	59	36	5	0	0
höh.-leit. Ang./Beamte	47	55	36	9	0	0
Landw./Selbst./Freib.	63	67	25	7	1	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	54	39	7	1	0
evangelisch	247	65	30	5	0	0
katholisch	95	63	31	2	3	0

Wie verbunden fühlen sie sich mit Deutschland? Fühlen Sie sich...

Verbundenheit mit: Europa

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr verbunden	ziemlich verbunden	nicht sehr verbunden	überhaupt nicht verbunden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	27	41	26	6	0
Geschlecht						
männlich	520	28	35	29	8	0
weiblich	537	26	47	23	4	0
Alter						
18-24 Jahre	65	21	51	23	5	0
25-34 Jahre	134	19	50	24	8	0
35-44 Jahre	141	23	36	32	9	0
45-59 Jahre	279	19	45	30	4	1
60 Jahre und älter	437	37	36	23	5	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	32	36	27	5	0
10. Klasse	508	23	43	28	6	0
Abitur	108	21	44	26	9	1
(Fach-)Hochschule	138	38	42	16	3	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	22	43	30	6	0
in Ausbildung	48	27	52	13	7	0
arbeitslos	37	8	53	35	2	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	35	37	22	6	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	15	39	37	8	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	25	43	27	4	0
höh.-leit. Ang./Beamte	47	34	46	12	7	0
Landw./Selbst./Freib.	63	23	45	23	10	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	22	43	29	6	0
evangelisch	247	35	40	20	4	0
katholisch	95	44	26	21	7	1

Wie verbunden fühlen sie sich mit Europa? Fühlen Sie sich...

Thüringer Identität: in Thüringen geboren sein

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr wichtig	eher wichtig	eher unwichtig	sehr unwichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	27	21	27	19	5
Geschlecht						
männlich	520	24	18	31	22	6
weiblich	537	31	25	24	16	4
Alter						
18-24 Jahre	65	18	23	24	31	4
25-34 Jahre	134	25	15	31	29	0
35-44 Jahre	141	19	22	35	23	1
45-59 Jahre	279	24	23	32	16	4
60 Jahre und älter	437	34	22	21	14	9
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	36	20	21	12	12
10. Klasse	508	28	24	28	16	3
Abitur	108	17	19	26	34	4
(Fach-)Hochschule	138	14	17	38	31	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	21	20	34	24	2
in Ausbildung	48	5	25	25	39	5
arbeitslos	37	55	16	19	8	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	35	23	21	12	9
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	20	20	36	21	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	23	21	33	21	2
höh.-leit. Ang./Beamte	47	15	26	28	29	1
Landw./Selbst./Freib.	63	19	16	32	32	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	28	21	28	19	3
evangelisch	247	26	23	24	16	10
katholisch	95	24	17	29	23	8

Es gibt ja unterschiedliche Ansichten darüber, was es bedeutet Thüringer zu sein. Bitte sagen sie mir, wie wichtig – Ihrer Meinung nach – folgende Punkte sind, um ein Thüringer zu sein. Wie wichtig ist für Sie - in Thüringen geboren zu sein?

Thüringer Identität: mindestens ein Thüringer Elternteil

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr wichtig	eher wichtig	eher unwichtig	sehr unwichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	21	17	30	29	2
Geschlecht						
männlich	520	15	17	34	32	2
weiblich	537	27	18	26	26	3
Alter						
18-24 Jahre	65	6	12	39	39	4
25-34 Jahre	134	17	12	35	36	0
35-44 Jahre	141	13	17	37	33	0
45-59 Jahre	279	19	15	33	31	2
60 Jahre und älter	437	29	21	23	23	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	34	17	23	22	4
10. Klasse	508	20	19	32	27	2
Abitur	108	9	12	32	45	3
(Fach-)Hochschule	138	7	15	37	39	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	14	16	36	33	1
in Ausbildung	48	1	6	35	52	5
arbeitslos	37	48	1	40	8	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	29	22	22	24	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	14	14	36	34	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	13	22	37	28	1
höh.-leit. Ang./Beamte	47	14	14	30	41	1
Landw./Selbst./Freib.	63	18	9	31	39	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	21	17	32	29	2
evangelisch	247	24	19	26	25	5
katholisch	95	21	11	29	39	0

Es gibt ja unterschiedliche Ansichten darüber, was es bedeutet Thüringer zu sein. Bitte sagen sie mir, wie wichtig – Ihrer Meinung nach – folgende Punkte sind, um ein Thüringer zu sein. Wie wichtig ist für Sie - mindestens ein Thüringer Elternteil zu haben?

Thüringer Identität: sich als Thüringer fühlen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr wichtig	eher wichtig	eher unwichtig	sehr unwichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	51	30	12	5	2
Geschlecht						
männlich	520	49	30	12	5	4
weiblich	537	53	30	12	4	0
Alter						
18-24 Jahre	65	48	32	15	1	4
25-34 Jahre	134	47	33	11	5	5
35-44 Jahre	141	48	32	10	9	0
45-59 Jahre	279	49	33	13	4	1
60 Jahre und älter	437	54	27	12	5	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	65	24	7	1	2
10. Klasse	508	46	33	12	7	2
Abitur	108	50	29	13	5	2
(Fach-)Hochschule	138	39	33	21	6	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	44	36	13	6	2
in Ausbildung	48	52	30	11	2	5
arbeitslos	37	84	6	5	2	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	55	26	12	5	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	39	40	13	6	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	44	35	14	5	2
höh.-leit. Ang./Beamte	47	53	25	17	4	1
Landw./Selbst./Freib.	63	56	33	2	8	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	49	32	13	5	2
evangelisch	247	57	26	9	4	5
katholisch	95	53	27	16	4	0

Es gibt ja unterschiedliche Ansichten darüber, was es bedeutet Thüringer zu sein. Bitte sagen sie mir, wie wichtig – Ihrer Meinung nach – folgende Punkte sind, um ein Thüringer zu sein. Wie wichtig ist für Sie - sich als Thüringer zu fühlen?

Thüringer Identität: am politischen Leben in Thüringen teilnehmen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr wichtig	eher wichtig	eher unwichtig	sehr unwichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	24	35	29	9	3
Geschlecht						
männlich	520	23	32	30	11	4
weiblich	537	24	38	28	7	3
Alter						
18-24 Jahre	65	25	35	29	7	4
25-34 Jahre	134	12	30	38	20	0
35-44 Jahre	141	24	34	29	13	0
45-59 Jahre	279	24	39	29	7	1
60 Jahre und älter	437	27	34	26	6	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	20	24	38	10	9
10. Klasse	508	26	39	26	8	1
Abitur	108	21	35	27	15	3
(Fach-)Hochschule	138	27	44	22	6	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	20	34	34	13	0
in Ausbildung	48	25	43	23	3	5
arbeitslos	37	53	16	28	0	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	26	37	25	6	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	20	27	41	12	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	19	40	30	10	1
höh.-leit. Ang./Beamte	47	28	42	21	9	1
Landw./Selbst./Freib.	63	12	35	24	28	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	24	37	30	9	1
evangelisch	247	21	32	27	8	12
katholisch	95	28	29	32	10	0

Es gibt ja unterschiedliche Ansichten darüber, was es bedeutet Thüringer zu sein. Bitte sagen sie mir, wie wichtig – Ihrer Meinung nach – folgende Punkte sind, um ein Thüringer zu sein. Wie wichtig ist für Sie - am politischen Leben in Thüringen teilzunehmen?

Thüringer Identität: in Thüringen aufgewachsen sein

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr wichtig	eher wichtig	eher unwichtig	sehr unwichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	34	31	22	10	3
Geschlecht						
männlich	520	32	29	22	11	5
weiblich	537	36	33	21	9	2
Alter						
18-24 Jahre	65	21	39	29	7	4
25-34 Jahre	134	22	36	25	17	1
35-44 Jahre	141	24	29	26	20	0
45-59 Jahre	279	35	29	29	5	2
60 Jahre und älter	437	42	30	14	9	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	47	24	16	6	7
10. Klasse	508	33	35	21	10	1
Abitur	108	23	28	30	16	3
(Fach-)Hochschule	138	16	34	31	17	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	26	32	29	12	1
in Ausbildung	48	5	43	33	13	5
arbeitslos	37	65	13	13	4	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	44	29	13	9	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	23	31	31	14	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	29	31	31	9	1
höh.-leit. Ang./Beamte	47	27	36	23	13	1
Landw./Selbst./Freib.	63	23	49	15	10	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	33	33	22	11	1
evangelisch	247	35	28	20	6	10
katholisch	95	39	20	26	14	1

Es gibt ja unterschiedliche Ansichten darüber, was es bedeutet Thüringer zu sein. Bitte sagen sie mir, wie wichtig – Ihrer Meinung nach – folgende Punkte sind, um ein Thüringer zu sein. Wie wichtig ist für Sie - in Thüringen aufgewachsen zu sein?

Thüringer Identität: lange in Thüringen gelebt haben

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr wichtig	eher wichtig	eher unwichtig	sehr unwichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	32	32	22	11	3
Geschlecht						
männlich	520	27	33	22	13	4
weiblich	537	37	31	23	9	1
Alter						
18-24 Jahre	65	21	38	20	17	4
25-34 Jahre	134	20	30	27	20	3
35-44 Jahre	141	23	26	30	21	0
45-59 Jahre	279	32	33	24	10	1
60 Jahre und älter	437	40	33	18	5	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	45	32	12	7	5
10. Klasse	508	31	31	25	12	1
Abitur	108	22	30	28	17	2
(Fach-)Hochschule	138	17	37	32	12	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	26	31	26	16	1
in Ausbildung	48	16	34	28	17	5
arbeitslos	37	48	27	20	3	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	40	33	18	5	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	22	32	25	19	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	29	32	29	10	1
höh.-leit. Ang./Beamte	47	24	31	32	13	1
Landw./Selbst./Freib.	63	19	37	18	26	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	30	34	21	13	2
evangelisch	247	36	31	23	6	5
katholisch	95	38	24	32	6	0

Es gibt ja unterschiedliche Ansichten darüber, was es bedeutet Thüringer zu sein. Bitte sagen sie mir, wie wichtig – Ihrer Meinung nach – folgende Punkte sind, um ein Thüringer zu sein. Wie wichtig ist für Sie - lange in Thüringen gelebt zu haben?

Thüringer Identität: einen der Thüringer Dialekte sprechen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr wichtig	eher wichtig	eher unwichtig	sehr unwichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	22	14	32	29	3
Geschlecht						
männlich	520	21	12	31	31	5
weiblich	537	23	17	33	26	2
Alter						
18-24 Jahre	65	9	12	46	29	4
25-34 Jahre	134	14	14	27	42	2
35-44 Jahre	141	23	12	29	37	0
45-59 Jahre	279	19	16	36	27	1
60 Jahre und älter	437	28	15	29	23	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	33	14	24	23	7
10. Klasse	508	22	17	32	27	2
Abitur	108	9	7	40	42	2
(Fach-)Hochschule	138	8	13	41	38	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	18	11	34	37	1
in Ausbildung	48	12	11	34	37	5
arbeitslos	37	38	17	36	7	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	26	19	29	20	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	22	10	32	36	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	12	13	38	35	2
höh.-leit. Ang./Beamte	47	20	15	37	28	1
Landw./Selbst./Freib.	63	17	8	25	46	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	20	13	32	33	2
evangelisch	247	26	17	34	15	7
katholisch	95	24	19	21	33	3

Es gibt ja unterschiedliche Ansichten darüber, was es bedeutet Thüringer zu sein. Bitte sagen sie mir, wie wichtig – Ihrer Meinung nach – folgende Punkte sind, um ein Thüringer zu sein. Wie wichtig ist für Sie - einen der Thüringer Dialekte zu sprechen?

Thüringer Identität: Thüringer Traditionen pflegen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr wichtig	eher wichtig	eher unwichtig	sehr unwichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	43	37	13	5	2
Geschlecht						
männlich	520	44	32	15	4	4
weiblich	537	41	42	12	5	0
Alter						
18-24 Jahre	65	2	58	24	12	4
25-34 Jahre	134	27	49	19	5	0
35-44 Jahre	141	40	31	19	7	3
45-59 Jahre	279	50	33	13	4	1
60 Jahre und älter	437	49	35	9	3	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	50	36	9	1	4
10. Klasse	508	46	36	11	5	1
Abitur	108	23	41	23	10	3
(Fach-)Hochschule	138	27	41	24	7	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	39	38	17	5	1
in Ausbildung	48	5	59	16	14	5
arbeitslos	37	66	18	8	3	5
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	49	35	10	3	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	42	35	17	5	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	39	38	16	5	2
höh.-leit. Ang./Beamte	47	32	49	15	3	1
Landw./Selbst./Freib.	63	35	40	15	8	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	42	37	15	5	1
evangelisch	247	43	41	8	3	4
katholisch	95	48	26	14	6	6

Es gibt ja unterschiedliche Ansichten darüber, was es bedeutet Thüringer zu sein. Bitte sagen sie mir, wie wichtig – Ihrer Meinung nach – folgende Punkte sind, um ein Thüringer zu sein. Wie wichtig ist für Sie - Thüringer Traditionen zu pflegen?

Berufsaussichten in der Umgebung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr gut	eher gut	eher schlecht	sehr schlecht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	11	43	28	10	9
Geschlecht						
männlich	520	12	43	23	13	10
weiblich	537	9	42	32	7	9
Alter						
18-24 Jahre	65	7	63	25	1	4
25-34 Jahre	134	8	43	33	15	1
35-44 Jahre	141	12	50	26	10	3
45-59 Jahre	279	12	40	38	7	2
60 Jahre und älter	437	10	39	20	12	19
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	12	32	27	11	17
10. Klasse	508	9	46	28	11	6
Abitur	108	11	46	30	9	4
(Fach-)Hochschule	138	12	50	25	6	7
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	11	43	32	9	5
in Ausbildung	48	15	66	19	0	0
arbeitslos	37	2	18	67	13	0
übriqe Nicht-Erwerbstät.	458	10	41	21	12	16
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	9	47	37	6	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	14	43	31	9	3
höh.-leit. Ang./Beamte	47	13	50	27	9	1
Landw./Selbst./Freib.	63	8	32	18	23	20
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	11	40	31	10	7
evangelisch	247	9	46	22	8	16
katholisch	95	11	50	19	14	5

Meinen Sie, dass es in Ihrer Umgebung sehr gute oder gute Berufsaussichten gibt, oder gibt es da eher schlechte oder sehr schlechte Berufsaussichten? Sind Berufsaussichten in Ihrer Umgebung...

Bildungsangebote in der Umgebung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr gut	eher gut	eher schlecht	sehr schlecht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	17	50	21	3	9
Geschlecht						
männlich	520	21	48	18	3	10
weiblich	537	13	51	24	4	8
Alter						
18-24 Jahre	65	30	39	26	0	5
25-34 Jahre	134	20	55	23	2	0
35-44 Jahre	141	13	56	25	3	3
45-59 Jahre	279	11	55	24	4	5
60 Jahre und älter	437	19	44	16	4	16
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	20	43	21	3	13
10. Klasse	508	14	53	22	4	8
Abitur	108	14	54	22	2	9
(Fach-)Hochschule	138	24	50	18	3	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	15	57	20	3	5
in Ausbildung	48	36	41	23	0	0
arbeitslos	37	15	10	66	0	9
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	18	46	18	4	13
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	11	58	22	2	7
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	13	60	23	3	1
höh.-leit. Ang./Beamte	47	20	57	20	2	2
Landw./Selbst./Freib.	63	28	37	11	6	18
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	19	50	21	3	7
evangelisch	247	10	49	23	4	14
katholisch	95	26	49	17	0	8

Und die Bildungsangebote? Sind die in Ihrer Umgebung...

Freizeit- und Kulturangebote in der Umgebung

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr gut	eher gut	eher schlecht	sehr schlecht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	20	42	34	4	1
Geschlecht						
männlich	520	18	37	41	3	0
weiblich	537	21	46	27	5	1
Alter						
18-24 Jahre	65	24	45	24	6	0
25-34 Jahre	134	17	54	24	6	0
35-44 Jahre	141	23	39	33	5	0
45-59 Jahre	279	14	36	47	3	0
60 Jahre und älter	437	23	42	30	3	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	21	31	43	5	0
10. Klasse	508	17	46	33	4	1
Abitur	108	21	44	28	4	2
(Fach-)Hochschule	138	25	48	22	4	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	17	43	36	4	0
in Ausbildung	48	33	46	18	3	0
arbeitslos	37	11	33	44	12	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	23	41	32	3	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	18	36	40	6	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	16	46	33	4	1
höh.-leit. Ang./Beamte	47	29	39	31	0	0
Landw./Selbst./Freib.	63	9	55	34	2	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	20	40	35	5	1
evangelisch	247	17	44	36	2	1
katholisch	95	27	46	21	5	0

Und die Freizeit- und Kulturangebote? Sind die in Ihrer Umgebung...

Umweltbedingungen in der Umgebung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr gut	eher gut	eher schlecht	sehr schlecht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	22	59	13	2	4
Geschlecht						
männlich	520	26	59	12	0	3
weiblich	537	17	59	14	3	6
Alter						
18-24 Jahre	65	31	59	10	0	0
25-34 Jahre	134	25	54	13	5	4
35-44 Jahre	141	30	47	20	0	3
45-59 Jahre	279	21	65	10	0	4
60 Jahre und älter	437	18	62	12	3	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	17	56	11	5	11
10. Klasse	508	22	61	15	0	2
Abitur	108	32	60	6	1	1
(Fach-)Hochschule	138	24	62	10	1	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	25	61	11	1	1
in Ausbildung	48	35	60	5	0	0
arbeitslos	37	18	37	14	0	30
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	17	59	15	2	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	25	57	14	3	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	20	65	13	0	1
höh.-leit. Ang./Beamte	47	40	53	6	0	1
Landw./Selbst./Freib.	63	30	66	2	0	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	21	61	12	2	4
evangelisch	247	21	61	14	0	5
katholisch	95	32	48	17	1	3

Und die Umweltbedingungen? Sind die in Ihrer Umgebung...

Lebensbedingungen in der Umgebung

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr gut	eher gut	eher schlecht	sehr schlecht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	27	63	8	1	1
Geschlecht						
männlich	520	30	59	8	1	2
weiblich	537	24	66	8	2	1
Alter						
18-24 Jahre	65	35	59	2	0	4
25-34 Jahre	134	25	64	8	0	3
35-44 Jahre	141	40	49	7	0	4
45-59 Jahre	279	19	73	6	1	0
60 Jahre und älter	437	26	61	10	2	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	32	61	5	2	0
10. Klasse	508	24	65	9	1	1
Abitur	108	30	57	9	0	4
(Fach-)Hochschule	138	21	65	10	1	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	25	66	6	0	2
in Ausbildung	48	41	56	1	0	2
arbeitslos	37	20	68	5	0	7
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	27	59	11	2	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	29	65	4	0	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	19	68	10	0	2
höh.-leit. Ang./Beamte	47	26	66	6	1	1
Landw./Selbst./Freib.	63	32	64	2	1	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	25	65	8	1	1
evangelisch	247	29	59	10	1	1
katholisch	95	37	58	1	1	4

Und die Lebensbedingungen? Sind die in Ihrer Umgebung....

Zufriedenheit mit Einkaufsmöglichkeiten in Wohngegend

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr zufrieden	ziemlich zufrieden	ziemlich unzufrieden	sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	43	35	13	9	0
Geschlecht						
männlich	520	40	38	13	9	0
weiblich	537	46	31	13	9	0
Alter						
18-24 Jahre	65	49	41	10	1	0
25-34 Jahre	134	42	42	14	1	0
35-44 Jahre	141	54	28	13	6	0
45-59 Jahre	279	43	32	17	8	0
60 Jahre und älter	437	40	35	10	15	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	46	31	7	16	0
10. Klasse	508	42	34	16	8	0
Abitur	108	42	37	15	6	1
(Fach-)Hochschule	138	43	42	11	4	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	42	36	15	7	0
in Ausbildung	48	61	25	13	1	0
arbeitslos	37	77	21	2	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	40	35	12	14	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	47	29	18	6	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	39	42	14	5	0
höh.-leit. Ang./Beamte	47	43	35	13	9	0
Landw./Selbst./Freib.	63	39	40	7	13	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	48	32	12	7	0
evangelisch	247	27	43	13	17	0
katholisch	95	46	31	18	5	0

Zufriedenheit mit den Einkaufsmöglichkeiten in ihrer Wohngegend: Sind Sie...

Zufriedenheit mit öffentlichem Nahverkehr in Wohngegend

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr zufrieden	ziemlich zufrieden	ziemlich unzufrieden	sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	27	35	21	11	5
Geschlecht						
männlich	520	24	35	22	12	7
weiblich	537	29	36	20	10	4
Alter						
18-24 Jahre	65	41	19	31	8	0
25-34 Jahre	134	21	46	21	6	6
35-44 Jahre	141	28	33	21	11	7
45-59 Jahre	279	18	35	30	11	6
60 Jahre und älter	437	32	36	14	13	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	31	30	23	13	3
10. Klasse	508	24	39	19	12	6
Abitur	108	27	32	26	7	9
(Fach-)Hochschule	138	28	37	22	8	5
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	20	37	26	10	7
in Ausbildung	48	44	19	28	8	1
arbeitslos	37	65	34	1	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	30	35	17	13	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	18	33	29	12	7
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	20	43	24	6	6
höh.-leit. Ang./Beamte	47	21	27	25	14	12
Landw./Selbst./Freib.	63	18	39	26	14	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	27	37	22	8	5
evangelisch	247	22	30	22	20	5
katholisch	95	39	34	12	9	7

Zufriedenheit mit dem öffentlichen Nahverkehr in ihrer Wohngegend: Sind Sie...

Zufriedenheit mit Versorgung mit Ärzten in Wohngegend

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr zufrieden	ziemlich zufrieden	ziemlich unzufrieden	sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	24	38	28	9	0
Geschlecht						
männlich	520	25	40	27	8	0
weiblich	537	23	36	29	11	0
Alter						
18-24 Jahre	65	29	53	13	0	4
25-34 Jahre	134	28	34	31	6	1
35-44 Jahre	141	24	42	20	13	0
45-59 Jahre	279	13	37	36	14	0
60 Jahre und älter	437	29	36	27	8	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	36	32	22	10	0
10. Klasse	508	20	40	31	10	0
Abitur	108	15	41	33	10	2
(Fach-)Hochschule	138	20	44	27	7	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	16	42	30	11	0
in Ausbildung	48	40	39	18	1	3
arbeitslos	37	44	25	14	17	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	29	34	28	8	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	13	47	30	10	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	17	41	30	12	0
höh.-leit. Ang./Beamte	47	17	39	23	18	3
Landw./Selbst./Freib.	63	30	31	35	4	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	21	42	26	10	0
evangelisch	247	25	28	36	10	1
katholisch	95	41	32	24	3	1

Zufriedenheit mit der Versorgung mit Ärzten in ihrer Wohngegend: Sind Sie...

Zufriedenheit mit Versorgung mit Pflegeeinrichtungen in Wohngegend

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr zufrieden	ziemlich zufrieden	ziemlich unzufrieden	sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	25	42	19	6	9
Geschlecht						
männlich	520	20	46	18	6	10
weiblich	537	30	37	19	5	8
Alter						
18-24 Jahre	65	31	38	8	0	24
25-34 Jahre	134	26	40	19	5	10
35-44 Jahre	141	31	36	18	9	5
45-59 Jahre	279	22	46	24	4	4
60 Jahre und älter	437	24	41	17	7	11
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	28	38	19	8	7
10. Klasse	508	25	43	20	5	7
Abitur	108	22	41	18	5	14
(Fach-)Hochschule	138	21	44	16	4	16
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	25	43	23	4	6
in Ausbildung	48	29	23	12	0	35
arbeitslos	37	37	45	3	10	5
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	24	42	16	8	10
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	26	43	23	3	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	19	49	21	5	6
höh.-leit. Ang./Beamte	47	36	30	15	8	12
Landw./Selbst./Freib.	63	32	32	31	1	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	26	39	19	6	9
evangelisch	247	22	47	19	4	8
katholisch	95	24	45	17	5	9

Zufriedenheit mit der Versorgung mit Pflegeeinrichtungen in ihrer Wohngegend: Sind Sie...

Zufriedenheit mit Erreichbarkeit von Behörden in Wohngegend

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr zufrieden	ziemlich zufrieden	ziemlich unzufrieden	sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	29	46	18	6	1
Geschlecht						
männlich	520	27	51	16	5	0
weiblich	537	31	42	19	7	1
Alter						
18-24 Jahre	65	29	41	21	8	0
25-34 Jahre	134	33	39	24	3	1
35-44 Jahre	141	31	38	21	8	2
45-59 Jahre	279	22	56	17	6	0
60 Jahre und älter	437	32	46	15	6	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	39	39	17	5	0
10. Klasse	508	26	49	18	7	0
Abitur	108	20	50	18	8	4
(Fach-)Hochschule	138	27	48	22	3	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	26	48	21	4	1
in Ausbildung	48	38	38	21	3	1
arbeitslos	37	40	37	2	21	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	31	46	16	7	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	23	45	27	5	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	28	50	18	3	1
höh.-leit. Ang./Beamte	47	18	50	21	10	2
Landw./Selbst./Freib.	63	31	53	10	6	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	30	45	20	5	1
evangelisch	247	25	51	16	8	0
katholisch	95	38	47	8	7	0

Zufriedenheit mit der Erreichbarkeit von Behörden und anderen öffentlichen Einrichtungen in ihrer Wohngegend: Sind Sie...

Zufriedenheit mit Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen in Wohngegend

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr zufrieden	ziemlich zufrieden	ziemlich unzufrieden	sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	34	40	12	3	10
Geschlecht						
männlich	520	37	38	10	3	11
weiblich	537	30	42	14	4	9
Alter						
18-24 Jahre	65	24	30	11	0	34
25-34 Jahre	134	27	33	22	8	11
35-44 Jahre	141	40	39	12	4	4
45-59 Jahre	279	34	45	14	3	4
60 Jahre und älter	437	35	42	9	3	12
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	44	32	8	4	12
10. Klasse	508	31	46	13	4	6
Abitur	108	21	34	20	4	21
(Fach-)Hochschule	138	29	45	11	2	12
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	34	41	15	3	7
in Ausbildung	48	24	27	7	0	42
arbeitslos	37	55	9	13	10	12
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	33	44	10	4	9
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	38	39	16	4	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	32	47	15	3	3
höh.-leit. Ang./Beamte	47	35	33	17	1	14
Landw./Selbst./Freib.	63	21	33	11	2	32
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	35	40	13	3	9
evangelisch	247	29	45	10	4	12
katholisch	95	40	28	14	4	14

Zufriedenheit mit den Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen in ihrer Wohngegend: Sind Sie...

Zufriedenheit mit Internetzugang in Wohngegend

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr zufrieden	ziemlich zufrieden	ziemlich unzufrieden	sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	28	37	14	9	11
Geschlecht						
männlich	520	28	38	16	11	7
weiblich	537	28	37	12	7	16
Alter						
18-24 Jahre	65	31	49	13	7	0
25-34 Jahre	134	28	32	22	18	0
35-44 Jahre	141	38	33	19	10	0
45-59 Jahre	279	27	46	15	6	5
60 Jahre und älter	437	25	33	8	9	24
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	30	20	10	13	28
10. Klasse	508	27	44	16	9	5
Abitur	108	26	49	14	9	1
(Fach-)Hochschule	138	31	44	14	5	6
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	28	41	19	11	2
in Ausbildung	48	42	39	14	4	1
arbeitslos	37	40	17	4	7	32
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	26	35	9	9	21
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	32	38	19	10	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	25	44	21	8	2
höh.-leit. Ang./Beamte	47	27	45	19	9	0
Landw./Selbst./Freib.	63	22	37	8	21	12
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	33	37	14	8	9
evangelisch	247	13	38	14	14	20
katholisch	95	34	38	12	7	8

Zufriedenheit mit dem Internetzugang in ihrer Wohngegend: Sind Sie...

Zufriedenheit mit öffentlicher Sicherheit in Wohngegend

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr zufrieden	ziemlich zufrieden	ziemlich unzufrieden	sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	33	52	12	2	1
Geschlecht						
männlich	520	34	50	12	3	0
weiblich	537	31	54	11	1	2
Alter						
18-24 Jahre	65	48	45	3	0	5
25-34 Jahre	134	26	60	6	8	0
35-44 Jahre	141	35	51	11	3	0
45-59 Jahre	279	26	57	15	1	0
60 Jahre und älter	437	36	48	13	1	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	43	37	15	4	0
10. Klasse	508	28	57	12	2	1
Abitur	108	29	61	5	1	4
(Fach-)Hochschule	138	31	58	9	1	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	30	55	11	4	0
in Ausbildung	48	57	43	0	0	0
arbeitslos	37	53	28	20	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	31	52	13	1	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	32	53	12	3	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	28	58	12	1	0
höh.-leit. Ang./Beamte	47	26	60	13	0	0
Landw./Selbst./Freib.	63	30	39	9	17	5
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	30	53	12	3	1
evangelisch	247	37	50	11	2	0
katholisch	95	42	48	9	0	1

Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit in ihrer Wohngegend: Sind Sie...

Bereitschaft, Behördenangelegenheiten per Internet zu erledigen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	ja	nein	nutze kein Internet	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	51	33	15	1
Geschlecht					
männlich	520	57	31	11	1
weiblich	537	46	35	19	1
Alter					
18-24 Jahre	65	89	7	2	2
25-34 Jahre	134	62	37	0	1
35-44 Jahre	141	60	37	0	3
45-59 Jahre	279	60	33	7	0
60 Jahre und älter	437	33	34	32	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	301	28	37	35	0
10. Klasse	508	54	36	8	1
Abitur	108	76	22	1	1
(Fach-)Hochschule	138	70	21	7	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	514	62	34	3	1
in Ausbildung	48	88	9	0	3
arbeitslos	37	37	31	32	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	36	34	29	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	206	56	41	0	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	62	34	3	1
höh.-leit. Ang./Beamte	47	74	26	0	0
Landw./Selbst./Freib.	63	82	5	13	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	712	55	32	11	1
evangelisch	247	42	30	26	2
katholisch	95	44	41	14	0

Wären Sie bereit, Behördenangelegenheiten auch per Internet zu erledigen?

Einschätzung der Zukunft der Region

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr gut	eher gut	eher schlecht	sehr schlecht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	9	67	21	2	2
Geschlecht						
männlich	520	11	66	21	2	1
weiblich	537	8	67	21	2	2
Alter						
18-24 Jahre	65	20	61	17	0	1
25-34 Jahre	134	8	78	13	0	1
35-44 Jahre	141	12	69	17	0	2
45-59 Jahre	279	6	63	27	3	1
60 Jahre und älter	437	9	65	21	3	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	9	70	17	4	1
10. Klasse	508	8	66	23	1	1
Abitur	108	9	66	22	0	3
(Fach-)Hochschule	138	16	62	19	1	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	7	70	20	1	1
in Ausbildung	48	27	60	13	0	0
arbeitslos	37	4	64	20	11	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	10	63	22	2	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	6	69	22	1	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	6	71	21	1	1
höh.-leit. Ang./Beamte	47	17	61	23	0	0
Landw./Selbst./Freib.	63	6	77	14	4	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	8	66	22	2	2
evangelisch	247	7	69	21	2	1
katholisch	95	23	65	10	0	2

Wenn Sie allgemein an die Zukunft Ihrer Region denken: Würden Sie sagen, dass diese Zukunft sehr schlecht, eher schlecht, eher gut oder sehr gut aussieht?

Rettung der Umwelt nur durch weniger Konsum möglich

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	43	32	16	7	2
Geschlecht						
männlich	520	38	32	20	7	3
weiblich	537	47	32	11	8	2
Alter						
18-24 Jahre	65	43	40	12	0	4
25-34 Jahre	134	30	29	32	8	0
35-44 Jahre	141	36	42	11	5	6
45-59 Jahre	279	48	27	14	8	2
60 Jahre und älter	437	45	32	14	8	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	48	23	18	9	3
10. Klasse	508	41	34	15	7	2
Abitur	108	34	45	14	5	2
(Fach-)Hochschule	138	43	33	15	6	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	36	32	20	9	3
in Ausbildung	48	56	34	9	1	0
arbeitslos	37	75	17	1	0	7
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	46	33	13	6	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	34	29	25	9	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	33	41	13	11	1
höh.-leit. Ang./Beamte	47	43	25	20	4	7
Landw./Selbst./Freib.	63	49	22	25	4	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	41	31	18	7	2
evangelisch	247	44	35	14	5	2
katholisch	95	50	28	7	10	5

Die Umwelt kann nur gerettet werden, wenn wir alle weniger konsumieren.

Wirtschaftswachstum sollte Vorrang haben, auch wenn Umwelt Schaden nimmt

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	2	7	30	57	4
Geschlecht						
männlich	520	2	7	33	57	2
weiblich	537	1	8	27	57	6
Alter						
18-24 Jahre	65	0	6	39	53	1
25-34 Jahre	134	0	10	34	55	0
35-44 Jahre	141	4	4	41	47	3
45-59 Jahre	279	2	5	35	57	1
60 Jahre und älter	437	1	9	21	61	8
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	0	12	24	55	10
10. Klasse	508	3	5	31	60	2
Abitur	108	2	10	38	50	1
(Fach-)Hochschule	138	1	6	35	56	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	2	6	38	53	1
in Ausbildung	48	0	9	26	65	0
arbeitslos	37	0	2	26	73	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	1	9	23	59	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	2	6	35	55	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	2	6	43	47	1
höh.-leit. Ang./Beamte	47	0	13	36	52	0
Landw./Selbst./Freib.	63	2	2	19	76	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	1	7	33	56	2
evangelisch	247	1	10	23	58	8
katholisch	95	5	5	27	59	4

Dem Wirtschaftswachstum sollte Vorrang gegeben werden, auch wenn die Umwelt dabei Schaden nimmt.

Umwelt schonen durch Verzicht auf eigenes Auto

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	25	34	24	16	1
Geschlecht						
männlich	520	23	30	25	20	2
weiblich	537	26	38	22	13	1
Alter						
18-24 Jahre	65	37	36	26	1	0
25-34 Jahre	134	28	28	28	15	1
35-44 Jahre	141	24	39	20	16	1
45-59 Jahre	279	26	31	26	15	2
60 Jahre und älter	437	21	36	22	20	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	30	31	21	19	0
10. Klasse	508	19	34	27	18	2
Abitur	108	36	36	19	8	1
(Fach-)Hochschule	138	26	40	21	12	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	21	34	25	18	1
in Ausbildung	48	50	28	20	3	0
arbeitslos	37	82	18	0	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	21	36	24	17	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	16	37	25	22	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	26	36	23	14	1
höh.-leit. Ang./Beamte	47	22	32	23	23	0
Landw./Selbst./Freib.	63	26	20	39	11	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	26	36	22	15	2
evangelisch	247	18	28	35	19	1
katholisch	95	35	32	11	22	1

Um die Umwelt zu schonen, sollten wir auf das eigene Auto verzichten und stärker die öffentlichen Verkehrsmittel oder Carsharing nutzen.

Errichtung von Windrädern in näherer Umgebung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	22	27	22	26	4
Geschlecht						
männlich	520	23	26	20	29	2
weiblich	537	20	28	24	23	5
Alter						
18-24 Jahre	65	40	32	12	15	1
25-34 Jahre	134	22	28	20	24	6
35-44 Jahre	141	25	22	29	23	1
45-59 Jahre	279	18	28	24	28	2
60 Jahre und älter	437	20	27	20	28	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	26	27	16	25	6
10. Klasse	508	18	24	26	29	3
Abitur	108	28	35	17	18	2
(Fach-)Hochschule	138	21	31	22	25	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	20	24	25	27	3
in Ausbildung	48	48	22	14	14	2
arbeitslos	37	29	54	5	13	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	20	28	20	27	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	20	27	22	28	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	20	24	30	24	2
höh.-leit. Ang./Beamte	47	28	26	24	21	1
Landw./Selbst./Freib.	63	14	12	18	53	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	21	29	22	25	3
evangelisch	247	19	22	24	30	4
katholisch	95	38	26	15	19	3

Würden Sie zustimmen, dass im Zuge einer klimafreundlichen Energiepolitik in Ihrer näheren Umgebung Windräder errichtet werden?

Errichtung einer großflächigen Solaranlage in näherer Umgebung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	31	37	12	15	5
Geschlecht						
männlich	520	35	34	11	18	3
weiblich	537	27	41	13	13	7
Alter						
18-24 Jahre	65	43	38	10	8	1
25-34 Jahre	134	31	45	12	10	1
35-44 Jahre	141	44	32	10	11	4
45-59 Jahre	279	26	36	16	19	2
60 Jahre und älter	437	28	37	10	17	8
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	28	33	14	15	10
10. Klasse	508	30	38	11	18	3
Abitur	108	36	44	11	7	1
(Fach-)Hochschule	138	34	40	11	13	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	31	36	14	16	2
in Ausbildung	48	54	30	7	8	1
arbeitslos	37	30	52	5	13	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	27	38	11	15	8
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	31	35	13	18	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	35	33	16	15	1
höh.-leit. Ang./Beamte	47	36	37	15	7	4
Landw./Selbst./Freib.	63	16	45	14	24	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	30	41	12	14	3
evangelisch	247	29	28	16	19	8
katholisch	95	40	35	2	15	8

Würden Sie zustimmen, dass im Zuge einer klimafreundlichen Energiepolitik in Ihrer näheren Umgebung eine großflächige Solaranlage errichtet wird?

Bau einer Hochspannungsleitung in näherer Umgebung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	12	19	30	34	5
Geschlecht						
männlich	520	17	23	28	29	4
weiblich	537	6	15	32	39	7
Alter						
18-24 Jahre	65	19	28	29	22	2
25-34 Jahre	134	19	23	27	25	7
35-44 Jahre	141	5	19	28	41	8
45-59 Jahre	279	10	13	34	39	3
60 Jahre und älter	437	12	20	29	33	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	14	16	36	29	5
10. Klasse	508	8	16	29	41	6
Abitur	108	18	30	21	26	5
(Fach-)Hochschule	138	15	25	27	28	5
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	11	17	28	38	5
in Ausbildung	48	18	27	30	22	2
arbeitslos	37	19	13	48	16	5
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	11	20	30	33	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	7	15	30	40	10
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	9	16	31	42	2
höh.-leit. Ang./Beamte	47	18	22	22	36	2
Landw./Selbst./Freib.	63	23	33	16	23	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	11	17	31	35	6
evangelisch	247	11	22	28	33	6
katholisch	95	17	24	22	34	3

Würden Sie zustimmen, dass im Zuge einer klimafreundlichen Energiepolitik in Ihrer näheren Umgebung eine Hochspannungsleitung gebaut wird?

Anwerbung von Arbeitskräften im Ausland

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	bin dafür anzuwerben	bin dagegen anzuwerben	kommt auf den Berufszweig an	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	52	38	8	2
Geschlecht					
männlich	520	54	36	8	3
weiblich	537	51	40	8	2
Alter					
18-24 Jahre	65	65	20	13	2
25-34 Jahre	134	40	46	8	6
35-44 Jahre	141	60	34	3	2
45-59 Jahre	279	42	48	7	2
60 Jahre und älter	437	58	33	8	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	301	43	48	9	1
10. Klasse	508	53	38	7	3
Abitur	108	62	26	9	3
(Fach-)Hochschule	138	64	27	7	2
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	514	51	40	6	3
in Ausbildung	48	72	18	7	3
arbeitslos	37	23	69	8	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	54	35	10	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	206	49	40	7	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	48	42	5	4
höh.-leit. Ang./Beamte	47	66	27	5	2
Landw./Selbst./Freib.	63	47	40	12	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	712	50	42	6	2
evangelisch	247	58	29	11	2
katholisch	95	59	32	9	0

Sind Sie generell dafür oder dagegen, gezielt Arbeitskräfte im Ausland anzuwerben (z.B. Pflegepersonal)?

Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft in Thüringen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr gut	eher gut	eher schlecht	sehr schlecht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	2	42	39	4	13
Geschlecht						
männlich	520	3	41	39	3	13
weiblich	537	1	43	40	4	12
Alter						
18-24 Jahre	65	7	51	39	2	1
25-34 Jahre	134	0	46	49	2	2
35-44 Jahre	141	3	36	47	4	10
45-59 Jahre	279	2	34	46	3	15
60 Jahre und älter	437	1	47	30	5	17
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	0	39	40	6	15
10. Klasse	508	3	40	40	3	13
Abitur	108	5	48	38	2	8
(Fach-)Hochschule	138	3	52	36	1	8
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	3	40	43	2	12
in Ausbildung	48	4	55	38	3	0
arbeitslos	37	0	15	80	2	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	1	46	32	6	15
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	2	42	41	1	15
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	4	38	45	4	9
höh.-leit. Ang./Beamte	47	2	45	38	2	13
Landw./Selbst./Freib.	63	1	33	54	3	9
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	3	40	41	4	12
evangelisch	247	0	45	37	3	14
katholisch	95	3	52	30	0	15

Wie schätzen Sie das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religionen und Kulturen in Thüringen ein? Ist es...

Persönlicher Kontakt zu Geflüchteten oder Asylsuchenden

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	ja, häufig	ja, gelegentlich	nein	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	16	19	65	0
Geschlecht					
männlich	520	13	19	68	1
weiblich	537	18	19	63	0
Alter					
18-24 Jahre	65	13	29	54	4
25-34 Jahre	134	21	17	62	0
35-44 Jahre	141	21	25	54	0
45-59 Jahre	279	20	24	56	0
60 Jahre und älter	437	10	13	77	0
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	301	18	6	76	0
10. Klasse	508	13	22	64	0
Abitur	108	18	27	52	3
(Fach-)Hochschule	138	16	29	55	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	514	18	22	59	0
in Ausbildung	48	17	36	46	1
arbeitslos	37	39	13	41	7
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	11	14	76	0
Berufsgruppe					
Arbeiter	206	19	17	64	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	19	22	59	0
höh.-leit. Ang./Beamte	47	19	42	39	0
Landw./Selbst./Freib.	63	15	20	65	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	712	19	18	63	0
evangelisch	247	11	19	70	0
katholisch	95	6	27	64	3

Haben Sie persönlichen Kontakt zu Geflüchteten oder Asylsuchenden?

Tabelle A78

Empfindungen bei Kontakt mit Flüchtlingen oder Asylsuchenden

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	überwiegend positiv	gleicht sich aus /neutral	überwiegend negativ	keine Begegnung	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	22	8	4	65	0
Geschlecht						
männlich	520	19	7	5	68	0
weiblich	537	25	9	3	63	0
Alter						
18-24 Jahre	65	36	4	2	58	0
25-34 Jahre	134	22	12	4	62	0
35-44 Jahre	141	27	12	7	54	0
45-59 Jahre	279	25	11	7	56	0
60 Jahre und älter	437	17	5	1	77	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	14	6	4	76	0
10. Klasse	508	21	10	5	64	0
Abitur	108	33	10	2	55	1
(Fach-)Hochschule	138	33	9	3	55	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	23	12	6	59	0
in Ausbildung	48	46	4	3	47	0
arbeitslos	37	46	2	5	48	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	17	6	2	76	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	17	15	4	64	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	23	10	8	59	0
höh.-leit. Ang./Beamte	47	42	10	9	39	0
Landw./Selbst./Freib.	63	25	8	2	65	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	22	9	5	63	0
evangelisch	247	20	7	2	70	0
katholisch	95	24	8	1	67	0

Und welche Empfindungen haben Sie, wenn Sie Flüchtlingen oder Asylsuchenden begegnen? Sind diese Empfindungen überwiegend positiv oder überwiegend negativ?

Gestört durch Bau von Moscheen in Nachbarschaft

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	nicht gestört	eher nicht gestört	eher gestört	sehr gestört	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	19	17	21	39	4
Geschlecht						
männlich	520	16	16	20	45	3
weiblich	537	22	19	21	33	5
Alter						
18-24 Jahre	65	38	36	10	15	1
25-34 Jahre	134	21	22	11	39	7
35-44 Jahre	141	16	16	20	44	5
45-59 Jahre	279	15	18	22	43	3
60 Jahre und älter	437	19	14	25	39	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	12	14	20	50	4
10. Klasse	508	19	15	22	41	4
Abitur	108	31	29	21	17	3
(Fach-)Hochschule	138	28	24	18	27	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	18	15	19	42	5
in Ausbildung	48	43	33	11	13	0
arbeitslos	37	10	49	11	31	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	18	16	24	38	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	14	11	15	53	7
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	23	17	23	32	4
höh.-leit. Ang./Beamte	47	23	21	28	26	3
Landw./Selbst./Freib.	63	12	16	10	57	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	20	17	21	38	4
evangelisch	247	15	19	23	39	3
katholisch	95	21	15	12	47	6

Fühlen Sie sich durch Folgendes gestört? Der Bau von Moscheen in Ihrer Nachbarschaft

Gestört, wenn muslimische Frauen in der Öffentlichkeit Kopftücher tragen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	nicht gestört	eher nicht gestört	eher gestört	sehr gestört	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	45	20	20	14	1
Geschlecht						
männlich	520	41	20	21	17	1
weiblich	537	50	20	18	12	0
Alter						
18-24 Jahre	65	63	17	16	0	4
25-34 Jahre	134	32	26	21	21	0
35-44 Jahre	141	40	23	17	19	1
45-59 Jahre	279	46	19	23	12	0
60 Jahre und älter	437	48	19	19	14	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	43	17	20	19	1
10. Klasse	508	44	21	20	15	0
Abitur	108	57	16	19	6	2
(Fach-)Hochschule	138	47	25	17	10	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	42	22	19	17	0
in Ausbildung	48	64	20	15	0	0
arbeitslos	37	45	18	28	2	7
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	48	18	20	14	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	34	24	18	25	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	50	19	17	14	0
höh.-leit. Ang./Beamte	47	40	26	24	8	3
Landw./Selbst./Freib.	63	44	15	32	10	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	44	21	20	16	0
evangelisch	247	48	20	20	12	0
katholisch	95	53	14	18	9	7

Fühlen Sie sich durch Folgendes gestört? Wenn muslimische Frauen in der Öffentlichkeit Kopftücher tragen.

Politische Partizipation: An einen Politiker wenden

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	19	46	34	1
Geschlecht					
männlich	520	21	46	31	1
weiblich	537	17	46	37	1
Alter					
18-24 Jahre	65	22	51	27	0
25-34 Jahre	134	25	36	39	0
35-44 Jahre	141	14	52	34	1
45-59 Jahre	279	18	56	25	1
60 Jahre und älter	437	19	40	39	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	301	18	37	46	0
10. Klasse	508	16	51	32	1
Abitur	108	24	45	32	0
(Fach-)Hochschule	138	29	51	18	2
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	514	20	47	32	1
in Ausbildung	48	21	58	21	0
arbeitslos	37	12	73	15	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	18	42	40	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	206	15	50	33	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	19	41	38	2
höh.-leit. Ang./Beamte	47	39	43	18	0
Landw./Selbst./Freib.	63	28	55	17	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	712	21	45	33	1
evangelisch	247	13	49	36	1
katholisch	95	18	48	34	0

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Wie ist das mit - ... An einen Politiker wenden?

Politische Partizipation: Teilnahme an Unterschriftensammlung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	43	49	8	0
Geschlecht					
männlich	520	42	50	7	0
weiblich	537	44	47	8	0
Alter					
18-24 Jahre	65	67	32	2	0
25-34 Jahre	134	40	46	14	0
35-44 Jahre	141	40	52	8	0
45-59 Jahre	279	49	46	5	0
60 Jahre und älter	437	38	53	9	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	301	27	59	14	0
10. Klasse	508	47	47	5	0
Abitur	108	52	42	7	0
(Fach-)Hochschule	138	59	36	4	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	514	48	43	8	0
in Ausbildung	48	71	26	2	0
arbeitslos	37	21	74	5	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	36	55	8	0
Berufsgruppe					
Arbeiter	206	46	43	11	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	48	49	4	0
höh.-leit. Ang./Beamte	47	66	32	1	1
Landw./Selbst./Freib.	63	41	40	18	1
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	712	45	46	9	0
evangelisch	247	38	56	6	0
katholisch	95	48	48	4	0

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Wie ist das mit - ... An einer Unterschriftensammlung teilnehmen?

Politische Partizipation: Mitarbeit in politischer Partei

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	6	15	79	0
Geschlecht					
männlich	520	7	18	75	0
weiblich	537	5	12	82	0
Alter					
18-24 Jahre	65	9	31	60	0
25-34 Jahre	134	4	19	77	0
35-44 Jahre	141	7	18	74	0
45-59 Jahre	279	4	16	79	0
60 Jahre und älter	437	7	10	83	0
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	301	2	11	88	0
10. Klasse	508	7	14	79	0
Abitur	108	7	30	63	1
(Fach-)Hochschule	138	13	17	69	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	514	5	18	77	0
in Ausbildung	48	15	21	64	0
arbeitslos	37	0	31	69	0
übrige Nicht-Erwerbstat.	458	7	10	82	0
Berufsgruppe					
Arbeiter	206	4	10	85	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	5	19	76	0
höh.-leit. Ang./Beamte	47	7	22	71	0
Landw./Selbst./Freib.	63	4	31	64	2
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	712	6	16	77	0
evangelisch	247	7	10	83	0
katholisch	95	4	19	77	0

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Wie ist das mit - ... In einer politischen Partei mitarbeiten?

Politische Partizipation: Mitarbeit in Bürgerinitiative

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	12	56	31	2
Geschlecht					
männlich	520	12	60	27	1
weiblich	537	11	53	34	2
Alter					
18-24 Jahre	65	13	64	20	3
25-34 Jahre	134	3	74	22	0
35-44 Jahre	141	10	58	31	1
45-59 Jahre	279	13	57	29	1
60 Jahre und älter	437	14	48	35	2
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	301	11	40	47	2
10. Klasse	508	11	60	27	2
Abitur	108	11	73	13	3
(Fach-)Hochschule	138	14	64	21	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	514	10	60	28	1
in Ausbildung	48	8	63	26	3
arbeitslos	37	11	42	47	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	13	52	32	2
Berufsgruppe					
Arbeiter	206	11	59	29	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	9	61	28	1
höh.-leit. Ang./Beamte	47	11	60	28	0
Landw./Selbst./Freib.	63	11	67	21	1
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	712	12	54	33	1
evangelisch	247	10	59	29	2
katholisch	95	12	62	18	8

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Wie ist das mit - ... In einer Bürgerinitiative mitarbeiten?

Politische Partizipation: Teilnahme an genehmigter Demonstration

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	23	45	30	1
Geschlecht					
männlich	520	22	47	30	1
weiblich	537	24	44	31	1
Alter					
18-24 Jahre	65	39	39	22	0
25-34 Jahre	134	21	38	40	0
35-44 Jahre	141	23	46	28	3
45-59 Jahre	279	23	50	27	0
60 Jahre und älter	437	21	46	31	2
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	301	14	45	39	2
10. Klasse	508	22	48	30	1
Abitur	108	33	42	25	0
(Fach-)Hochschule	138	38	42	19	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	514	24	46	30	1
in Ausbildung	48	52	30	18	0
arbeitslos	37	7	75	19	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	21	44	34	2
Berufsgruppe					
Arbeiter	206	21	44	34	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	21	46	33	0
höh.-leit. Ang./Beamte	47	42	41	17	0
Landw./Selbst./Freib.	63	27	56	16	1
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	712	26	43	30	0
evangelisch	247	16	50	33	1
katholisch	95	17	51	26	6

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Wie ist das mit - ... An einer genehmigten Demonstration teilnehmen?

Politische Partizipation: Teilnahme an nicht genehmigter Demonstration

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	6	16	78	1
Geschlecht					
männlich	520	8	19	72	1
weiblich	537	3	12	84	1
Alter					
18-24 Jahre	65	3	30	64	2
25-34 Jahre	134	5	17	78	0
35-44 Jahre	141	7	18	71	3
45-59 Jahre	279	7	19	73	1
60 Jahre und älter	437	4	10	85	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	301	3	17	80	0
10. Klasse	508	6	15	77	2
Abitur	108	6	12	80	2
(Fach-)Hochschule	138	9	17	73	2
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	514	7	20	72	1
in Ausbildung	48	5	33	60	3
arbeitslos	37	0	20	80	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	5	9	85	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	206	5	22	72	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	7	11	82	1
höh.-leit. Ang./Beamte	47	8	19	73	0
Landw./Selbst./Freib.	63	10	44	42	5
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	712	5	16	78	1
evangelisch	247	7	15	76	1
katholisch	95	2	14	82	2

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Wie ist das mit - ... An einer nicht genehmigten Demonstration teilnehmen?

Politische Partizipation: Für Ziele auch mit Gewalt kämpfen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	1	7	92	1
Geschlecht					
männlich	520	1	10	87	1
weiblich	537	0	4	96	0
Alter					
18-24 Jahre	65	0	7	91	2
25-34 Jahre	134	3	15	82	0
35-44 Jahre	141	1	15	84	0
45-59 Jahre	279	0	5	94	1
60 Jahre und älter	437	1	3	96	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	301	0	8	91	0
10. Klasse	508	1	7	91	1
Abitur	108	0	8	92	0
(Fach-)Hochschule	138	1	3	95	2
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	514	1	10	89	1
in Ausbildung	48	0	4	96	0
arbeitslos	37	0	10	90	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	1	4	94	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	206	2	10	87	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	0	5	95	0
höh.-leit. Ang./Beamte	47	1	9	89	1
Landw./Selbst./Freib.	63	0	30	70	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	712	1	8	90	0
evangelisch	247	0	4	96	1
katholisch	95	1	7	90	2

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Wie ist das mit - ... Für meine Ziele kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist?

Politische Partizipation: Ehrenamtliches Engagement

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	43	49	8	0
Geschlecht					
männlich	520	46	47	7	0
weiblich	537	40	51	9	0
Alter					
18-24 Jahre	65	54	43	2	0
25-34 Jahre	134	34	63	3	0
35-44 Jahre	141	37	54	8	0
45-59 Jahre	279	42	52	5	0
60 Jahre und älter	437	46	43	12	0
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	301	44	45	11	0
10. Klasse	508	39	54	7	0
Abitur	108	46	47	6	0
(Fach-)Hochschule	138	49	45	5	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	514	37	56	7	0
in Ausbildung	48	54	41	4	0
arbeitslos	37	62	38	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	46	44	10	0
Berufsgruppe					
Arbeiter	206	36	56	8	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	38	56	7	0
höh.-leit. Ang./Beamte	47	47	45	7	0
Landw./Selbst./Freib.	63	34	63	4	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	712	41	50	8	0
evangelisch	247	40	52	8	0
katholisch	95	58	38	4	0

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Wie ist das mit - ... Sich ehrenamtlich engagieren? (z.B. in einem Verein oder in der Nachbarschaftshilfe)

Bei Israels Politik ist es verständlich, dass man etwas gegen Juden hat

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	10	16	18	34	22
Geschlecht						
männlich	520	16	18	16	34	17
weiblich	537	5	13	20	34	27
Alter						
18-24 Jahre	65	0	20	14	53	14
25-34 Jahre	134	4	15	17	36	27
35-44 Jahre	141	11	12	16	39	22
45-59 Jahre	279	10	18	20	31	21
60 Jahre und älter	437	14	15	17	32	22
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	18	12	13	24	33
10. Klasse	508	9	17	19	35	20
Abitur	108	3	14	21	45	17
(Fach-)Hochschule	138	7	18	20	44	11
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	11	17	16	35	21
in Ausbildung	48	1	21	13	54	10
arbeitslos	37	2	9	9	24	56
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	11	14	21	32	22
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	10	23	11	32	24
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	11	14	20	33	22
höh.-leit. Ang./Beamte	47	9	13	27	35	16
Landw./Selbst./Freib.	63	22	11	10	50	7
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	9	17	18	34	21
evangelisch	247	14	12	20	30	24
katholisch	95	8	11	12	46	21

Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.

Langzeitarbeitslose machen sich auf Kosten anderer ein schönes Leben

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	21	30	25	18	7
Geschlecht						
männlich	520	24	27	23	21	5
weiblich	537	18	32	26	15	9
Alter						
18-24 Jahre	65	1	40	45	11	3
25-34 Jahre	134	26	25	25	18	7
35-44 Jahre	141	30	27	20	11	12
45-59 Jahre	279	23	36	21	14	6
60 Jahre und älter	437	18	27	25	23	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	24	28	20	18	10
10. Klasse	508	24	32	23	15	7
Abitur	108	12	39	31	15	3
(Fach-)Hochschule	138	11	18	37	30	5
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	26	31	21	13	8
in Ausbildung	48	1	23	53	20	3
arbeitslos	37	14	26	13	43	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	18	29	27	21	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	31	36	15	7	11
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	25	35	23	9	7
höh.-leit. Ang./Beamte	47	22	20	40	16	2
Landw./Selbst./Freib.	63	13	22	14	46	5
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	21	32	23	18	6
evangelisch	247	16	26	28	19	11
katholisch	95	33	26	25	14	2

Die meisten Langzeitarbeitslosen machen sich auf Kosten der Anderen ein schönes Leben.

In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	38	29	15	14	4
Geschlecht						
männlich	520	38	28	14	17	3
weiblich	537	37	31	16	11	5
Alter						
18-24 Jahre	65	25	23	31	1	19
25-34 Jahre	134	20	47	21	10	3
35-44 Jahre	141	45	27	13	14	2
45-59 Jahre	279	36	34	17	10	3
60 Jahre und älter	437	44	22	11	19	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	54	26	11	7	2
10. Klasse	508	37	32	14	13	4
Abitur	108	22	32	24	14	8
(Fach-)Hochschule	138	20	23	23	31	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	34	34	17	13	3
in Ausbildung	48	22	21	36	6	16
arbeitslos	37	71	6	12	2	9
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	42	27	12	16	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	37	34	14	12	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	32	35	19	12	2
höh.-leit. Ang./Beamte	47	26	27	28	18	1
Landw./Selbst./Freib.	63	40	36	5	17	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	36	32	14	13	4
evangelisch	247	38	28	17	15	2
katholisch	95	52	12	18	13	5

In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand.

Gehorsam und Disziplin, um aus Kindern anständige Bürger zu machen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	25	31	21	21	1
Geschlecht						
männlich	520	28	36	19	17	1
weiblich	537	22	27	24	25	2
Alter						
18-24 Jahre	65	15	26	34	22	2
25-34 Jahre	134	10	46	19	23	2
35-44 Jahre	141	21	26	24	29	0
45-59 Jahre	279	22	31	22	22	3
60 Jahre und älter	437	34	30	19	17	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	36	32	18	13	1
10. Klasse	508	24	33	19	23	1
Abitur	108	14	26	34	24	2
(Fach-)Hochschule	138	13	28	27	28	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	17	34	22	25	2
in Ausbildung	48	11	19	30	36	5
arbeitslos	37	59	13	20	8	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	32	31	19	17	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	20	37	17	26	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	16	32	26	25	2
höh.-leit. Ang./Beamte	47	11	23	40	25	1
Landw./Selbst./Freib.	63	24	42	12	19	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	22	30	22	25	1
evangelisch	247	29	33	22	14	2
katholisch	95	35	34	17	10	3

Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen.

Die meisten Muslime in Deutschland akzeptieren unsere Werte

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	11	26	23	20	20
Geschlecht						
männlich	520	11	26	23	21	19
weiblich	537	10	26	23	18	22
Alter						
18-24 Jahre	65	28	53	8	4	7
25-34 Jahre	134	9	48	16	17	10
35-44 Jahre	141	14	21	20	22	23
45-59 Jahre	279	6	22	34	20	18
60 Jahre und älter	437	11	20	21	22	26
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	8	23	21	28	20
10. Klasse	508	11	23	27	18	21
Abitur	108	15	41	15	13	17
(Fach-)Hochschule	138	13	33	21	12	20
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	9	28	23	23	18
in Ausbildung	48	25	57	9	4	6
arbeitslos	37	3	30	37	15	15
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	12	21	24	18	26
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	9	18	30	21	21
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	9	32	19	23	18
höh.-leit. Ang./Beamte	47	7	43	14	20	15
Landw./Selbst./Freib.	63	12	34	20	27	9
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	10	26	24	20	19
evangelisch	247	13	30	23	13	21
katholisch	95	11	18	12	31	27

Die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind.

Muslime in Deutschland stellen zu viele Forderungen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	24	24	17	13	23
Geschlecht						
männlich	520	25	22	17	14	21
weiblich	537	22	26	17	12	24
Alter						
18-24 Jahre	65	9	13	29	35	15
25-34 Jahre	134	17	30	19	25	8
35-44 Jahre	141	19	38	16	10	18
45-59 Jahre	279	22	30	21	7	21
60 Jahre und älter	437	30	15	13	11	31
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	38	17	16	9	21
10. Klasse	508	20	30	14	11	25
Abitur	108	9	23	27	22	19
(Fach-)Hochschule	138	15	16	24	24	21
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	21	29	18	12	20
in Ausbildung	48	9	12	28	43	8
arbeitslos	37	5	28	39	14	12
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	30	19	13	11	28
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	25	32	16	8	18
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	21	30	19	10	19
höh.-leit. Ang./Beamte	47	17	20	25	18	20
Landw./Selbst./Freib.	63	10	25	12	24	29
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	25	24	19	13	19
evangelisch	247	20	24	14	10	32
katholisch	95	26	20	13	20	21

Muslime in Deutschland stellen zu viele Forderungen.

Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	11	15	26	40	7
Geschlecht						
männlich	520	13	14	25	43	4
weiblich	537	9	16	27	37	10
Alter						
18-24 Jahre	65	0	2	9	88	1
25-34 Jahre	134	6	17	24	45	8
35-44 Jahre	141	8	18	24	47	4
45-59 Jahre	279	13	18	32	31	6
60 Jahre und älter	437	14	14	27	35	9
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	19	19	28	23	10
10. Klasse	508	10	17	28	38	6
Abitur	108	1	8	15	71	4
(Fach-)Hochschule	138	4	9	24	59	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	11	16	26	40	7
in Ausbildung	48	0	1	8	89	2
arbeitslos	37	0	22	52	26	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	13	16	27	36	8
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	8	19	28	37	8
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	15	11	26	41	6
höh.-leit. Ang./Beamte	47	6	10	25	59	0
Landw./Selbst./Freib.	63	16	21	13	43	8
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	10	17	27	39	7
evangelisch	247	11	11	31	39	8
katholisch	95	18	14	6	57	5

Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.

Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte Staat großzügig sein

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	3	11	28	54	4
Geschlecht						
männlich	520	4	12	26	56	3
weiblich	537	3	10	31	52	5
Alter						
18-24 Jahre	65	9	31	29	30	1
25-34 Jahre	134	2	10	39	42	8
35-44 Jahre	141	3	6	27	62	2
45-59 Jahre	279	1	7	30	59	3
60 Jahre und älter	437	4	12	24	55	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	5	10	20	60	5
10. Klasse	508	2	7	30	59	2
Abitur	108	7	21	36	32	5
(Fach-)Hochschule	138	3	19	32	40	6
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	3	8	29	56	3
in Ausbildung	48	6	32	23	33	5
arbeitslos	37	0	6	15	68	11
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	4	12	28	52	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	1	6	29	58	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	4	10	33	51	1
höh.-leit. Ang./Beamte	47	3	12	28	52	5
Landw./Selbst./Freib.	63	1	6	27	65	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	2	9	28	55	5
evangelisch	247	8	16	29	45	2
katholisch	95	1	10	22	65	3

Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat großzügig sein.

Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	4	12	12	64	8
Geschlecht						
männlich	520	5	13	12	64	7
weiblich	537	4	10	12	65	9
Alter						
18-24 Jahre	65	2	14	13	66	6
25-34 Jahre	134	5	24	13	46	12
35-44 Jahre	141	9	14	7	65	5
45-59 Jahre	279	5	11	17	63	4
60 Jahre und älter	437	3	7	9	70	11
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	7	18	13	48	14
10. Klasse	508	4	11	11	67	6
Abitur	108	1	11	15	68	5
(Fach-)Hochschule	138	2	2	7	85	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	5	15	13	61	7
in Ausbildung	48	2	14	6	78	0
arbeitslos	37	5	20	36	37	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	4	7	9	69	11
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	3	9	18	57	12
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	6	18	10	61	5
höh.-leit. Ang./Beamte	47	5	6	6	80	2
Landw./Selbst./Freib.	63	8	32	4	51	5
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	4	13	14	61	7
evangelisch	247	4	9	8	69	10
katholisch	95	6	9	5	74	7

Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.

An deutsche Leistungen reichen die Leistungen anderer Völker nicht heran

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	11	11	24	42	13
Geschlecht						
männlich	520	14	12	19	47	8
weiblich	537	8	10	28	37	17
Alter						
18-24 Jahre	65	0	12	19	60	9
25-34 Jahre	134	2	6	31	47	12
35-44 Jahre	141	9	7	22	53	10
45-59 Jahre	279	12	12	33	37	5
60 Jahre und älter	437	15	13	17	37	19
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	21	10	20	28	22
10. Klasse	508	10	14	26	40	10
Abitur	108	1	4	27	61	7
(Fach-)Hochschule	138	3	8	21	61	7
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	8	9	26	49	8
in Ausbildung	48	1	14	13	69	3
arbeitslos	37	11	7	45	19	18
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	15	13	20	33	19
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	8	13	26	45	8
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	11	9	26	46	9
höh.-leit. Ang./Beamte	47	1	7	30	53	9
Landw./Selbst./Freib.	63	2	3	28	59	8
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	10	12	25	42	12
evangelisch	247	10	11	24	42	13
katholisch	95	17	6	14	41	22

Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.

In der Gesellschaft sollte sich immer der Stärkere durchsetzen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	8	11	26	52	2
Geschlecht						
männlich	520	9	8	26	54	3
weiblich	537	8	13	26	51	2
Alter						
18-24 Jahre	65	0	3	39	56	2
25-34 Jahre	134	2	10	25	60	2
35-44 Jahre	141	6	6	24	60	5
45-59 Jahre	279	8	12	33	46	1
60 Jahre und älter	437	12	12	21	51	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	19	15	19	44	3
10. Klasse	508	6	10	28	54	2
Abitur	108	2	5	37	55	1
(Fach-)Hochschule	138	1	8	25	64	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	5	9	31	54	1
in Ausbildung	48	0	4	19	75	1
arbeitslos	37	11	36	18	25	10
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	13	11	22	51	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	3	7	32	57	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	9	8	31	50	2
höh.-leit. Ang./Beamte	47	0	11	38	50	2
Landw./Selbst./Freib.	63	3	13	27	57	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	9	11	28	51	1
evangelisch	247	7	12	25	52	4
katholisch	95	9	2	15	66	7

Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.

Die meisten Asylbewerber werden in ihrem Heimatland nicht verfolgt

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	18	24	19	11	27
Geschlecht						
männlich	520	19	24	19	10	27
weiblich	537	17	25	20	12	27
Alter						
18-24 Jahre	65	5	17	45	16	18
25-34 Jahre	134	17	19	22	11	31
35-44 Jahre	141	18	31	20	12	19
45-59 Jahre	279	22	29	20	9	21
60 Jahre und älter	437	18	22	14	11	34
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	24	21	13	9	33
10. Klasse	508	18	29	17	8	27
Abitur	108	9	20	36	20	15
(Fach-)Hochschule	138	11	17	28	20	23
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	19	25	23	10	23
in Ausbildung	48	0	20	40	23	18
arbeitslos	37	42	23	17	0	19
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	17	24	14	12	33
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	22	25	21	6	26
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	20	28	23	13	17
höh.-leit. Ang./Beamte	47	12	28	31	13	16
Landw./Selbst./Freib.	63	9	26	20	7	37
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	21	25	19	9	26
evangelisch	247	10	27	18	12	33
katholisch	95	15	17	24	22	22

Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden.

Demokratie: Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	34	35	18	9	4
Geschlecht						
männlich	520	38	31	17	11	2
weiblich	537	29	39	19	7	5
Alter						
18-24 Jahre	65	19	34	38	9	0
25-34 Jahre	134	32	41	15	7	5
35-44 Jahre	141	40	30	17	11	1
45-59 Jahre	279	35	39	18	6	2
60 Jahre und älter	437	33	33	16	11	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	39	31	11	13	6
10. Klasse	508	37	37	16	7	4
Abitur	108	20	43	31	6	0
(Fach-)Hochschule	138	21	34	29	11	5
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	36	34	19	9	3
in Ausbildung	48	19	26	43	12	0
arbeitslos	37	37	52	10	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	32	37	15	10	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	40	37	13	7	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	27	36	23	11	3
höh.-leit. Ang./Beamte	47	33	35	24	8	1
Landw./Selbst./Freib.	63	61	22	14	3	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	34	36	19	9	2
evangelisch	247	29	37	16	11	8
katholisch	95	41	26	21	6	6

In unserer Demokratie werden die Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten.

Es sollte wieder mehr für die Mehrheit der Leute getan werden

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	34	29	16	14	7
Geschlecht						
männlich	520	35	27	17	15	5
weiblich	537	32	32	15	13	8
Alter						
18-24 Jahre	65	17	27	28	25	3
25-34 Jahre	134	22	33	26	12	8
35-44 Jahre	141	37	20	19	17	8
45-59 Jahre	279	32	34	14	12	8
60 Jahre und älter	437	40	28	13	13	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	44	31	10	6	9
10. Klasse	508	34	30	16	14	6
Abitur	108	17	29	22	25	7
(Fach-)Hochschule	138	21	24	28	21	6
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	32	28	19	13	8
in Ausbildung	48	3	26	33	34	4
arbeitslos	37	35	49	12	4	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	39	30	12	13	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	32	25	18	13	13
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	32	28	20	13	6
höh.-leit. Ang./Beamte	47	25	27	30	14	4
Landw./Selbst./Freib.	63	38	40	6	14	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	33	31	16	13	7
evangelisch	247	32	30	14	17	7
katholisch	95	38	15	22	18	7

Es sollte wieder mehr für die Mehrheit der Leute in unserem Land getan werden als sich um Minderheiten zu kümmern.

Wir sollten uns wieder stärker auf unsere Traditionen besinnen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	40	36	14	7	4
Geschlecht						
männlich	520	41	36	12	8	3
weiblich	537	39	35	15	6	5
Alter						
18-24 Jahre	65	16	40	23	11	10
25-34 Jahre	134	31	38	19	11	1
35-44 Jahre	141	46	35	9	7	3
45-59 Jahre	279	44	39	11	3	3
60 Jahre und älter	437	42	32	14	7	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	50	31	13	2	4
10. Klasse	508	42	38	10	6	3
Abitur	108	24	39	15	13	9
(Fach-)Hochschule	138	24	36	25	12	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	39	37	14	6	4
in Ausbildung	48	10	43	25	18	5
arbeitslos	37	83	7	5	2	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	41	36	13	7	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	46	34	13	4	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	34	40	14	6	6
höh.-leit. Ang./Beamte	47	31	38	21	8	2
Landw./Selbst./Freib.	63	40	42	9	9	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	40	35	15	6	4
evangelisch	247	38	41	11	7	3
katholisch	95	49	23	12	11	6

Wir sollten uns wieder stärker auf unsere Traditionen besinnen.

Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	14	28	26	28	3
Geschlecht						
männlich	520	11	27	27	33	2
weiblich	537	17	29	26	23	5
Alter						
18-24 Jahre	65	4	36	33	25	2
25-34 Jahre	134	9	17	32	31	11
35-44 Jahre	141	19	17	24	38	2
45-59 Jahre	279	10	30	33	25	1
60 Jahre und älter	437	18	32	20	26	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	17	26	21	32	4
10. Klasse	508	15	30	25	26	3
Abitur	108	6	28	36	27	3
(Fach-)Hochschule	138	10	25	34	27	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	10	22	32	33	2
in Ausbildung	48	5	36	25	32	3
arbeitslos	37	18	15	42	19	6
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	19	35	19	22	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	11	24	35	29	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	12	26	30	29	3
höh.-leit. Ang./Beamte	47	9	12	42	35	3
Landw./Selbst./Freib.	63	11	15	18	55	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	16	27	28	27	2
evangelisch	247	8	31	23	31	7
katholisch	95	18	27	19	31	5

Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse.

Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	13	25	30	22	11
Geschlecht						
männlich	520	12	17	34	26	11
weiblich	537	13	33	26	17	11
Alter						
18-24 Jahre	65	0	4	33	31	32
25-34 Jahre	134	12	19	30	21	18
35-44 Jahre	141	14	24	26	24	11
45-59 Jahre	279	15	26	36	17	7
60 Jahre und älter	437	13	30	26	23	8
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	13	28	30	24	6
10. Klasse	508	15	27	29	18	10
Abitur	108	6	18	28	25	24
(Fach-)Hochschule	138	7	19	34	28	12
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	14	20	32	24	11
in Ausbildung	48	0	5	38	38	20
arbeitslos	37	28	4	38	6	24
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	11	35	26	19	9
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	16	19	34	20	10
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	15	21	31	19	14
höh.-leit. Ang./Beamte	47	2	23	38	22	15
Landw./Selbst./Freib.	63	9	22	13	50	6
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	15	24	31	18	10
evangelisch	247	8	31	30	25	7
katholisch	95	3	16	19	40	22

Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten.

Juden passen nicht so recht zu uns

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	4	4	17	61	14
Geschlecht						
männlich	520	5	3	16	61	14
weiblich	537	2	5	18	61	14
Alter						
18-24 Jahre	65	0	1	9	90	0
25-34 Jahre	134	6	1	6	84	3
35-44 Jahre	141	2	4	15	73	6
45-59 Jahre	279	5	5	27	50	13
60 Jahre und älter	437	3	5	17	53	23
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	8	3	19	45	25
10. Klasse	508	2	5	18	62	12
Abitur	108	1	3	14	79	3
(Fach-)Hochschule	138	1	3	12	78	6
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	5	4	18	65	8
in Ausbildung	48	0	1	7	92	0
arbeitslos	37	0	2	36	51	11
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	3	4	16	54	22
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	2	5	19	61	13
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	9	4	16	64	7
höh.-leit. Ang./Beamte	47	0	1	22	73	3
Landw./Selbst./Freib.	63	0	3	17	74	6
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	5	3	20	61	11
evangelisch	247	1	6	15	55	23
katholisch	95	1	4	6	76	14

Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.

Gefährdung gesellschaftlichen Zusammenhalts

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	40	33	13	10	4
Geschlecht						
männlich	520	44	29	12	12	3
weiblich	537	36	37	15	8	4
Alter						
18-24 Jahre	65	28	31	24	13	3
25-34 Jahre	134	36	36	16	12	0
35-44 Jahre	141	47	22	16	14	2
45-59 Jahre	279	42	36	12	6	4
60 Jahre und älter	437	39	34	11	10	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	52	28	9	6	4
10. Klasse	508	40	34	13	10	4
Abitur	108	24	39	20	14	4
(Fach-)Hochschule	138	26	36	20	15	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	39	32	16	10	3
in Ausbildung	48	31	34	12	18	4
arbeitslos	37	74	13	12	1	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	38	36	11	10	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	42	33	13	11	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	37	33	18	9	3
höh.-leit. Ang./Beamte	47	17	41	29	13	0
Landw./Selbst./Freib.	63	62	24	7	5	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	41	31	15	11	3
evangelisch	247	36	41	11	6	6
katholisch	95	43	29	12	14	2

Der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland ist gefährdet.

Rückführung von Flüchtlingen und Asylsuchenden nach Wegfall der Asylgründe

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	41	31	16	9	2
Geschlecht						
männlich	520	42	28	17	11	3
weiblich	537	41	34	16	7	2
Alter						
18-24 Jahre	65	20	25	32	22	1
25-34 Jahre	134	30	38	22	10	1
35-44 Jahre	141	44	31	12	10	3
45-59 Jahre	279	41	38	11	6	3
60 Jahre und älter	437	47	25	17	8	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	55	22	17	4	2
10. Klasse	508	42	34	13	9	2
Abitur	108	19	40	21	17	3
(Fach-)Hochschule	138	27	32	24	14	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	38	37	14	8	2
in Ausbildung	48	14	12	45	28	1
arbeitslos	37	66	13	6	13	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	46	27	17	8	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	44	36	11	6	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	34	38	13	13	2
höh.-leit. Ang./Beamte	47	35	31	28	3	2
Landw./Selbst./Freib.	63	33	43	16	8	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	41	32	17	8	2
evangelisch	247	44	29	17	8	2
katholisch	95	38	27	13	19	3

Sobald Krieg und Verfolgung beendet sind, sollten alle Flüchtlinge und Asylsuchenden wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren.

Verpflichtung zur Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	78	18	2	1	1
Geschlecht						
männlich	520	80	16	2	1	0
weiblich	537	76	19	2	1	1
Alter						
18-24 Jahre	65	62	32	6	0	0
25-34 Jahre	134	73	22	1	3	1
35-44 Jahre	141	84	13	1	1	1
45-59 Jahre	279	79	18	1	2	0
60 Jahre und älter	437	80	16	3	0	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	83	13	2	0	2
10. Klasse	508	79	18	2	1	1
Abitur	108	67	26	3	4	0
(Fach-)Hochschule	138	74	22	3	1	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	78	19	1	2	0
in Ausbildung	48	58	34	8	0	0
arbeitslos	37	91	9	0	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	80	15	3	0	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	82	16	1	2	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	72	24	1	3	0
höh.-leit. Ang./Beamte	47	72	27	1	0	0
Landw./Selbst./Freib.	63	88	11	0	1	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	76	19	2	1	0
evangelisch	247	84	12	1	1	2
katholisch	95	78	21	1	0	0

Alle Flüchtlinge und Asylsuchenden sollten zur Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen verpflichtet werden.

Mehr Rechte für Menschen, die schon immer hier leben

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	18	13	20	45	4
Geschlecht						
männlich	520	19	12	20	46	4
weiblich	537	17	14	21	45	4
Alter						
18-24 Jahre	65	3	14	14	62	6
25-34 Jahre	134	11	12	35	40	2
35-44 Jahre	141	16	14	21	47	3
45-59 Jahre	279	20	20	22	36	2
60 Jahre und älter	437	21	9	15	50	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	28	9	17	39	7
10. Klasse	508	16	17	22	42	3
Abitur	108	9	8	22	57	3
(Fach-)Hochschule	138	7	12	20	59	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	17	14	25	42	2
in Ausbildung	48	1	13	21	65	0
arbeitslos	37	26	32	1	26	14
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	20	11	16	48	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	13	18	29	38	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	21	10	24	45	1
höh.-leit. Ang./Beamte	47	11	18	19	47	5
Landw./Selbst./Freib.	63	21	15	12	48	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	17	15	21	44	3
evangelisch	247	22	11	17	46	4
katholisch	95	13	7	18	54	8

Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben als die, die später zugezogen sind.

Freie Meinungsäußerung nicht ohne Nachteile möglich

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1057	23	24	19	31	4
Geschlecht						
männlich	520	26	24	18	29	3
weiblich	537	19	24	19	33	4
Alter						
18-24 Jahre	65	9	36	19	34	3
25-34 Jahre	134	22	31	25	22	0
35-44 Jahre	141	34	19	16	30	1
45-59 Jahre	279	26	32	19	20	4
60 Jahre und älter	437	19	17	17	41	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	301	33	17	17	28	5
10. Klasse	508	22	28	18	29	3
Abitur	108	12	32	21	32	3
(Fach-)Hochschule	138	11	20	24	43	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	514	25	30	18	25	2
in Ausbildung	48	6	30	22	41	1
arbeitslos	37	41	13	37	6	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	458	21	18	17	39	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	206	23	33	19	25	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	216	23	30	17	24	4
höh.-leit. Ang./Beamte	47	12	37	23	28	0
Landw./Selbst./Freib.	63	50	13	8	30	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	712	24	27	18	28	2
evangelisch	247	19	19	20	40	2
katholisch	95	20	12	19	32	17

Heutzutage kann man seine Meinung nicht frei äußern, weil man sonst Nachteile haben könnte.